

„Rio+20 vor Ort“ Bestandsaufnahme und Zukunftsperspektiven lokaler Nachhaltigkeitsprozesse in Deutschland – Abschlussbericht –

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit

**Umwelt
Bundes
Amt** 
Für Mensch und Umwelt

gefördert durch



Deutsche Bundesstiftung Umwelt

www.dbu.de

„Rio+20 vor Ort“ – Bestandsaufnahme und Zukunftsperspektiven lokaler Nachhaltigkeitsprozesse in Deutschland

Projektleitung und Autoren:

Katrin Nolting, Dr. Edgar Göll

IZT - Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung gemeinnützige GmbH
Schopenhauerstraße 26
D - 14129 Berlin
Tel.: +49 30 80 30 88-0
Fax: +49 30 80 30 88-88
Web: www.izt.de/rio
E-Mail: k.nolting@izt.de/ e.goell@izt.de

Danksagung

Das Forschungsvorhaben „Rio+20 vor Ort – Bestandsaufnahme und Zukunftsperspektiven lokaler Nachhaltigkeitsprozesse in Deutschland“ (2010 bis 2012) wurde im Vorfeld der Rio+20-Konferenz von langjährigen Nachhaltigkeitsakteuren, die auf den Ebenen von Kommunen, Bund und Bundesländern aktiv sind, angeregt. Das Forschungsvorhaben wurde vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU), dem Umweltbundesamt (UBA) sowie der Deutschen Bundesumweltstiftung (DBU) gefördert. Parallel hierzu haben die Landesregierung Thüringen sowie die Stiftung Umwelt- und Entwicklung Nordrhein-Westfalen die Erarbeitung der jeweiligen Länderstudien gefördert. Die bayrische Länderstudie wurde durch die Oberfranken-Stiftung unterstützt.

Der vorliegende Abschlussbericht ist Bestandteil des umfangreichen Forschungsvorhabens „Rio+20 vor Ort – Bestandsaufnahme und Zukunftsperspektiven lokaler Nachhaltigkeitsprozesse in Deutschland“. Für die Ermöglichung der Förderung möchten wir uns herzlich bei Frau Dr. Emig (BMU) sowie Herrn Dr. Witte (DBU) bedanken.

Ein besonderer Dank gilt Frau Dr. Korinna Schack (BMU), Frau Eick (UBA) sowie Herrn Dr. Michael Wehrspau (UBA) für die engagierte wissenschaftliche Projektbegleitung. Ein weiterer Dank gilt Herrn Felix Gruber (DBU) für die Unterstützung der „Rio+20 vor Ort“-Abschlussveranstaltung bei der DBU in Osnabrück sowie bei der Woche der Umwelt 2012 beim Bundespräsidenten in Berlin.

Wir möchten uns ausdrücklich bei den zahlreichen Akteuren aus kommunalen Verwaltungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen für ihre aktive und engagierte Mitwirkung an der Online-Befragung sowie ihre Beteiligung an Workshops und Interviews bedanken, die die Grundlage des Forschungsvorhabens „Rio+20 vor Ort“ bilden.

Die Bearbeitung des Forschungsvorhabens erfolgte in Kooperation mit den Forschungspartnern ICLEI, LAG 21 NRW, Universität Bayreuth, ThINK, Institut Futur an der FU Berlin, FEST und ISInova, denen wir an dieser Stelle ebenfalls ganz herzlich für die konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit danken.

Die Teilstudien des Forschungsvorhabens stehen auf der Website www.izt.de/rio unter dem Menüpunkt „Ergebnisse“ zum Download bereit.

Anmerkungen:

Die Fördergeber übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der privaten Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.

Der vorliegende Abschlussbericht wurde hinsichtlich einer besseren Lesbarkeit überwiegend in der männlichen Form verfasst. Die männliche Schreibweise beinhaltet jedoch gleichermaßen die männliche als auch die weibliche Form.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung und Hintergrund	4
2	Zielstellung des Forschungsvorhabens	6
3	Bestandteile und Methodik des Forschungsvorhabens	7
4	Ergebnisse der Teilstudien des Forschungsvorhabens.....	13
4.1	Expertisen	13
4.1.1	Lokales Nachhaltigkeitsengagement der Wirtschaft in Deutschland	14
4.1.2	Bildung für nachhaltige Entwicklung.....	21
4.1.3	Lokales Nachhaltigkeitsengagement von Kirchen.....	29
4.1.4	Innovationskraft lokalen Nachhaltigkeitsengagements in Bildung, Kultur und Wirtschaft.....	34
4.2	Bundesländerstudien	40
4.2.1	Länderstudie Bayern	41
4.2.2	Länderstudie Thüringen.....	47
4.2.3	Länderstudie NRW	53
4.2.4	Fazit der Länderstudien	58
4.3	Überblick über die Ausprägungen lokaler Nachhaltigkeitsprozesse weltweit	59
5	Auswertung der Rio+20-Befragung in Deutschland	70
5.1	Auswertung der quantitativen Umfrageergebnisse	70
5.1.1	Beteiligung und Beschlusslage zu LA-21- und Nachhaltigkeitsaktivitäten in den Kommunen	70
5.1.2	Einschätzung zu den erzielten Ergebnissen lokaler Nachhaltigkeitsaktivitäten	74
5.1.3	Einschätzung zur Innovationskraft lokaler Nachhaltigkeitsaktivitäten	76
5.1.4	Akteure, Impulse und Ressourcen lokaler Nachhaltigkeitsprozesse	78
5.2	Auswertung der qualitativen Ergebnisse	80
5.2.1	Ergebnisse der Online-Befragung	80
5.2.2	Ergebnisse des bundesweiten Workshops	85
6	Innovationen für eine nachhaltige Entwicklung – Ausführliche Fallstudien	88
6.1	Dortmund: „Eine faire Hauptstadt die handelt“	88
6.2	Hannover wirkt integrativ – für Zukunftsfähigkeit	94
6.3	Innovation in Volksvertretungen: Nachhaltigkeitsprüfung von Ratsvorlagen	101
6.4	Jena: „Ein transparenter Bürgerhaushalt“	107
6.5	Berlin geht neue Wege – partizipative Stadtentwicklung auf dem Flughafen Tempelhof... ..	114
7	Fazit	121
7.1	Entwicklungstendenzen des LA-21- und Nachhaltigkeitsengagements	122
7.2	Perspektiven und Handlungsempfehlungen.....	128
8	Anhang.....	134
8.1	Primärstudien im Forschungsvorhaben „Rio+20 vor Ort“.....	134
8.2	Literaturliste	135

1 Einleitung und Hintergrund

Vom „Rio-Gipfel“ 1992 zu „Rio+20“

Die UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung im Jahre 1992 im brasilianischen Rio de Janeiro war ein Meilenstein internationaler Politik und besitzt bis heute eine herausragende Bedeutung. Erstmals gelang es auf globaler Ebene, umwelt- und entwicklungspolitische Probleme im Zusammenhang zu betrachten und Weichenstellungen für eine weltweite, nachhaltige Entwicklung abzustimmen. In der übergreifenden „Rio-Deklaration für Umwelt und Entwicklung“ wurden das Recht auf nachhaltige Entwicklung (sustainable development) verankert sowie das Vorsorge- und das Verursacherprinzip als Leitprinzipien anerkannt. Als unerlässliche Voraussetzungen hierfür werden u.a. die Bekämpfung der Armut, eine angemessene Bevölkerungspolitik, Verringerung und Abbau nicht nachhaltiger Konsum- und Produktionsweisen sowie die umfassende Einbeziehung der Bevölkerung in politische Entscheidungsprozesse genannt.

Neben der „Rio-Deklaration“ wurden auf dem Erdgipfel 1992 weitere zentrale „Dokumente“ wie die Klimarahmenkonvention, die Biodiversitätskonvention und die Walddeklaration verabschiedet und die Wüstenkonvention auf den Weg gebracht.

Historische Bedeutung erlangte die erste Rio-Konferenz vor allem auch, weil auf ihr mit der „Agenda 21“ ein umfassender Aktionsplan zur Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung vorgelegt wurde. Die Regierungen der Nationalstaaten werden darin aufgefordert, auf nationaler Ebene die Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung anhand von Strategien und Handlungsprogrammen zu organisieren und dabei auch zivilgesellschaftliche Organisationen und andere Institutionen zu beteiligen. Neben der internationalen und nationalstaatlichen Ebene wird in Kapitel 28 erstmals auch die lokale Ebene als wichtiger Handlungsbereich bei der Lösung globaler Probleme adressiert. An die Kommunen erging der Aufruf, im Dialog mit lokalen Stakeholdern, so auch mit Wirtschaft und Zivilgesellschaft, drängende Probleme vor Ort zu identifizieren und ein kommunales Handlungsprogramm für eine zukunftsfähige Entwicklung – eine sogenannte „lokale Agenda 21“ zu erarbeiten.¹

Zwei Jahrzehnte nach dieser historischen Konferenz fand vom 20.- 22. Juni 2012 wiederum in Rio de Janeiro die „United Nations Conference on Sustainable Development – Rio+20“ statt. Große Erwartungen waren an diese internationale Rio-Nachfolgekonferenz geknüpft, denn auf ihr sollten weltweit die Umsetzung des vereinbarten Leitbildes Nachhaltige Entwicklung bilanziert, neue Perspektiven entwickelt und der globalen Nachhaltigkeitspolitik mehr Stoßkraft verliehen werden. Zwanzig Jahre nach der ersten Rio-Konferenz sind einige der weltweiten Probleme und Herausforderungen noch größer geworden. Dies hat zur Konsequenz, dass die Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung deutlich forciert werden muss. Soll beispielsweise die internationale Vereinbarung, die Klimaerwärmung auf maximal 2 °C zu beschränken erreicht werden, so müssen jetzt und in den kommenden Jahren die entscheidenden Weichen gestellt werden. Ähnliches gilt für die Realisierung der Millennium Development Goals (MDG) oder die Zielstellungen zum Erhalt der Biodiversität.

Die von vielen Akteuren weltweit von der „Rio+20“-Konferenz erhoffte Signalwirkung durch ein entsprechend weitreichendes Abschlussdokument blieb jedoch aus. So konnten keine verbindlichen Regeln für eine Transformation hin zu einer nachhaltigen Entwicklung auf globaler Ebene und keine Aufwertung des UN-Umweltprogramms (UNEP) zu einer einflussreichen UN-Sonderorganisation mit wirksamen Kontrollmechanismen verabredet werden. Die Enttäuschung über das an vielen Stellen vage bleibende Abschlussdokument „The Future we want“² spiegelt sich in Deutschland in zahlreichen Stellungnahmen von

1 Vgl. Lexikon der Nachhaltigkeit: http://www.nachhaltigkeit.info/artikel/weltgipfel_rio_de_janeiro_1992_539.htm (letzter Zugriff Mai 2012)

2 Vgl. Originaldokument „The Future we want“: <http://www.uncsd2012.org/thefuturewewant.html>

Verbänden, Institutionen und politischen Organisationen wieder³. Gleichwohl wird an einigen Stellen auf die wünschenswerte Nutzung der Optionen verwiesen, die sich mit der Abschlusserklärung bieten. Konkrete Hoffnungen knüpfen Entscheidungsträger/-innen und NGOs vor allem an die in Rio getroffene Vereinbarung, bis zum Jahr 2014 global gültige Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals – SDG) zu erarbeiten. Damit wurde ein Prozess beschlossen, den es nun konkret auszugestalten gilt.

Der wissenschaftliche Beirat für globale Umweltfragen (WBGU) verweist in seiner Stellungnahme zum „Rio+20“-Gipfel in Anbetracht der unzureichenden globalen Vereinbarungen auf die Vorreiterrolle von „Pionieren“ sowohl auf politischer als auch auf zivilgesellschaftlicher Ebene: „Nach Ansicht des WBGU werden jetzt Allianzen zwischen Pionierstaaten, Allianzen zwischen Städten, das Engagement von Bürgern, Wirtschaft und Wissenschaft, der Vorreitergeist von Pionieren des Wandels sowie Beispiele für erfolgreiche Projekte der Veränderung in Richtung Nachhaltigkeit immer wichtiger.“⁴ Positiv hervorgehoben wird die deutsche Energiewende „als internationales Signal für die Machbarkeit und die Vorreiterrolle einer klimaverträglichen Entwicklung.“⁵

„Rio+20 vor Ort“

Die vorliegende Studie „Rio+20 vor Ort – Bestandsaufnahme und Zukunftsperspektiven lokaler Nachhaltigkeitsprozesse in Deutschland“ unterstreicht mit ihren umfangreichen empirisch fundierten Ergebnissen diese Forderung. Die Ergebnisse zeigen, dass seit Beginn der 90er Jahre viele Kommunen mit Blick auf ihre eigene Zukunftsfähigkeit die Bedeutung einer nachhaltigen Entwicklung erkannt haben und im Zusammenspiel von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft innovative, nachhaltigkeitsorientierte Ansätze verfolgen und mit ihrer Pionierrolle wichtige Impulse für andere Kommunen, aber auch für die Bundes- und die Länderebene gegeben haben. Die Wege, die dabei beschritten werden sind vielfältig. Sie reichen vom umfassenden Ansatz einer Lokalen Agenda 21 bzw. einer Nachhaltigkeitsstrategie über sektorale Energie- und Klimaschutzstrategien bis hin zu einzelnen konkreten und innovativen Projekten in Städten und Gemeinden. Gemeinsam ist dabei allen erfolgreichen Praxisbeispielen, dass sie eine intensive und angemessene Partizipation der Bürgerinnen und Bürger gewährleisten und gezielt fördern, und damit vielfältige lokale Ressourcen zu mobilisieren vermögen.

Der vorliegende Abschlussbericht stellt ausgewählte Ergebnisse des Forschungsvorhabens „Rio+20 vor Ort“ und der in diesem Rahmen erarbeiteten Fallstudien, Fachexpertisen und Bundesländerstudien vor. Intention der Studie ist es, Einblicke in die Entwicklung sowie in die gelebte Praxis von Nachhaltigkeitsprozessen auf kommunaler Ebene in Deutschland zu geben und Erfolgsfaktoren innovativer Ansätze auf lokaler Ebene herauszuarbeiten. Ebenso soll die Studie dazu dienen, konkrete Anregungen für Akteure aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft zu geben, den anstehenden Transformationsprozess hin zu einer nachhaltigen Entwicklung aktiv zu gestalten und integrierte Lösungen für ökologische, ökonomische und soziale Probleme zu entwickeln und umzusetzen. Hierfür gilt es bewährte Ansätze zu stärken, aber auch neue, innovative Wege und Methoden der Implementierung zu finden und zu beschreiben.

Die vollständigen Forschungsergebnisse der im Rahmen des „Rio+20 vor Ort“-Forschungsvorhabens erarbeiteten Bundesländerstudien, Fachexpertisen sowie auch die Broschüre „Rio+20 vor Ort – Kommunen auf dem Weg zur Nachhaltigkeit“ stehen auf der

3 Vgl. Stellungnahmen auf der Jahrestagung des RNE 2012, : <http://www.nachhaltigkeitsrat.de/news-nachhaltigkeit/2012/2012-07-05/jahreskonferenz-des-rne-unterschiedliche-bewertungen-von-rio-20/?blstr=0> (Stand Juli 2012)

4 Vgl. Presseerklärung des WBGU zum Rio+20-Gipfel „Pioniere bitte übernehmen!“: <http://www.wbgu.de/presse-termine/presseerklarungen/2012-06-22-presseerklarung> (Stand Juli 2012)

5 ebenda

Projekthomepage www.izt.de/rio zum Download bereit und können unter Verwendung der Quellenangabe für die eigene Arbeit vor Ort genutzt werden.

2 Zielstellung des Forschungsvorhabens

Forschungsfragen

Nachhaltige Entwicklung erfordert einen Paradigmenwechsel und umfassenden kulturellen Wandel von Politik und Gesellschaft. Mit Blick auf die UN-Nachhaltigkeitskonferenz in Rio de Janeiro im Juli 2012 („Rio + 20“) beschäftigte sich das Forschungsvorhaben mit der übergreifenden Fragestellung, wie dieser Wandel durch Akteure aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft in Deutschland mittelfristig gestaltet werden kann, welche innovativen Ansätze sich hierbei seit der Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 bundesweit in Städten und Gemeinden bereits herausgebildet haben und welche Erfahrungen und Erkenntnisse dabei gesammelt worden sind.

Von besonderem Interesse waren im Projektverlauf folgende konkrete Forschungsfragen:

- Wie kann eine nachhaltige Entwicklung in Kommunen spürbar gestärkt werden?
- Welche sozialen Innovationen hat das Nachhaltigkeitsengagement in Kommunen hervorgebracht?
- Wie lässt sich das Innovationspotenzial lokaler gesellschaftlicher Gruppen zukünftig noch stärker nutzen?
- Welche strukturellen Innovationen sind notwendig, um das lokale Nachhaltigkeitsengagement besser zu unterstützen?

Zielstellung

Mit dem vielschichtig angelegten Forschungsprojekt, in dessen Zentrum eine bundesweite Befragung von Akteuren aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft zu lokalen Nachhaltigkeitsaktivitäten stand, wurden im Einzelnen folgende konkrete Zielstellungen verfolgt:

- Einblick in den Stand der Nachhaltigkeitsaktivitäten und deren Umsetzung auf kommunaler Ebene zu gewinnen.
- Vertiefende Kenntnisse über innovative Nachhaltigkeitsprojekte und -aktivitäten zu erhalten und diese im Vorfeld der Rio+20-Konferenz in Form einer mehrsprachigen öffentlichkeitswirksamen Broschüre zu publizieren.
- Stärken und Entwicklungstrends bei der Umsetzung von Nachhaltigkeitsprozessen 20 Jahre nach Rio auf kommunaler Ebene zu eruieren.
- Defizite und Unterstützungsbedarfe bei der Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung in Städten und Gemeinden zu identifizieren.
- Ermutigende Beispiele vor Ort zu veranschaulichen und anhand der Ergebnisse und Diskussionsprozesse Impulse für zukunftsfähiges Handeln auf den Ebenen von Kommunen, Bund und Ländern zu setzen.
- Anhand von Vorträgen und Workshops in zahlreichen Kommunen sowie auf Konferenzen auf Bundes- und Länderebene Ergebnisse und Thesen in den Vor-Rio+20-Diskussionsprozess einzuspeisen.
- Mit Hilfe der verschiedenen, partizipativ ausgerichteten Forschungsbestandteile Anstöße für die Initiierung lokaler und regionaler Aktivitäten im Vorfeld der Rio+20-Konferenz zu geben.

- Handlungsempfehlungen für die weitere Arbeit auf der Ebene von Kommunen sowie für Bund und Ländern abzuleiten.

3 Bestandteile und Methodik des Forschungsvorhabens

Das Forschungs- und Umsetzungsvorhaben „Rio+20 vor Ort“ wurde von Beginn als partizipativer Prozess unter Beteiligung zahlreicher Forschungs- und Praxispartner aus Kommunen und Bundesländern konzipiert. Diese Herangehensweise ermöglichte neben der wissenschaftlichen Analyse eine anwendungsbezogene Ergebnisorientierung sowie parallel das Ausloten zielführender lokaler und regionaler Unterstützungsmöglichkeiten für die Verbreitung erfolgversprechender innovativer Ansätze und besonders erfolgreicher Beispiele. Ebenso sollten durch die direkte Beteiligung von Akteuren auf kommunaler und Bundesländerebene Anstöße für die Initiierung und Weiterentwicklung eigener strategischer Nachhaltigkeitsaktivitäten vor Ort im Vorfeld sowie im Nachgang der „Rio+20-Konferenz“ gegeben werden.

Die Erfahrungen und Ergebnisse wurden im Forschungszeitraum in Workshops und einschlägige Kongresse auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene eingespeist. Mit der Broschüre „Rio+20 vor Ort – Kommunen auf dem Weg zur Nachhaltigkeit“ konnten zudem erfolgreiche Praxisbeispiele in zentralen Handlungsfeldern direkt auf einem Side-Event der Rio+20-Konferenz vorgestellt werden.

Ergebnistransfer und Diskussionsprozesse dauern auch nach Beendigung des Forschungsvorhabens an. Wissenschaftlich fundierte Ergebnisse und Austausch werden aktuell vor allem von Bundesländern und Kommunen nachgefragt, die im Begriff sind, eine Nachhaltigkeitsstrategie zu erarbeiten oder fortzuschreiben, so u.a. Thüringen, Brandenburg und Nordrhein-Westfalen.

Das Gesamtforschungsvorhaben beinhaltete folgende Bestandteile:

Projektbeirat

Für den Zeitraum des Forschungsvorhabens wurde von Oktober 2010 bis März 2012 ein Projektbeirat berufen. Beiratsmitglieder waren neben den Fördermittelmittelgebern alle am Projekt beteiligten Forschungspartner. Die Aufgabe des Gremiums bestand zum einen in der gemeinsamen Abstimmung und Systematisierung der Zielstellungen und anzuwendenden Forschungsmethoden sowie nachfolgend in der Diskussion der Zwischenergebnisse der Teilstudien und Expertisen, die im Rahmen des Gesamtforschungsvorhabens erarbeitet wurden. Dem Beirat kam darüber hinaus die Rolle zu, im Rahmen der spezifischen Netzwerke der Beiratsmitglieder, aktiv für die bundesweite Befragung zu werben und bei der Verbreitung der Forschungsergebnisse im Rahmen der eigenen Aktionskreise mitzuwirken. Der Projektbeirat tagte im Verlauf des Forschungsvorhabens viermal und wirkte maßgeblich an der Abschlussveranstaltung am 28. März bei der Deutschen Bundesumweltstiftung in Osnabrück mit.

Beiratsmitglieder:

Titel	Vorname	Name	Institution
Prof. Dr.	Inka	Bormann	Philipps-Universität Marburg
	Heidi	Consentius	Institut Futur, Freie Universität Berlin
Prof. Dr.	Gerhard	de Haan	Institut Futur, Freie Universität Berlin
Prof. Dr.	Hans	Diefenbacher	Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e.V. (FEST)
	Martina	Eick	Umweltbundesamt
	Felix	Gruber	Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU)
Dr.	Edgar	Göll	Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung
Dr.	René	John	Institut für Sozialinnovation (ISInova)
	Stefan	Kuhn	ICLEI – Local Governments for Sustainability
Dr.	Matthias	Mann	ThINK – Thüringer Institut für Nachhaltigkeit und Klimaschutz
Prof. Dr.	Manfred	Miosga	Universität Bayreuth
	Katrin	Nolting	Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung
Dr.	Klaus	Reuter	Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V.
Dr.	Jana	Rückert-John	Institut für Sozialinnovation (ISInova)
Dr.	Korinna	Schack	Bundesumweltministerium
Dr.	Michael	Wehrspaun	Umweltbundesamt
	Ingrid	Wildemann	Universität Bayreuth

Bundesweite Befragung zu lokalen Agenda-21 und Nachhaltigkeitsaktivitäten

Im Zentrum des Forschungsvorhabens stand eine breit angelegte bundesweite Befragung zu Agenda-21- und Nachhaltigkeitsaktivitäten, die von April bis Juli 2011 durchgeführt und intensiv über Verbände, Kommunen und Medien beworben wurde. Für die Erhebung wurde durch das IZT ein Online-Fragebogen konzipiert und programmiert. Dieser Zugang wurde von den meisten Akteuren genutzt. Parallel hierzu konnte der Fragebogen aber auch als PDF abgerufen und nach Beantwortung per Post an das IZT geschickt werden.

Neben dem Status quo der Aktivitäten und Ergebnisse, die seit der Rio-Konferenz 1992 auf lokaler Ebene angebahnt bzw. erreicht wurden, lag ein Schwerpunkt der Umfrage auf der Innovationskraft lokalen Nachhaltigkeitsengagements sowie den damit erzielten Veränderungen in Kommunen. Der Fragebogen war eine Synthese aus geschlossenen und offenen Fragen und bot an vielen Stellen die Möglichkeit, persönliche Einschätzungen vorzunehmen, konkrete Beispiele aus der Praxis zu benennen sowie Fragen, Wünsche und Anregungen zu äußern.

Die Befragung richtete sich gleichermaßen an Akteure aus Verwaltung und Politik sowie an zivilgesellschaftliche Gruppen und Verbände und war mit über 50 Fragen sehr umfangreich. Insgesamt gingen 530 Antworten aus allen Bundesländern ein. Rund 80% der Antworten stammen von Akteuren aus kommunaler Politik und Verwaltung, 20% der Antworten von zivilgesellschaftlichen Akteuren (vgl. Auswertung der Befragung Kap. 5).

Interviews und Fallstudien

Parallel und vertiefend zur Online-Erhebung wurden durch das IZT auf Grundlage der oben genannten Forschungsfragen Leitfaden gestützte Interviews mit Experten aus Wissenschaft und Forschung sowie mit Praxisakteuren auf kommunaler Ebene durchgeführt. Für diese erste Interviewstaffel wurden Personen ausgewählt, die in relevanten institutionellen Zusammenhängen tätig sind und einen guten Überblick sowohl über die Entwicklung von

lokalen Nachhaltigkeitsprozessen in Deutschland haben als auch mit interessanten Praxisbeispielen vertraut sind.

Die Interviewpartner wurden um Einschätzungen zum Stand von Nachhaltigkeitsprozessen, deren förderlicher Faktoren und Hemmnisse, zu Entwicklungstrends und aktuellen Anforderungen für eine wirkungsvolle Nachhaltigkeitspolitik auf allen Ebenen sowie zu innovativen Umsetzungsaktivitäten in Kommunen gebeten.

Die Auswertung der ersten Interviewstaffel erfolgte korrespondierend zur Auswertung der Online-Umfrage und den bis dahin vorliegenden Expertisen. Im Ergebnis lagen ein Thesenpapier für die Diskussion im Rahmen des bundesweiten Expertenworkshops im November 2011 vor sowie eine Auswahl besonders interessanter und innovativer Fallbeispiele, die mit Blick auf die zu erarbeitende „Rio+20 vor Ort“-Broschüre anhand von Kriterien weiter konkretisiert wurde.

In einer zweiten Interviewstaffel wurden Praxisakteure aus Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung befragt, die an den vorab ausgewählten Nachhaltigkeitsaktivitäten in den jeweiligen Städten und Gemeinden maßgeblich beteiligt sind bzw. diese initiiert haben. In vielen Fällen waren die Interviewpartner aktuell oder in früherer Zeit direkt im Zusammenhang der Lokalen Agenda 21 aktiv. Die Fragen richteten sich insbesondere auf die konkrete Ausgestaltung der Nachhaltigkeitsprojekte und -prozesse vor Ort, auf innovative Kooperationsformen zwischen Verwaltung/ Politik und Zivilgesellschaft sowie auf Hintergründe und Rahmenbedingungen für die erfolgreiche Umsetzung, respektive der Lösung von Problemen und Aufgaben. Auf Basis der Interviewergebnisse fand abschließend die Auswahl von Fallbeispielen statt, die in Kurzfassung Eingang in die Broschüre „Rio+20 vor Ort – Kommunen auf dem Weg zur Nachhaltigkeit“ fanden. Die Broschüre wurde in Deutsch, Englisch und Spanisch veröffentlicht und steht in diesen Versionen kostenlos als Download auf der IZT Homepage bereit: <http://projekte.izt.de/rio20-vor-ort/ergebnisse/broschuere/>

Des Weiteren wurden mehrere ausführliche Fallstudien erarbeitet, in denen eine detaillierte Analyse und Darstellung von innovativen und auch erfolgreichen LA-21- und Nachhaltigkeitsprozessen und -projekten erfolgte, inklusive der Herausarbeitung von Erfolgsfaktoren und Rahmenbedingungen. (Vgl. Fallstudien Kap. 6)

Kurzexpertisen

Um vertiefende qualitative Einblicke in das Nachhaltigkeitsengagement ausgewählter Akteursgruppen und Handlungsfelder zu erhalten und zu skizzieren, welche Innovationskraft dort für den notwendigen Transformationsprozess ausgeht, wurden durch die Forschungspartner wesentliche Akteure und Nachhaltigkeitsprozesse aus den Bereichen Bildung, Wirtschaft und kirchliches Engagement untersucht und folgende Einzelexpertisen vorgelegt:

- „Lokales Nachhaltigkeitsengagement der Wirtschaft in Deutschland“ (IZT)
- „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (Institut Futur an der FU Berlin)
- „Lokales Nachhaltigkeitsengagement von Kirchen“ (FEST)

Die Expertisen basieren auf der Auswertung bisheriger Studien und Forschungsergebnisse, auf Internetrecherchen sowie auf Interviews und Resultaten aus praxisorientierten Projekten der Forschungspartner. Die Expertisen enthalten zahlreiche Beispiele für innovative Nachhaltigkeitsaktivitäten und bieten eine systematisierte Einschätzung des Engagements in den jeweiligen Handlungsfeldern. Darüber hinaus sind jeweils Perspektiven für die entsprechenden Akteursgruppen bzw.- Handlungsfelder herausgearbeitet und Handlungsempfehlungen abgeleitet.

Eine besondere Stellung kommt der handlungsfeldübergreifenden Expertise

„Innovationskraft lokalen Nachhaltigkeitsengagements in Bildung, Kultur und Wirtschaft“ (ISInova) zu.

Der Text wurde mit der Zielstellung erarbeitet, ein theoretisch fundiertes Instrumentarium bereitzustellen, mit dessen Hilfe nachhaltigkeitsorientierte Innovationen von lokalen und regionalen Initiativen begrifflich und empirisch fassbar gemacht und auch als solche auch in der Studie beschrieben werden können. (Kurzexpertisen vgl. Kap. 4.1)

„Rio+20 vor Ort“ –Bundesländerstudien

Vor dem Hintergrund der Analyse lokalen Nachhaltigkeitsengagements in Deutschland und dessen förderlicher Faktoren sowie dessen Einbettung in die Aktivitäten auf Landes- und Bundesebene wurden im Rahmen des Gesamtprojektes drei Bundesländerstudien für

- Nordrhein-Westfalen (LAG 21 NRW e.V.)
- Bayern (Universität Bayreuth)
- Thüringen (ThINK)

erarbeitet. Für die Bearbeitung der Länderstudien wurden durch die Bundesländer bzw. durch regionale Stiftungen Fördermittel in unterschiedlicher Höhe bereitgestellt.

Die beteiligten Forschungspartner aus den Bundesländern wirken zum Teil selbst als langjährige Agenda-21-Akteure in Kommunen, Forschungseinrichtungen sowie in regionalen und bundesweiten Netzwerken und hatten im Vorfeld der Rio+20-Konferenz ein hohes Interesse an einer bundes- und länderspezifischen Erhebung und Aufarbeitung kommunaler und zivilgesellschaftlicher Agenda-21-Aktivitäten signalisiert.

Die abschließende Gewinnung der Bundesländer sowie regionaler Fördermittelgeber erfolgte im Vorfeld bzw. zu Beginn des Rio+20-vor Ort-Forschungsvorhabens durch intensive Gespräche des IZT und der beteiligten Forschungspartner mit Länderministerien und Stiftungen. Neben dem im Vorfeld signalisierten Interesse rechtfertigt sich die Auswahl der drei Bundesländer inhaltlich dadurch, dass es in ihnen zahlreiche Städte und Gemeinden mit Nachhaltigkeitsprozessen und -projekten gibt und diese von Landesseite mit unterschiedlicher Intensität zum Teil seit Mitte der 90er Jahre Unterstützung erfahren haben.

Der methodische Zugang der drei Länderstudien ist ähnlich, er basiert auf enger Abstimmung im Forschungskonsortium und korrespondiert mit dem angewandten Methodenspektrum im Gesamtforschungsvorhaben. Hingegen variiert der Umfang der Untersuchung in Abhängigkeit zur Höhe der bereitgestellten Fördermittel in den jeweiligen Bundesländern. Die Länderstudie Nordrhein-Westfalen bildet diesbezüglich einen Sonderfall, hier konnten systematisch alle Kommunen schriftlich bzw. telefonisch angefragt und zur Beteiligung an der Umfrage eingeladen werden.

Die Erarbeitung der Länderstudien erfolgte in enger Zusammenarbeit und Verschränkung mit dem Gesamtforschungsvorhaben des IZT. Gemeinsame Grundlage bildete die bundesweite Online-Erhebung. Diese wurde von den Forschungspartnern aktiv bei den Kommunen vor Ort beworben. Nach Abschluss der Umfrage wurden die Antworten aus den drei Bundesländern den Forschungspartnern in selektierter Form für die Einzelauswertung zur Verfügung gestellt bzw. im Fall NRW mit dem Forschungsteam der LA 21 NRW detailliert abgeglichen.

Auf Basis zahlreicher Interviews mit Vertreterinnen und Vertretern aus kommunalen Verwaltungen, Politik, Verbänden und zivilgesellschaftlichen Initiativen konnten die Ergebnisse der Online-Umfrage für das jeweilige Bundesland vertieft und bis zu einem gewissen Grad systematisiert werden. Zur Diskussion und Verifizierung der Erkenntnisse und abgeleiteten Thesen wurden in allen drei Bundesländern in enger Kooperation mit dem IZT mehrere Workshops mit einer breiten Auswahl von Nachhaltigkeitsakteuren durchgeführt.

Die Ergebnisse der vorliegenden Länderstudien zeigen neben aktuellen Entwicklungen und Trends auch Perspektiven für das lokale Nachhaltigkeitsengagement in den jeweiligen Bundesländern auf und geben spezifische Handlungsempfehlungen wie das lokale Engagement sowohl in horizontaler als auch in vertikaler Hinsicht gestärkt werden kann. (Bundesländerstudien vgl. Kap. 4.2)

Internationale Teilstudie

Um die Entwicklung von LA-21- und Nachhaltigkeitsaktivitäten in Deutschland international vergleichen zu können, wurde von ICLEI-Local Governments for Sustainability eine Teilstudie zur weltweiten Entwicklung lokaler Nachhaltigkeitsprozesse erarbeitet. Ziel dieser Teilstudie ist es, die Vielfalt an lokalen Nachhaltigkeitsprozessen zu dokumentieren, die rund um den Globus unter den verschiedensten kulturellen, ökonomischen und politisch-administrativen Rahmenbedingungen entstanden sind. Um die internationalen Erfahrungen zu generieren, wurde ein Leitfragenraster mit 10 Aspekten lokaler Nachhaltigkeitsprozesse entwickelt. Je nach Region konnte dieses Raster für ein oder mehrere Länder, sowie durch eine oder mehrere Personen bearbeitet werden. Dies erfolgte in einem ersten Schritt schriftlich, gefolgt von ausführlichen Telefoninterviews, um Teilaspekte zu vertiefen oder Unklarheiten zu bereinigen. Die Umfrage richtete sich in erster Linie an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ICLEI-Regionalbüros und an Büros des UN-Siedlungsprogramms HABITAT. Aus dem Feedback der Befragung werden 5 Typen lokaler Nachhaltigkeitsprozesse abgeleitet. Dabei werden die jeweiligen Merkmale beschrieben und ausgewählte kurze Fallbeispiele zur Veranschaulichung dargestellt.

Für Deutschland wird im Vergleich zu anderen Ländern das starke zivilgesellschaftliche Engagement als ein wesentlicher Treiber lokaler Nachhaltigkeitsprozesse festgestellt. Die entsprechende Typologisierung ist vor allem für die Ableitung von Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen mit Blick auf Innovationsprozesse für eine nachhaltige Entwicklung vor Ort bedeutsam (vgl. Kap. 4.3).

ICLEI hat als weltweites Netzwerk von umweltpolitisch aktiven Kommunen für die Rio+20-Konferenz die zentrale Organisation der Kommunen (Local Authorities) als eine von insgesamt neun Major Groups geleitet und war während der gesamten Konferenz vor Ort. Auf diese Weise konnten auch ausgewählte Ergebnisse des Forschungsvorhabens in Rio präsentiert werden.

Workshops und Veranstaltungen

Gemäß dem partizipativen Charakter des Forschungsvorhabens wurden im Projektverlauf bundesweit zahlreiche Workshops und Veranstaltungen mit Experten und Praxisakteuren auf den Ebenen von Bund und Ländern organisiert und durchgeführt. Jeweils zwei Workshops fanden in Bezug zu den Bundesländerstudien in Thüringen (Erfurt), Nordrhein-Westfalen (Dortmund) und Bayern (Augsburg und Bayreuth) statt. Dabei wurden über das Forschungsvorhaben und die Online-Befragung informiert sowie Thesen und Zwischenergebnisse zur Diskussion gestellt. Die Workshops dienten zugleich dem Austausch der lokalen Akteure über ihre Nachhaltigkeitsaktivitäten in den jeweiligen Kommunen und die zukünftigen Herausforderungen, Handlungsoptionen und strategischen Steuerungsnotwendigkeiten. Die Workshopergebnisse fanden in Form von Fallbeispielen, Handlungsempfehlungen und Perspektiven Eingang in die Bundesländerstudien sowie in die Gesamtstudie.

Zur länderübergreifenden Diskussion der Zwischenergebnisse der Online-Befragung und der bis dahin im Forschungsvorhaben abgeleiteten Thesen und Erkenntnisse fand im November 2011 in Berlin ein bundesweiter Expertenworkshop mit zentralen Agenda-21- und Nachhaltigkeitsakteuren auf kommunaler und Länderebene statt. Dieser Fachworkshop traf auf ein reges Interesse bei langjährigen Aktiven aus der Nachhaltigkeitsszene. Er erwies sich im Vorfeld der Rio+20-Konferenz als wichtige und willkommene Möglichkeit zum intensiven

fachlichen Austausch. Themen waren kommunale Nachhaltigkeitsaktivitäten, integrierte und ressortübergreifende Strategien und notwendige zukünftige Weichenstellungen hinsichtlich eines verbesserten kommunalen Nachhaltigkeitsmanagements sowie einer verbesserten vertikalen und horizontalen NH-Integration.

Neben den im Forschungsvorhaben organisierten Workshops wurde das IZT im Vorfeld sowie im Nachgang der Rio+20-Konferenz zu zahlreichen Veranstaltungen geladen, um zentrale Forschungsergebnisse zu präsentieren und mit den Akteuren vor Ort zu diskutieren, so u.a. in Potsdam, Berlin, Neumarkt in der Oberpfalz. Des Weiteren erfolgten projektbezogene Präsentationen und Diskussionsbeiträge auf dem 5. Netzwerk-21-Kongress in Hannover und auf einer „Rio+20“-Tagung der Heinrich-Böll-Stiftung in Stuttgart.

Die Abschlussveranstaltung des Projektes fand in Kooperation mit den Forschungspartnern und Fördermittelgebern am 28. März 2012 bei der Deutschen Bundestiftung Umwelt in Osnabrück statt. Die Veranstaltung war eine Präsentations- und Dialogveranstaltung für die interessierte Fachöffentlichkeit und insbesondere für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der bundesweiten Online-Befragung. Ausgewählte Forschungsergebnisse wurden durch kommunale und zivilgesellschaftliche Praxispartner aus verschiedenen Kommunen kommentiert und anhand innovativer Vorhaben vor Ort veranschaulicht. Drei Fachworkshops am Nachmittag boten die Möglichkeit zur vertiefenden Vorstellung und Diskussion der Forschungsergebnisse. Die Abschlussveranstaltung mit über 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus dem Bundesgebiet verdeutlichte auf diese Weise nochmals den partizipativen und impulsgebenden Ansatz des gesamten Forschungsvorhabens.

Nach dem Ende der Förderlaufzeit im März 2012, gab und gibt es durch das IZT und seine Projektpartner weiterführende Aktivitäten, um die Forschungsergebnisse in den Nachhaltigkeitsdiskurs auf verschiedenen Ebenen einzuspeisen. Beispielgebend sind an dieser Stelle Inputs auf „Woche der Umwelt“ in Berlin (DBU/ Bundespräsident) sowie bei der Entwicklung bzw. Umsetzung zweier Bundesländerstrategien zu nennen: Auf der Woche der Umwelt wurde durch das IZT ein Fachforum „Rio+20 vor Ort – Impulse für Nachhaltigkeit aus Kommunen“ (6. Juni 2012) organisiert und durchgeführt. Im Rahmen des aktuellen Dialogprozesses zur Entwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie für das Land Brandenburg wurden im Oktober 2012 „Rio+20 vor Ort“-Forschungsergebnisse mit dem Fokus auf zukünftige Herausforderungen für Brandenburger Kommunen vorgestellt und diskutiert. In Thüringen existiert bereits seit November 2011 eine durch das Land verabschiedete Nachhaltigkeitsstrategie. Hier wurde im September 2012 auf einer landesweiten Veranstaltung des Nachhaltigkeitszentrums Thüringen die Umsetzung konkreter Handlungsempfehlungen aus dem Forschungsvorhaben für Kommunen thematisiert.

Projekthomepage

Zur Kommunikation der Inhalte und Zielstellungen des Forschungsvorhabens, sowie zur Dokumentation der umfangreichen Ergebnisse wurde eine Website angelegt, die über die Projektlaufzeit hinaus existiert. Die einzelnen Studien und Ergebnisse sind abrufbar unter www.izt.de/rio

4 Ergebnisse der Teilstudien des Forschungsvorhabens

Im Folgenden werden zentrale Ergebnisse des Gesamtforschungsvorhabens vorgestellt. Kapitel 4.1 beinhaltet wesentliche inhaltliche Schwerpunkte und Ergebnisse der einzelnen Fachexpertisen. Kapitel 4.2. fasst zentrale Erkenntnisse der Bundesländerstudien NRW, Thüringen und Bayern zusammen. In Kapitel 4.3. wird ein Überblick über die internationale Teilstudie von ICLEI gegeben. Kapitel 5. enthält die Auswertung der Rio+20-Online Befragung sowie der Projektworkshops. Daran schließen sich in Kapitel 6 ausführliche Fallstudien zu innovativen Projekten und Prozessen einer nachhaltigen Entwicklung in Kommunen an. In Kapitel 7 wird ein Fazit zur Entwicklung von Nachhaltigkeitsprozessen auf lokaler Ebene gezogen sowie Handlungsempfehlungen für deren erfolgreiche Ein- bzw. Weiterführung gegeben.

4.1 Expertisen

Im Rahmen des umfangreichen Forschungsvorhabens „Rio+20 vor Ort“ wurden vom IZT und seinen Projektpartnern mehrere Kurzexpertisen zu folgenden besonders relevanten Handlungsfeldern und Engagementbereichen erarbeitet.

- Lokales Nachhaltigkeitsengagement der Wirtschaft in Deutschland (Lydia Illge, Frank Müller, unter Mitarbeit von Katrin Nolting und Mira Klausen; IZT Berlin, Januar 2011)
- Bildung für nachhaltige Entwicklung (Heidi Consentius, Prof. Gerhard de Haan; Institut futur der Freien Universität Berlin)
- Lokales Nachhaltigkeitsengagement von Kirchen (Prof. Hans Diefenbacher unter Mitarbeit von Andrea Behring und Dominic Egger; Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft – FEST, Heidelberg)
- Innovationskraft lokalen Nachhaltigkeitsengagements in Bildung, Kultur und Wirtschaft (Prof. Inka Bormann, Dr. René John, Dr. Jana Rückert-John; ISInova Berlin / Universität Marburg)

Die themenorientierten Kurzexpertisen für die Bereiche „Wirtschaft“, „Bildung“, und „Kirchen“ hatten zum Ziel, einen Einstieg in den jeweiligen Engagementbereich zu ermöglichen, prägnante Inhalte und Entwicklungen im Überblick darzustellen sowie Engagementformen und erfolgreiche Beispiele zu identifizieren. Die Expertisen wurden im weiteren Forschungsverlauf genutzt, um interessante und innovative Beispiele auszuwählen und anhand von Recherchen und Interviews tiefergehend auf ihre Erfolgsbedingungen hin zu analysieren. Ein Teil der Fallbeispiele findet sich in der Broschüre „Rio+20 vor Ort – Kommunen auf dem Weg zur Nachhaltigkeit“ wieder. Im vorliegenden Abschlussbericht werden zudem ausgewählte Fallbeispiele in ausführlicher Form dargestellt. Für die Aufarbeitung konnte ebenfalls zum Teil auf Erkenntnisse aus den Expertisen zurückgegriffen werden.

Die Kurzexpertise „Innovation“ hat Querschnittscharakter und war dazu angelegt, als methodischer Bezugspunkt für die inhaltlich orientierten Expertisen zu fungieren. Dies ist allerdings aufgrund der parallelen Erarbeitung aller Expertisen nicht in intendierter Weise möglich gewesen. Die Innovationsexpertise widmet sich neben der Begriffsanalyse insbesondere methodischen Fragestellungen und diskutiert Kriterien und Bedingungen nach denen akteursbasierte Prozesse und Projekte als innovativ eingestuft werden bzw. als soziale Innovationen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung entfaltet und im

lebensweltlichen Alltag verankert werden können. Die Erkenntnisse der Expertise sind in diesem Sinne in die Auswahl und Analyse der Fallbeispiele eingeflossen.

Die vorliegenden Kurzexpertisen bündeln langjährige Erfahrungen und Erkenntnisse der Forschungspartner. Das Forschungsvorhaben „Rio+20 vor Ort“ war grundlegender Anlass und Ansporn zugleich das fachspezifische Wissen aufzubereiten und gleichermaßen für Forschung und Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Neben vielfältigen Erfahrungen, wichtigen Erkenntnissen und Fallbeispielen, geben die Expertisen Anregungen für künftige Aktivitäten und Maßnahmen für zivilgesellschaftliche und politische Akteure. Die Expertisen enthalten ebenso eine Vielzahl an Informationen und weiterführenden Hinweisen, darunter Literaturempfehlungen und Kontakthinweise. Damit wird interessierten Akteuren und motivierten Entscheidungsträgern für ihre Arbeit hin zu einer nachhaltigen Entwicklung ein hilfreiches Handwerkszeug zur Verfügung gestellt.

Die Kurzexpertisen sind über das Internet einzeln zugänglich und können kostenlos heruntergeladen werden. (www.izt.de/rio)

4.1.1 Lokales Nachhaltigkeitsengagement der Wirtschaft in Deutschland

(Lydia Illge, Frank Müller, unter Mitarbeit von Katrin Nolting und Mira Klausen; IZT Berlin, Januar 2011)

4.1.1.1 Hintergrund und Fokus der Expertise

Unternehmen und andere Wirtschaftsakteure haben einen großen Einfluss auf die gesellschaftliche Entwicklung generell und die regionale Entwicklung im Speziellen. Sie schaffen Arbeitsplätze, entwickeln innovative Produkte, setzen Trends und tragen zum gesellschaftlichen Wohlstand bei, um nur einige Aspekte zu nennen. Mit einer nicht nachhaltigen Wirtschaftsweise haben sie aber auch einen wesentlichen Anteil an der Entstehung gravierender ökologischer und sozialer Probleme bei (z.B. Artenschwund, Entwaldung, Klimawandel, Armut, Krankheiten). Hier setzt die in der Agenda 21 festgeschriebene gesellschaftliche Unternehmensverantwortung an. In Kapitel 30 der Agenda21 heißt es: „Die Privatwirtschaft einschließlich transnationaler Unternehmen und die sie vertretenden Verbände sollen gleichberechtigte Partner bei der Umsetzung und Bewertung von Maßnahmen im Zusammenhang mit der Agenda 21 sein“.

Die Kurzexpertise über „Lokales Nachhaltigkeitsengagement der Wirtschaft in Deutschland“ gibt einen Überblick über die bisherige Praxis und Handlungsmöglichkeiten für Unternehmen, sich im lokalen Kontext für eine nachhaltige Entwicklung zu engagieren. Zu diesem Zweck wird auf vier Handlungsfelder unter Benennung zahlreicher sozial-innovativer Beispiele eingegangen:

- (1) das gesellschaftliche (bzw. bürgerschaftliche) Engagement von Unternehmen (Corporate Citizenship),
- (2) die Kommunikation der Unternehmen mit ihren gesellschaftlichen Anspruchsgruppen in Form von Stakeholderdialogen und Nachhaltigkeitsberichten,
- (3) das Engagement der Unternehmen für ihre Mitarbeiter und
- (4) Nachhaltigkeitsmanagement mit Blick auf das jeweilige Kerngeschäft der Unternehmen.

Die Expertise geht außerdem auf die Rolle von Netzwerken, Organisationen und Initiativen ein, die handlungsfeldübergreifend vor Ort aktiv sind, um Unternehmen zu einer nachhaltigeren Wirtschaftsweise zu motivieren bzw. sie bei der praktischen Umsetzung zu

unterstützen. Auf dieser Basis wird ein Fazit zu den unternehmerischen Aktivitäten vor Ort mit besonderem sozialen Innovationspotential sowie zu den Erfolgsfaktoren für das regionale Nachhaltigkeitsengagement der Wirtschaft gezogen und ein Ausblick auf zukünftige Entwicklungen und Herausforderungen für die Unternehmen gegeben. Darüber hinaus werden besonders innovative, zukunftsweisende und nachahmenswerte Fallbeispiele für die Handlungsfelder präsentiert, um die einzelnen Formen des Engagements von Unternehmen in Sachen Nachhaltigkeit zu beschreiben und Handlungsmöglichkeiten im Hier und Heute anschaulich zu machen. Die Expertise wurde vom IZT erarbeitet.

4.1.1.2 Kernaussagen der Expertise

Gesellschaftliches Engagement von Unternehmen vor Ort (Corporate Social Responsibility und Corporate Citizenship)

Definition:

Corporate Social Responsibility (CSR) bzw. Unternehmerische Gesellschaftsverantwortung umschreibt den freiwilligen Beitrag der Wirtschaft zu einer nachhaltigen Entwicklung, der über gesetzliche Forderungen hinausgeht. CSR steht für verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln, beginnend bei der eigentlichen Geschäftstätigkeit über die verstärkte Berücksichtigung ökologisch relevanter Aspekte bis hin zu den Beziehungen mit Mitarbeitern und dem Austausch mit den relevanten Anspruchs- bzw. Interessengruppen.

Nachfolgend werden drei Formen bürgerschaftlichen Engagements von Unternehmen beschrieben, die ein besonderes Potential für soziale Innovationen in sich bergen.

Unternehmen fördern Mitarbeiterengagement (Corporate Volunteering)

Eine unternehmensseitig steigende Beliebtheit unter den Aktivitäten bürgerschaftlichen Engagements erfährt das als Corporate Volunteering bekannte Konzept, Mitarbeiterengagement zu unterstützen. Hierbei wird die Übernahme gemeinnütziger Tätigkeiten durch die Mitarbeiter mit der betrieblichen Personalentwicklung verknüpft, vornehmlich in Bezug auf die fachliche, soziale und kommunikative Qualifikation. So lassen sich beispielsweise Mitarbeiter, vom Unternehmen weiterhin bezahlt, über einen bestimmten Zeitraum in eine gemeinnützige Organisation entsenden, um dort verschiedene Fach- oder Führungsaufgaben zu übernehmen. Ein anderes Beispiel ist die Übernahme einer bestimmten Aufgabe zur Lösung eines konkreten Problems im Rahmen eines spezifischen Projektes und in einer vorgegebenen Zeit. Auch die Freistellung von Mitarbeitern zur Übernahme gemeinnütziger Tätigkeiten oder die kostenlose Bereitstellung einer Dienstleistung aus dem Kompetenzbereich des Unternehmens sind Formen des Corporate Volunteering.

Zweckbezogenes Marketing

Unter zweckbezogenem Marketing ist die Bewerbung eines Produktes oder einer Dienstleistung zu verstehen, bei der ein bestimmter Umsatzanteil einer gemeinnützigen Organisation oder direkt einem gemeinwohlstiftenden Zweck zukommt. Bekannte Beispiele sind unter anderem bei Herstellern von Getränken und Lebensmitteln zu finden, die mit verschiedenen Umwelt- oder Sozialorganisationen kooperieren. Letztere erhalten einen bestimmten Anteil des Umsatzes zum Beispiel für den Schutz des Regenwalds, zur Förderung von Bildungsprojekten oder für die Unterstützung von SOS-Kinderdörfern.

Netzwerke für bürgerschaftliches Engagement von Unternehmen

Unternehmen engagieren sich in ganz unterschiedlicher Form in lokalen und regionalen Netzwerken, die teilweise sowohl Unternehmen als auch öffentliche Träger und gemeinnützige Institutionen einbinden. Dazu zählen zum Beispiel Netzwerke zwischen

Unternehmen und/ oder Wirtschaftsverbänden, die den Erfahrungs- und fachlichen Informationsaustausch zum bürgerschaftlichen Engagement allgemein und zu spezifischen Problemen im Besonderen fördern, Leitlinien und Standards entwickeln oder erfolgreiche Fallbeispiele aufbereiten und verbreiten. Netzwerkaktivitäten sind auch zwischen Unternehmen, gemeinnützigen Mittlerorganisationen und Privatpersonen zu finden, die dem Erfahrungsaustausch und der gemeinsamen Projektentwicklung dienen.

Unternehmenskommunikation mit gesellschaftlichen Anspruchsgruppen (Stakeholdern)

Die Kommunikation der Wirtschaft (als Einzelunternehmen oder Verband) mit ihren gesellschaftlichen Anspruchsgruppen kann viele Formen annehmen und erfolgt zu einer Vielfalt von Themen. Beispiele umfassen neben klassischen unternehmerischen Aktivitäten wie der Erfassung der Kundenbedürfnisse und ihrer Einbindung in die Produktentwicklung auch die Teilnahme an regionalen Diskussionsforen oder die Internetseiten des Unternehmens. In der Kurzexpertise werden die Formen Stakeholderdialoge und Nachhaltigkeitsberichte beschrieben, die auf eine besondere Art und Weise nachhaltige Lernprozesse bei den gesellschaftlichen Akteuren, aber auch in den Unternehmen selbst, auslösen können und häufig den Ausgangspunkt für gemeinsame Aktivitäten der Unternehmen mit anderen Akteuren vor Ort darstellen.

Stakeholderdialoge

Jedes Unternehmen steht in Kontakt mit zahlreichen Anspruchs- und Interessengruppen wie Kunden, Lieferanten, Kreditgebern, Mitarbeitern sowie staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen („Stakeholdern“). Die Idee einer systematischen Einbeziehung dieser Stakeholder und damit des Kommunikationsinstruments der Stakeholderdialoge hat in Deutschland seit den späten 1990er Jahren insbesondere für Großunternehmen an Bedeutung gewonnen. Stakeholderdialoge sind dabei hauptsächlich aus öffentlichem Druck heraus geführt worden. Auslöser waren oft akute Konflikte zwischen Unternehmen und Öffentlichkeit, hervorgerufen durch umwelt- und/ oder gesundheitsgefährdende Unternehmensaktivitäten, Unfälle oder ethisch fragwürdige Geschäftspraktiken. Hier sahen sich besonders große Unternehmen kritischer Branchen (beispielsweise der Chemie- und Pharmabranche) gezwungen, vornehmlich aus Reputationsgründen den Dialog mit Kritikern zu suchen. Einige dieser Unternehmen trugen auch zur Weiterentwicklung dieses Instruments bei.

2004 stand die Hälfte der 150 größten deutschen Unternehmen in regelmäßigem Kontakt mit ihren Stakeholdern. Ein Großteil von ihnen strebte an, künftig mehr Stakeholderdialoge zu führen. Allerdings beschränkte sich der Kontakt meist auf offene Dialogforen mit Verbänden zu branchenbezogenen Themen, während ein direkter und kontinuierlicher Austausch über soziale und ökologische Aspekte eher zweitrangig war. Die Form der Stakeholderdialoge reicht dabei von unverbindlichen Dialogen zwischen Einzelpersonen über themenspezifische oder themenoffene Veranstaltungen oder Veranstaltungsreihen bis hin zu stärker formalisierten Stakeholder Panels, die als externe Beratungsgremien fungieren.

Nachhaltigkeitsberichte

Nachhaltigkeitsberichte entstanden als Weiterentwicklung der in den 1990 Jahren von Unternehmen veröffentlichten Umweltberichte. Sie dienen dazu, die gesellschaftlichen Anspruchsgruppen eines Unternehmens über ökologische, soziale und wirtschaftliche Leistungen des Unternehmens zu informieren. Dabei sollten sie sich sowohl auf das Unternehmen als Gesamtheit als auch auf seine Produkte oder Dienstleistungen beziehen. Die Anzahl der Unternehmen, die Nachhaltigkeitsberichte veröffentlichen, steigt seit Jahren stetig an. Besonders bei Großunternehmen sind die Berichte mittlerweile ein etabliertes

Kommunikationsmittel, aber auch der Anteil kleinerer Unternehmen, die Nachhaltigkeitsberichte veröffentlichen, wächst.⁶ Verglichen mit der Anzahl der Unternehmen insgesamt ist es aber immer noch nur ein Bruchteil der Unternehmen, die Nachhaltigkeitsberichte erstellen.

Zwar sind die Berichte nicht ausschließlich auf die Kommunikation mit den Stakeholdern vor Ort ausgerichtet, stellen aber für lokale Akteure häufig eine wichtige Informationsquelle über die Unternehmen dar. Darüber hinaus sind die Berichte auch eine zentrale Datenquelle für Nachhaltigkeitsratings von Unternehmen, da es kaum andere Quellen gibt (z.B. www.oekom-research.org). Insgesamt können Nachhaltigkeitsberichte bei den unterschiedlichen Stakeholdern Lernprozesse auslösen und den gesellschaftlichen Dialog zu nachhaltiger Entwicklung und unternehmerischer Verantwortung fördern. Sie können aber auch die Transformation der berichtenden Unternehmen in Richtung Nachhaltigkeit unterstützen (durch den Prozess ihrer Erstellung und die unternehmensinterne Verwendung der Berichte).

Qualitätsstandards, Leitlinien und Rankings von Nachhaltigkeitsberichten etablieren sich

Immer mehr Unternehmen nehmen beispielsweise bei der Erstellung von Nachhaltigkeitsberichten auf die Global Reporting Initiative (GRI) Bezug, die Leitlinien zur Nachhaltigkeitsberichterstattung entwickelt hat (<http://www.globalreporting.org>). Neben Standards (z.B. [AA 1000 Assurance Standard](#)) und Leitlinien (z.B. GRI), die dazu dienen, die Nachhaltigkeitsberichte einheitlicher und damit besser vergleichbar bzw. bewertbar zu machen, gibt es auch Rankings von unternehmerischen Nachhaltigkeitsberichten, deren Ziel es ist, die qualitativ besten Berichte zu identifizieren und bekannt zu machen. So führt das IÖW gemeinsam mit future e.V. seit 1994 ein solches Ranking von Umwelt- bzw. Nachhaltigkeitsberichten durch (<http://www.ranking-nachhaltigkeitsberichte.de>). Im Ranking wird nicht nur beurteilt, ob in den Berichten zu bestimmten Inhalten Angaben gemacht werden, sondern auch generell die Glaubwürdigkeit und Vergleichbarkeit der Ergebnisse.

Darüber hinaus wird in der Expertise auch auf die neueren Ansätze für Dialog-Orientierung durch IT-basierte Nachhaltigkeitsberichte und die Integration von Nachhaltigkeitsberichten in den allgemeinen Geschäftsbericht (Integrated Reporting) eingegangen.

Engagement für Mitarbeiter

Zu den wichtigsten Stakeholdern eines Unternehmens zählen die Mitarbeiter. Sie spielen eine Schlüsselrolle im betrieblichen Leistungsprozess eines jeden Unternehmens und tragen maßgeblich zum Unternehmenserfolg bei. Auch aus gesamtgesellschaftlicher Sicht ist Arbeit von wesentlicher Bedeutung. Sie ist die Grundvoraussetzung für Selbstverwirklichung und gesellschaftliche Teilhabe. Zwar sind die Themen Beschäftigung und Qualität der Arbeit sowohl aus betriebswirtschaftlicher als auch aus volkswirtschaftlicher Sicht keine neuen Felder. Jedoch bilden sie im Lichte der Nachhaltigkeitsdebatte einen weiteren Schwerpunkt unternehmerischer Verantwortung. Dabei ist eine ganze Reihe von Herausforderungen zu bewältigen.

Die Qualität der Arbeit wird neben Aspekten wie Arbeitsschutz und Arbeitsplatzgestaltung auch stark durch Arbeitszeitmodelle und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf beeinflusst.

Nachhaltigkeitsmanagement

Zunehmende Komplexität, Umfang und Bedeutung von Umweltthemen, Produktverantwortung sowie sozialen Fragestellungen im Unternehmensumfeld haben dazu geführt, dass nach Wegen gesucht wurde, diese Bereiche für Unternehmen in ihrer Komplexität besser organisierbar bzw. lenkbar zu machen. Die Entwicklung und Einführung

⁶ IÖW und imug (2001): Der Nachhaltigkeitsbericht. Ein Leitfaden zur Praxis glaubwürdiger Kommunikation für zukunftsfähige Unternehmen. http://www.nachhaltigkeitsberichte.net/img_neu/NachhBer.pdf

von normierten Managementsystemen, insbesondere seit den 1990er Jahren, leistet dieser Notwendigkeit mehr oder weniger Folge.

Die Einführung von Umwelt-, Qualitäts- und anderen Managementsystemen wie ISO 14001 oder EMAS trägt zur Wahrnehmung unternehmerischer Verantwortung bei und ist ein wichtiger Beitrag von Unternehmen für die Mitgestaltung einer nachhaltigen Entwicklung. Existiert in der Zusammenführung diverser Managementsysteme sowie der Anwendung entsprechender Konzepte und Instrumente in Unternehmen eine gute Prozessperformance, so wird in der Regel von „Nachhaltigkeitsmanagement“ gesprochen. Allerdings reicht diese Leistung allein aus Sicht der Autoren nicht aus: Die genannten Managementsysteme beziehen sich in erster Linie auf die Gestaltung von ressourcen- und energiesparenden Prozessen, also auf die Produktions- bzw. Arbeitsweise von Unternehmen, nicht jedoch auf die Entwicklung nachhaltiger Produkte bzw. Dienstleistung selbst. Da unternehmerisches Handeln im Kern aber auf die Herstellung von Produkten bzw. das Anbieten von Dienstleistungen ausgerichtet ist, müssen diese unter dem Gesichtspunkt einer nachhaltigen Entwicklung ebenso explizit adressiert werden.

In der Expertise wird daher im Sinne einer Nachhaltigen Entwicklung das Nachhaltigkeitsmanagement nicht nur - wie zumeist üblich - auf der Prozessebene betrachtet und verstanden, sondern auch auf der Ebene der Gestaltung nachhaltiger Produkte- und Dienstleistungen selbst.

Nachhaltigkeitsmanagement auf Prozessebene

Die Prozesse der Produktherstellung und Dienstleistungserbringung sowie hierfür geschaffene innerbetriebliche Strukturen sind ein unternehmerischer Handlungsbereich, der hinsichtlich der Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung ein großes Wirkungspotential aufweist. Er beinhaltet die Gestaltung nachhaltiger Prozesse und Strukturen sowohl am Unternehmensstandort als auch entlang der Wertschöpfungskette, d.h. einschließlich der eingekauften Vorprodukte und genutzten Dienstleistungen.

Prozessbezogenes Nachhaltigkeitsmanagement hat zum Ziel, die unternehmerischen Prozesse und Strukturen so zu optimieren, dass sie nicht nur ökonomisch sinnvoll sind, sondern auch die natürliche Umwelt möglichst wenig belasten (z.B. aufgrund von niedrigem Ressourcenverbrauch, Emissionen, Abfällen) und sozial verträglich sind (z.B. faire Arbeitsbedingungen entlang der Wertschöpfungskette). Um Nachhaltigkeitsmanagement praktisch umzusetzen, nutzen Unternehmen eine Reihe von Managementinstrumenten, wie bspw. Balanced Scorecards oder standardisierte Managementsysteme, wie Umweltaudits, die einer offiziellen Zertifizierung unterliegen.

Heute gibt es in den Bereichen Qualität, Umwelt, Energie, Innovation, Arbeitsschutz, Sicherheit und Risiko, sowie Entsorgung und Hygiene, standardisierte Managementsysteme. Auf internationaler Ebene sind es einschlägige ISO-Normreihen, wie beispielsweise das Qualitätsmanagement nach ISO EN DIN 9001 oder das Umweltmanagement nach ISO EN DIN 14001. Auf europäischer Ebene haben sich vor dem Hintergrund einer strikteren Umweltpolitik parallel zu den internationalen Systemen eigene Modelle entwickelt und durchgesetzt. Zu nennen sind insbesondere EFQM sowie EMAS I und II (Eco Management and Audit Scheme). Bei EMAS II besteht z.B. im Vergleich zu ISO 14001 die Pflicht zur Veröffentlichung einer verbindlichen Umwelterklärung. Viele dieser Instrumente eignen sich besonders für große Unternehmen, die über erforderliche Organisationsstrukturen und betriebliche Ressourcen verfügen (zeitlich, personell, finanziell).

Für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) ist es trotz erwiesener positiver Effekte oft mit einem erheblichen Mehraufwand verbunden, derartige Managementsysteme einzuführen. Insgesamt praktizieren kleine Unternehmen Nachhaltigkeitsmanagement daher eher in einer weniger standardisierten und formellen Weise. Vor diesem Hintergrund haben sich kommunal und regional ausgerichtete Qualifizierungs-, Beratungs- und Vernetzungsprojekte als leichter praktikabel herauskristallisiert. Ein gelungener Brückenschlag zwischen einem

standardisierten „kleinen“ Umweltmanagementsystem sowie Erfahrungsaustausch und regionaler Netzbildung ist das „Ökologische Projekt für Integrierte Umwelttechnik“, bekannt als ÖKOPROFIT©. ÖKOPROFIT© stellt eine Alternative zu relativ aufwändigen Zertifizierungen wie EMAS dar. Als „kleines Umweltmanagementsystem“ hilft es aber gleichermaßen Unternehmensbereiche mit einem großen Verbesserungspotential hinsichtlich der Wirkungen der Produktion auf die natürliche Umwelt, aber auch des betrieblichen Arbeitsschutzes, zu identifizieren und zu optimieren. [ÖKOPROFIT©](#) ist mittlerweile in zahlreichen Städten Deutschlands etabliert. In einigen Kommunen erfährt das Projekt auch direkte Einbindung in den Agenda-21-Prozess und wird gleichermaßen von Kommune und IHK unterstützt (z.B. Hannover und Erfurt).

Im Jahr 2010 sind in Deutschland immer noch relativ wenig Unternehmen nach umweltrelevanten Managementsystemen zertifiziert⁷. Einer der Gründe hierfür ist, dass die direkten Anspruchsgruppen (Abnehmer) diesen Aspekt als weniger relevant ansehen, als beispielsweise ein Qualitätsmanagementsystem. Hier könnte durch die besondere Berücksichtigung derartiger Managementsysteme bei öffentlichen Auftragsvergaben positive Impulse für die Privatwirtschaft gesetzt werden.

Nachhaltigkeitsmanagement auf Produktebene

Mit Hilfe der Diversität von Managementsystemen und -instrumenten kann das Unternehmen seine Prozesse an Nachhaltigkeitskriterien angemessen ausrichten. Allerdings ist damit auf Produkt- bzw. Dienstleistungsebene noch keine Managementleistung erfolgt. Ein Managementansatz für die Produktebene ist das Lebenszyklusmanagement, auch bekannt unter dem Begriff Produktökobilanz. Hier werden die einzelnen Lebenszyklusphasen (Rohstoffgewinnung, Herstellung, Distribution, Nutzung und Recycling) mittels einer systematischen Analyse der Umweltwirkungen betrachtet. Anhand des Ansatzes kann ein Unternehmen seine Produktverantwortung „von der Wiege bis zum Grab“ kontrollieren und stetig verbessern. Für Abnehmer besteht bei entsprechender Ausweisung zudem eine bessere Vergleichbarkeit der Produkte.

Neben der Analyse bestehender Produkte bzw. Dienstleistungen kann eine Organisation schon bei der Entwicklung auf ein entsprechendes nachhaltiges Produktdesign achten. Hierzu wurde der Managementansatz „Ökodesign“ entwickelt. Ökodesign ist ein systematischer und umfassender Betrachtungs- und Gestaltungsansatz für Produkte, der das Ziel verfolgt, die Umweltbelastungen über den gesamten Lebenszyklus durch verbessertes Produktdesign zu mindern. Mit der Richtlinie 2005/32/EG zur Schaffung eines Rahmens für die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung energiebetriebener Produkte (Energiebetriebene-Produkte-Richtlinie, EbP-RL, Ökodesign-Richtlinie oder abgeleitet von Energy using Products auch EbP-RL), hat die Europäische Kommission erstmals die Anforderungen des Ökodesigns in einer Richtlinie explizit verankert⁸.

Handlungsfeldübergreifende Netzwerke, Organisationen, Initiativen

Die Akteure allgemein und die Unternehmen im Speziellen engagieren sich kaum im Alleingang. Den Herausforderungen für eine nachhaltige Entwicklung erfolgreich zu begegnen, erfordert vielmehr sowohl den Austausch zwischen den einzelnen gesellschaftlichen Akteuren als auch das gemeinsame Suchen nach bzw. Entwickeln und Umsetzen von Lösungsansätzen. Kooperationen in diesem Sinne können helfen, Ressourcen zu bündeln, deren Einsatz effizienter zu gestalten, Vertrauen zwischen den

⁷ 2010 sind in Deutschland 5.800 Betriebe nach ISO 14001 und 1.979 EMAS zertifiziert (<http://www.umweltbundesamt.de/umweltoekonomie/ums-welt.htm>). Im Vergleich zu den eingeführten Umweltmanagementsystemen konnten 2009 in Deutschland hingegen 47.156 Betriebe eine QMS-Zertifizierung aufweisen (<http://www.denkeler-qm.de/Aktuelles/ISO/iso-regio.htm>)

⁸ UBA (2008): <http://www.umweltbundesamt.de/produkte/oekodesign/index.htm>

Akteuren zu schaffen und soziale, ökologische und ökonomische Innovationen zu fördern. Zu berücksichtigen ist, dass die Rolle der Unternehmen in Netzwerken sowohl aktiver als auch passiver Natur (im Sinne beispielsweise einer reinen Mitgliedschaft) sein kann. Letztere ist z.T. durchaus dahingehend kritisch zu hinterfragen, ob sie nicht nur als ein plakatives PR-Instrument betrachtet und genutzt wird.

Die Initiativen können sowohl von den Wirtschaftsakteuren wie Unternehmen und deren Verbänden ausgehen. Sie können aber auch von öffentlichen Einrichtungen, gemeinnützigen Organisationen und engagierten Bürgern initiiert werden, die Unternehmensaktivitäten hinterfragen und Anstöße für eine sozial-ökologische Wirtschaftsweise geben möchten.

4.1.1.3 Fazit und Ausblick

Die Kurzexpertise kann zeigen, dass die Handlungsmöglichkeiten für Unternehmen, sich im lokalen Kontext für eine nachhaltige Entwicklung zu engagieren, äußerst vielfältig sind, ebenso wie die bereits initiierten innovativen Aktivitäten.

Grundsätzlich kann zwischen unternehmensextern und –intern ausgerichteten Handlungsfeldern unterschieden werden. So sind das bürgerschaftliche Engagement von Unternehmen vor Ort und die unternehmerische Kommunikation mit den Stakeholdern in der Region naturgemäß an das Umfeld der Unternehmen gerichtet. Dagegen stellen das Nachhaltigkeitsmanagement auf Prozess- und Produktebene sowie das Engagement für die Mitarbeiter unternehmensinterne Prozesse dar.

In den Regionen treten die Unternehmen vor allem als gesellschaftlich bzw. bürgerschaftlich engagierte Unternehmerpersönlichkeiten bzw. Unternehmensmitarbeiter/innen in Erscheinung, indem sie vor Ort Projekte zur Lösung ganz unterschiedlicher regionaler Probleme entwickeln, initiieren und umsetzen. Dabei treten Lerneffekte für die regional engagierten Akteure (einschließlich der Unternehmen selbst) besonders dann auf, wenn sich die Unternehmen aktiv einbringen (anstatt z.B. nur finanzielle Ressourcen zur Verfügung zu stellen). Dies trifft ganz besonders für die betriebliche Unterstützung des Mitarbeiterengagements zu (Corporate Volunteering). Aber auch zweckbezogenes Marketing hat ein enormes Potential, den Gedanken des bürgerschaftlichen Engagements noch stärker in der Gesellschaft zu verankern. Besonders wirkungsvoll ist bürgerschaftliches Engagement von Unternehmen häufig dann, wenn es Unternehmen gelingt, ihr Engagement eng mit ihrem betrieblichen Leistungsprofil und Know-how zu verbinden.

Auch mit ihrer Kommunikation gegenüber den unterschiedlichen regionalen Stakeholdern lösen Unternehmen gesellschaftliche Lernprozesse aus, während sie gleichzeitig auch Lernende sind. Gegenstand dieser Kommunikation sind zum einen die unternehmerischen Nachhaltigkeitsleistungen (z.B. in Nachhaltigkeitsberichten), aber auch bedeutende Vorhaben des Unternehmens (z.B. größere Investitionen) oder die zukünftige Ausrichtung der jeweiligen Branche. Eine große Herausforderung für die Unternehmen bleibt die zunehmende Dialog-Orientierung, die sich gegenwärtig seitens der Unternehmen erst in den Anfängen befindet.

Nachhaltigkeitsengagement von Unternehmen vor Ort schließt das Engagement für die Mitarbeiter als eine bedeutende Stakeholdergruppe mit ein. Auch wenn die unternehmerischen Vorteile dieser Art des Engagements eigentlich auf der Hand liegen, so besteht doch eine zentrale Herausforderungen darin, sowohl ein noch stärkeres Bewusstsein für die breite Vielfalt von Handlungsmöglichkeiten zu schaffen, die es in großen wie in kleinen Unternehmen gibt, als auch langfristig ausgerichtetes strategisches Denken im Unternehmen zu schärfen. Besonders für KMU gilt hier wiederum, sich in der Region Partner für das Mitarbeiterengagement zu suchen (z.B. Krankenkassen, Sportvereine, Kindergärten).

Integration ist das zentrale Stichwort für die zukünftige Entwicklung des Nachhaltigkeitsmanagements. Hierbei geht es vor allem darum, dass die unterschiedlichen Aspekte einer nachhaltigen Entwicklung nicht mehr nur separat betrachtet, sondern

zusammengeführt werden, beispielsweise in Form integrierter Managementsysteme in Unternehmen. Außerdem ist zu berücksichtigen, dass in immer stärkerem Maße Produktionsprozesse in andere Regionen ausgelagert werden (oftmals in Länder mit deutlich geringeren Anforderungen hinsichtlich einer ökologisch und sozial verträglichen Wirtschaftsweise). Eine ausschließliche Betrachtung der lokalen Ebene würde daher nur einen Bruchteil der tatsächlichen betrieblichen Nachhaltigkeitswirkungen umfassen und auch den unternehmerischen Handlungsbedarf nur ansatzweise abbilden. Nachhaltigkeitsengagement vor Ort muss also über die regionalen Grenzen hinausgehen. Es ist davon auszugehen, dass dieser globale Aspekt zukünftig weiter an Bedeutung gewinnen wird.

4.1.2 Bildung für nachhaltige Entwicklung

4.1.2.1 Hintergrund und Fokus der Expertise

Der Übergang in ein Zeitalter der Nachhaltigkeit erfordert ein Umdenken, die Veränderung bisheriger Gewohnheiten und Lebensstile und das Beschreiten neuer innovativer Wege. Bildung spielt hierbei eine Hauptrolle. Dabei geht es sowohl darum, den klassischen Zugang zu Bildung zu gewährleisten als auch kreative Bildungsformate zu entwickeln, die die Aneignung von Wissen und Fähigkeiten für ein zukunftsfähiges Handeln ermöglichen und attraktiv machen. Denn Verantwortung, Mitbestimmung und neue Partizipationsformen müssen erlernt werden. Bildung für nachhaltige Entwicklung ist daher ein zentrales Handlungsfeld, das Kompetenzen für die Analyse von nachhaltigen Entwicklungsprozessen und die Gestaltung einer zukunftsfähigen Gesellschaft vermitteln hilft.

Die Kurzexpertise „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ wurde von Prof. de Haan und Frau Consentius vom Institut Futur an der FU Berlin erarbeitet. Prof. de Haan ist gleichzeitig Vorsitzender des Deutschen Nationalkomitees der UN-Bildungsdekade (2005-2014), Frau Consentius betreut als Projektmanagerin im Dekade-Sekretariat die Auszeichnung von Dekade-Projekten. Die Autoren sind daher ausgewiesene Experten im Handlungsfeld BNE.

In der Expertise beschreiben sie einführend die Entwicklung und Handhabung der Begriffe „nachhaltige Bildung“ und „Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)“ sowie die Genese des begrifflichen Diskurses. Ausgehend von „Rio+10“ in Johannesburg wird ein Überblick über die Entwicklung auf internationaler Ebene sowie die Umsetzung der UN-Bildungsdekade (2005 -2014) in Deutschland gegeben und es werden diesbezügliche Gremien und Aktivitäten benannt. Explizit wird in Kapitel 5 die Frage erörtert, inwieweit und in welchen Formen das Thema BNE von Kommunen aufgegriffen und ausgestaltet wird. Neben konkreten Beispielen aus Dekade-Kommunen werden „typische Muster der Integration von BNE in lokale Nachhaltigkeitsaktivitäten“ analysiert und anhand eines Stufenmodells dargestellt.

Vertiefend wird im Anschluss die horizontale Ebene beleuchtet und ein systematischer Überblick über die „Integration von BNE in einzelne Bildungsbereiche“ gegeben. Diese reichen von der Elementarstufe, über Schule, berufliche Aus- und Weiterbildung, Hochschule bis hin zum außerschulischen Bereich und zum informellen Lernen. Die theoretischen Ausführungen werden mit zahlreichen Praxisbeispielen unterlegt. Abschließend erfolgt ein Blick auf die aktuelle Entwicklungen und Perspektiven sowie das Thema Qualitätsstandards für BNE.

Die Kurzexpertise gibt einen systematischen Gesamtüberblick über das Thema BNE und kann damit als eine Art Handbuch von Kommunen und Bildungsakteuren zur Initiierung und Weiterentwicklung der eigenen BNE-Aktivitäten genutzt werden. Zum anderen ermöglicht die Expertise anhand des Stufenmodells sowie der BNE-Qualitätskriterien kommunale und

zivilgesellschaftliche Bildungsaktivitäten einzuordnen und deren Qualitäten und Verbesserungspotenziale fundiert zu analysieren.

4.1.2.2 Kernaussagen der Expertise

(Prof. Gerhard de Haan, Heidi Consentius; Institut Futur der Freien Universität Berlin)

Im Folgenden werden im in gekürzter Form Kernaussagen der Expertise dargestellt.

Nachhaltige Bildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung – Begriffsbestimmung

Bildung für nachhaltige Entwicklung (im Folgenden: BNE) wurde als Bildungskonzept in der Nachfolge zur Konferenz für Umwelt und Entwicklung der [Vereinten Nationen](#) (UNCED) in [Rio de Janeiro](#) (1992) entwickelt⁹. In Kapitel 26 der Agenda 21 heißt es: „Bildung/Erziehung, öffentliche Bewusstseinsbildung und berufliche Ausbildung stehen mit fast allen Programmbereichen der Agenda 21 in Verbindung; dies gilt in verstärktem Maße für die Bereiche, bei denen es um die Deckung der Grundbedürfnisse und um die Stärkung der personellen und institutionellen Kapazitäten, um Daten und Information, die Wissenschaft und die Rolle wichtiger gesellschaftlicher Gruppen geht.“¹⁰ Bildung wird als unerlässliche Voraussetzung dafür formuliert, sich mit Umwelt- und Entwicklungsfragen auseinander setzen zu können. Dabei wurde von vornherein auf die formale wie auf nicht-formale Bildungsprozesse gesetzt. Beide zusammengenommen gelten als „unabdingbare Voraussetzungen für die Herbeiführung eines Bewußtseinswandels bei den Menschen, damit sie in der Lage sind, ihre Anliegen in Bezug auf eine nachhaltige Entwicklung abzuschätzen und anzugehen. Sie sind auch von entscheidender Bedeutung für die Schaffung eines ökologischen und eines ethischen Bewußtseins sowie von Werten und Einstellungen, Fähigkeiten und Verhaltensweisen, die mit einer nachhaltigen Entwicklung vereinbar sind, sowie für eine wirksame Beteiligung der Öffentlichkeit an der Entscheidungsfindung.“¹¹

Für die Analyse des Zusammenhangs zwischen den Strategien für eine nachhaltige Entwicklung und deren Bezug zum Bildungsbereich ist es zunächst notwendig, eine zentrale Differenzierung einzuführen zwischen Nachhaltiger Bildung (NB) und Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE). NB zielt national auf eine verstärkte Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit. Um hier die nationalen Entwicklungen registrieren zu können, wurde ein Indikatorenset entwickelt, mit dem Fortschritte in der NB erkennbar werden können. BNE dagegen ist ein spezifisches Lern- und Handlungsfeld, das Kompetenzen für die Analyse von (nicht) nachhaltigen Entwicklungsprozessen und die Gestaltung einer zukunftsfähigen Gesellschaft vermitteln hilft.

Ausweitungen: Rio + 10 und die Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ der Vereinten Nationen (2005-2014)

Internationale Entwicklung

War es in der Agenda 21 noch um eine allgemein zugängliche Grundbildung und BNE (als Bewusstseinsbildung im Kontext von Umwelt- und Entwicklungsfragen) gegangen, so weiteten sich die Konnotationen in der Nachfolge deutlich aus. Ein höchst bedeutender Schritt erfolgte nach der UN-Nachhaltigkeitskonferenz in Johannesburg-Konferenz: im Dezember 2002 wurde von der UN die Weltdekade zur Bildung für nachhaltige Entwicklung

9 Vgl. <http://www.agenda21-treffpunkt.de/archiv/ag21dok/> (Stand 11.02.2011)

10 Ebd.

11 Vgl. <http://www.agenda21-treffpunkt.de/archiv/ag21dok/> (Stand 11.02.2011)

für den Zeitraum 2005 bis 2014 ausgerufen,¹² und die UNESCO zur ausführenden Organisation erklärt. Für die Umsetzung der Dekade wurde von Seiten der UNESCO ein Plan zur Implementierung von BNE entwickelt.¹³ Der Plan der UNESCO enthält aber auch Hinweise auf die Notwendigkeit, auf der lokalen Ebene anzusetzen, um mit BNE erfolgreich zu sein.

Die Umsetzung der UN-Dekade in Deutschland

Auf der Grundlage eines einstimmigen Beschlusses des Deutschen Bundestages zur UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ vom 1. Juli 2004 (Drucksache 15/3472) koordiniert die Deutsche UNESCO-Kommission (DUK) mit dem von ihr berufenen Nationalkomitee die Umsetzung der Dekade in Deutschland. Aus Mitteln des federführenden BMBF hat sie eine deutsche Koordinierungsstelle eingerichtet. Das Nationalkomitee für die UN-Dekade hat einen Nationalen Aktionsplan entwickelt und versammelt einmal im Jahr rund 100 Experten, Verbände und Initiativen an einem Runden Tisch. Der Bundespräsident hat die Schirmherrschaft über die deutschen Aktivitäten übernommen. Die deutsche Umsetzung der UN-Dekade gilt international als modellhaft. Im Jahr 2009 war Deutschland Gastgeber der Weltkonferenz anlässlich der Halbzeit der UN-Dekade.

Nationalkomitee für die UN-Dekade

Als zentrales Steuerungsgremium für die Aktivitäten zur UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ in Deutschland hat die DUK in Absprache mit der Bundesregierung ein Nationalkomitee berufen. Es stellt die Abstimmung der unterschiedlichen politischen und zivilgesellschaftlichen Akteure sicher. Dem Komitee gehören 30 Vertreter der Bundesministerien BMBF, BMZ, BMU, des Parlaments, der Länder und Kommunen, der Privatwirtschaft, der Medien, von Nichtregierungsorganisationen sowie Fachwissenschaftler und Schülervvertreter an.

Schwerpunkte der bisherigen Aktivitäten des Nationalkomitees und seines Sekretariats waren die Erarbeitung eines Nationalen Aktionsplans, dessen Evaluation und Fortschreibung, die Auszeichnung von „Offiziellen Projekten der UN-Dekade“, die Festlegung von Jahresthemen für die deutsche Umsetzung (2008: Wasser, 2009: Energie, 2010: Geld; 2011: Stadt), die Publikation diverser Materialien und die Durchführung von Veranstaltungen. Seit 2008 finden jeweils im September bundesweite Aktionstage zur Bildung für nachhaltige Entwicklung statt, an denen jeweils über 300 Veranstaltungen von unterschiedlichen Akteuren durchgeführt wurden.

Nationaler Aktionsplan mit Maßnahmenkatalog

Der Nationale Aktionsplan benennt die strategischen Ziele der UN-Dekade in Deutschland und hält in einem Maßnahmenkatalog die Beiträge und Selbstverpflichtungen einzelner Akteure fest. Im Bundestagsbeschluss von 2004 wurde die Bundesregierung zur Erstellung eines solchen Aktionsplans aufgerufen. Als übergreifendes Ziel der Dekade definiert der Nationale Aktionsplan die Verankerung des Leitbilds der nachhaltigen Entwicklung in allen Bereichen des Bildungswesens. Dies soll mit Hilfe von vier strategischen Zielen erreicht werden:

- Weiterentwicklung und Bündelung der Aktivitäten sowie Transfer guter Praxis in die Breite;
- Vernetzung der Akteure der Bildung für nachhaltige Entwicklung;
- Verbesserung der öffentlichen Wahrnehmung von Bildung für nachhaltige Entwicklung;

12 <http://daccess-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N02/556/12/PDF/N0255612.pdf?OpenElement> (Stand 11.02.2011)

13 <http://unesdoc.unesco.org/images/0014/001486/148654E.pdf> (Stand 11.02.2011)

- Verstärkung internationaler Kooperationen.

Bestandteil des Nationalen Aktionsplans ist ein umfangreicher Maßnahmenkatalog. Mehrere Bundesländer verfügen über eigene Aktionspläne.

Runder Tisch

Das Nationalkomitee hat 100 der wichtigsten Experten, Verbände und Initiativen der Bildung für nachhaltige Entwicklung in Deutschland an einem Runden Tisch versammelt. Ziel des Runden Tisches ist es, die Umsetzung der UN-Dekade in Deutschland auf eine breite Basis zu stellen und die Vernetzung der Akteure der Bildung für nachhaltige Entwicklung aus den unterschiedlichen Bildungsbereichen und -stufen sowie verschiedenen Organisationsformen zu befördern. Das Gremium kommt in der Regel jährlich ein Mal im letzten Quartal zusammen. Die Sitzungen finden in wechselnden Bundesländern und auf Einladung des jeweiligen Ministerpräsidenten statt. Um zwischen den Treffen des Runden Tisches eine kontinuierliche Arbeit zu gewährleisten und um die Beteiligungsmöglichkeiten für Akteure zu erhöhen, wurden mehrere inhaltliche Arbeitsgruppen eingerichtet. Es bestehen Arbeitsgruppen zu den Bereichen Elementarpädagogik, Schule, Hochschule, Berufliche Aus- und Weiterbildung, Informelles Lernen, Außerschulische und Weiterbildung, Ökonomie und Konsum sowie zum Thema Massenmedien.

Dekade-Projekte

Das Kernstück der Umsetzung der UN-Dekade in Deutschland ist die Auszeichnung Offizieller UN-Dekadeprojekte. Um gute Praxisbeispiele sichtbar zu machen und die Anliegen der Bildung für nachhaltige Entwicklung in die Breite zu tragen, hat das Nationalkomitee der UN-Dekade BNE bereits zu Beginn der Dekade 2005 ein Verfahren zur Auszeichnung erfolgreicher und qualitativ hochwertiger Projekte der Bildung für nachhaltige Entwicklung in allen Bildungsbereichen eingeführt. Seit dem Beginn der Dekade haben sich rund 2000 Initiativen um eine Auszeichnung beworben und es konnten über 1200 Offizielle Dekade-Projekte ausgezeichnet werden (<http://www.bne-portal.de>)

Dekade-Kommunen

Seit 2007 zeichnet das Nationalkomitee auch Kommunen aus, die BNE in vorbildlicher Weise in allen Bildungsbereichen der Kommune umsetzen. So wurden bereits 14 Städte bzw. Gemeinden der Weltdekade ausgezeichnet. Den Städten und Gemeinden hilft die Auszeichnung, ihre Leistungen im Bereich der Nachhaltigkeit sichtbar zu machen und einen Imagegewinn zu erzielen, der weit über den Ort hinaus ausstrahlt. Zudem wird oftmals mit der Bildung für Nachhaltigkeit vorhandenes zivilgesellschaftliches Engagement in den Städten/Gemeinden damit geehrt.

Das Lern- und Handlungsfeld Bildung für nachhaltige Entwicklung

Mit der Agenda 21 von 1992 wurde deutlich, dass ein so weitreichendes Unterfangen wie nachhaltige Entwicklung nicht allein durch internationale Konferenzen, politische Prozesse, Handelsabkommen, Gesetze, monetäre Anreize und ähnliche „top-down-Ansätze“ gestaltet werden kann. Der notwendige mentaler Wandel für die Gestaltung einer lokalen wie globalen Zukunft im Sinne der nachhaltigen Entwicklung benötigt ein Bildungskonzept, dass in der BNE zum Ausdruck zukommt. In Kindergärten, in Schulen, in der Erwachsenenbildung, in der nonformellen und informellen Bildung muss den Menschen die Möglichkeit gegeben werden, einen Sinn für die Gestaltung der Zukunft zu entwickeln, d.h. Gestaltungskompetenz zu erwerben. Dies bedeutet, den Menschen zukunftsfähiges Wissen an die Hand zu geben, um etwas in Gang setzen zu können, um teilhaben zu können an der Planung und Umsetzung zukunftsfähiger Projekte und um eine hohe Selbstwirksamkeitserwartung zu entwickeln.

BNE dient der Förderung von Gestaltungskompetenz. Mit Gestaltungskompetenz wird die Fähigkeit bezeichnet, Wissen über nachhaltige Entwicklung anzuwenden und Probleme nicht nachhaltiger Entwicklung erkennen zu können. Das heißt, aus Gegenwartsanalysen und

Zukunftsstudien Schlussfolgerungen über ökologische, ökonomische und soziale Entwicklungen in ihrer wechselseitigen Abhängigkeit ziehen und darauf basierende Entscheidungen treffen, verstehen und individuell, gemeinschaftlich und politisch umsetzen zu können, mit denen sich nachhaltige Entwicklungsprozesse verwirklichen lassen.

BNE im Kommunalen Kontext – Lokale Agenda

Quantitative Daten zur Integration von BNE in die Lokalen Agenden

Über BNE in den kommunalen Bezügen gibt es keine Daten, die einen Überblick bieten. Man kann allenfalls mit „Sonden“ arbeiten, d.h. auf einzelne Kommunen eingehen, die den BNE-Aspekt im Rahmen ihrer LA-21-Initiativen besonders hervorheben (s. u. das Beispiel Heidelberg), oder aber einen anderen Pfad wählen, indem man eruiert, in welchem Maße Bildungseinrichtungen von sich behaupten, in den Lokalen Agenden aktiv zu sein.

Die Schwerpunkte, in denen die Außerschulischen Umweltbildungseinrichtungen im Rahmen der Lokalen Agenden aktiv sind, sehen 3 von 5 Einrichtungen im Bereich Ökologie. Alle anderen Themenbereiche liegen weit dahinter zurück; Ökonomie und Soziales als die beiden weiteren zentralen Felder der Nachhaltigkeit sind marginalisiert.

Als Fazit kann man festhalten, dass dort, wo Ende der 1990er Jahre eine LA-21-Initiative existent war, die außerschulische Umweltbildung in hohem Maße involviert war. In fast 30 Prozent aller Fälle wurde dieser Prozess sogar von den Bildungseinrichtungen moderiert. Zudem waren die Initiativen in beachtlichem Maße in den Bildungshäusern selbst angesiedelt. Man kann in den außerschulischen Umweltbildungseinrichtungen damit einen Motor für die LA21 sehen. Denn schon 1998 war das Thema Nachhaltigkeit und LA21 ein deutlicher Schwerpunkt in der Palette der angebotenen Veranstaltungen, während die Nachfrage nach diesen Veranstaltungen innerhalb der Bevölkerung vor Ort eher gering war.¹⁴

Entsprechende Daten aus der jüngsten Zeit sind nicht verfügbar. So sind in einer von Michelsen / Rode / Wendler 2009 durchgeführten Nachfolgestudie¹⁵, die unter vielen Aspekten die Fragestellungen der Erhebung aus 1998 wieder aufgegriffen hat, die Bezüge zur LA-21 kaum noch registrierbar. „Nach der Lokalen Agenda 21 wurde 2009 nicht mehr gefragt, da diese Form der Verbreitung der Idee Nachhaltiger Entwicklung nur noch punktuell und mit stark sinkender Bedeutung zu beobachten ist.“¹⁶

Das heißt jedoch nicht, dass damit auch die lokalen Bezüge und das lokale Engagement der außerschulischen Einrichtungen für BNE im lokalen Kontext verschwunden wäre. So kooperieren nach Auskunft der repräsentativen Studie von Michelsen / Rode / Wendler 36% aller Anbieter mit lokalen Initiativen in Nachhaltigkeitsfragen zusammen. 70 % der befragten stehen im „Dialog mit politischen Akteuren, Kommunen oder Unternehmen, wenn es in wichtigen Entscheidungen um Fragen Nachhaltiger Entwicklung geht“.¹⁷

Zahlreiche Kommunen werden in der Kurzexpertise dargestellt. Sie haben einen engen Bezug zum Bildungsthema hergestellt, dazu gehören Heidelberg, Ludwigsburg (Stadtentwicklungskonzept), Frankfurt/M., Stadt Neumarkt in der Oberpfalz (Stadtleitbild), Gelsenkirchen und Erfurt.

Typische Muster der Integration von BNE in lokale Nachhaltigkeitsaktivitäten

14 Vgl. Giesel/de Haan/Rode: Umweltbildung in Deutschland. Stand und Trends im außerschulischen Bereich. Berlin/Heidelberg 2002; S.286.

15 Vgl. G. Michelsen / H. Rode / m. Wendler: Abschlussbericht zum Projekt „Bildung für Nachhaltige Entwicklung in außerschulischen Einrichtungen“, Lüneburg 2010 (noch unveröffentlicht; wir danken den Autoren für die Überlassung des Manuskriptes).

16 Ebd., S. 80.

17 Michelsen / Rode / Wendler S. 76

Wenn man entlang der exemplarisch vorgestellten Aktivitäten zu BNE (nicht: NB) den Versuch unternimmt, verschiedene Varianten – Gruppirt nach Intensitäten – auszumachen, so ergibt sich folgendes Bild:

- Auf der lokalen Ebene wird BNE in einzelnen formellen Bildungseinrichtungen und / oder von einzelnen Akteuren in nonformellen Bereich angeboten. Dieses kann in singulären Veranstaltungen geschehen oder aber aufgrund einer systematischen Verankerung von BNE in das Leitbild der Einrichtungen (Schulprogramm; Bildungsplan)
- Es existiert eine Lokale Agenda Initiative, die auf zivilgesellschaftlichem Engagement basiert und sich in Form diverser Runder Tische oder einer ähnlichen Organisationsform auch mit Bildungsfragen befasst. Die Akteure realisieren einzelne Projekte zu BNE (Bsp.: Nürnberg, Ludwigsburg, Dresden)
- Es besteht ein Netzwerk von Akteuren, die nicht nur zivilgesellschaftliche Gruppierungen umfasst, sondern auch Institutionen (in der Regel Bildungseinrichtungen, Verwaltungen) und Unternehmen, die Bildungsangebote entwickeln und Projekte anbieten. Die Aktivitäten zu BNE sind systematisch in der Bildungslandschaft vor Ort integriert (Frankfurt; Minden, Gelsenkirchen)
- Die Aktivitäten zu BNE werden von der Kommune als Maßnahme zur nachhaltigen Entwicklung der Kommune gesehen. Die Aufgabe, BNE in der Kommune zu stärken, wird an eine zumeist verwaltungstechnisch eingebundene Lokale Agenda Initiative oder eine strukturell ähnliche Form der Institutionalisierung delegiert (Agenda-Büro). Die Verantwortlichen organisieren und koordinieren dann die Initiativen und Projekte, moderieren Netzwerke und sorgen für die öffentliche Wahrnehmung der Aktivitäten zu BNE (Heidelberg, Erfurt; Aalen)
- Die Kommune hat BNE zu einem wesentlichen Aspekt ihres Leitbildes erklärt die zuständigen Abteilungen und Ämter der kommunalen Verwaltung übernehmen eine koordinierende, steuernde und motivierende Funktion bei der Umsetzung von Aktivitäten von BNE vor Ort. Dabei wird mit Initiativen und Akteuren vor Ort sowohl aus der formellen wie aus der informellen Bildungsarbeit kooperiert, die sich selbst wiederum in Netzwerken zusammengeschlossen haben. Auf diesem Niveau wird die Lokale Agenda zu einem integrierten Anliegen, das seine Stärke grade aus der Überführung der Initiativen in das alltägliche Handeln der kommunalen Verwaltungen gewinnt. (Neumarkt i.d.Opf.)

Integration von BNE in einzelne Bildungsbereiche

BNE wird auf lokaler Ebene ganz unterschiedlich stark und auch institutionell differenziert verankert und vorangebracht. Dabei existieren alle unterschiedlichen Formen der Verankerung von BNE auf der kommunalen Ebene gleichzeitig. Nur dort, wo Ämter und Verwaltungen steuernd, beratend und mit Netzwerken kooperierend die Förderung von BNE als zentrale kommunale Aufgabe sehen, sind auch Ansätze einer systematischen Verankerung von BNE in den kommunalen Strukturen deutlich zu erkennen. In der Regel bleibt BNE bisher als – zwar oftmals gut etabliertes – Bündel von Projekten und Initiativen jenseits einer systematischen Verankerung in den Organisationen und Institutionen der Kommunen existent.

Die Verankerung von BNE auf der kommunalen Ebene wird in der Expertise zusätzlich und ergänzend von den einzelnen Bildungssektoren bzw. –bereichen her untersucht und diskutiert. Diese reichen von der Elementarstufe, über Schule, berufliche Aus- und Weiterbildung, Hochschule bis hin zum außerschulischen Bereich und zum informellen Lernen. Dies ist schon aufgrund der in der Regel deutlich vorhandenen lokalen Bezüge der Bildungseinrichtungen, die sich mit BNE befassen, eine lohnende Perspektive.

Aktuelle Entwicklungen und Perspektiven

In der „Nationalen Strategie zur gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen (Corporate Social Responsibility - CSR)“ der Bundesregierung 2010 wird auch eine „finanzielle Grundbildung“ (S. 10) der Bevölkerung eingefordert, bei der „in allen Phasen der Wissensvermittlung die Bedeutung von Werten (wie z.B. Vertrauen, Respekt und Integrität) für eine nachhaltige und soziale Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung eine Rolle spielen“ soll (S. 12). Dieses Anliegen kann durchaus als Aspekt der BNE betrachtet werden, wenn es sich auch allein auf die ökonomische Seite der Nachhaltigkeit konzentriert.

Im Vorfeld der „Rio+20“-Konferenz wird lediglich auf die Bedeutung von Nachhaltiger Bildung verwiesen: Immer noch sei es notwendig, den Zugang zur Bildung zu stärken. BNE bzw. ESD hingegen ist bisher in den vorbereitenden internationalen Dokumenten kein dezidiert genannter Aspekt – er taucht auch nicht in der Liste der neuen und weiter bestehenden Probleme auf.

Neben der CSR-Strategie sowie den Vorbereitungen zur „Rio+20“-Konferenz geht die Expertise als dritten Punkt in Bezug auf aktuelle Entwicklungen auf die Entwicklung „Lokaler Bildungslandschaften“ ein.

Qualitätsstandards

Für die einzelnen Bereiche der formellen Bildung, aber auch für den Kindergarten sind auf der Länderebene seit einigen Jahren etliche – nicht immer einheitliche – Qualitätsstandards formuliert wurden. Diese drücken sich in den Bildungsstandards der Kultusministerkonferenz (KMK) ebenso aus wie in den landespezifischen Schulinspektionen, Bildungsplänen für Kindergärten und von den Kultusministerien der Länder sowie anderen Akteuren herausgegebene Instrumente zur Selbstevaluation (siehe: <http://www.bildungsserver.de/>).

Für die Schule wurde im Rahmen des vom BMBF und den beteiligten dreizehn Bundesländern ausgelegten Reformprogramms zu BNE „Transfer-21“ (2004-2008) (vgl. www.transfer-21.de) der „Orientierungsrahmen Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Schule“ erarbeitet.¹⁸ Darin enthalten ist neben einem Kompetenzkonzept zu BNE (mit Begründungen, Standards und Lernangeboten) und den Grundlagen, Bausteinen und Beispielen für ein Schulprogramm mit dem Schwerpunkt BNE auch ein Leitfaden für die Schulqualität von BNE-Schulen.

Einen sehr komplexen Zertifizierungsprozess hat die Akademie für Natur und Umwelt des Landes Schleswig-Holstein seit 2004 (letzte Revision: Januar 2011) – unterstützt von ehrenamtlichen Mitarbeitern aus NGOs eingeführt. Das Zertifikat ist für Bildungseinrichtungen konzipiert, die BNE in unterschiedlichem Umfang / Niveau zu ihrem Arbeitsschwerpunkt gemacht haben.

4.1.2.3 Fazit

Generell ist von einer umfänglichen Präsenz des BNE-Themas in den Lokalen Agenden auszugehen – auch wenn dieses nicht immer mit konkreten Daten belegt werden kann. Aber umfängliche Erhebungen aus den Anfängen der Initiativen nach der Rio-Konferenz von 1992 deuten ebenso darauf hin wie die aktuell zu verzeichnenden, zumeist lokal aufgesetzten BNE-Aktivitäten, die im Rahmen der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (2005-2014) bisher registriert werden konnten.

¹⁸ Vgl. Programm Transfer-21 (Hrsg.) o. J. (2008): Orientierungsrahmen Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Schule. URL: <http://www.transfer-21.de/index.php?p=280> (Stand: 01.03.2011). Etwas veraltet, aber auf andere Qualitätserhebungsinstrumente im schulischen Bereich finden sich Hinweise unter <http://www.umweltschulen.de/audit/nachhaltigkeitsaudit.html> (Stand: 02.03.2011)

Deutlich erkennbar wird ein fundamentales Defizit in Bezug auf die systematische Verankerung der vielen Initiativen vor Ort. In aller Regel handelt es sich um singuläre Projekte, manchmal auch um in Netzwerken kooperierende Akteure. Eine Verankerung von BNE in der formalen Bildung ist bisher lediglich rudimentär gegeben. BNE gehört nicht zum Standardbildungskanon bzw. ist nicht in den Bildungsplänen festgelegt. Das betrifft sowohl den Elementarbereich wie die Schule, die berufliche Ausbildung und auch das Hochschulsegment. Hier liegt der dringendste Handlungsbedarf, BNE zu einer Selbstverständlichkeit 20 Jahre nach der ersten Rio-Konferenz werden zu lassen.

Im Einzelnen:

- Im Elementarbereich ist in den Bildungsplänen kaum ein Bezug zur BNE vorhanden. Hier liegen aber große Chancen für einen engen Bezug zur BNE in Hinblick auf die Förderung entsprechender sozialer und personaler Kompetenzen. Zudem bieten Kindertagesstätten und Kindergärten die stärkste Möglichkeit, das lokale Umfeld mit einzubeziehen.
- Der lokale Bezug lässt sich auch für die Schulen leicht herstellen, ist aber nur dort gegeben, wo BNE in den Schulprogrammen und –profilen verankert ist. Strukturelle Schwächen zeigen sich in den Bildungsstandards wie generell in den Lehr- und Rahmenplänen. BNE gehört nur selten zum Pflichtkanon.
- Die berufliche Aus- und Weiterbildung weist die markantesten Defizite auf. In den Ausbildungsordnungen ist BNE kaum verankert, Weiterbildungsmaßnahmen sind nur punktuell vorhanden und Bezüge zur Nachhaltigkeit über das jeweilige enge berufliche Feld hinaus (im Sinne der Funktion von nachhaltiger Entwicklung von Produktion und Dienstleistungen bzw. der Wirtschaft im Allgemeinen) sind ein Desiderat.
- Im Hochschulsegment gibt es vor allem im Fachhochschulbereich noch am ehesten einen lokalen Bezug in einem generell in Hinblick auf BNE schwach ausgeprägten Markt an Studienmöglichkeiten. Allerdings zeigt sich hier in jüngster Zeit eine dynamische Entwicklung zur Profilbildung als „nachhaltige Hochschule“.
- Die außerschulische BNE ist sehr ausgeprägt mit der Kommune verbunden. Traditionell sind die Akteure in den Lokalen Agenda-21-Initiativen aktiv. Sie nehmen oft eine zentrale Funktion darin wahr. Allerdings verfolgen die aktiven Einrichtungen und Initiativen nicht immer einen komplexen Ansatz in Bezug auf die angebotenen Veranstaltungen, Projekte etc. Zudem konzentrieren sie sich primär auf das jüngere Segment in der Gesellschaft.
- Das Feld der informellen Bildung ist nicht zu überblicken. Die quantitativen Umfänge sind nur zu erraten, die qualitative Dimension ist nicht erfasst. Chancen, die sich aus lokalen Lehrpfaden und Initiativen ergeben – vor allen in Netzwerkstrukturen – sind bisher nicht ausgelotet.
- Kampagnen werden national wie lokal in vielfältiger Form angeboten. Ihre punktuelle und temporäre Wirkung ist kaum erfasst. Allerdings bieten sie gerade dann, wenn sie vor Ort durchgeführt werden, eine hohe Mobilisierungschance und können so Auslöser für ein dauerhaftes Engagement bieten.

Handlungsbedarfe:

Folgenden Handlungsbedarfe bzw. Handlungsmöglichkeiten zeichnen sich ab:

1. Auf der lokalen Ebene kann eine systematische Verankerung von BNE in der formellen Bildung kaum bewältigt werden, da dafür politische Vorgaben insbesondere auf der Landesebene notwendig wären. Eine zentrale Strategie ist aber darin zu sehen, dass auf der kommunalen Ebene – ob nun im Anschluss an die lokalen Agenda Initiativen oder auch anders aufgesetzt – Netzwerke von Bildungsakteuren

im weitesten Sinne gebildet werden, die das Thema lokal voran bringen. Diese Aktivitäten müssen vor allem auch von der kommunalen Verwaltung ausgehen. Erst dann, wenn in der Kommune auf allen Ebenen ein Engagement für BNE erfolgt, kann damit auch eine lokale Entwicklung in Richtung von Bewusstseinsbildungsprozessen in die Breite getragen werden. Maßnahmen, die dieses befördern, können Anschluss finden an Konzeptionen wie die lokalen Bildungslandschaften oder auch an die Initiativen von „Lernen vor Ort“. Sie bedürfen aber sicherlich einer gezielten konzeptionellen Entwicklung und praktischen – auch monetären – Förderung.

2. Um in der aktuellen Bildungsreformdebatte Anschluss an die Diskussion um Effizienz und Effektivität zu finden ist es notwendig, dass man sich in allen Bildungsbereichen, in denen BNE angeboten wird, auf einheitliche gehaltvolle Qualitätsstandards verständigt. Hier kann man Anschluss suchen an entwickelte Evaluationsinstrumente wie sie in der Expertise beschrieben werden.
3. Da die Bedeutung des informellen Lernens für den Kompetenzerwerb im Bereich von BNE bisher wenig Beachtung gefunden hat, informelles Lernen aber in aller Regel gerade in diesem Handlungsfeld deutliche lokale Bezüge aufweist, wäre es auch in diesem Bereich erforderlich, systematischer zu erfassen, welche Angebotspalette vorliegt und in welchem Maße eine Breitenwirkung damit zu erreichen wäre. Eine Erweiterung des Angebotes von außerschulischen Bildungseinrichtungen hin zu einem deutlichen Schwerpunkt Erwachsenenbildung wäre notwendig. Auch hier böte es sich an, in einzelnen Kommunen nicht nur die bestehenden Angebote zusammen zu tragen, sondern systematisch fort zu entwickeln, zumal lokale Nachhaltigkeitsstrategien aktuell umgesetzt werden müssen und nicht darauf warten können, dass die derzeit etwa noch 6-Jährigen lokalpolitisch handlungsfähig werden.
4. Nachhaltige Schülerfirmen spielen eine besonders wichtige Rolle. Sie bieten ein erhebliches Potential für den Kompetenzerwerb, speziell von Kindern und Jugendlichen aus eher bildungsfernen Milieus oder solchen mit gesonderten Fördermöglichkeiten. Nachhaltige Schülerfirmen, die professionell (mit Businessplan, Buchführung, PR etc) operieren, haben einen deutlichen lokalen Bezug mit ihrer Produktion und ihren Dienstleistungen. Sie sind hervorragend anschlussfähig an die Aktivitäten von kleinen und mittleren Unternehmen, an zivilgesellschaftliche Aktivitäten vor Ort und auch an das Engagement der kommunalen Verwaltung. Nicht zuletzt sind nachhaltige Schülerfirmen eine hervorragende Möglichkeit, Jugendliche für die Berufs- und Arbeitswelt vorzubereiten. Außerdem haben Jugendliche, die in Schülerfirmen gearbeitet haben, weitaus mehr Interesse daran, sich später einmal selbstständig zu machen, also Kleinst- und Kleinunternehmen vor Ort zu gründen, als dieses beim Durchschnitt der Schülerschaft der Fall ist.

4.1.3 Lokales Nachhaltigkeitsengagement von Kirchen

4.1.3.1 Hintergrund und Fokus der Expertise

Kirchen engagieren seit gemäß ihrem Grundsatz der Bewahrung der Schöpfung seit langer Zeit im Bereich Umwelt und Entwicklung. Dies bezieht sich auch auf das Thema Gerechtigkeit sowohl zwischen als auch innerhalb der Generationen. Die Rio-Konferenz von 1992 war für hierbei ein wichtiges Signal, jedoch nicht der Ausgangspunkt kirchlicher Bemühungen (vgl. Diefenbacher, 2011, S. 4). Vielmehr hat der „Konziliare Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung“ den internationalen Diskurs über Nachhaltigkeit frühzeitig mitgeprägt (vgl. Diefenbacher, 2001, S. 5).

Mit insgesamt 1,2 Millionen Beschäftigten sind die evangelische und die katholische Kirche in Deutschland der zweitgrößte Arbeitgeber nach dem öffentlichen Dienst. Die Kirchen verfügen zudem über eine immense Anzahl an Liegenschaften und Flächen und haben

daher ähnlich wie Kommunen große Potenziale, um wirksame Maßnahmen für Klimaschutz und nachhaltige Beschaffung zu ergreifen sowie soziale Verantwortung wahrzunehmen. Kirchen sind daher wichtige Akteure für eine nachhaltige Entwicklung, deren Engagement es gezielt sichtbar zu machen und einzubinden gilt.

Die Kurzexpertise von FEST (Forschungsstätte der evangelischen Studiengemeinschaft Heidelberg) unter Leitung von Prof. Diefenbacher, untersucht speziell das kirchliche Engagement für Umwelt und Entwicklung im Zusammenhang der Lokalen Agenda 21.

Hierfür wurde durch FEST im Jahr 2011 eine Umfrage bei kirchlichen Akteuren zur Frage des lokalen Nachhaltigkeitsengagements durchgeführt. Angesprochen wurden alle Umweltbeauftragten der evangelischen Landeskirchen, alle Umweltbeauftragten der katholischen Diözesen, und eine nicht-repräsentative Zahl von Menschen, die mit Umweltfragen in anderen Religionsgemeinschaften betraut sind (orthodoxe Kirche, alevitische Gemeinden, andere islamische Gemeinden, „progressive“ jüdische Gemeinden). Zudem wurden zahlreiche Gespräche mit Verantwortlichen und Mitarbeitenden kirchlicher Projekte geführt und Literatur zum Thema gesichtet. (vgl. Diefenbacher, 2011, S. 8)

Auf Basis einer ähnlich gelagerten Untersuchung im Jahr 2005, die von FEST im Auftrag der Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg durchgeführt wurde (vgl. LfU, Diefenbacher 2005), kann mit der aktuellen Kurzexpertise eine mittelfristige Entwicklung im Bereich des kirchlichen Nachhaltigkeitsengagements dargestellt werden. Die Expertise beschreibt zentrale kirchliche Handlungsfelder, so u.a. ökologischen Konsum, Klimaschutz und erneuerbare Energien sowie Biodiversität und stellt darin exemplarische Projekte vor. Zusammenfassende Thesen und Einschätzungen in Form von Erfolgsfaktoren und Hemmnissen zum kirchlichen Nachhaltigkeitsengagement bilden den Rahmen der Studie.

4.1.3.2 Kernaussagen der Expertise

(Prof. Hans Diefenbacher unter Mitarbeit von Andrea Behring und Dominic Egger)

Im Folgenden werden in gekürzter Form Kernaussagen der Expertise dargestellt.

Zusammenfassende Einschätzungen: Ergebnisse in Thesen

Lokale Agenda 21 – für Viele ein überholter Begriff

Der Begriff der Lokalen Agenda wird von der weit überwiegenden Zahl der Befragten und auch der Akteure im kirchlichen Bereich mittlerweile eher kritisch gesehen. Dies steht in starkem Gegensatz zu dem Befund von 2005 (vgl. LfU/ Diefenbacher 2005). Dieses „Label“ scheint weder für Umwelt- noch für soziale Projekte ein gutes Aktivierungspotenzial zu haben.

Dabei wird durchaus zugestanden, dass der Agenda-Prozess in einigen Regionen zu breiten Kooperationen von Kirchengemeinden, Kommunen und zivilgesellschaftlichen Akteuren geführt hat. Kirchen, kirchliche Einrichtungen und kirchlich orientierte Akteure halten in der Regel die Kirchen für besonders geeignet, in lokalen Agenda-Prozessen eine aktive Rolle zu spielen: Die Kirchen sind mit ihrer Offenheit für unterschiedliche Interessen unverdächtige Vermittler. Sie verfügen mit ihren Kirchen und Gemeindehäusern über eine funktionsfähige Infrastruktur und können große Erfahrungen im Umgang mit allen Generationen einbringen. Mit den kirchlichen Hilfswerken und den diakonischen Einrichtungen verfügen die Kirchen über wichtiges Sachwissen in sozialen und entwicklungspolitischen Fragen, weltweit und am jeweiligen Ort.

Von einigen Akteuren wird abweichend von der Mehrheitsmeinung der Begriff der Lokalen Agenda jedoch als vorteilhaft verstanden, insbesondere dann, wenn erfolgreiche Projektzusammenhänge bestehen, die unter dem Dach einer LA21 durchgeführt werden. Hier gilt der Begriff als „eingeführte Marke“, die es erlaubt, auch neue Projekte und

Aktivitäten ohne „Anlaufschwierigkeiten“ im richtigen Umfeld erfolgreich zu platzieren. Aber dies sind wenige Ausnahmen.

Als Ursachen für die schwindende Attraktivität der „Lokalen Agenda“ werden mehrere, höchst unterschiedliche Gründe genannt:

Die Agenda 21

- hat sich überlebt
- hat sich überfordert
- ist aufgrund eines strukturellen Demokratiekonfliktes problematisch (Nebenregierung und hohe Reibungsverluste mit der Kommunalverwaltung).
- Ebenso gibt es eine Inflation ähnlicher, allerdings eher negativ besetzter Begriffe, vor allem die Agenda 2010 und Stuttgart 21.

Von den Befragten wird skeptisch beurteilt, ob durch „Rio+20“ das positive Bild der Lokalen Agenda 21 rehabilitiert werden kann. Als „neues Leitbild“ wird das Öfteren das angelsächsische Konzept der „Transition Towns“ vorgeschlagen.

Kirchliche Handlungsfelder und Projekte

In den folgenden Abschnitten werden wichtige Handlungsfelder beschrieben, in denen sich kirchliche Akteure in den letzten Jahren engagieren und die (...) der lokalen Agenda 21 zugerechnet werden können.

Kirchliches Handlungsfeld „Lokale Agenda 21“ insgesamt

Aktivitäten und Projekte von Kirchen, kirchlichen Einrichtungen oder Akteuren mit kirchlichem Verständnis finden nur noch zu einem eher geringen Teil explizit als Projekte einer Lokalen Agenda 21 statt.

Kirchen, kirchliche Einrichtungen oder Akteure mit kirchlichem Verständnis sind zum Teil nach wie vor Initiatoren, Partner oder Mediatoren von Prozessen der Lokalen Agenda 21 insgesamt.

Wenn diese Aktivitäten über einen längeren Zeitraum erfolgreich sind, dann werden sie meistens von einem auch längerfristig stabilen Netzwerk von Akteuren getragen, das dennoch offen ist für personellen Zuwachs und häufig sogar aktiv versucht, den Kreis der Beteiligten im Netzwerk ständig zu erweitern. Gelungene Teilprojekte werden hier auch abgeschlossen und können durch neue Projekte ersetzt werden. Die persönliche Verbindung der Akteure über die Grenzen ihrer jeweiligen Institutionen hinweg ist hier ein wichtiger Bestandteil der Arbeit.

Handlungsfeld „Entwicklungszusammenarbeit“

Ein nach wie vor wichtiges Handlungsfeld für lokales Nachhaltigkeitsengagement von Kirchen, kirchlichen Einrichtungen oder Akteuren mit kirchlichem Verständnis sind Projekte der Entwicklungszusammenarbeit. Dazu gehören unter anderem Partnerschaftsprojekte zwischen lokalen Kirchengemeinden und kirchlichen Einrichtungen im Süden, Projekte zur Förderung eines besseren Verständnisses der Verhältnisse in Ländern des Südens oder des Verhältnisse zwischen Nord und Süd (Bildungsarbeit) oder auch besondere Spendenprojekte, die dann in konkrete Projekte der Entwicklungszusammenarbeit umgesetzt werden, wie zum Beispiel die „Aktion Hoffnung“ des katholischen Dekanatsverbands Göppingen-Geislingen. Projekte dieser Art sind dann als Teil des lokalen Nachhaltigkeitsengagements zu begreifen, wenn sie einen übergeordneten thematischen Bezug herstellen und für weitere Akteursgruppen offen sind.

Handlungsfeld „Fair Trade“

Eine besondere Ausprägung erhalten Projekte kirchlich orientierter lokaler Entwicklungszusammenarbeit durch zahlreiche „Fair-Trade-Initiativen“, bei denen Kirchen, kirchliche Einrichtungen oder Akteure mit kirchlichem Verständnis sehr häufig eine zentrale Rolle spielen: Fair-Trade-Aktivitäten vorwiegend als bildungspolitische Initiativen, (Eine-) Weltläden, eigene lokale Kaffeesorten und besondere Aktionen bei anderen Produkten wie Blumen, Tee, Kakao, Fußbällen.

Handlungsfeld „ökologischer Konsum“

Viele kirchliche Projekte zielen auf Fragen des ökologischen Konsums, auf die Umstellung auf regionale und saisonale Produkte in Großküchen (kirchliche Akademien, Kindergärten etc.) und generell auf ein ökologisch und sozial zukunftsfähiges Beschaffungswesen (Projekte „Zukunft einkaufen“ und „Wirtschaftsgesellschaft für Kirche und Diakonie“). Viele lokale Projekte können dabei auf zentrale kirchliche Plattformen wie z.B. „Zukunft einkaufen“ zurückgreifen.

Handlungsfeld „Klimaschutz und erneuerbare Energien“

Als Initiator von Projekten zur Förderung erneuerbarer Energien sind auch viele Kirchengemeinden oder eigene regionale kirchliche Institutionen aufgetreten, in den letzten fünf Jahren hat sich diese Arbeit auf hohem Niveau stabilisiert: Zu nennen ist die Beteiligung an Programmen zur Förderung von Solarenergie oder – in jüngster Zeit mit zunehmender Verbreitung – an regionalen Energie-Erzeugungsgenossenschaften.

Nicht zuletzt im Zuge der Inanspruchnahme von Fördergeldern der nationalen Klimaschutzinitiative sind mittlerweile viele Landeskirchen und Diözesen engagiert, Gesamt- oder Teilkonzepte für den Klimaschutz in ihrem Bereich zu erarbeiten, wobei hier die Segmente Immobilien, Mobilität und Beschaffung abgedeckt werden sollen.

Handlungsfeld „integrierte Umweltmanagementsysteme“

Mit zunehmender Tendenz haben sich im kirchlichen Bereich Umweltmanagementsysteme entweder nach EMAS oder nach dem eigens entwickelten Zertifikat „Grüner Hahn/Grüner Gockel“ bewährt. Mittlerweile sind weit über 500 kirchliche Einrichtungen und Kirchengemeinden zertifiziert, in vielen Fällen erfolgte auch hier ein „Übersprung“ der Idee auf nachahmende nicht-kirchliche Einrichtungen im jeweiligen lokalen Umfeld. Zum Teil erfolgen so genannte „Konvoi-Zertifizierungen“ sehr unterschiedlicher Unternehmen und kirchlicher Einrichtungen im Verbund.

Handlungsfeld „Artenschutz und Biodiversität“

Oft in Kontakt mit traditionellen Naturschutzgruppen führen viele kirchliche Akteure und Gruppen in Kirchengemeinden Projekte zum Artenschutz und zum Erhalt der Biodiversität durch. Projekte dieser Art sind unter anderem der Erhalt und Pflege besonderer kirchlicher Gärten, Beteiligung an Projekten „internationaler Gärten“, naturnahe Gestaltung von Kindergärten, Projekte zur naturnahen Pflege kirchlicher Außenanlagen und von Friedhöfen, und vielfältige Projekte für den Schutz seltener Arten, etwa in Kirchtürmen für Fledermäuse und Raubvögel.

Darüber hinaus engagieren sich Kirchen bzw. kirchliche Gruppen noch in eher traditionsreichen Handlungsfeldern wie Armutsbekämpfung und neueren Handlungsfeldern wie „ethische Geldanlagen“ (z.B. Oikocredit).

Für die genannten Handlungsfelder werden in der Expertise 10 bedeutsame Projekte und übergreifende Initiativen beschrieben, die zum Teil schon seit vielen Jahren bestehen und deren Arbeit kontinuierlich verbessert wird. Einige der Vorhaben, wie das Umweltmanagementsystem Grüner Gockel/ Hahn, die „nachhaltige Beschaffung der

Evangelischen Akademie Bad Boll“ und die Initiative „Zukunft einkaufen“ wurden als exemplarische gute Beispiele für kirchliches Nachhaltigkeitsengagement auch in die „Rio+20 vor Ort“-Broschüre aufgenommen.

4.1.3.3 Fazit

Das Engagement von Kirchen und die Beteiligung von Kirchen, kirchlichen Einrichtungen und kirchlich orientierten Akteuren an Projekten und Aktivitäten, die explizit einer Lokalen Agenda 21 zugeordnet werden können, hat in den letzten fünf Jahren stark abgenommen, das lokale Nachhaltigkeitsengagement vor allem in den Bereichen Klimaschutz, Umweltmanagement, erneuerbare Energien und Beschaffung hat hingegen stark zugenommen. Aktivitäten vor Ort sind dann besonders erfolgreich, wenn sie von zentralen Einrichtungen der Kirchen gestützt werden können.

Diese Einschätzung bestätigt auch einige Ergebnisse der Gesamtstudie „Rio + 20 vor Ort“: Demnach verstärkte sich in den letzten Jahren in Kommunen der Trend hin zu „sektoralen Strategien“, insbesondere im Bereich „Klimaschutz und erneuerbare Energien“. Neue Beschlüsse und Handlungsprogramme für eine Lokale Agenda 21 werden hingegen nur noch in Einzelfällen gefasst. Gleichzeitig nimmt aber der Trend hin zu komplexen Nachhaltigkeitsstrategien zu, ohne dass dabei explizit auf die LA-21 Bezug genommen wird.

In der Expertise werden am Ende folgende Erfolgsfaktoren und Hemmnisse hinsichtlich der Organisation und Prozessabläufe von LA-21-Aktivitäten abgeleitet:

- Die ehrenamtliche Komponente ist sehr stark und wird dann besonders wirkungsvoll, wenn Fortbildungen und Qualifikationsschritte angeboten werden können.
- In vielen Gruppen hängt sehr viel am persönlichen Einsatz weniger Personen. Kontinuität ist oft nur möglich, wenn rechtzeitig Strukturen geschaffen werden, die das persönliche Wissen in ein „institutionelles Wissen“ transformieren.
- Die Prozesse des lokalen Nachhaltigkeitsengagements erhalten starken Auftrieb, wenn sich die Leitungsebenen – in den Gemeinden, den Kirchenbezirken und den Kirchen insgesamt – positiv mit dieser Arbeit identifizieren und wenn dafür ein Minimum an Ressourcen zur Verfügung gestellt wird.
- Um einen „zweiten Agenda-Prozess“ mit guter kirchlicher Beteiligung ins Laufen zu bringen, bräuchte es jedoch einen neuen und sehr deutlichen Anschub-Impuls. Andernfalls würden die meisten Gemeinden, die in ihrem lokalen und regionalen Umfeld aktiv sind, vermutlich lieber ihre themenspezifischen Kooperationen mit einzelnen Verbänden, kommunalen Einrichtungen oder zivilgesellschaftlichen Partnern weiter führen – ohne die alte Identifikation der Lokalen Agenda 21 neu zu verwenden. Und auch bei jenen, die sich die eine Lokale Agenda 21 zurück wünschen, wird, insbesondere in kleineren Landeskirchen sowie in Kirchenkreisen oder Kirchengemeinden, zu einem guten Teil die Ansicht geäußert, dass eine Wiederbelebung der Lokalen Agenda 21 aus eigener Kraft nicht geschehen wird; auch dann wird ein „externer Impuls“ für erforderlich gehalten – oder die Anstellung eines Hauptamtlichen, der für den Agenda-Prozess in der Kommune verantwortlich ist. Die Agenda-Arbeit müsse finanziell und personell mit einem gewissen Minimum an Ressourcen ausgestattet sein – nur dann gelingt es in der Regel, eine Struktur am Leben zu erhalten, innerhalb derer eine rege Beteiligung von Ehrenamtlichen möglich ist, die nur dann ihre Ideen und Anregungen vortragen und in Projekte umsetzen können.
- Gerade bei den kirchlichen Umweltbeauftragten gibt es wenig Hoffnung, dass sich kirchliche Mitarbeitende hinreichend Zeit für Agenda-Arbeit nehmen, weil die umweltbewussten Kirchengemeinden mit Energie- und Umweltmanagement in der Gemeinde, vor allem aber mit vielen Einspar- und Umstrukturierungsmaßnahmen

beschäftigt sind. Allerdings gilt auch bei der Kirche: wenn Geld für eine Arbeit zur Verfügung gestellt und von der Leitungsebene gefördert wird, hat ein Projekt sehr viel bessere Chancen zu gelingen als wenn dies nicht der Fall ist. Die Multiplikatorwirkung einer eher bescheidenen Anfangsinvestition erscheint gerade hier jedoch besonders hoch.

4.1.4 Innovationskraft lokalen Nachhaltigkeitsengagements in Bildung, Kultur und Wirtschaft

4.1.4.1 Hintergrund und Fokus der Expertise

Mit dem Forschungsvorhaben „Rio+20 vor Ort“ sollte neben einer bundesweiten Erhebung von Nachhaltigkeitsaktivitäten und der Impulssetzung für Agenda-21- und Nachhaltigkeitsprozesse in Kommunen, Regionen und Bundesländern auch die Innovationskraft lokaler Nachhaltigkeitsinitiativen veranschaulicht werden. Anliegen hierbei ist es, auf Basis von Analysen entsprechender Fallbeispiele zu verdeutlichen, welche Impulse von Nachhaltigkeitsinitiativen für die jeweilige Kommune oder Region mit Blick auf eine nachhaltigkeitsorientierte Entwicklung ausgehen und welche Bedingungen einem erfolgreichen Handeln dieser Initiativen zugrundeliegen. Weiterführend sollen auf Basis der Analysen Empfehlungen abgeleitet werden, wie die Innovationskraft lokaler Nachhaltigkeitsinitiativen zukünftig stärker für eine nachhaltige Entwicklung genutzt und eingebunden werden kann.

Die diesbezügliche Zielstellung der Expertise „Innovationskraft lokalen Nachhaltigkeitsengagements in Bildung, Kultur und Wirtschaft“ war es, ein theoretisch fundiertes Instrumentarium bereitzustellen, mit dessen Hilfe nachhaltigkeitsorientierte Innovationen von Initiativen begrifflich fassbar gemacht und auch als solche beschrieben werden können.

In der ursprünglichen Konzeption des Forschungsvorhabens war geplant, die Expertise als übergreifenden theoretischen Bezugsrahmen für die Erarbeitung der weiteren Kurzexpertisen zur Verfügung stellen. Dies war in der Praxis allerdings nicht möglich, da die Expertisen aufgrund der begrenzten Laufzeit des Forschungsvorhabens zeitgleich in Auftrag gegeben und erarbeitet wurden.

Die Kurzexpertise wurde von ISInova – Institut für Sozialinnovation unter Leitung von Frau Prof. Bormann erarbeitet.

Die Expertise setzt sich zu Beginn mit den generellen Grundlagen, verschiedenen Funktionen und daraus resultierenden Systemen von Indikatoren auseinander. Im Anschluss erfolgt die Diskussion und Bestimmung der Begriffe „Innovation“ und „Innovativität“ sowie im Ergebnis die Ableitung von „Indikatoren der Innovativität“.

Ebenso erfolgen in einem weiteren Kapitel die theoretische Auseinandersetzung mit dem Begriff „Nachhaltigkeit“ und die Ableitung von „Indikatoren der Nachhaltigkeit“. Der Begriff Nachhaltigkeit wird in der Expertise – entgegen zum Gesamtforschungsvorhaben – explizit als nicht-normativer Begriff verstanden und gebraucht.

Das entwickelte Indikatorenset erfährt abschließend anhand dreier Fallbeispielspiele exemplarische Anwendung.

Im Ergebnis diente die Innovationsexpertise insbesondere dazu, das von ISInova erarbeitete Indikatorenset bei der Auswahl und Analyse der Fallbeispiele für die „Rio+20 vor Ort“-Broschüre sowie den Abschlussbericht anzuwenden und den Innovationscharakter der ausgewählten Projekte auf Basis der Indikatoren „ex post“ zu beschreiben (vgl. Fallanalysen im vorliegenden Abschlussbericht.)

Weiterhin ist der Text ein wissenschaftlicher Beitrag zum Innovationsdiskus, in dem sich ISInova positioniert.

4.1.4.2 Kernaussagen der Expertise

(Prof. Inka Bormann, Dr. René John, Dr. Jana Rückert-John)

Innovation – Innovativität

In der akademisch fundierten Expertise werden empirisch operative Variablen und Orientierungspunkte für die Untersuchung und Einschätzung der Innovation lokaler und regionaler Nachhaltigkeitsinitiativen und deren „nachhaltiger struktureller Wirkung“ entwickelt. Durch Rückgriff auf einschlägige sozialwissenschaftliche und betriebswirtschaftliche Literatur (wie z.B. J. Schumpeter und P. Drucker) wird hierfür nicht der traditionelle Begriff von Innovation genutzt, sondern der neuere Ansatz „Innovativität“. Dies bedeutet vor allem eine bestimmte Einstellung der Akteure und Organisationen. Innovation wird somit nicht als Artefakt begriffen, sondern als „soziales Phänomen“ und „spezifische Performativität von Organisationen, die auf operative Neujustierung gerichtet ist.“

Indikatoren der Innovativität

*Die vorgeschlagenen Indikatoren sollen ermöglichen, die Innovativität der Organisation als Eigenschaft zu untersuchen. Empirisch zielen **Innovationsindikatoren** darum nicht auf ein Resultat, sondern sie **richten sich auf die an den Resultaten sichtbar werdende Qualität des Handelns von Organisationen bei ihrer Realisierung spezifischer Chancen.** Insofern eignen sich diese Indikatoren auch nicht nur zur ex post-Beobachtung oder zur Evaluation organisatorischer Performanz, sondern mit diesen können (*auch*) Zielvorgaben des organisationalen Handelns im Sinne von Handlungsempfehlungen formuliert werden.*

- 1) Voraussetzung für die Beobachtung ist die Beschreibung von Agenda-21-Initiativen als Organisationen. Dafür müssen diese hinsichtlich ihrer Struktur charakterisiert werden. Hier sind vor allem Existenzdaten (Gründung und eventuelles Ende, weitere wichtige Daten in der Organisationsgeschichte), Rechtsform, Zwecksetzung, Regeln der Mitgliedschaft und die Ausdifferenzierung von Funktionen in der Organisation sowie Art und Weise der Festlegung von Entscheidungen zu erfassen.
- 2) Diese relevanten Organisationen erbringen Leistungen in regional spezifischen Arrangements, die durch andere Akteure bereits strukturiert sind. Darum ist die Region als Aktionsraum der untersuchten Organisation zu untersuchen. Für die Maßstabsbestimmung der Region ist die Definition der untersuchten Organisation maßgeblich als Ausgangspunkt und muss nach ihren Hauptkriterien charakterisiert werden. Hier ist zunächst interessant, welchen Grenzziehungen sie folgt, ob diese geographischer, administrativer oder anderer Art sind. Die Beschreibung der Region als Netzwerk der Verknüpfungen regional wirksamer Organisationen mit spezifischen Leistungen in Politik, Wirtschaft, Religion, Kunst, Wissenschaft (hier wären z. B. umwelttechnische Analyseinstitute einzuordnen), Bildung und anderes sind hier aus Sicht der Organisation und nach deren Wichtung zu beschreiben und mit der eigenen Beschreibung gegebenenfalls zu kontrastieren.
- 3) Auf der Grundlage von 1) und 2) sind die regional spezifischen, programmatischen Zielsetzungen im Sinne einer Initiierung von Reform zu analysieren. Welche Probleme wurden mit welchen Gründen identifiziert, welche Lösungen angestrebt und welche Adressaten dafür vorgesehen, das heißt, welche regionalen Arrangements und Problemlagen wurden als Chance entdeckt und genutzt?
- 4) Es gilt des Weiteren, die kontextabhängigen und unabhängigen Möglichkeiten zur Veränderung zu erfassen und zu untersuchen. Hier interessieren

Überraschungsmomente in den relevanten Aktionsfeldern der untersuchten Agenda-21-Initiativen, von diesen festgestellte Diskrepanzen zwischen Soll- und Ist-Zuständen sowie als erforderlich erachtete Veränderungen von Prozessen und Strukturen in der relevanten Umwelt. Außerdem ist auf die veränderten Bedürfnisse, Werte und auch neues Wissen bestimmter Bevölkerungsgruppen zu achten.

- 5) Schließlich ist die Planung des Strukturwandels seitens der untersuchten Organisationen zu befragen. Hier tritt das Problem des Verhältnisses von Zielsetzungen und den als notwendig erachteten Ressourcen für deren Umsetzung in den Mittelpunkt. Abhängig von der Art der Ressourcen (wie vor allem Geld und Macht, aber auch Engagement) ist deren Beschaffung zu untersuchen. Insbesondere muss danach gefragt werden, auf welche Art die Relevanz der Zielsetzung in der Umwelt der Protagonisten plausibel gemacht werden sollte und konnte. Es sind die angestrebten und realisierten Koalitionen und Kooperationen wie auch die etablierten Gegnerschaften zu erfassen. Darüber hinaus sind die Argumentationen bei der Vermittlung der nachhaltigen Zwecke zu untersuchen. Weiterhin ist der Aufbau regionaler Netzwerke seitens der Agenda-21-Initiativen und die Maßnahmen zu deren Fixierung zu analysieren.

Wiewohl der Indikator Innovativität auf die organisationale Performanz hinsichtlich Chancenrealisierung für eigene Zwecksetzungen durch regionale Variationsimpulse untersucht, muss dieser auf die Umwelt, die regionale Einbettung der Organisation, bezogen sein. Erst so können die Bemühungen der lokalen und regionalen Agenda-21-Initiativen um eine operative Neujustierung relevanter anderer Organisationen hinsichtlich ihrer Innovativität beurteilt werden: Inwiefern und auf welche Art nämlich ist es gelungen, Anschlüsse für als „nachhaltig“ bezeichnete Ziele zu erzeugen und damit in der Umwelt Anschluss zu finden? Indem diese durch ihre Folgen verankert werden, sind sie strukturell erfolgreich. Dies zu erfassen ist aber erst möglich mit (*nicht normativen*) Nachhaltigkeitsindikatoren.

Nachhaltigkeit als Stabilisierung von Strukturveränderung

Der Begriff Nachhaltigkeit wird in der Expertise eingangs als normatives Leitbild verstanden, nachdem Organisationen handeln und das sie in konkreten Projekten realisieren. Konstatiert wird dabei die zum Teil recht unterschiedliche Interpretation des normativen Inhaltes durch die unterschiedlichen Akteure gemäß dem jeweiligen Zweck der Organisation.

Darum stellt sich stets aufs Neue die Frage, von welcher (...) Position aus Nachhaltigkeit für die jeweiligen Ziele beansprucht wird. Das normative Leitbild Nachhaltigkeit wird zu einer Programmatik, die zu ihrer Realisierung auf Anschlüsse in der gesellschaftlichen Umwelt und lokalen Kontexte angewiesen ist. So ist das Leitbild Nachhaltigkeit aus Perspektive der Expertise das Problem, das die als Organisationen aufgefassten Agenda-21-Initiativen mittels ihrer Innovativität, das heißt der Wahrnehmung von Chancen, lösen und umsetzen müssen.

Für die Reflexion der Inhalte des normativ gebrauchten Begriffes Nachhaltigkeit wendet sich die Expertise einer „gänzlich a normativen Begriffsfassung“ zu und stellt Nachhaltigkeit als „operative Fortsetzung, Dauerhaftigkeit und „Stabilität von Strukturen“ heraus.

Nachhaltigkeit als Reflexionsbegriff im Hinblick auf Strukturstabilität, die die Zukunft von Gesellschaft ermöglicht, lässt sich nun als Kriterium des Erfolges von Organisationen formulieren. Die Frage lautet im Anschluss an das Kriterium der Innovativität, auf welche Weise die Chancen in der Umwelt für die jeweils eigenen Programmatiken der beobachteten Organisationen realisiert werden konnten. Zielt Innovativität also auf die durch normative Leitbilder veranlasste Veränderung der Umweltbedingungen, so richtet sich (die nicht normative gebrauchte) Nachhaltigkeit auf die Stabilisierung dieser veränderten Strukturen;

es geht hier also um den Erfolg nicht-trivialer Transformation Nichttriviale Transformation. d. h. eines koevolutionären Wandels.¹⁹

Der Erfolg der Stabilitätssicherung in Transformationssystemen lässt sich anhand von vier Dimensionen – Tiefe, Aufrechterhaltung, Verbreitung und Treiberwechsel (agency shift) – beobachten²⁰. Dabei geht es um die Frage, wie Reform-Anstrengungen erfolgreich umzusetzen sind. Coburn formuliert dieses Problem als Aufgabe zur Ausdehnung der Reform, was sich auf Handlungen, auf Bestandssicherung, die Verbreitung von Normen, Prinzipien und Überzeugungen sowie auf den Wandel der Protagonisten bezieht, sodass die Reform letztlich zum Selbstläufer wird und sich damit in seiner relevanten Umwelt stabilisiert.

Indikatoren der Nachhaltigkeit

Die Schwierigkeiten der Begriffsbestimmung nachhaltiger Entwicklung sowie der normative Charakter der Leitidee werfen pragmatische und empirische Probleme auf. Deshalb braucht es nach Ansicht der Autoren der Expertise für die Beobachtung ein nicht-normatives Verständnis von Nachhaltigkeit, mit welchem erst die Normativität in ihrer Partikularität reflektierbar wird. Nachhaltigkeit lässt sich mit diesem Anspruch als Komplex folgenreicher Strukturveränderungen in Organisationen und ihrer Umwelt verstehen, die durch gesellschaftliche Debatten über eine ökologisch, ökonomisch und sozial verträgliche Entwicklung angeregt und beeinflusst werden. Diese Debatte um das normative Leitbild der Nachhaltigkeit ist der Motor der Innovativität der Agenda-21-Organisationen, die es zu untersuchen und genauer zu bestimmen gilt. Geht es dabei um die Wahrnehmung von Chancen im relevanten regionalen Umfeld, um die eigene Leitbild-Programmatik zu stabilisieren, so nimmt Nachhaltigkeit die Durchsetzung dieser Leitbild-Programmatik im Sinne einer Stabilisierung veränderter Strukturen in den Blick. Ausgehend von einem Begriff der Nachhaltigkeit, der auf Strukturert und -stabilität zielt, sind anhand der vier Coburn'schen Dimensionen Indikatoren für Nachhaltigkeit organisatorischer Performanz zu gewinnen.

- 1) Gegenstand der Nachhaltigkeitsindikatoren ist die organisatorische Performanz der Agenda-21-Initiativen bei der Zielerreichung. Dabei geht es um die Umsetzung der eigenen Programmatik, die hier vor allem in der Verbreitung der normativen Leitidee Nachhaltigkeit in ihrer spezifischen Ausprägung besteht. Diese soll schon im ersten Schritt der empirischen Untersuchung hinsichtlich der Problemformulierung und der prospektiven Lösungsoptionen erfasst werden, gilt es doch genau für diese Sichtweisen Anschlüsse bei den relevanten Akteuren zu suchen.
- 2) Der erste Indikator nachhaltigen Wirkens zielt darum auf die Beobachtung der erzielten Anschlüsse mit dem (lokalen) Umfeld. Hier sind nicht nur die tatsächlich erreichten relevanten Akteure zu erfassen und mit der Menge der potenziellen gegenüberzustellen, sondern die realisierten Kontakte auch zu qualifizieren. Es macht nämlich einen Unterschied aus, ob die Leitung, das weitere Management oder periphere Mitarbeiter die Idee der Nachhaltigkeit aufgreifen. Auf diese Weise ist die Breite der Implementierung erst erfassbar. Im evolutorischen Sinne geht es dabei einerseits mittels der Kontaktqualität um Variationsstärke der Leitbildideen, die zu koevolutionären Effekten führt. Die schiere Anzahl der realisierten und vor allem fortsetzungsfähigen Kontakte andererseits weist auf die strukturelle Basis für die Stabilisierung der Leitbildideen in der Umwelt der primären Protagonisten, der jeweiligen Agenda-21-Initiativen.

¹⁹ Baecker, Dirk (1998): Nichttriviale Transformation. In: Ders.: Poker im Osten. Probleme der Transformationsgesellschaft. Berlin: Merve: 39–69.

²⁰ Coburn, Cynthia E. (2003): Rethinking Scale: Moving Beyond Numbers to Deep and Lasting Change. In: Educational Researcher, 32/6: 3–12.

- 3) Der „Anschluss“ ist jedoch erst dann wirklich vollzogen, wenn die Prinzipien der Leitideen Eingang in die Routinen der Zielakteure gefunden hat. Diese Prinzipien erscheinen dann als unverzichtbar, nicht etwa indem diese so ausgezeichnet sind, sondern weil sie die alltäglichen, unreflektierten Handlungen, Prozesse und Praktiken der anvisierten relevanten Zielakteure orientieren. In diesem Sinne nur ist die Verankerung der Leitideen im Sinne des zweiten Indikators Tiefe zu erreichen. Es gilt darum bei der Beobachtung der Nachhaltigkeit organisatorischer Performanz, die Auswirkungen bei den relevanten Akteuren der Umwelt zu untersuchen. Anhaltspunkte sind hier die Selbstbeschreibungen dieser Organisationen, die immer auch ihre Programmatik beinhalten, wie die Konsequenzen die daraus folgen. So gilt es die etablierten Entscheidungskriterien der Zielakteure, die im alltäglichen Vollzug der Entscheidungen die Grenzen der Routinen festlegen, zu erfassen, sondern auch deren Durchsetzung auf den Ebenen dieser Organisationen.
- 4) Wenn die Leitideen in diesem Sinne tief in die Strukturen der relevanten Zielakteure eingelassen („internalisiert“) sind, lässt sich davon ausgehen, dass die leitbildinitiierte Transformation Beständigkeit haben wird. Der Effekt der Restabilisierung eigener Strukturen stellt sich also nur über die Koevolution von Strukturen in der Umwelt ein. Nur wenn die Umweltstrukturen in diesem Sinne positiv auf die Zumutung irritierender Leitbildideen wie die der normative Nachhaltigkeit reagieren, kann es zu einer längerfristigen Fortführung dieser Ideen kommen. Dazu aber bedarf es der breiten und tiefen Vermittlung des Sinns dieser Idee, was immer nur spezifisch für und mit jedem relevanten Zielakteur bestimmt werden muss. Dabei ist ganz klar von organisatorischer Fassaden- oder symbolischer Politik zu unterscheiden.
- 5) Ist der Sinn der Leitideen auf dieser Art vermittelt worden, konnte diese also die Zielakteure nicht nur irritieren, sondern schließlich auch in solchem Sinne informieren, dass dadurch die zukünftigen Praxen, also die Erwartungen, Handlungen und Prozesse angeleitet werden, ist damit zu rechnen, dass diese Zielakteure sich die Verbreitung und Durchsetzung der Leitideen verschreiben werden. Damit kommt es zu Übernahme der Programmatik der primären Protagonisten durch andere (Akteure) , also zu einem Treiberwechsel oder einer Agententransformation. Nicht bei allen Zielakteuren ist mit einem derartigen Engagement zu rechnen; umso mehr gilt es, diese zu identifizieren, zeichnet sich doch nicht zuletzt daran der performative Erfolg der Agenda-21-Protagonisten ab.
- 6.) Der „Treiberwechsel“ bzw. die „Agententransformation“ als Wandel der Aktivitätsquelle für die Leitbildideen durch Übernahme der Programmatik deutet auf die Konsequenz des strukturellen Erfolges (eine Art „mainstreaming“). Gelingt die breite und tiefe, auf Langfristigkeit ausgelegte Übernahme der Leitbildideen hat sich der Zweck dieser Organisationen erfüllt. Die Auflösung der Agenda-21-Initiativen kann unter solchen Umständen als wirklicher Erfolg gewertet werden. Somit ist also der Verbleib der Agenda-21-Initiativen im Sinne ihrer strukturellen Kontinuierung zu beobachten. Projektbezogene Terminierungsdaten der Organisationen, Auflösung durch personale Abwanderungen oder aber ein umfassender Wandel der Organisationen durch Neudefinition des programmatischen Zwecks sind hier unter anderem möglich.

Der letzte von ISInova formulierte Absatz ist allerdings kritisch zu betrachten und zu hinterfragen. Zum einen hat sich keineswegs mit jedem gelungenen Projekt „der Zweck der Organisation erfüllt“. Der Erfolg besteht hier weniger in der Auflösung der Initiative als eher in der Übernahme der Idee durch zahlreiche weitere Akteure und in der Vereinbarung neuer Zielsetzungen und Projekte seitens der Ursprungsakteure unter dem normativen Leitbild der Nachhaltigkeit.

Zum anderen erfolgt keineswegs jede Auflösung einer Nachhaltigkeitsinitiative aufgrund des eigenen Erfolges. Viel öfter treten Auflösungserscheinungen dort zutage, wo trotz vielfältigen und langjährigen Engagements Projekte nicht umgesetzt und bestimmte Probleme nicht gelöst werden können, so u.a. Gewinnung von Akteuren und finanziellen Ressourcen, polit. Einverständnis etc.

Die Indikatoren der Nachhaltigkeit, die sich hier auf die organisatorische Performanz beziehen, greifen einerseits ineinander und bauen andererseits aufeinander auf. Die Verbreitung bleibt nur stabil, wenn sich die Leitideen tief in die Struktur der Zielakteure einprägen und so auf Dauer gestellt werden können, woraufhin mit einer Bindung des Engagements dieser Akteure im Sinne der Leitideen zu rechnen ist. Diese Übernahme der Initiative aber ist wiederum Bedingung für die Verbreitung,

Fallbeispiele: Innovativ nachhaltig – nachhaltig innovativ

Die in der Expertise ausführlich dargestellte Diskussion des Forschungsstandes und die vorgeschlagenen Indikatoren für Innovativität und Nachhaltigkeit für die empirische Analyse wird dort anhand von drei Fallbeispielen anschaulich gemacht. Dabei wurden solche Organisationen gewählt, die mit ihren Aktivitäten einerseits im Bereich dessen angesiedelt sind, was gemeinhin unter dem normativen Label „Nachhaltigkeit“ subsummiert wird, andererseits werden hier jedoch keine konkreten Agenda-21-Initiativen i.e.S. betrachtet, sondern Wirtschaftsunternehmen und politisch-administrative sowie kommunale Organisationen. Anhand dieser Beispiele soll gezeigt werden, dass die Indikatoren sich in sachlicher Hinsicht für ein weites empirisches Feld eignen, dabei aber auf den hier interessierenden, durch Organisationsaktivitäten initiierten Strukturwandel fokussiert sind. Deutlich werden soll damit, dass Innovativität und Unternehmertum nicht auf wirtschaftliche Handlungsweisen zu beschränken sind. Vielmehr geht es hierbei im Allgemeinen um eine Entdeckung von Möglichkeiten in der Umwelt und deren aktive Gestaltung, die für jede organisationale Handlung von Belang ist.

Die Fallbeispiele werden einführend in ihrem Verlauf (Beginn, verschiedene Stationen) und ihrem derzeitigen Stand skizziert beschrieben. Danach werden die Fälle hinsichtlich der Indikatoren nach ihrer Innovativität und Nachhaltigkeit eingeschätzt. Die Fallbeispiele sind:

- Bionade. Statt Bier für die Region, Brause für die Welt
- InnovationCity. Zukunft für eine alte Region
- Städtisches Kindertagesstättenkonzept einer gesunden, nachhaltigen Ernährung

4.1.4.3 Fazit – Zum Gebrauch der Indikatoren Innovativität und Nachhaltigkeit

Beide Begriffe zielen offensichtlich auf sozialen Wandel. Für Innovation ist dabei die Variierung vorhandener Strukturen die Referenz, für Nachhaltigkeit hingegen die Stabilisierung veränderter neuer – auf Qualitäten von Nachhaltigkeit ausgerichtete – Strukturen.

Die hier in ihren Einzelaspekten skizzierten Indikatoren sind keineswegs ohne Weiteres anwendbar. Es gilt, diese – wie jedes andere Instrument – entsprechend der eigenen Bedürfnisse und lokalen Situation und Lage vorzubereiten. Die oben erwähnten und in der Expertise präsentierten Fallbeispiele sind Anwendungen der Indikatoren in deskriptiver Absicht.

Im Sinne der Beobachtung der Wirkung von Agenda-21-Initiativen über die letzten zwei Jahrzehnte geht es um die Rekonstruktion ihrer Tätigkeiten und ihre Durchsetzung in ihren strukturellen Settings. Die Rekonstruktion muss mindestens Aspekte historischer Betrachtungen aufweisen, die sich auf transformatorische Auswirkungen der Reformabsichten der Agenda-21-Initiativen richten. Es geht also in der Untersuchung von Innovativität und Nachhaltigkeit dieser Initiativen um die Problematik der Transformation, die

eine Art des Strukturwandels bezeichnet, bei dem sich das Transformierte, aber auch das Transformierende verändert. Die Initiativen sind dabei als Organisationen aufzufassen, deren strukturellen Settings sich auf die von ihnen bestimmten Regionen beziehen.

Von hier beziehen sie die Gründe für ihre Problemkonstruktion und die Möglichkeiten zu deren Lösung im Sinne von Chancen für strukturellen Wandel, also Möglichkeiten zur Innovativität. Wichtig sind dabei die praktischen Überbrückungen von Funktionsspezifika im Kontakt mit anderen relevanten Akteuren, inwiefern es gelingt, die Problemdefinitionen in anderen organisationalen Kontexten sinnfällig zu machen. Es geht um die Aufgabe: wie können Aspekte und Qualitäten von nachhaltiger Entwicklung in den unterschiedlichen Organisationen und Verfahrensweisen wirksam eingebaut werden, und wie ist dies bisher geschehen? Schließlich ist im Sinne der Nachhaltigkeit anhand der oben genannten Kriterien die Stabilität der initiierten Veränderungen, der „strukturellen Innovationen“ abzuschätzen.

4.2 Bundesländerstudien

In enger Kooperation mit dem IZT wurden im Rahmen des Gesamtforschungsvorhabens „Rio+20 vor Ort“ durch regionale Projektpartner drei vertiefende Bundesländerstudien für Bayern, NRW und Thüringen erarbeitet. In allen drei Ländern gab und gibt es zahlreiche Städte und Gemeinden mit Nachhaltigkeitsprozessen, die zum Teil unterschiedliche Ausprägungen und Entwicklungstendenzen aufweisen. Neben einer für das Gesamtvorhaben und die drei Länderstudien gleichen Grundstruktur sind in den Einzelstudien jeweils regionale Spezifika und Fragestellungen untersucht worden, die sowohl zu tiefer gehenden Erkenntnissen zum Stand der nachhaltigen Entwicklung in den Bundesländern führen als auch konkrete Ansatzpunkte für künftige Aktivitäten bieten – auch über diese Kommunen, Regionen und Bundesländer hinaus. Basis für die Länderstudien ist die bundesweite Online-Umfrage des IZT, zahlreiche Interviews, Dokumenten- und Literatúrauswertung, Workshops, sowie im Falle von NRW eine zusätzliche telefonische Befragung der teilnehmenden Kommunen.

In den drei Länderstudien wurden folgende grundlegenden Dimensionen und Aspekte analysiert:

- Akteure und Akteurskonstellationen (inkl. Institutionen und Arbeitsteilung),
- Prozesse und Verfahrensweisen,
- Hintergründe und Kontexte,
- Ressourcen und Unterstützung,
- Verlaufsmuster und Transferzyklen,
- Ergebnisse und Output.

Durchgeführt wurden die Länderstudien von jeweils regional verankerten und anerkannten Forschungspartnern:

- Bayern: Universität Bayreuth (Prof. Manfred Miosga, Ingrid Wildemann)
- Nordrhein Westfalen: Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V. (LAG 21 NRW, Dr. Klaus Reuter, Louisa Kistemaker, Kristin Neumann)
- Thüringen: ThINK – Thüringer Institut für Nachhaltigkeit und Klimaschutz (Dr. Matthias Mann, Elisa Jentsch)

Neben dem oben benannten Erkenntnisinteresse wurden mit den Bundesländerstudien noch weitere Zielstellungen verfolgt:

- Durch die Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation sorgten die Projektpartner für zusätzliche Aufmerksamkeit gegenüber dem Gesamtforschungsvorhaben sowie der Gesamtthematik, unter anderem auch mit der Ansprache der lokalen Netzwerke und Multiplikatoren zur Beteiligung an der Online-Erhebung und weiteren Erhebungsschritten.
- In regionalen Workshops wurde über das Forschungsvorhaben informiert und Zwischenresultate zur Diskussion gestellt. Die hierfür geladenen Entscheidungsträger und Stakeholder (u.a. Vertreter von Kommunen und Kreisen, kommunalen Spitzenverbänden, Umweltorganisationen, zivilgesellschaftliche LA-21-Akteure, Bürgerinitiativen) erhielten Anregungen für ihre lokalen Projekte und Prozesse sowie zu eigenen Aktionen im Vorfeld der Rio+20-Konferenz.
- Anhand konkreter Fallstudien wurden innovative und erfolgreiche Praxisbeispiele und Konzepte für eine noch stärkere Verbreitung der Nachhaltigkeitspraxis vor Ort aufgearbeitet.
- Die Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen der Länderstudien werden in politische Prozesse auf Landesebene eingespeist und fließen in die Beratung und Unterstützung von Kommunen vor Ort ein.

Die herausgearbeiteten Erfahrungen, Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen für lokale Nachhaltigkeitsprozesse werden in diesem Kapitel in Kurzform dargestellt werden. Die ausführlichen Länderstudien liegen auf der Projekthomepage des IZT zum Download bereit (siehe www.izt.de/rio).

4.2.1 Länderstudie Bayern

4.2.1.1 Einleitung

Das Ziel der Studie war es, den Status Quo und die Entwicklung der LA-21 und Nachhaltigkeitsprozesse in den bayerischen Kommunen landesweit zu untersuchen und heraus zu arbeiten, inwiefern der Ansatz einer strategischen, nachhaltigen und partizipativen Kommunalentwicklung aufgenommen wurde. Bayern umfasst mit 71 Landkreisen, 25 kreisfreien und über 2000 kreisangehörigen Städten und Gemeinden ein Bevölkerungsvolumen von rund 12,6 Mio. Einwohnerinnen und Einwohnern. Bayern ist gemessen an der Einwohnerzahl nach Nordrhein-Westfalen das zweitgrößte Bundesland.

In der Länderstudie über Bayern wurde aus organisatorischen Gründen ein besonderer Schwerpunkt auf die Situation in Oberfranken gelegt. Vor dem Hintergrund sehr heterogener Ausgangslagen haben sich sowohl die bayrischen als auch die oberfränkischen Kommunen in unterschiedlicher Form auf den Weg gemacht, die Impulse der UN-Agenda 21 aus Rio vor Ort umzusetzen. In der Studie werden bayernweite Tendenzen herausgearbeitet, die dann in Fallbeispielen auf Oberfranken fokussiert werden. Die Arbeit basiert sowohl auf der Online-Befragung des IZT, die für Bayern und Oberfranken speziell ausgewertet wurden, als auch auf Expertengesprächen mit wichtigen bayerischen Akteuren der Lokalen Agenda 21 und der „Nachhaltigkeitsszene“. Darüber hinaus flossen die Diskussionen und Ergebnisse von zwei Projekt-Workshops in diese Studie ein.

4.2.1.2 Der Bayerische Weg – der Entwicklungspfad der lokalen Agenda im Freistaat

Als eines der ersten Bundesländer zog Bayern vom UN-Erdgipfel in Rio de Janeiro 1992 konkrete Schlussfolgerungen. In der Regierungserklärung vom Juli 1995 wurde nachhaltige Entwicklung auf die landespolitische Agenda gesetzt, im selben Jahr der erste „Umweltpakt“

mit der bayerischen Wirtschaft geschlossen (von 2005-2010 beteiligten sich etwa 5.500 Unternehmen) sowie 1996 das „Umweltforum Bayern“ geschaffen. Dieses Umweltforum hatte beratende Funktion gegenüber der Staatsregierung in Bezug auf Nachhaltigkeit, so auch bei der Erstellung der „Bayern Agenda 21“, die 1997 vorgelegt wurde. „Die Bayern-Agenda 21“ beinhaltet Leitvorstellungen, Ziele und Handlungskonzepte für eine nachhaltige Entwicklung im Freistaat. Deren allgemeine Maßnahmen und Ziele wurden 2002 mit dem Aktionsprogramm „Nachhaltige Entwicklung Bayern“ konkretisiert. Das Papier blieb allerdings an einigen Stellen unscharf. Bislang konnten in Bayern daher kein einheitliches Leitbild sowie keine Nachhaltigkeitsberichtserstattung auf Landesebene etabliert werden.

Unter dem Titel „Verwaltung 21“ beschloss die Bayerische Staatsregierung im Juli 2004 ein umfangreiches Reformpaket zur Verwaltungsmodernisierung. Im Zuge dieser Verwaltungsreform konzentrierten sich die staatlichen Verwaltungsstellen allerdings vermehrt auf ihre sektoralen Fachplanungen. Nach Auskunft der befragten Experten war es jedoch gerade erst gelungen, den Kommunen die Notwendigkeit einer querschnittsorientierten Betrachtungsweise von Nachhaltigkeit zu vermitteln. Auch die Autoren Hajduk und Knopf (2011, S. 45) adressieren dieses Manko: „Obwohl Nachhaltigkeit in der Strategie als Querschnittsaufgabe verstanden wird, gibt es kein permanentes interministerielles Gremium, in dem die Tätigkeiten der einzelnen Ressorts koordiniert und integriert werden könnten.“ Die ungeklärten Zuständigkeiten brachte eine Konkurrenzsituation zwischen den Ministerien mit sich.

1997 wurde am Bayerischen Landesamt für Umweltschutz das InfoNETZwerk für nachhaltige Kommunalentwicklung „KommA21 Bayern“ ins Leben gerufen. KommA21 unterstützte als landesweite Beratungsstelle Agenda-21-Prozesse auf kommunaler Ebene, leistete Öffentlichkeitsarbeit, organisierte Austausch und Vernetzung und veranstaltete Workshops zur Implementierung von Lokalen Agenda 21-Prozessen. Aufgrund dieser zentralen und bedarfsbezogenen Unterstützung wuchs die Zahl der Agenda-21-Kommunen in Bayern von 16 (1995) bis auf 814 (in 2003). Seither stagniert jedoch die Verbreitung der kommunalen Agenda 21 und dies steht auch mit der Schließung der landesweiten KommA21-Beratungsstelle im Jahr 2007 in Zusammenhang. Das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit verfolgt nun den Ansatz einer qualitativen Verbesserung der kommunalen Prozesse, was mit dem „Netzwerk Nachhaltige Bürgerkommune“ als Plattform für den Erfahrungsaustausch unter den Mitgliedskommunen erreicht werden soll. Das Netzwerk kann als kleine Nachfolgeeinrichtung der KommA21 gesehen werden. Ihm gehören derzeit 53 Kommunen an, Ziel sind 100.

Hoffnungen hinsichtlich einer einheitlicheren Ausrichtung der bayrischen Nachhaltigkeitspolitik werden seitens der engagierten Nachhaltigkeitsakteure nun auf die Entwicklung und Verabschiedung der neuen Landes-Nachhaltigkeitsstrategie gesetzt, die sich seit Oktober 2011 in Arbeit befindet.²¹

4.2.1.3 Die Agenda 21 in bayrischen Kommunen

Stadt-/Gemeinderat – Verwaltung – Bürger

Die Nachhaltigkeitsprozesse sind in den befragten Kommunen recht unterschiedlich organisiert. 27% der bayrischen Akteure, die sich an der Rio+20-Befragung beteiligt haben, verfügen in ihren Kommunen über kontinuierlich laufende Arbeitskreise. In 23% der Kommunen gibt es einen Agenda-Beauftragten oder einen Nachhaltigkeitskoordinator, der in der Verwaltung angesiedelt ist. Knapp 20% der Akteure geben an, ein Agenda-21- oder Nachhaltigkeitsbüro bei der Kommune oder beim Landkreis zu besitzen. Nur selten ist ein Nachhaltigkeitsbeirat vorhanden oder ein Agenda 21-/ oder ein Nachhaltigkeitsbüro bei

²¹ <http://www.nachhaltigkeit.bayern.de/nachhaltigkeitsstrategie/index.htm>

einem Verein eingerichtet. In vielen Kommunen sind mehrere Gremien tätig. Vor allem Arbeitskreise sind häufig in Kombination mit Agenda-Büros, Vereinen oder Agenda-Beauftragten anzutreffen.

Einig sind sich die Experten, dass ein Agendaprozess nur im guten Zusammenspiel der Akteursgruppen Stadt-/ Gemeinderat, Bürgerschaft/ NGOs und Verwaltung langfristig funktionieren kann. So wurde aus der Evaluierung der kommunalen Agenda 21 in Bayern von Magel, Auweck und Brand (2003) ein Schema propagiert, das das Zusammenspiel der drei Akteursgruppen verdeutlichen sollte. Im Schema agieren die drei Akteursgruppen gleichberechtigt im „Organismus Kommune“ (Magel, Auweck und Brand 2003, S.142).

Nicht erkannt wurde damals, dass dieses Bild zwar das Selbstverständnis der Akteursgruppen anspricht, aber damit unklar bleibt, wie die Aufgaben in diesem Organismus verteilt werden. Die Frage der Zuständigkeiten war nicht geklärt, woraus sich bspw. das Problem ergab, dass sich weder der jeweilige Stadt-/ Gemeinderat noch die Kommunalverwaltung für die Kommunikation mit den Bürgern verantwortlich fühlte oder beide dies zum Teil sogar unterschiedlich kommunizierten.

In diesem Zusammenhang wurde auch erst spät die Bedeutung der politischen Mandatsträger erkannt. Während die Lokale Agenda 21 ein konsensgeleiteter Prozess ist, ist die Kommunalpolitik geprägt von kompetitiven Phasen (Wahlkampf), in denen die Mandatsträger sich profilieren müssen. Im Jahr 2007 wurden schließlich Mandatsträgerklausuren als Programm eingeführt.

Nach dem Wegfallen von KommA21 sind die Initiativen heute mit der Frage der Struktur und Organisation wieder zu einem guten Teil alleingelassen. Das Netzwerk Nachhaltige Bürgerkommune kann eine solche Prozessbegleitung bisher nicht anbieten. Die Initiativen greifen vielfach auf das Beispiel anderer Kommunen zurück. Das Netzwerk Nachhaltige Bürgerkommune hat an dieser Stelle mit seiner Internetplattform, die positive Beispiele in Bayern darstellt, eine gewisse Vernetzungsfunktion inne. Gleichzeitig fehlen jedoch immer noch „Blaupausen“ für strategisch ausgerichtete Umsetzungsvorhaben, so z.B. im Klimaschutz, die gut übertragbar sind.

Das Ergebnis der Rio+20-Online-Befragung zeigt, dass in Bayern – wie auch in anderen Teilen Deutschlands – eine Evaluierung der Nachhaltigkeitsprozesse und der gesetzten Ziele Zielerreichung noch nicht grundlegend in den Kommunen verankert ist. Eine Ursache hierfür wird auch in bislang fehlenden Nachhaltigkeitsindikatoren auf Landesebene gesehen. Immerhin wird in 27% der an der Umfrage beteiligten bayrischen Kommunen ein umfassender Bericht erstellt. In 13% der Fälle wird mit einem Indikatorenbericht der Erfolg überprüft. Durch die derzeit in Arbeit befindliche neue Landesnachhaltigkeitsstrategie werden hierzu deutliche Impulse erwartet.

Wandel der Themenfelder

In den ersten Jahren standen ökologische Themen und entsprechende Akteure deutlich im Vordergrund der kommunalen Agenda-21-Prozesse. Nachfolgend konnten in recht unterschiedlicher Gewichtung auch die Themen Soziales, Generationengerechtigkeit, globale Gerechtigkeit und Kultur an Bedeutung gewinnen. Klimaschutz und die Energiewende sind bis heute besonders bedeutsam.

Zumindest in den größeren Städten hat ein kreativer und engagierter Umgang mit dem Thema Nachhaltigkeit eingesetzt. Über Events wie Carrot Mobs, Guerilla Gardening oder Rote Karten für Spritfressende Autos (Green City e.V. in München) werden breite Teile der Bevölkerung angesprochen. So kann vor allem auch die Aufmerksamkeit und das Interesse von jüngeren Menschen gewonnen werden.

Ein wichtiger Unterschied zur Anfangszeit der Agenda-21-Bewegung in Bayern ist, dass die Themen, denen sich die Kommunen oder Bürgergruppen annehmen, gerade in Regierungsbezirken wie Oberfranken häufig aus der Not heraus aufgegriffen werden.

Während früher die Themen teilweise gesucht waren, handelt es sich bei den heute Aktiven zu einem guten Teil um Betroffene, die die Probleme ihrer Gemeinden angehen wollen.

Prozesse versus Projekte

Im Bereich Nachhaltigkeit werden in den bayrischen Kommunen viele Projekte durchgeführt. In der Anfangszeit der LA 21 zeigte sich das gegenteilige Bild. Projekte kamen oft nicht bis zur Umsetzung. Die Zusammenarbeit, wie sie die Lokale Agenda 21 fordert, stellte ein Novum dar. Sinnvolle Akteurskonstellationen und der Ablauf des Prozesses mussten erst entwickelt werden. Den Städten und Gemeinden wurden zwar Leitfäden wie "Die umweltbewusste Gemeinde", "Der zukunftsbewusste Landkreis" oder "Der Weg zu einer kommunalen Agenda 21" an die Hand gegeben, aber Beispiele erfolgreicher Prozesse gab es noch nicht. Das führte teilweise zu langwierige Diskussionsrunden und Aushandlungsprozessen, die für viele Beteiligte frustrierend waren und ihnen wenig zielführend schienen. Auch waren nicht immer alle Beteiligten vom Agenda-Prozess überzeugt und unterstützten ihn.

Der komplexe und noch nicht vollständig durchdachte Agenda-Ansatz bewirkte, dass einige Gemeinden im Versuch einen Prozess zu initiieren nie ein Projekt umsetzten und andere über die Projektarbeit den Prozessgedanken aus den Augen verloren.

Mit KommA21 ist die bayernweite zentrale Vernetzungs- und Unterstützungsstelle weggefallen. Als wichtige Aufgabe hatte KommA21 die Betreuung von Kommunen in einer Depressionsphase im Agenda-21-Prozess übernommen. In diesen Phasen, in denen sich nichts zu bewegen scheint, sind die Kommunen häufig auf beratende Unterstützung angewiesen, wenn der Agenda-Prozess nicht zum Erliegen kommen soll. Während thematisch ausgerichtete Servicestellen wie die Energieagentur Oberfranken, das Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement oder das Netzwerk Nachhaltige Bürgerkommune jeweils Teilbereiche übernehmen konnten, fehlt es heute vor allem an der Prozessbegleitung.

Während sonst üblicherweise Fördergelder für Projekte vergeben werden, verfügte KommA21 außerdem über Mittel um Prozesse finanziell zu unterstützen. Eine fehlende Prozessförderung führt indes dazu, dass Akteure konstant Projekte kreieren müssen, um sich weiterhin eine Förderung zu sichern. Heute herrscht in gewisser Weise eine pragmatische Herangehensweise bei der Antragstellung vor, wobei Fördermittel für nachhaltigkeitsorientierte Projekte oftmals nicht mehr unter der Bezeichnung „Lokale Agenda 21“ eingeworben werden. Für komplexe Agenda 21-Prozesse stehen von Landesseite keine Mittel mehr zur Verfügung „Das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit fördert nicht mehr den eigentlichen Agenda-Prozess in einer Kommune, sondern will durch gezielte Förderung den Kommunen das notwendige Wissen vermitteln, damit die Kommune Agenda-Prozesse erfolgreich durchführen kann“²²

Mittlerweile hat der Agenda-21-Ansatz aber auch Eingang in einige Förderprogramme gefunden, z.B. in die Lokalen Arbeitsgruppen bei LEADER, in das Programm „Soziale Stadt“ oder in den Stadtumbau und hat inhaltlich die Arbeit an zahlreichen sektoralen Konzepten wie im Bereich Energie- und Klimaschutz oder Flächenmanagement mit angestoßen.

Bis heute fehlt aber auch in Bayern auf allen politischen und zivilgesellschaftlichen Ebenen das Verständnis, Agenda 21 und nachhaltige Entwicklung als einen großen gesellschaftlichen Lernprozess zu verstehen und als eine Aufgabe, die nur auf lange Sicht erfolgreich sein kann. So trifft auch für den Freistaat zu, dass der Nachhaltigkeitsprozess auf Landesebene und in den Kommunen als langfristiger politischer Prozess angelegt sein müsste, der Wahlperioden überdauert und nicht in der Tagespolitik untergeht.

²² Brief des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit vom 22.08.2011

Verstetigung und Transfer

Agenda-21-Prozesse sind u.a. stark vom Engagement einzelner Personen abhängig, dies ist keine neue Erkenntnis (vgl. Magel, Auweck, Brand 2003, S.76). Dies trifft auf kommunaler Ebene zum einen zu, wenn Bürgermeister wechseln oder sich zum anderen die Zusammensetzung im Stadt- oder Gemeinderat stark ändert. Aber auch auf Landesebene kann ein Personalwechsel erhebliche Auswirkungen haben. So brach mit dem Ausscheiden von Werner Schnappauf als Bayerischem Staatsminister für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz 2007 ein wichtiger Unterstützer der Lokalen Agenda-21-Prozesse weg. Schon als Landrat des Landkreises Kronach hatte er sich stark für die Lokale Agenda 21 eingesetzt und Kronach zum LA-21-Modell Landkreis gemacht.

Aber nicht nur das Ausscheiden wichtiger Personen, sondern auch das Auslaufen von Förderprogrammen erweist sich als großes (nicht nur die Lokale Agenda 21 betreffendes) Problem. Mit KommA21 ist die bayernweite „Kümmerer“-Stelle - und damit die zentrale Unterstützungsstelle – weggefallen. So wurden bei der Auflösung der KommA21-Stelle nur einige wenige inhaltlich starke Themenfelder an Fachstellen in den Ministerien verteilt, während ein guter Teil des Know-hows von KommA21 brach fiel. Hier war nicht erkannt und anerkannt worden, welche wichtigen Ressourcen die Anlaufstelle aufgebaut hatte.

Für die Verstetigung und Weiterentwicklung ist der Transfer von nachhaltigen Projekten und Prozessen zwischen den Kommunen von besonderer Bedeutung. Der Transfer von Organisationsstrukturen bietet sich an, wenn die Kommunen in Größe und Ausgangslage vergleichbar sind. So orientiert sich z.B. Augsburg meist an Städten wie Nürnberg, Erfurt oder Heidelberg. Wenn es um den Transfer von Projekten geht, muss allerdings unterschieden werden. Während Projekte aus dem Bereich Klimaschutz und Energie möglichst oft nachgeahmt werden sollten, ist das bei anderen Projekten, z.B. aus der Regionalentwicklung, die den Kommunen ein Alleinstellungsmerkmal geben sollen, nur bedingt sinnvoll. Die bayrische Staatsregierung setzt weiterhin auf das Prinzip „Leuchtturm“, während in vielen Bereichen ein Transfer nach dem Prinzip „Lichterkeite“ sinnvoll wäre.

Die an der Rio+20-Befragung beteiligten Akteure halten ihre Projekte theoretisch für gut übertragbar. In der Praxis allerdings funktioniert der Transfer – nach Einschätzung der befragten Experten – noch zu wenig. Es fehlt an gut dokumentierten Beispielen, die auch die Überwindung konkreter Hemmnisse aufzeigen und die leicht nachzuahmen sind. Besonders im Bereich Klimaschutz und Energie werden „Blaupausen“ als nützlich eingeschätzt.

Bürgerbeteiligung

Die „Bürgerbeteiligung“ wird von knapp der Hälfte der Akteure, die sich aus Bayern an der Rio+20-Befragung beteiligt haben als „relativ gut“ bewertet. Knapp ein Drittel der Befragten sind der Meinung, die Bürgerbeteiligung werde „nur wenig“ ermöglicht, während rund 20% finden, sie werde sogar „sehr gut“ ermöglicht. Im Regierungsbezirk Oberfranken fällt die Bewertung der Bürgerbeteiligung etwas besser aus.

Die Lokale Agenda 21 hat in Bayern dazu beigetragen, dass viele Beteiligungsmethoden, wie die Zukunftskonferenz, World Café, Open Space usw. sich weiter etablieren konnten. Alle in der Länderstudie befragten Experten sind sich einig, dass ohne Beteiligung heute in der Planung „nichts mehr geht“. Gleichzeitig stehen den Kommunen immer knappere Haushaltsmittel zur Verfügung. Als Folge besteht die Gefahr, dass an Beteiligungsprozessen gespart wird. Insgesamt wird auf kommunaler Ebene häufig anerkannt, dass für eine umfassende Analyse der Ausgangssituation sowie für die Umsetzung von Stadtentwicklungsvorhaben eine breite Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger notwendig ist, diese Erkenntnis wird aber bisher noch zu wenig umgesetzt. Dies zeigen auch die jüngsten Erfahrungen mit „Stuttgart 21“.

Bislang gibt es noch zu wenige Beispiele, wo Bürgerbeteiligung in den Kommunen auch strukturell in Politik- und Verwaltungsprozessen integriert ist und umfassend praktiziert wird.

Allerdings berichtet eine Expertin über ein LEADER-Projekt zum Thema „Bioenergiedörfer“ in Oberfranken: „Wenn wir aus der Agenda 21 irgendwas zur Bürgerbeteiligung gelernt haben, dann wird das dort jetzt in Reinkultur umgesetzt.“

4.2.1.4 Fazit und Handlungsempfehlungen

Innerhalb der letzten 20 Jahre wurden viele Erfahrungen im Bereich nachhaltige Entwicklung und Partizipation in bayrischen Kommunen gesammelt, von denen Kommunen für ihre weitere Entwicklung in Richtung Zukunftsfähigkeit profitieren können. Eine nachhaltige Entwicklung benötigt nicht den Namen „Lokale Agenda 21“, aber Nachhaltigkeit braucht den gesellschaftlichen Willen und die Partizipation der Zivilgesellschaft. Das Potenzial, das sich aus dem Engagement der Bürgerinnen und Bürger für die Entwicklung ihrer Stadt oder Gemeinde ergeben kann ist groß. Dazu muss das Engagement allerdings seitens Politik und der Verwaltung ermöglicht und unterstützt werden.

Zusammenfassend kann über die Befragungen und Fallbeispiele hinweg festgehalten werden, dass der Auftrag der Agenda 21 von Rio in höchst unterschiedlicher und vielfältiger Weise von bayerischen und oberfränkischen Kommunen aufgegriffen worden ist. So kann hinsichtlich des Durchdringungsgrades und der Verfestigung lokaler Agenda-21-Prozesse schließlich eine durchwachsene Bilanz gezogen werden: Eine dauerhafte Etablierung lokaler Nachhaltigkeitsprozesse hat dabei nicht flächendeckend stattgefunden. Noch immer haben zahlreiche Kommunen keine entsprechenden Beschlüsse gefasst oder diesbezügliche Prozesse begonnen. Andere Agenda-21-Prozesse sind gescheitert oder werden bewusst „beerdigt“. Einige Kommunen hingegen haben nach wie vor eine etablierte Lokale Agenda 21 und arbeiten unter diesem Label intensiv, strategisch und mit großem zivilgesellschaftlichem Engagement weiter. Dort ist die Bürgerbeteiligung im Rahmen der Lokalen Agenda 21 zu einer wichtigen Säule der Kommunalentwicklung geworden.

Insbesondere in größeren Städten hat ein kreativer und engagierter Umgang mit dem Thema Nachhaltigkeit eingesetzt. Über vereinzelte Aktivitäten wie Carrot Mobs, Guerilla Gardening oder Rote Karten für Spritfressende Autos (Green City e.V. in München) werden inzwischen recht unterschiedliche Sozialmilieus angesprochen, u. a. auch jüngere Bevölkerungsgruppen. Ein wichtiger Unterschied zur Anfangszeit ist, dass die Themen, denen sich die Kommunen oder Bürgergruppen annehmen, häufig aus einer Betroffenheit mit Problemlagen heraus aufgegriffen werden.

Eine nachhaltige Entwicklung auf lokaler Ebene mit Bürgerbeteiligung umzusetzen, bildet nach wie vor den gedanklichen Hintergrund vieler Programme, Initiativen und Projekte (z. B. das Leitbild „Nachhaltige Bürgerkommune“, die Initiative „Kronach leuchtet“ oder das Projekt „Lebensqualität durch Nähe“) und teilweise berufen sich die Akteure nicht nur inhaltlich, sondern auch namentlich auf die Lokale Agenda 21.

Die Lokale Agenda 21 hat in Bayern dazu beigetragen, dass viele Beteiligungsmethoden, wie die Zukunftskonferenz, World Café, Open Space usw. auf kommunaler Ebene angewendet und erprobt werden konnten. Die Experten sind sich einig, dass ohne Beteiligung heute in der Planung „nichts mehr geht“. Gleichzeitig stehen den Kommunen jedoch immer weniger Haushaltsmittel zur Verfügung und als Folge dessen wird häufig an Beteiligungsprozessen gespart. Ähnlich wie der Begriff „Nachhaltigkeit“ ist auch „Partizipation“ in aller Munde, aber es gibt nur wenige Beispiele von Kommunen, in denen eine umfassende Bürgerbeteiligung praktiziert wird (z.B. Weyarn).

Auf Basis der Länderstudie wird für Bayern vorgeschlagen, in den dortigen Städten und Gemeinden einen symbolischen „Neustart“ bzw. eine Neubelebung der Aktivitäten in Sachen Nachhaltiger Entwicklung zu proklamieren und den wichtigen Beitrag, der vor Ort für eine „Große Transformation“ in Richtung Nachhaltigkeit (siehe WBGU 2011) geleistet werden kann, im Geiste eines „lokalen Gesellschaftsvertrags“ zu diskutieren und verbindlich zu vereinbaren.

Für einen solchen „Relaunch“ nachhaltiger Entwicklungsprozesse und zur Definition des lokalen Beitrags zur „Großen Transformation“ ist es notwendig, dies als zentrale übergreifende Aufgabenstellung in der lokalen Politik erneut zu verankern bzw. zu bestätigen. Hierfür wären die bestehenden kommunalen Beschlüsse zu reflektieren und fortzuschreiben oder im anderen Fall, das Thema Nachhaltige Entwicklung und der notwendige Transformationsprozess durch einen neuen Grundsatzbeschluss des Stadtrates als übergeordnete Handlungsmaxime festzuschreiben. Dabei ist zu betonen, dass dieser Auftrag sowohl mutige materiell-inhaltliche Festlegungen als auch eine Veränderung der lokalen politischen Kultur erfordert und eine Weiterentwicklung der Organisationsstrukturen und Institutionen kommunalpolitischen Handelns zwingend mit sich bringt.

4.2.2 Länderstudie Thüringen

4.2.2.1 Einleitung

Mit der Länderstudie Thüringen sollte ein systematischer Überblick über die aktuellen Thüringer Lokale-Agenda-21- bzw. Nachhaltigkeitsaktivitäten erarbeitet werden. Thüringen ist mit einer Gesamteinwohnerzahl von rund 2,2 Mio., 17 Landkreisen, 6 kreisfreien Städten und über 900 kreisangehörigen Städten und Gemeinden ein kleines Bundesland in der Mitte Deutschlands.

Die Studie zeigt im Rahmen einer überwiegend qualitativen Analyse bisheriger Aktivitäten in den Kommunen auf, wo besondere Erfolge im Flächenland Thüringen liegen und welche grundlegenden Hemmnisse es bei der Implementierung einer nachhaltigen Entwicklung vor Ort gibt. Dabei wurde zu klären versucht, weshalb bestimmte Prozesse und Aktivitäten erfolgreich und andere weniger gut laufen und welchem Wandel diese Aktivitäten und Prozesse in den letzten Jahren unterlegen waren.

Die Untersuchungsergebnisse werden mit der ausführlichen Darstellung von Best-Practice-Beispielen aus wichtigen Handlungsfeldern unterlegt. In einem abschliessenden Schritt wurden auf der Grundlage der Ist-Analyse, der vertiefenden Betrachtung einzelner Fallbeispiele und vor allem auf der Grundlage eines intensiven Dialogs mit wichtigen Nachhaltigkeitsakteuren auf kommunaler und auf Landesebene Handlungsempfehlungen und Perspektiven für künftige lokale Nachhaltigkeitsaktivitäten und -prozesse in Thüringen abgeleitet.

4.2.2.2 Rahmenbedingungen auf Landesebene

Die Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie

Die Erarbeitung einer Landesnachhaltigkeitsstrategie wurde 2008 mit einem Beschluss der Thüringer Landesregierung begonnen. Parallel dazu wurde durch Beschluss des Thüringer Landtages die Landesregierung aufgefordert, einen Beirat zur nachhaltigen Entwicklung in Thüringen zu berufen. Das Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz (TMLFUN) war von Anfang an zentrale Koordinierungsstelle für die Nachhaltigkeitsaktivitäten auf Landesebene im Freistaat Thüringen. Die Geschäftsstelle des Beirats für Nachhaltige Entwicklung in Thüringen²³ ist im TMLFUN angesiedelt und demzufolge ergab sich eine Betreuung des gesamten Prozesses der Erarbeitung der Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie durch das TMLFUN.

²³ <http://www.nachhaltigkeitsbeirat-thueringen.de/>

Im August 2008 wurde weiterhin eine Staatssekretärs-Arbeitsgruppe etabliert. Diese legte in Kooperation mit dem NH-Beirat im Mai 2009 einen ersten Entwurf für eine Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie vor.

Die Erarbeitung der Landesnachhaltigkeitsstrategie war von vornherein als ein breiter partizipativer Prozess angelegt. Neben dem Nachhaltigkeitsbeirat war ein breites Spektrum gesellschaftlicher Akteure, so auch aus Kommunen in den Prozess eingebunden. Hierüber ergab sich eine Verknüpfung mit lokalen Nachhaltigkeitsprozessen.

Die Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie wurde per Kabinettsbeschluss im November 2011 verabschiedet.²⁴ Die Landesregierung hat sich mit diesem Dokument selbst ein sehr breit angelegtes Arbeitsprogramm zur Bewältigung der Zukunftsherausforderungen gegeben. Definiert werden darin acht verschiedene Schwerpunktthemen, so u.a. demografischer Wandel, Energie- und Klima, Bildung für nachhaltige Entwicklung und nachhaltiges Handeln von Staat und Gesellschaft. Die Landesregierung hat sich selbst verpflichtet, die Nachhaltigkeitsstrategie (ThNHS) weiter zu konkretisieren, mit einem Indikatorenset zu unterlegen, Startprojekte zu definieren und die Strategie alle vier Jahre fortzuschreiben.

Das Nachhaltigkeitszentrum Thüringen

Bereits im Jahre 2000 wurden zur Unterstützung lokaler Agenda-21-Prozesse in Thüringen vier Regionalbüros, (später als Nachhaltigkeitszentren) eingerichtet. Diese Regionalbüros bzw. Nachhaltigkeitszentren betreuten jeweils Regionen in Nord-, Ost-, Süd- und Mittelthüringen und waren bei unterschiedlichen Trägern angesiedelt. Finanziert wurden diese Einrichtungen in erster Linie durch Zuschüsse des Landes über das TMLFUN.

Mit Beginn des Jahres 2011 wurde diese Struktur vereinfacht und auf ein zentrales Nachhaltigkeitszentrum konzentriert, das seinen Sitz in Arnstadt hat. Die finanzielle Ausstattung des Thüringer Nachhaltigkeitszentrums liegt in der gleichen Größenordnung wie die Summe der vorher existierenden vier Regionalzentren. Durch den Zusammenschluss ergeben sich positive Synergieeffekte, vor allem hinsichtlich gut strukturierter und professioneller Beratungsangebote für Kommunen, die durch die Vollzeitmitarbeiter/-innen ermöglicht werden.

Förderrichtlinie

Als besonders positiv und wichtig für Nachhaltigkeitsaktivitäten auf kommunaler Ebene in Thüringen ist die „Richtlinie zur Förderung der Umsetzung der Agenda 21, insbesondere die Unterstützung Lokaler Agenden 21 und der Förderung von Projekten zur nachhaltigen Entwicklung“ aus dem Jahr 2000 hervorzuheben. Diese Förderrichtlinie des Landes hat maßgeblich dazu beigetragen, dass in verschiedenen Thüringer Kommunen überhaupt erst lokale Nachhaltigkeitsaktivitäten initiiert und mit einer gewissen Kontinuität fortgesetzt werden konnten. Die Förderrichtlinie existiert in ihrem Kern bis heute, hatte jedoch bedingt durch die schwierige Haushaltslage des Freistaates Thüringen in den folgenden Jahren Modifizierungen erfahren, die zu kleineren Fördervolumina und kürzeren Förderzeiträumen führten. Zudem wurde der anfänglich prozessorientierte Ansatz durch einen projektorientierten Ansatz ersetzt. In der neuen Förderperiode soll es aber aufgrund zahlreicher Kommentare durch die Kommunen auch wieder möglich sein, finanzielle Unterstützung für LA-21- und NH-Prozesse zu beantragen.

Weitere Nachhaltigkeitsakteure

Umwelt- und Naturschutzverbände wie BUND, NABU und GRÜNE LIGA e.V. sind traditionell in Thüringen besonders aktiv. Hinzu kommen zahlreiche andere zivilgesellschaftliche Akteure, die sich stark für Nachhaltigkeit in Thüringen engagieren.

²⁴ http://www.thueringen.de/imperia/md/content/tsk/nachhaltigkeit/strategie_stand_18_11_2011_-_nach_beschluss_kabinetts.pdf

Des Weiteren gibt es in Form des Nachhaltigkeitsabkommens Thüringen (NAT) eine institutionalisierte Zusammenarbeit des Landes mit der Thüringer Wirtschaft. Das Nachhaltigkeitsabkommen ist eine freiwillige Vereinbarung von Wirtschaft und Landesregierung in Thüringen, die seitens der Wirtschaft durch die Arbeitsgemeinschaft der Thüringer Handwerkskammern, der Thüringer Industrie- und Handelskammern und dem Verband der Wirtschaft Thüringen e.V. vertreten wird.

Auf der Grundlage von Kabinettsbeschlüssen von 2005 sowie 2007 und einem Beschluss des Landtags nimmt der Freistaat Thüringen auch an der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ teil und hatte hierfür bislang auf Landesebene eine zentrale BNE-Dekadestelle eingerichtet, deren Fortführung ist allerdings zur Zeit nicht gesichert.

4.2.2.3 Lokale Nachhaltigkeitsaktivitäten

Aktuelle Situation in Thüringer Kommunen

Generell lässt sich feststellen, dass umfangreiche und strategisch ausgerichtete Nachhaltigkeitsaktivitäten insbesondere in den wenigen größeren Städten entlang der Thüringer Städtekette existieren. Hervorzuheben sind insbesondere die Landeshauptstadt Erfurt und die Universitätsstadt Jena. In diesen Städten wurden auf der Grundlage entsprechender Stadtratsbeschlüsse zur Lokalen Agenda 21 auch angemessene Strukturen geschaffen und personell durch mehrere hauptamtliche Mitarbeiter in der Stadtverwaltung abgesichert. In Erfurt und in Jena existiert ein breites Spektrum von Vereinen und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren, die in diese Prozesse nicht nur eingebunden sind, sondern diese in einem wesentlichen Teil selbst gestalten. Für beide Städte kann ein breites Themenspektrum sowie eine echte Vernetzung bezüglich lokaler Nachhaltigkeitsaktivitäten konstatiert werden. Diese Aussagen sind mit einigen Abstrichen auch für die Stadt Weimar zutreffend.

In den übrigen kreisfreien Städten Thüringens (Gera, Eisenach, Suhl) sind lokale Nachhaltigkeitsaktivitäten nicht ganz so ausgeprägt. In Gera und Eisenach hat es in der Vergangenheit durchaus Aktivitäten gegeben, jedoch besitzen diese Prozesse aktuell aufgrund personeller Kürzungen und schwieriger Haushaltslagen nicht mehr die frühere Dynamik. In der Stadt Suhl konnten keine Aktivitäten registriert werden, die man als Lokale-Agenda-21-Aktivitäten oder lokale Nachhaltigkeitsprozesse bezeichnen könnte, obwohl aus anderen Zusammenhängen bekannt ist, dass sich z.B. Mitarbeiter in der Stadtverwaltung durchaus diesen Themen verpflichtet fühlen und sich in dieser Richtung engagieren.

Bei den kreisangehörigen Mittel- und Kleinstädten existieren zahlreiche sehr positive Beispiele, während in einer Vielzahl von kleinen Städten nur sehr geringe Aktivitäten in Richtung Nachhaltigkeit erkennbar sind.

Zu den positiven Beispielen zählen die Städte Arnstadt, Gotha, Ilmenau und Nordhausen. Die Aktivitäten in Arnstadt und Ilmenau, inkl. des Landkreises Ilmenau stehen zweifellos auch in unmittelbarem Zusammenhang mit dem in Arnstadt angesiedelten Nachhaltigkeitszentrum und den umfangreichen Aktivitäten dieser Einrichtung. An diesem Beispiel wird deutlich, welche zentrale Rolle hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, also eine existierende, abgesicherte personelle Infrastruktur, für den langfristigen Erfolg lokaler Nachhaltigkeitsprozesse spielen und welche Ausstrahlung eine derartige Struktur auf ihr Umfeld entfaltet. Von den vielfältigen Aktivitäten in diesen Städten sind beispielhaft die regelmäßigen Veranstaltungen des Arnstädter Umwelt- und Erlebnismarktes, die Woche der erneuerbaren Energien bzw. der „SchulenergieTag“ und mehrere Projekte zur Nutzung erneuerbarer Energien zu nennen.

In Ilmenau sind die Lokale-Agenda-21-Aktivitäten nicht direkt in der Stadtverwaltung angesiedelt, sondern werden aktuell über den Verein für Sport und erlebnisorientierte

integrative Sozialarbeit e.V. wahrgenommen, der mit entsprechender zweckgebundene finanzieller Unterstützung durch die Stadt Ilmenau sich u.a. den Themen Bürgerhaushalt und Jugendparlament zuwendet.

In der Stadt Gotha, die sich ebenfalls seit langem bemüht, Nachhaltigkeitsprozesse zu verstetigen, wird die Stelle der für Lokale-Agenda-21 verantwortliche Mitarbeiter(in) gemeinsam durch die Stadtverwaltung und die Stadtwerke Gotha finanziert. Eine sehr interessante Lösung, die belegt, dass bei entsprechendem Willen aller Beteiligten auch unkonventionelle Finanzierungslösungen möglich sind.

In der Stadt Nordhausen sind – ausgehend von früheren langjährigen Umweltproblemen und den jüngeren Konflikten um den Rohstoffabbau in der Südharzregion – ebenfalls vielfältige Aktivitäten entstanden. Vor diesem Hintergrund wurde in der Stadtverwaltung ein eigenständiges Umweltamt eingerichtet, in dem die Nachhaltigkeitsaktivitäten verortet sind. Besonders hervorzuheben sind die Aktivitäten in Nordhausen für einen fairen Handel. Nordhausen ist die erste Kommune in Thüringen, die als Fair-Trade-Stadt zertifiziert wurde und übt dadurch auch Signalwirkung auf andere Thüringer Kommunen aus.

Bemerkenswert ist, dass die Landkreise bzw. Landkreisverwaltungen beim Thema Lokale Agenda 21 eher selten in Erscheinung treten. Ausnahmen sind hier der Landkreis Nordhausen und der Ilmkreis. In beiden Fällen basieren diese Aktivitäten auf einer guten Kooperation mit den Stadtverwaltungen in Nordhausen und Ilmenau. Im Landkreis Weimarer Land existieren aktuell ebenfalls Bemühungen sich diesen Themen zu widmen. Darüber hinaus ist das Thema Nachhaltigkeit (zumindest strukturell) in den meisten Landkreisverwaltungen noch nicht so gut integriert. Dies zu ändern wird als wichtiges Zukunftspotenzial angesehen.

Betrachtet man die übrigen Städten und Gemeinden Thüringens, so fällt auf, dass Nachhaltigkeitsaktivitäten und Nachhaltigkeitsprozesse eher punktuell bzw. thematisch orientiert vorhanden sind. Betrachtet man das lokale Nachhaltigkeitsengagement kleinerer Kommunen im Einzelfall, so wird jedoch deutlich, dass sich dieses Engagement, gemessen an der Leistungsfähigkeit der Kommune, oft durchaus mit den Aktivitäten in größeren Städten messen kann. Andererseits gibt es auf der Thüringer Landkarte auch große „weiße Flecken“ hinsichtlich lokaler Nachhaltigkeitsaktivitäten. Besonders auffällig ist dies im Südthüringer Raum, wo offenbar grundsätzlichere Probleme für die Etablierung lokaler Nachhaltigkeitsprozesse bestehen.

Aus dieser kurzen Darstellung wird ersichtlich, dass die noch im Entwurf der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Thüringen genannte Zahl von ca. 300 Kommunen, in denen ein Lokale-Agenda-21-Beschluss gefasst wurde, nicht die Anzahl der Kommunen widerspiegelt, in denen aktive Nachhaltigkeitsprozesse zu verzeichnen sind. Selbst wenn man berücksichtigt, dass die im Rahmen der Rio+20-Länderstudie erfassten aktiven Kommunen nicht vollständig sind, ist doch davon auszugehen, dass die Anzahl der Kommunen mit aktiven Nachhaltigkeitsprozessen deutlich geringer sein dürfte.

Seitens des Gemeinde- und Städtebundes Thüringen wird geschätzt, dass von den über 900 Städten und Gemeinden in Thüringen mit ca. 300 Hauptverwaltungen (Stadtverwaltungen und Gemeindeverwaltung i.d.R. in Form von Verwaltungsgemeinschaften) nur etwa 10 bis 15 Verwaltungen als Träger aktueller und aktiver Nachhaltigkeitsprozesse fungieren. Mit anderen Worten heißt dies, dass in einer Vielzahl Thüringer Kommunen das Thema Lokale Agenda 21 zwar mit einem entsprechenden Beschluss des Stadt- bzw. Gemeinderates angegangen wurde, diese Aktivitäten jedoch nicht von Dauer waren. Somit lässt sich feststellen, dass trotz fast zwanzigjähriger Bemühungen die Nachhaltigkeitsprozesse weder in der Fläche noch in der inhaltlichen Tiefe in einem Umfang verankert sind, wie dies notwendig und wünschenswert wäre.

Hervorzuheben ist aber gleichermaßen, dass es zu wichtigen Themen wie Energie- und Klimaschutz, Bildung für Nachhaltige Entwicklung oder auch Bürgerhaushalte

Netzwerkaktivitäten unterschiedlicher Ausprägung gibt, die das lokale Engagement zukünftig noch stärker innerhalb Thüringens transferieren könnten. So unterstützt bspw. die Thüringer Energieagentur ThEGA kommunale Bemühungen und bringt auch das Thema Partizipation, so bei Erneuerbaren Energien, voran. Ein anderes Beispiel sind Bürgerbeteiligungshaushalte. Diese werden in mehreren Thüringer Kommunen durchgeführt, das besonders erfolgreiche Modell der Stadt Jena findet sogar bundesweit Beachtung. Ende 2011 wurde das „Thüringer Netzwerk Bürgerhaushalte“ gegründet, um sich seitens der Akteure über Erfahrungen auszutauschen sowie Schwierigkeiten gemeinsam besser überwinden zu können. Mittelfristig sollen weitere Kommunen in Thüringen für die Einführung eines Bürgerbeteiligungshaushaltes gewonnen werden. Ein ähnlicher Arbeitskreis wäre zukünftig auch für das Thema Faire Trade und nachhaltige öffentliche Beschaffung denkbar.

Offensichtlich ist, dass viele lokale Aktivitäten sehr stark vom Engagement einzelner Akteure abhängig sind (z.B. BürgermeisterInnen). Für den ländlichen Raum gilt dies in besonders hohem Maß. Einer Vielzahl auch sehr kleiner Gemeinden mit durchaus beachtlichen Aktivitäten stehen auch deutliche Lücken gegenüber – Räume, in denen in Richtung lokaler Nachhaltigkeit noch nicht sehr viel geschieht.

Die wesentlichen Akteure äußern die Einschätzung, dass lokale Nachhaltigkeitsprozesse dort am erfolgreichsten oder zumindest am tragfähigsten sind, wo die folgenden Akteure motiviert sind und gut zusammenarbeiten: (Ober)Bürgermeister (und politische Gremien), einer oder mehrere Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter der Gemeinde-, Stadt- oder Kreisverwaltung; und aktive und engagierte Bürgerschaft bzw. Zivilgesellschaft. Wenn diese Akteure bzw. Akteursgruppen gut miteinander kommunizieren und zusammenarbeiten, entstehen i.d.R. sehr dynamische und erfolgreiche Prozesse.

Ressourcen und Unterstützung

Die Ergebnisse der Recherchen, Befragungen und sonstigen Erhebungen im Rahmen der Rio+20-Länderstudie Thüringen deuten überwiegend darauf hin, dass die personellen und finanziellen Ressourcen, die für das Thema Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene bereitgestellt werden knapp, wenn nicht gar unzureichend sind. Eigentlich nur die größeren Städte Thüringens sind bislang bereit und in der Lage, personelle Kapazitäten für lokale Nachhaltigkeitsaktivitäten bereitzustellen. Erfreulich ist es dann, wenn, wie z.B. in Gotha, Möglichkeiten der Kooperation mit den Stadtwerken gefunden werden. Andererseits gibt es auch Fälle, in denen vorhandene Lokale-Agenda-21-Stellen wieder abgebaut bzw. reduziert oder umgestellt werden.

Hervorzuheben ist, dass die lokalen Nachhaltigkeitsaktivitäten bzw. -prozesse eine deutliche Unterstützung durch die Landesebene erfahren haben. Diese Unterstützung wird von den befragten Akteuren ganz überwiegend positiv und nicht als staatliche Bevormundung gesehen. Von signifikanter Bedeutung für die lokalen Nachhaltigkeitsprozesse ist vor dem Hintergrund der problematischen kommunalen Ressourcen das Engagement des Landes Thüringen für die Aufrechterhaltung zentraler Organisations- und Kommunikationsstrukturen – insbesondere dem Nachhaltigkeitszentrum Arnstadt.

Das hohe persönliche Engagement eines „Kerns“ Thüringer Nachhaltigkeitsakteure ist von größter Bedeutung für das Erreichte. Sie engagieren sich für dieses Handlungsfeld oftmals schon seit vielen Jahren sehr intensiv. Es handelt sich dabei sowohl um Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Verwaltungen auf verschiedenen Ebenen als auch ehrenamtlich engagierte Bürgerinnen und Bürger.

4.2.2.4 Handlungsempfehlungen und Perspektiven lokaler Nachhaltigkeitsprozesse in Thüringen

Als Resultat der Untersuchung über die Nachhaltigkeitsaktivitäten in Thüringen sind gemeinsam mit verschiedenen Akteuren folgende zentrale Handlungsempfehlungen definiert worden:

Das Selbstverständnis lokaler Nachhaltigkeitsakteure überdenken – Nachhaltigkeitsprozesse evaluieren, die Ziele und Maßnahmen kritisch überprüfen. Es wird empfohlen, die in den meisten Fällen zwischen fünf und zehn Jahren zurückliegenden kommunalen Beschlüsse und Programme kritisch auf ihre Zielerreichung hin zu prüfen und Maßnahmeprogramme auf dieser neuen Basis fortzuschreiben.

Sowohl unter dem Gesichtspunkt der Selbstkontrolle als auch unter dem Gesichtspunkt einer Weiterentwicklung der Förderpolitik des Landes Thüringen ist *das Monitoring bzw. die Evaluation lokaler Nachhaltigkeitsaktivitäten* unverzichtbar. Dabei wird es erforderlich sein, Wege und Methoden des Monitorings bzw. der Evaluation zu finden, die der Leistungsfähigkeit und Komplexität der lokalen Nachhaltigkeitsaktivitäten angemessen sind.

An Kommunen wird adressiert, den globalen Nachhaltigkeitsansatz nicht aus den Augen zu verlieren, ein sektorales Vorgehen bewusst zu ermöglichen, die Verantwortung zwischen den Akteuren unterschiedlicher Ebenen in Thüringen klarer als bisher zu definieren, die Wurzeln und Erfahrungen nicht zu vergessen, aber trotzdem neue Wege zu gehen und neue Akteure einzubinden.

Zum Aspekt **Governance** wird formuliert: das Thüringer Förderprogramm zu erhalten und auszubauen, langfristig tragfähige Strukturen zu etablieren sowie die hauptamtliche Unterstützung des Ehrenamts angemessen abzusichern. Seitens der Thüringer Nachhaltigkeitsakteure wird diesbezüglich deutlich der Bedarf für eine langfristig tragfähige und von aktuellen Haushaltslagen der öffentlichen Hand weitgehend unabhängigen Struktur angemeldet, die mit einer angemessenen personellen und finanziellen Ausstattung versehen ist.

Folgende **Handlungsfelder** wurden für die Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung vor Ort als besonders wichtig benannt: den Schwung der Energiewende mitnehmen, die öffentliche Hand als Beispielgeber und Motor nutzen, hier insbesondere zum Thema nachhaltige und faire öffentliche Beschaffung, Bildung für nachhaltige Entwicklung als zentrale Querschnittsaufgabe annehmen und etablieren sowie schließlich aus den Handlungsfeldern auf Landesebene auch kommunale Handlungsfelder abzuleiten.

Zunächst wird ein kontinuierlicher Dialogprozess zwischen Land, Kommunen und Bürgern zur Umsetzung und Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Thüringen als erforderlich erachtet. Als Instrument zur Realisierung bzw. Stützung eines solchen Dialogs könnte z.B. ein Nachhaltigkeitsverein bzw. eine Nachhaltigkeitsstiftung geschaffen werden.

Abschließend wird formuliert: Seitens der kommunalen Ebene wird erwartet, dass von der Landesebene im Zuge der Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes deutliche Signale für eine Sicherung lokaler Nachhaltigkeitsprozesse ausgehen und die rechtlichen, aber auch finanziellen und personellen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die für eine Verstetigung lokaler Nachhaltigkeitsprozesse erforderlich sind.

4.2.3 Länderstudie NRW

4.2.3.1 Einleitung

NRW kommt in Deutschland als bevölkerungsreichstem Bundesland mit 18 Mio. Einwohnern und 427 kommunalen Gebietskörperschaften eine besondere Bedeutung bei der Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung zu.

Ziel der Bundesländerstudie war es, auf Basis des gemeinsam im Forschungsvorhaben entwickelten Fragebogens eine umfassende Bestandsaufnahme und Analyse der Agenda-21- und Nachhaltigkeitsprozesse in NRW vorzunehmen. Dabei wurden durch die Landesarbeitsgemeinschaft LAG 21 NRW e.V. die Verwaltungen *aller* Städte und Gemeinden angeschrieben und im Anschluss telefonisch kontaktiert. An der Länderstudie Rio+20 NRW haben sich 43% aller Städte, Gemeinden und Kreise in NRW beteiligt, dabei lag die Beteiligung der kreisfreien Städte mit 74% besonders hoch. Auf Grundlage der Erhebung, Workshops und Interviews wurde ein Indikatorenmodell zur Einschätzung der kommunalen Nachhaltigkeitsbemühungen entwickelt sowie eine Typologisierung der Kommunen vorgenommen. Das entwickelte Modell wird anhand von 11 ausgewählten Best-Practice-Beispielen in der Studie vorgestellt und diskutiert.

Die Ergebnisse der Studie werden nach Abschluss der Untersuchung derzeit durch die LAG 21 NRW unmittelbar zur Weiterbildung und Beratung von Kommunen genutzt und weiterentwickelt. Zudem ist intendiert, mit den Ergebnissen der Studie eine empirisch fundierte Grundlage zur Entwicklung einer landesweiten Nachhaltigkeitsstrategie und deren kommunaler Umsetzung zu bieten.

4.2.3.2 Rahmenbedingungen auf Landesebene

Historie der Lokalen Agenda in NRW

Nordrhein-Westfalen verfügt über eine langjährige Agenda-21-Tradition. Im Zeitraum von 1996 bis 2006 förderte die Landesregierung die landesweit agierende Koordinierungsstelle „Clearing House for Applied Futures (CAF)“ – später bekannt unter dem Namen „Agenda Transfer NRW und Agentur Nachhaltiges NRW“ – zur Umsetzung der Lokalen Agenda 21 in NRW. In den Jahren 2000 bis 2005 initiierte die Landesregierung einen gesellschaftlich breit aufgestellten Agenda-21-Prozess in Nordrhein-Westfalen. Akteure aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, Gewerkschaften, Verbraucher- und Umweltschutzorganisationen, Lokalen Nachhaltigkeitsinitiativen, Kirchen und Unternehmen wurden mit der Zielsetzung zusammengeführt, ein Leitbild zur Nachhaltigen Entwicklung in NRW zu entwickeln und umzusetzen. Die damalige rot-grüne Landesregierung formulierte in der Koalitionsvereinbarung im Jahr 2000 Vorgaben für die Umsetzung des Prozesses, der in einer Nachhaltigkeitsstrategie für das Land NRW münden sollte.

Durch den politischen Machtwechsel im Jahr 2005 hin zu einer von CDU und FDP geführten Landesregierung wurde dieser Prozess faktisch beendet. In diesem Zusammenhang erfolgte auch eine starke Mittelkürzung für Kommunen und NROs im Bereich Entwicklungspolitik und Lokale Agenda 21. Die Mittelbereitstellung erfolgte bis zu diesem Zeitpunkt mit 50 ct. pro Einwohner/-in und Jahr über das Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG). Ebenfalls wurde der Förderetat für die seit 2001 im Aufbau befindliche Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW stark zurückgefahren. Hinzu kommen zunehmende Finanzierungsschwierigkeiten vieler Kommunen im Bereich der freiwilligen kommunalen Leistungen, worunter die Agenda 21 fällt, weshalb oftmals nur noch kommunale Pflichtaufgaben wahrgenommen werden können.

Im Jahr 2001 ist die Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V. (LAG 21 NRW) von zahlreichen Kommunen und Kreisen, Verbänden und Institutionen, Kirchen und Gewerkschaften als Kompetenznetzwerk zur Professionalisierung lokaler Nachhaltigkeitsprozesse gegründet worden. Sie verfügt heute über 120 Mitglieder aus dem genannten

Spektrum und ist bisher bundesweit einzigartig. Die LAG 21 NRW versteht sich als landesweite Aktionsplattform und Bindeglied zwischen Akteuren der zivilgesellschaftlichen Agenda 21-Prozesse, Politik, Verwaltung und Wissenschaft. Die Geschäftsstelle der LAG 21 NRW besteht seit 2002 und ist seit 2008 in Dortmund angesiedelt. Durch eine Vielzahl von Kampagnen und Projekten hat sich die LAG 21 NRW in Nordrhein-Westfalen zu einem der zentralen Ansprechpartner für kommunale und zivilgesellschaftliche Nachhaltigkeits-Prozesse entwickelt und entsprechende Kompetenzen im Bereich Forschung, Beratung, Netzwerktätigkeit und Kampagnen aufgebaut. Somit hat die LAG 21 NRW schließlich die Funktion der im Jahr 2006 geschlossenen Servicestelle Agenda-Transfer für das Bundesland NRW übernommen. Die Geschäftsstelle ist mit mehreren Mitarbeiter/-innen besetzt und finanziert sich aus nachhaltigkeitsorientierten Praxisprojekten, Beratungsleistungen und Forschungsvorhaben öffentlicher Auftraggeber auf kommunaler, Länder- und Bundesebene, durch Beiträge ihrer Mitglieder sowie durch projektorientierte Zuwendungen der Stiftung Umwelt- und Entwicklung NRW.

Das Netzwerk wird in seinen Bemühungen inhaltlich auch von politischer Seite unterstützt: Die jetzige rot-grüne Landesregierung hat sich im Koalitionsvertrag zum Ziel gesetzt, in ihrer Legislaturperiode von 2010-2015 eine Nachhaltigkeitsstrategie für NRW zu entwickeln und dabei eine erneute Initiative zu starten um *„den unterbrochenen Agenda 21-Prozess in NRW wieder auf(zu)nehmen und die vielen lokalen Agenda-Prozesse neu (zu) beleben“*²⁵.

4.2.3.3 Ergebnisse der Befragung

An der Länderstudie Rio+20 NRW haben sich 182 von 427 und somit 43% aller Städte, Gemeinden und Kreise in NRW (172 Städte und Gemeinden, 10 Kreise) beteiligt: Von 23 kreisfreien Städten in NRW haben sich 17 beteiligt (74%), von 373 kreisangehörigen Städten nahmen 155 (42%) teil und 10 von 31 Kreisen (32%) wirkten an der Studie mit. Insgesamt stammen 34% der Umfrageergebnisse der bundesweiten Studie aus NRW.

Auf Basis der landesweiten Umfrage kommt die Studie zu folgenden Ergebnissen: 57 % der teilnehmenden Kommunen verfügen über einen Agenda-21-Beschluss. Die meisten dieser Beschlüsse sind vor bzw. im Jahr 2000 gefasst worden. Nur wenige Kommunen verfügen über ein Adanda-21-Büro das in der Verwaltung angesiedelt ist bzw. einen Agenda-Beauftragten. Ebenso wie im übrigen Bundesgebiet verfolgen zahlreiche Kommunen sektorale Strategien, allen voran im Bereich Energie- und Klimaschutz. Im Unterschied zu den bundesweiten Befragungsergebnissen jedoch, geben über 50% der teilnehmenden NRW-Kommunen an, ihre Beschlüsse zumindest teilweise zu evaluieren.

Die Befragung zeigt, dass in Folge der krisenhaften Finanzsituation und der fehlenden Verankerung von Nachhaltigkeit als Pflichtaufgabe die Kommunen in NRW weder personell noch finanziell aufgabengerecht ausgestattet sind.

Unterstützung erfahren Kommunen zum Teil von Landkreisen und überregionalen Netzwerken, vereinzelt auch von der Bundes- und EU-Ebene. In der Einschätzung der Kommunen wurde der LAG 21 NRW ihre zentrale Rolle als Netzwerkpartner bestätigt.

In der Einschätzung der erzielten Ergebnisse geben Kommunen in erster Linie positive ökologische Effekte, gefolgt von politischen Effekten an. Hingegen werden nur von rund einem Drittel der Kommunen Ergebnisse im ökonomischen Bereich sowie für globale und Geschlechtergerechtigkeit benannt.

Trotz unzureichender Ressourcen werden Agenda-21- und Nachhaltigkeitsprozesse als überwiegend positiv wahrgenommen. Rund 50% der Kommunen bezeichnen sich als „auf dem Weg“, 14% geben sogar an, bisher „viel erreicht“ zu haben.

²⁵ Koalitionsvertrag NRW, Mai 2010, SPD-Bündnis 90/ Die Grünen NRW, S.36

Bedeutsam für die weitere Arbeit ist, dass sich die große Mehrheit der Kommunen (86% der Beteiligten) dafür ausspricht, dass Nachhaltigkeit in Zukunft eine höhere Priorität als bisher im lokalen Handeln erlangen sollte.

Vernetzung gilt dabei als großes Innovationspotential, das aus der Lokalen Agenda und Nachhaltigkeits-Prozessen resultiert. In NRW existieren zahlreiche unterschiedliche Netzwerke, die Bezüge zu einer Nachhaltigen Entwicklung haben, die aber innerhalb der Kommunen aufgrund oftmals fehlender Netzwerkkoordinatoren nur sektoral und nicht als Bestandteil einer integrierten Nachhaltigkeitsstrategie verfolgt werden, so zum Beispiel: European Energy Award, Klimabündnis, Flächenmanagementkommunen, Fahrrad freundliche Städte, Baulandforum, Netzwerk Nachhaltigkeit, Netzwerk Innenstadt NRW, AZUL, Fair Trade Towns, Transitions Towns, Netzwerk Kommunale Klimakonzepte, Ökoprot-Netzwerk, Eine Welt Netz NRW, Allianz für die Fläche. Aufgrund der großen Vielfalt der landesweiten Netzwerke und deren inhaltlichen Zugängen zu Nachhaltigkeitsthemen wird es als sinnvoll erachtet, dass das Land NRW die Prozesse in einer Nachhaltigkeitsstrategie bündelt und dass auch auf kommunaler Ebene integrierte Nachhaltigkeitsberichte erstellt werden, um ein strategisches und langfristig verbindliches und zudem evaluierbares Vorgehen zu ermöglichen.

Als zukünftig besonders bedeutsame Themen werden von den Befragten die Bereiche Klimaschutz und nachhaltige Mobilität benannt, gefolgt von Flächenschutz, und Klimaanpassungsmaßnahmen. Weiterhin werden auch Bildung für nachhaltige Entwicklung und der Erhalt der Biodiversität als wichtige Themen eingeschätzt.

Weiterhin wurden die Kommunen befragt, welche Veränderungen sich für eine Stärkung der kommunalen Nachhaltigkeitsarbeit ergeben müssten. Hierzu wurden sehr konkrete Vorstellungen entwickelt, die vor allem auf Strukturen und die politische Einbindung hinauslaufen. So soll es nach Ansicht der Befragten zu einer Implementation des Nachhaltigkeitsgedankens in alle Politikbereiche kommen und somit insbesondere soziale und ökonomische Effekte erzielt werden.

Des Weiteren wird eine stärkere finanzielle und personelle Ausstattung der Nachhaltigkeitsarbeit in den Kommunen gefordert, um die Aufgaben eines querschnittsorientierten Ressorts aufgabengerecht zu bewältigen.

Von Landesseite wird die Entwicklung einer Nachhaltigkeitsstrategie gewünscht, die positive Auswirkungen für regionales und kommunales Handeln auslösen und die lokalen Prozesse bestärken würde. Gezielte Förderprogramme für eine nachhaltige Stadtentwicklung und Anreizinstrumente für "Nachhaltiges Handeln" sind weitere Möglichkeiten, wie eine Trendwende zur Stärkung der Agenda 21 und sektoralen Nachhaltigkeits-Prozesse eingeleitet werden könnte.

4.2.3.4 Erfolgsfaktoren und Indikatoren für einen erfolgreichen Nachhaltigkeits-Prozess

Auf der Grundlage der quantitativen und qualitativen Analyse der Ergebnisse der Interviewphase, wurden über alle Kommunen und Kreise in NRW diejenigen Faktoren herausgearbeitet, von denen sich ein positives Gelingen von Nachhaltigkeits-Prozessen ableiten lässt.

Kommunen und Kreise haben dann einen erfolgreichen Agenda-21- und Nachhaltigkeits-Prozess, wenn...

- die Kommune oder der Kreis eine Nachhaltige Entwicklung durch entsprechende Beschlüsse oder Mitgliedschaften (MDG, Klimabündnis, etc.) unterstützt,
- der Nachhaltigkeits-Prozess der Kommune/des Kreises durch eigene Programme und Kampagnen sowie durch regionale, bundes- und EU-weite Aktivitäten (z.B. gesundes Städtenetzwerk, Energieregion) getragen wird,

- vielseitige Schwerpunktthemen und/oder sektoral orientierte Strategien zur Nachhaltigkeit verfolgt werden,
- verschiedene Akteursgruppen gemeinsam den Nachhaltigkeits-Prozess antreiben,
- offizielle Gremien (z.B. Nachhaltigkeitsrat, Agenda 21-Beauftragte/r und kontinuierliche Arbeitskreise) den Agenda 21- bzw. Nachhaltigkeits-Prozess unterstützen,
- sich positive Veränderungen innerhalb der Verwaltungsstrukturen (z.B. querschnittsorientierte Teamstrukturen) ergeben haben,
- für den Agenda 21- und Nachhaltigkeits-Prozess ausreichend Sach- und Personalmittel bereitgestellt werden,
- Partnerschaften mit Südländern gepflegt und/oder der Faire Handel gefördert wird,
- andere Akteursgruppen, innerhalb und außerhalb der Kommune/des Kreises zum Handeln angestoßen werden,
- wenn Impulse anderer Kommunen und/oder Akteure aufgegriffen werden,
- soziale Integration gefördert und gestaltet wird,
- kontinuierlich eine Evaluation einschließlich einer Berichterstattung gegenüber der Politik durchgeführt wird.

Auf Basis dieser Erfolgsfaktoren und den quantitativen Ergebnissen der Interviewphase hat die LAG 21 NRW ein Bewertungsverfahren entwickelt und Indikatoren abgeleitet. Dieses Bewertungsverfahren ermöglicht es den Kommunen und Kreisen, ihren eigenen Ist-Zustand im Hinblick auf die Umsetzung einer Nachhaltigen Entwicklung zu ermitteln und dabei Stärken und Schwächen zu erkennen. Zudem ermöglicht das entwickelte Indikatorenset einen Vergleich (Benchmarking) mit Kommunen und Kreisen gleicher Größenklassen.

In der Länderstudie wurden in jeder Größenklasse Kommunen und Kreise bewertet, die einen besonderen guten Nachhaltigkeitszustand aufweisen. Folgende elf Kommunen und Kreise wurden als Best-Practice-Beispiele für die Umsetzung von Nachhaltigkeit und der Lokalen Agenda 21 ausgewählt und in der Studie ausführlich anhand des Bewertungsrasters in Form eines Stärke-Schwächen-Profiles beschrieben.

- Kreis Steinfurt, Kreis Unna
- Nottuln, Ostbevern (< 25.000 EW),
- Rheinberg, Herzogenrath (< 50.000 EW)
- Lüdenscheid, Dinslaken (< 100.000 EW)
- Bonn, Dortmund, Solingen (> 100.000 EW)

Nur in wenigen Kommunen und Kreisen ist eine aufgabengerechte Finanzierung von Personal und Sachmitteln gewährleistet. Dieser Einsatz von Ressourcen spiegelt sich dann oftmals auch in sehr erfolgreichen Nachhaltigkeits-Prozessen wieder, die etwa durch die Akquise von Fördermitteln Dritter, Auszeichnungen und strategischem und langfristigem Handeln im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung gekennzeichnet sind. Die ausgewählten Fallbeispiele sind in vielen Fällen ausreichend mit Personal- und Sachmitteln ausgestattet oder geben dies als eine Grundlage eines erfolgreichen Agenda-Prozesses in Ihrer Kommune oder Ihrem Kreis an.

Insgesamt wird festgestellt, dass ein "Mehr" an Nachhaltigkeit über die verschiedenen Kriterienbereiche mit der Größe der Kommune korreliert, d.h. je größer die Kommune umso umfangreicher die Nachhaltigkeitsaktivitäten. Die positiven Fallbeispiele wurden im Rahmen

der Studie nochmals genauer analysiert und die Erfolgsfaktoren der Inhalte und Strukturen näher beschrieben.

Auf der Grundlage der Bewertung der kommunalen Nachhaltigkeits-Prozesse und der Analyse der positiven Fallbeispiele wurde eine Typologisierung ausgearbeitet, die es ermöglicht, einzelne Kommunen nach ihren „Nachhaltigkeitszuständen“ zu gruppieren. Folgende vier Typen von Kommunen werden daraus abgeleitet und dargestellt:

Typ 1: „Start-Up Kommunen“;

Typ 2: „Minimalisten mit ausbaufähigen Nachhaltigkeitsansätzen“;

Typ 3: „Sektoral starke Nachhaltigkeits-Kommunen mit einzelnen gut ausgebauten Schwerpunktthemen der Nachhaltigkeit“

Typ 4: „Integrierte Nachhaltigkeits-Kommunen“.

4.2.3.5 Handlungsempfehlungen

Auf Basis dieser erstmalig erfolgten qualitativen und quantitativen Analyse der Lokalen Agenda-21- und Nachhaltigkeits-Prozesse in NRW ergeben sich Handlungserfordernisse für die unterschiedlichen Ebenen.

Die vorliegenden Daten zu den kommunalen Prozessen können von den Kommunen dazu genutzt werden, Defizite in der Umsetzung ihrer nachhaltigen Entwicklung zu erkennen und entsprechende Schritte zur Zustandsverbesserung einzuleiten. Die Typologisierung der Kommunen und Kreise soll dazu beitragen, dass eine Art „Kaskadenlernen“ stattfindet: Für jede der vier Stufen werden in der Studie entsprechende Fragen formuliert und Anregungen für die Kommunen zur Weiterentwicklung hinsichtlich der Verbesserung der Organisation und der Umsetzung von Nachhaltigkeitszielen gegeben. Angestrebt werden damit auch ein gegenseitiger Austausch zwischen den Kommunen sowie eine gezielte Fortbildung und ein gemeinsames Lernen im Netzwerk. Diese Netzwerk- und Beratungsarbeit wird auch für die Zukunft als zentraler Arbeitsschwerpunkt der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW definiert.

Inhaltliche Schwerpunktthemen wie Klimaschutz, Anpassung an den Klimawandel, Flächeneinsparung oder auch Bildung für Nachhaltige Entwicklung sind sowohl auf kommunaler Ebene als auch auf Landesebene querschnittsorientiert in Nachhaltigkeitsstrategien zu fassen, die durch ein Controllingsystem auf ihre Wirksamkeit überprüft werden können.

Wichtig zur Vernetzung der zivilgesellschaftlichen, politischen und Akteure der Verwaltung sind kontinuierliche Netzwerktreffen und Tagungen zur Fortbildung über Inhalte und Strukturen. So wäre eine jährliche landesweite Netzwerkkonferenz zur Nachhaltigkeit sowie weitere fachspezifische Treffen der Zielgruppe im Sinne einer schnelleren Umsetzung von Nachhaltigkeitszielen wünschenswert. Große Transformations-Prozesse, wie die Energiewende oder die Bewältigung des Demografischen Wandels, sind kurz- und mittelfristig nur umsetzbar, wenn diese durch Partizipations-Prozesse begleitet werden, die auf die Ausgestaltung konstruktiv und kritisch Einfluss nehmen. Nur dadurch können ein Commitment für die Ziele und Maßnahmen entstehen und Umsetzungspotenziale bei den beteiligten Akteuren aktiviert werden.

Für eine querschnittsorientierte nachhaltige Entwicklung in Kommunen stellt sich zukünftig insbesondere die Forderung nach einer aufgabengerechten Ressourcenverteilung.

Um bundes- und landesweite Nachhaltigkeitsziele, die teilweise auch sektoral vorhanden sind, mittelfristig umsetzen zu können, bedarf es veränderter Anreiz- und Förderinstrumente, die eine Nachhaltige Entwicklung positiv unterstützen und wenig nachhaltiges Verhalten etwa bei Klimaschutz, Flächenverbrauch oder Biodiversität sanktionieren. Hierzu kann ein weiter ausgearbeitetes Indikatorensystem, das neben qualitativen Kriterien auch quantitative Indikatoren enthält, einen nützlichen Beitrag leisten. Sektoral bestehen bereits vielfältige

Indikatorensätze, die nützlich verwandt und auf die entsprechenden föderalen Ebenen angepasst werden sollten.

Letztendlich erscheint es für alle föderalen Ebenen sinnvoll – so eine weitere Schlussfolgerung der NRW-Länderstudie – entsprechende Koordinationsstellen einzurichten, die den vertikalen und horizontalen Dialog und die Koordination und Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung effizient begleiten und unterstützen.

4.2.4 Fazit der Länderstudien

Kommunen benötigen auf ihrem ambitionierten Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung „fruchtbaren Boden“ und förderliche Bedingungen, das zeigen die Erfahrungen der jüngsten zwei Jahrzehnte. Während ersteres von den lokalen Bedingungen abhängt und der Fähigkeit der lokalen Akteure, die Ressourcen zu mobilisieren und weiter zu entwickeln, sind die förderlichen Bedingungen auch von höheren administrativen Ebenen abhängig und durch diese beeinflussbar. Neben der nationalen und der EU-Ebene kommt im föderalen System in Deutschland die Ebene der Bundesländer hinzu, die in Bezug auf Kommunalentwicklung wesentliche Bedeutung hat.

Durch die vorliegenden drei Rio+20-Länderstudien und deren Vergleich zeigt sich, dass hier und heute bereits zielgerichtete Schritte unternommen und Teilerfolge in Richtung nachhaltige Entwicklung realisiert werden konnten und dass es dafür unterschiedliche Wege zur Unterstützung und Stärkung kommunaler Nachhaltigkeitsaktivitäten gibt. Es wird deutlich, dass in den letzten 20 Jahren sowohl in den Kommunen als auch auf Bundesländerebene verschiedene Phasen bei der Entwicklung und Umsetzung von Lokalen Agenden bzw. Nachhaltigkeitsstrategien durchlaufen worden sind – mit entsprechenden Lernerfahrungen, Effekten und Fortschritten für eine nachhaltige Kommunalentwicklung.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass es zwischen den drei untersuchten Bundesländern Bayern, Thüringen und Nordrhein-Westfalen trotz geografischer und sozioökonomischer Unterschiede im Hinblick auf kommunale Nachhaltigkeitsaktivitäten und deren Erfolgsbedingungen zahlreiche Gemeinsamkeiten gibt. Hiermit werden zugleich auch zentrale Ergebnisse der bundesweiten Umfrage bestätigt.

Zu den Gemeinsamkeiten gehören vor allem folgende Punkte:

- Die Vielfalt und Vielgestaltigkeit kommunaler Nachhaltigkeitsaktivitäten ist sehr groß, doch Nachhaltigkeit ist noch nicht „Mainstream“.
- Es existiert ein deutlicher Trend bei den Kommunen von umfassenden Lokalen Agenda-21-Prozessen hin zu sektoralen Strategien (v.a. im Handlungsfeld Energie- und Klimaschutz).
- Lokale Nachhaltigkeitsprozesse sind dort am erfolgreichsten und tragfähigsten, wo diese politisch gewollt sind und Bürgermeister, politische Gremien, Mitarbeiter/-innen der Gemeinde-, Stadt- oder Kreisverwaltung und die Zivilgesellschaft motiviert und engagiert sind und gut zusammenarbeiten.
- In den Kommunen sind vielfältige Beteiligungsmethoden und Verfahren der Partizipation praktiziert und entsprechende Fähigkeiten und Erfahrungen gesammelt worden. Allerdings sind Partizipationsprozesse in den meisten Fällen noch nicht strukturell im Verwaltungshandeln verankert.
- Angesichts knapper Ressourcen einerseits und angestrebter sozialökologischer/ nachhaltiger Innovationen andererseits, spielen Vernetzung und koordinierte Abstimmung der Akteure und Projekte sowohl in den Kommunen als auch auf Landesebene eine wesentliche Rolle.

- Um dies zu ermöglichen sind in allen drei Bundesländern Netzwerke und Koordinatorenstellen auf Landesebene aktiv, die mit qualifizierten und hoch motivierten Personen besetzt sind und die Kommunen in ihren Nachhaltigkeitsbemühungen mit Beratung, Erfahrungsaustausch, Kampagnen etc. aktiv unterstützen und vernetzen. Diese koordinierenden Einrichtungen werden mit unterschiedlicher Intensität vom jeweiligen Bundesland gefördert und haben in Relation zu ihren Kapazitäten einen unterschiedlich großen Aktionsradius.
- Die organisatorische Basis bilden in Thüringen das „Nachhaltigkeitszentrum Thüringen“ und in NRW vor allem die „LAG21 NRW e.V.“. In Bayern hatte die frühere landesweite Servicestelle „Komma21-Bayern“ diese Rolle inne, während nach deren Schließung das heutige „Netzwerk Nachhaltige Bürgerkommune“ nur einen deutlich kleineren Teil der Aktivitäten abdecken kann.
- Unterschiedliche Arten von Förderprogrammen in den drei Bundesländern sind bzw. waren wesentliche Erfolgsfaktoren für die Entwicklung und den Transfer kommunaler Nachhaltigkeitsaktivitäten, denn sie gaben entscheidende Impulse und ermöglichten Kontinuität.
- Was ansteht ist eine Art symbolischer „Neustart“ bzw. eine Neubelebung der kommunalen Aktivitäten in Richtung nachhaltiger Entwicklung zu proklamieren. Nur so ist ein spürbarer Impuls und Beitrag der Kommunen für eine „Große Transformation“ (WBGU 2011) zu schaffen.
- Als eine wichtige Voraussetzung wird die Evaluierung bisheriger Aktivitäten, Strategien und Handlungsprogramme der Kommunen auf Basis transparenter und abgestimmter Indikatoren gesehen.
- Für die Intensivierung der kommunalen Nachhaltigkeitsarbeit wird eine stärkere finanzielle und personelle Ausstattung der Kommunen als notwendig erachtet. Nur mit zusätzlichen Ressourcen sind die Aufgaben eines querschnittsorientierten Arbeitens zu bewältigen.
- Die Erfahrung in den Bundesländern zeigt, dass zivilgesellschaftliches Engagement auf Dauer nur erfolgreich sein kann, wenn ehrenamtliches Engagement durch angemessene hauptamtliche Strukturen ermöglicht, unterstützt und gefördert wird.
- Nachhaltigkeitsstrategien von Bundesländern haben einen deutlich positiven Einfluss auf die kommunalen Nachhaltigkeitsaktivitäten. Sie geben Impulse und Orientierung für regionales und kommunales Handeln und bestärken die lokalen Prozesse und Maßnahmen sowohl symbolisch als auch real.

4.3 Überblick über die Ausprägungen lokaler Nachhaltigkeitsprozesse weltweit

(Stefan Kuhn und Ania Rok, ICLEI)

Um die Entwicklung von LA-21- und Nachhaltigkeitsaktivitäten in Deutschland international vergleichen zu können, wurde von ICLEI – Local Governments for Sustainability eine Teilstudie zur weltweiten Entwicklung lokaler Nachhaltigkeitsprozesse erarbeitet. Als Quintessenz der Befragung wurde eine aktorsbasierte Typologisierung abgeleitet, die beschreibt, welche Akteure und Akteursgruppen wesentliche Treiber für lokale Nachhaltigkeitsprozesse sind. Für Deutschland wird im Vergleich zu anderen Ländern das starke zivilgesellschaftliche Engagement als ein wesentlicher Treiber lokaler Nachhaltigkeitsprozesse festgestellt. Die entsprechende Typologisierung ist vor allem für die Ableitung von Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen mit Blick auf Innovationsprozesse für eine nachhaltige Entwicklung vor Ort bedeutsam.

ICLEI hat als weltweites Netzwerk von umweltpolitisch aktiven Kommunen für die Rio+20-Konferenz die zentrale Organisation der Kommunen (Local Authorities) als eine von insgesamt neun Major Groups geleitet und war während der gesamten Konferenz vor Ort. Auf diese Weise konnten auch ausgewählte Ergebnisse des Forschungsvorhabens in Rio präsentiert werden.

4.3.1.1 Zielstellung und Untersuchungsrahmen

Ziel dieser international ausgerichteten Teilstudie ist es, die Vielfalt an lokalen Nachhaltigkeitsprozessen zu dokumentieren, die rund um den Globus unter den verschiedensten kulturellen, ökonomischen und politisch-administrativen Rahmenbedingungen entstanden sind. Die Arbeit erhebt dabei nicht den Anspruch, den Beitrag dieser Prozesse zur Verbesserung des Zustands des Planeten oder der menschlichen Lebensbedingungen zu messen.

Es ist dennoch wichtig festzustellen, so die Autoren, dass lokale Prozesse und Initiativen, inspiriert durch das Mandat zur Lokalen Agenda 21, nachhaltigen Einfluss auf die Art und Weise hatten, wie kommunal, aber auch national und international regiert wird: Dass 'nachhaltige Entwicklung' Einzug gehalten hat in das Regierungshandeln, und dass die Grenzen dessen, was politisch möglich erschien, ausgeweitet wurden. Als Urheber der 'Lokalen Agenda 21' proklamierte ICLEI stets den Slogan 'local action moves the world'. Mit dieser Teilstudie möchte ICLEI anhand ausgewählter Eckpunkte zeigen, wie die Welt sich durch lokale Nachhaltigkeitsprozesse bewegt und bewegt hat.

Die Autoren/-innen arbeiten mit einer vereinfachten und offeneren Definition von Nachhaltigkeit wie folgt definiert:

Ein lokaler Nachhaltigkeitsprozess ist eine sektorenübergreifende, vorsätzlich initiierte, längerfristige Aktivität mit dem Ziel, die Entwicklung der Stadt/Gemeinde und ihrer Kommunalpolitik in Richtung Nachhaltigkeit zu beeinflussen.

Absichtlich wird mit dieser Definition darauf verzichtet, den Begriff 'Nachhaltigkeit' näher zu beschreiben. Es soll vielmehr herausgefunden werden, was in den verschiedenen Teilen der Welt unter Nachhaltigkeit verstanden wird, welche Themen und Aktivitäten darunter subsummiert werden und wie sich das Konzept des Begriffs möglicherweise über die die Zeit verändert hat.

Um die internationalen Erfahrungen abzubilden, wurde ein Leitfragenraster mit 10 Aspekten lokaler Nachhaltigkeitsprozesse entwickelt. Je nach Region konnte dieses Raster für ein oder mehrere Länder, sowie durch eine oder mehrere Personen bearbeitet werden. Dies erfolgte in einem ersten Schritt schriftlich, gefolgt von ausführlichen Telefoninterviews, um Teilaspekte zu vertiefen oder Unklarheiten zu bereinigen. Die qualitative Befragung richtete sich an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ICLEI-Büros auf verschiedenen Kontinenten sowie einzelner Staaten. Zudem haben sich mit eigenen Beiträgen auch Regionalbüros des UN-Siedlungsprogramms HABITAT an der Studie beteiligt.

Das Leitfragenraster²⁶ umfasste die folgenden 10 Einheiten:

- Allgemeine Informationen (Rolle des/der Befragten bei der Unterstützung oder Untersuchung lokaler Nachhaltigkeitsprozesse im jeweiligen Land/Region)
- Aufgreifen und Verbreitung lokaler Nachhaltigkeitsprozesse (Anteil der Kommunen, die in Nachhaltigkeitsprozessen engagiert sind, Veränderungen über die Zeit)
- Lokale Agenda 21 und andere Programme (wesentliche Prozesse und Programme zur lokalen Nachhaltigkeit auf nationaler/regionaler Ebene)

²⁶ <http://local2012.iclei.org/iclei-and-rio-20/local-sustainability-study/>

- Hauptimpulsgeber (Akteure und Wegmarken, die in der jeweiligen Region/Land eine wesentliche Rolle bei der Initiierung lokaler Nachhaltigkeitsprozesse spielten - auf internationaler, nationaler, sub-nationaler oder lokaler Ebene)
- Themenschwerpunkte (Überblick über die wichtigsten im Rahmen lokaler Nachhaltigkeitsprozesse angesprochenen Themen)
- Reifegrad lokaler Nachhaltigkeitsprozesse (Fortschritte etwa bei der Integration von Nachhaltigkeitskriterien in das Verwaltungshandeln, der Entwicklung von Programmen mit messbaren Zielen, Evaluationsmethoden, etc.)
- Örtliche Beteiligung (Maß und Methoden der Bürgerbeteiligung und Einbindung verschiedener zivilgesellschaftlicher Gruppen)
- Auswirkungen lokaler Nachhaltigkeitsprozesse
- auf lokaler Ebene (politische Richtungsänderungen, neue Regeln oder Praktiken, Verbesserungen der Umwelt-, wirtschaftlichen oder sozialen Situation vor Ort)
- auf nationaler Ebene (politische Richtungsänderungen, neue Bestimmungen, Strukturen oder Verfahren)
- Zukünftige Entwicklung (wesentliche Chancen und Hindernisse sowie Empfehlungen für die Zukunft, erwünschte Ergebnisse der Rio+20 Konferenz)
- Lokale Erfolgsgeschichten (Beispiele für besonders erfolgreiche Initiativen oder Unterstützungsmodelle in einer bestimmten Region/Land)

In Auswertung der Befragung wird festgestellt, dass zwanzig Jahre nach Verabschiedung der Agenda 21 quer durch die Erdteile lokale Nachhaltigkeitsaktivitäten unter den verschiedensten Bezeichnungen stattfinden. Lokale Nachhaltigkeitsprozesse zeichnen sich 20 Jahre nach ihrer Einführung nicht mehr durch einen gemeinsamen Namen oder auch eine gemeinsame Methode aus, sondern vor allem durch ihre Vielfaltigkeit.

Als Teil der Ursache für diese Vielfalt werden einerseits unterschiedliche politische, rechtliche und wirtschaftliche Bedingungen für Kommunen in den verschiedenen Teilen der Erde gesehen, unter denen lokale Nachhaltigkeitsprozesse initiiert und gesteuert werden.

Als eine weitere Ursache aber – und das ist für die nachfolgende Ableitung der Typologie bedeutsam – werden verschiedene, typische, 'treibende Kräfte' als maßgeblich für die unterschiedliche Genese lokaler Nachhaltigkeitsprozesse identifiziert.

4.3.1.2 Typen kommunaler Nachhaltigkeitsprozesse

In der Expertise werden auf Basis der empirischen Ergebnisse weltweit fünf Typen von Nachhaltigkeitsprozessen anhand ihrer typischen und treibenden Kräfte abgeleitet. Dabei werden die jeweiligen Merkmale beschrieben und jeweils ausgewählte Fallbeispiele aus verschiedenen Kontinenten und Regionen zur Veranschaulichung dargestellt.

Aufgrund der akteursbasierten Typologisierung tauchen die fünf nachfolgend beschriebenen Kategorien kommunaler Nachhaltigkeitsprozesse defacto quer durch alle Kontinente und zum Teil auch quer durch einzelne Staaten hindurch auf.

Typ 1: Kommunale Strategie

Viele lokale Nachhaltigkeitsprozesse werden von Kommunalverwaltungen ins Leben gerufen, die in einem solchen Prozess jeweils große Chancen für eine positive Entwicklung der eigenen Stadt oder Gemeinde sehen.

So sehen Städte, die vor einem wirtschaftlichen Strukturwandel stehen, von einer Krise erschüttert wurden, in der Konkurrenz um die Ansiedlung Steuern zahlender Betriebe das Nachsehen haben oder durch Fehlentscheidungen in der Vergangenheit mit

Attraktivitätsproblemen zu kämpfen haben, vielfach im radikalen Umsteuern auf eine nachhaltige Kommunalentwicklung ihre Chance zum Gegensteuern – und setzen damit häufig neue, nachhaltigere Standards für alle Kommunen ihres Landes. Vor allem gravierende lokale Umweltprobleme, wie Müllberge, Luft,- und Wasserverschmutzung haben häufig zu einem radikalen Umdenken in der Kommunalpolitik geführt, zum Teil mit positiven Effekte weit über die Kommunen hinaus bis hin zur Landesebene.

Ebenso gibt es aber auch zahlreiche Städte, die aufgrund der Wahrnehmung globaler Verantwortung – ohne akuten lokalen Problemdruck – kommunal gesteuerte Nachhaltigkeitsprozesse initiieren und sich international als Vorreiter und Best-practice-Beispiele etablieren.

Typ 2: Zivilgesellschaftliche Initiative

Auch Akteure anderer gesellschaftlicher Bereiche bemühen sich um eine nachhaltige Entwicklung: Bildungseinrichtungen, Nichtregierungsorganisationen, Unternehmen, Wissenschaftler, Medien und andere haben das Thema längst in ihre Curricula, Projekte und Veröffentlichungen aufgenommen (insofern beweisen sie ihre „Innovativität“). Das in der Zivilgesellschaft vorhandene Engagement und Expertenwissen zur nachhaltigen Entwicklung stellt ein enorm wichtiges und notwendiges Korrektiv zu den Aktivitäten regierungs- und kommunalpolitischer Gremien dar – an manchen Orten ist es gar die treibende Kraft für den lokalen Nachhaltigkeitsprozess.

Zivilgesellschaftliche Nachhaltigkeitsprozesse haben in ihrem Kern zivilgesellschaftliche Netzwerke, entweder auf lokaler oder auf höherer Ebene, die mit eigenen Aktionen das Thema Nachhaltigkeit bearbeiten und in den Blick der Öffentlichkeit rücken. Oftmals zeichnen sie sich im Vergleich zu den durch etablierte politische Organisationen initiierten Prozessen durch ein erhebliches Maß an Experimentierfreude und Kreativität aus. Unterschiedlich ist, inwieweit der zivilgesellschaftliche Prozess darauf angelegt ist, sich mit der 'offiziellen' Kommunalpolitik zu verzahnen.

Dabei darf allerdings nicht übersehen werden, dass ein Gutteil der Motivation für Aktivitäten zur nachhaltigen Kommunalentwicklung für viele zivilgesellschaftliche Akteure sich aus der Verbundenheit darin gründet, gegen den Mainstream der etablierten Kommunalpolitik zu agieren. Greift nun diese das Anliegen der lokal Engagierten auf und beginnt, den Prozess zu steuern und in tägliche politische Beschlüsse und Pläne zu integrieren, müsste sich die Form des zivilgesellschaftlichen Engagements verändern: weg von einem 'Treiben' und hin zum 'Beteiligen'. Dies gelingt allerdings nicht immer, und so verharren 'zivilgesellschaftliche Nachhaltigkeitsprozesse' häufig auf einer Art 'Spielwiese', auf der zwar Innovatives gedacht und mit neuen Ideen experimentiert wird, deren Potenzial jedoch weder inhaltlich noch methodisch optimal für die Veränderung der Kommunalpolitik und kommunalen Entwicklung genutzt wird.

Dieser Typus der zivilgesellschaftlich angetriebenen Nachhaltigkeitsprozesse auf lokaler Ebene wird in starkem Maße für die Anfänge der Lokalen Agenda-21-Prozesse in Deutschland ausfindig gemacht.

Typ 3: Konzertierte Aktion

Als besonders wirksam zur Förderung lokaler Nachhaltigkeitsprozesse haben sich Programme und Kampagnen von Organisationen erwiesen, bei denen Kommunen - meist freiwillig - Mitglied sind. Nationale Verbände und Netzwerke sowie internationale Zusammenschlüsse von Kommunen schreiben sich explizit die Vertretung der Anliegen der Kommunen auf die Fahnen und genießen daher in der Regel ein hohes Maß an Vertrauen bei diesen. Ihre Initiativen sind geprägt von Unterstützungsangeboten wie Information, Fortbildung, Anleitung und Erfahrungsaustausch, ihre Aktivitäten entfalten ihre Wirkung durch die Teilnahme vieler Kommunen und bieten dabei einzelnen Städten oft eine Bühne,

ihre Erfolge anderen öffentlich zu präsentieren – was nicht selten einen gesunden Wettbewerb unter den Kommunen auslöst.

Nochmals unterschieden wird zwischen nationalen und internationalen Verbänden und Netzwerken. Die zielgerichteten Nachhaltigkeitsaktionen gehen dabei u.a. von Kommunalverbänden (z.B. Schweden u. Italien, Lateinamerika) aus.

Kommunalverbände bestehen in der Regel sehr lange, und ihre Führung ist nicht wie bei Nationalregierungen von Wahlperioden und häufigen Richtungswechseln geprägt. Das bedeutet, dass ihre Anleitung und Unterstützung der Kommunen in Sachen Nachhaltigkeit das Potenzial in sich trägt, langfristig angelegt zu sein. Diese Verlässlichkeit unterstützt die Schaffung von Strukturen - nicht nur auf Seite des Kommunalverbandes, sondern insbesondere auch in der Kommune – die den Prozess der nachhaltigen Kommunalentwicklung verstetigen, verankern und professionalisieren kann

Internationale Städtenetzwerke und Initiativen wie ICLEI bieten ebenfalls zahlreiche Unterstützungsmöglichkeiten und haben in den letzten Jahren stark an Bedeutung gewonnen. Internationale Städtenetze haben einen neuen, direkten Draht zwischen kommunaler und internationaler Ebene hergestellt, der die nationale Ebene weitgehend auslöst. (Beispiele hierfür sind die Europäische Kampagne „Zukunftbeständige(r) Städte und Gemeinden“, die 1994 in Aalborg gegründet wurde sowie die Kampagne „Cities for Climate Protection-CCP in den USA).

Typ 4: Nationales Programm

Mit der zunehmenden Entwicklung nationaler Nachhaltigkeitsstrategien und der Wertschätzung kommunaler Aktivitäten geht ein gewisses Maß an Institutionalisierung lokaler Nachhaltigkeitsprozesse auf nationaler Ebene einher. Je nach Land in unterschiedlichem Ausmaß wurde die Unterstützung der Kommunen bei der Initiierung und Durchführung lokaler Nachhaltigkeitsprozesse ein immer wichtigerer Bestandteil nationaler Nachhaltigkeitspolitik. In der Tat verfügen Nationalregierungen über eine ganze Reihe von Möglichkeiten, lokale Prozesse und Strategien zu initiieren und zu fördern oder zumindest günstige Rahmenbedingungen für lokale Aktivitäten zu schaffen. Diese reichen von einem klaren gesetzlichen Mandat an die Kommunen über die Aufnahme von Nachhaltigkeitskriterien in die Fachgesetzgebung und in Förderprogramme bis hin zur Durchführung nationaler Kampagnen zur lokalen Nachhaltigkeit. (Als Beispiele unterschiedlicher Prägung werden verpflichtende Mandate der nationalen Gesetzgebung an Kommunen in Großbritannien, Frankreich u. Südafrika genannt.)

Einen Sonderfall solcher von oben „verordneter“ Nachhaltigkeitsprozesse stellen die in jüngster Zeit insbesondere in Asien zu beobachtenden Pläne für neu zu errichtende „nachhaltige Modellstädte“ dar: Hier werden Nachhaltigkeitskriterien in radikaler Weise in die Planung und Realisierung integriert, wenngleich der Prozess, im Rahmen dessen dies stattfindet, methodisch auf den ersten Blick nur wenig mit den ansonsten in dieser Studie beschriebenen Nachhaltigkeitsprozessen zu tun hat.

Typ 5: Internationale Partnerschaft

Für viele Kommunen kam der lokale Nachhaltigkeitsprozess sozusagen im Paket mit der Teilnahme an Aktivitäten der internationalen Zusammenarbeit. Diese wiederum lassen sich unterscheiden in die Beteiligung an Programmen internationaler oder nationaler Organisationen zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Entwicklung auf der einen Seite, und direkten, individuellen Partnerschaften zwischen Kommunen oder deren Verbänden auf der anderen. Beiden gemeinsam ist, dass es diese Art von Unterstützung für Kommunen vor allem in wirtschaftlich schwächeren Regionen bereits seit langem gibt, aber dass mit der Einführung der 'Nachhaltigen Kommunalentwicklung' ein neuer Inhalt in etablierte Strukturen Eingang fand.

Durch Programme der internationalen Zusammenarbeit (v.a. über UN-Habitat, UNDP, UNEP) initiierte Nachhaltigkeitsprozesse folgen tendenziell einer vorgegebenen Methode und klar definierten Prozesskriterien, ohne deren Einhaltung der Erhalt der entsprechenden finanziellen Fördermittel gefährdet wäre. So entstehen solide und wohl begleitete Prozesse, die auf bemerkenswerte Weise in angemessener Zeit Ergebnisse liefern. Vor der entscheidenden Hürde stehen diese Nachhaltigkeitsprozesse jedoch vor allem am Ende des Finanzierungszeitraumes, wenn sich erweisen muss, ob sie selbst auf Nachhaltigkeit angelegt waren, d.h. ob die geschaffenen Strukturen und Abläufe weiterhin und dauerhaft aufrechterhalten werden oder nicht. (Als Beispiele werden das „Sustainable Cities Programme“ von UN Habitat und das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen UNDP genannt, mit dem zahlreiche Städte in Afrika, Asien, Lateinamerika und Osteuropa gefördert wurden.)

Im Rahmen internationaler kommunaler Partnerschaften (Städtepartnerschaften) entstandene Prozesse hingegen sind eher gekennzeichnet von 'gegenseutigem Lernen'. Auch hier kann durch die Einigung auf Kriterien und Methoden eine hohe Prozessqualität erreicht werden. Meist eher auf dauerhafte Partnerschaft angelegt, stehen hier jedoch weniger stark ein professionelles Prozessmanagement und messbare Ergebnisse im Vordergrund, sondern stärker die gemeinsame Erfahrung und der gegenseitige Austausch darüber. Darüber hinaus führt die Tatsache, dass beide Partner Kommunen (oder Kommunalverbände) sind, dazu, dass diese Partnerschaften zum einen durch ein größeres Maß an gegenseutigem Verständnis für die jeweilige Situation des Gegenüber, zum anderen durch eine gleichrangigere Arbeitsbeziehung geprägt sind als übliche (Geld-)Geber-Empfänger-Verhältnisse. (Als Beispiele für erfolgreiche Städtepartnerschaften werden u.a. genannt Barcelona, die Initiative „Kommunale Klimapartnerschaften“, im Rahmen derer 50 deutsche Kommunen mit ihren internationalen Partnergemeinden gemeinsame Programme im Bereich Klimaschutz/ Klimaanpassung erarbeiten.)

4.3.1.3 Instrumente zur Unterstützung kommunaler Nachhaltigkeitsprozesse

Im Anschluss an die aktorsbasierte Typologisierung kommunaler Nachhaltigkeitsprozesse folgen unter der Überschrift „internationaler Referenzrahmen“ Ausführungen zu angewandten Instrumenten zur Unterstützung kommunaler Nachhaltigkeitsprozesse.

Die Autoren unterscheiden zwischen „*bottom-up*“- und „*top-down*“-Instrumenten sowie zwischen *Managementinstrumenten*, die mittlerweile im kommunalen Kontext zur Anwendung gelangen.

Im Text heißt es hierzu: Das nur relativ allgemein gehaltene Mandat an die Kommunen aus dem Kapitel 28 der Agenda 21 machte es nötig, weitere Dokumente und Instrumente zu entwickeln, die konkretere Anleitungen erhielten, wie lokale Nachhaltigkeitsprozesse durchzuführen und zu strukturieren sind. Je stärker sich die kommunale Nachhaltigkeitsbewegung ausbreitete, desto mehr fragten Kommunen nach Orientierungspunkten, auf die sie sich in ihrer Arbeit beziehen konnten, und nach Standards, anhand derer Erfolge gemessen werden konnten. Viele bezogen sich auf internationale Vereinbarungen wie etwa die Rio-Konventionen, die Millenniums-Entwicklungsziele oder das Kyoto-Protokoll, und verglichen ihre lokalen Ziele mit den in solchen Dokumenten für ihr jeweiliges Land vereinbarten nationalen Zielen.

Daneben entwickelten sich zahlreiche internationale Referenzrahmen explizit für die lokale Nachhaltigkeit. Diese entstanden zunächst vor allem von „unten“, d.h. auf Initiative von Städtenetzwerken. Später jedoch lernten auch internationale Institutionen, insbesondere in Europa die Europäische Kommission, Kommunen als wertvolle Partner bei der Umsetzung ihrer eigenen Nachhaltigkeitsziele zu schätzen. In der Folge entstanden daher auch „von oben“ eine Reihe von Rahmenprozessen, an denen Kommunen sich orientieren konnten und können.

Schaut man auf das breite Spektrum der von Kommunen und ihren Netzwerken selbst getragenen (bottom-up) Instrumente zur Unterstützung lokaler Nachhaltigkeitsprozesse, so findet man zum einen thematisch umfassende Rahmen für lokale Nachhaltigkeit wie etwa die Aalborg-Charta, die gleichzeitig das Gründungsdokument für die Europäische Kampagne Zukunftsbeständiger Städte und Gemeinden darstellt. Zum anderen gibt es thematisch eher fokussierte Instrumente wie etwa den seit Jahren in der Entwicklung befindlichen und für 2012 angekündigte STAR Community Index aus Nordamerika, die vor allem für den Bereich des kommunalen Klimaschutzes entwickelt wurden.

Im Sinne von Top-down Instrumenten wurden internationale Ziele zunehmend lokal verankert, insbesondere je offensichtlicher die Erfolge lokaler Nachhaltigkeitsprozesse wurden. Supra- und internationale Institutionen wie etwa die Europäischen Kommission, die UN Convention on Biological Diversity oder die UN Strategy for Disaster Reduction (UNISDR) definierten ihre jeweiligen Ziele in Bezug auf die lokale Ebene. Die koordinierte Einbindung der Kommunen wird immer häufiger als entscheidend für das Erreichen internationaler Verpflichtungen in Bereichen wie Klimaschutz, Biodiversität oder Resilienz angesehen. Der wesentliche Vorteil der „top-down“ eingeführten Initiativen, insbesondere derjenigen der Europäischen Kommission, ist ihre enorme Sichtbarkeit, gepaart mit unterstützenden Strukturen auf nationaler Ebene durch die Ministerien derselben Linie (z.B. EU Covenant of Mayors 2008, UN-Kampagne 'Making Cities Resilient').

Abschließend werden noch einige Managementinstrumente erwähnt. Als ein Management-Instrument, das ursprünglich für Unternehmen entwickelt wurde, mittlerweile aber auch für andere „Organisationen“ wie Kommunen geöffnet wurde und dort zur Anwendung gelangt, wird das „Environmental Management and Audit Scheme (EMAS)“ hervorgehoben. Zu dessen Verbreitung in Kommunen trägt insbesondere die starke Unterstützung auf EU-Ebene bei.

4.3.1.4 Themen und Verfahren kommunaler Nachhaltigkeitsprozesse

Die zwanzig Jahre lokaler Nachhaltigkeitsprozesse in ihren unterschiedlichen Formen und Ausprägungen haben eine Reihe von Veränderungen und Wirkungen hervorgebracht.

Die Autoren resümieren, dass sich erstaunlicherweise auch heute noch Großteil der befragten ExpertInnen sowie die Aktiven lokaler Nachhaltigkeitsprozesse auf zwei der ältesten Definitionen (Brundtland-Kommission 1987 und Agenda 21, 1992) beziehen. Gleichwohl habe sich im Laufe der beiden Jahrzehnte eine große Vielfalt und Veränderung bei den Einstiegsthemen und sogar bei den Schwerpunktthemen ergeben.

Entwicklung der Schwerpunktthemen

In den Entwicklungsländern bspw. lag der thematische Schwerpunkt lokaler Agenda-21-Prozesse anfänglich auf der Bekämpfung der Armut und der Verbesserung der Grundversorgung mit öffentlichen Dienstleistungen – beides auch heute noch wichtige Themen in afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Kommunen. Jedoch arbeiten all diese Kommunen mittlerweile ausnahmslos auch an Projekten zur Verbesserung der Ressourceneffizienz, des Klimaschutzes oder der Anpassung an den Klimawandel – nicht zuletzt um die Kosteneffizienz ihrer aus knappen Mitteln getätigten Investitionen zu maximieren. Weltweit stellt die wachsende Bedeutung und Popularität des Klimaschutzes, der sich derzeit sicher an der Spitze der Nachhaltigkeitsthemen hält, die wohl deutlichste thematische Prioritätenverschiebung der letzten Jahre dar. Doch auch Gesundheit, Sicherheit und soziale Integration waren und sind noch immer Themen lokaler Agenda-21-Prozesse in verschiedenen Teilen der Welt. Neue Einstiegsthemen in Nachhaltigkeit sind für Kommunen nun Klimaanpassung und Biodiversität.

Ein weiterer Themenschwerpunkt für kommunale Nachhaltigkeitsprozesse könnte zukünftig auf einer „Green Economy“ liegen. Diese Fokussierung wurde im Rio+20-Vorbereitungsprozess teilweise heftig kritisiert, da sich unter diesem Begriff eine Ausrichtung

auf rein technologische Lösungen abzeichnete und soziale Aspekte an den Rand gedrängt wurden. Die Autoren der internationalen Teilstudie weisen jedoch unter Beachtung der sozialen Dimensionen auf die Potenziale einer „Green (Urban) Economy“ und deren zukünftiger Bedeutung als Themenschwerpunkt für eine nachhaltige Entwicklung hin.

Neue und veränderte Regierungskultur

Stark vereinfacht gesagt, wird in der Teilstudie eine veränderte Regierungskultur vor allem auf Basis einer sich entwickelnden Beteiligungskultur gesehen. Der weltweite Einsatz neuer Medien sowie webbasierte Beteiligungsmöglichkeiten treiben diese Entwicklung auch auf technologischer Ebene voran. Partizipation findet sich als eine wichtige Förderbedingung zunehmend in nationalen und internationalen Entwicklungshilfeprogrammen wieder.

All dies geschieht – so die Autoren – vor dem Hintergrund einer wachsenden Inakzeptanz unausgewogener Beteiligungsmuster. In vielen Ländern, vor allem des Südens, stellt die Beteiligung wichtiger gesellschaftlicher Akteure an kommunalen Politikprozessen nach wie vor eine besondere Herausforderung dar. Eingefordert wird eine Beteiligung insbesondere vor dem Hintergrund häufiger Korruption und Manipulation der lokalen Regierungsvertreter, die oftmals nicht die Meinung der BürgerInnen vertreten.

Frauen, MigrantInnen und andere Benachteiligte bleiben jedoch bei lokalen Nachhaltigkeitsprozessen nach wie vor unterrepräsentiert. Um diese Teile der örtlichen Bevölkerung besser zu erreichen, haben einige Kommunen begonnen, mit deren etablierten Kommunikations- und Informationskanälen wie etwa Schulen, Glaubensgemeinschaften oder lokalen Medien zusammenzuarbeiten.

Resümiert wird, dass gut organisierte und weite Teile der Gesellschaft einbindende Beteiligungsprozesse, gerade auch auf lokaler Ebene, als eines der besten Mittel zur Konfliktprävention betrachtet werden können. Dies betrifft insbesondere den Politikbereich der nachhaltigen Entwicklung, da die zukünftig zu erwartende Knappheit an natürlichen Ressourcen soziale Spannungen noch eher verstärken wird.

Neue und veränderte Rolle der Kommunen

Es wird ein sichtbarer Trend hin zu kommunalen Dezentralisierungsprozessen festgestellt: Politische Dezentralisierungsprozesse, die etwa die direkte Wahl von Gemeinderäten und BürgermeisterIn zu Folge haben, können Kommunen 'Leben einhauchen', indem sie ihnen die Möglichkeit eröffnen, sich über die gegenwärtigen örtlichen Zustände klar zu werden, öffentliche Auseinandersetzungen zu führen und letztlich ihre Zukunft selbst in die Hand zu nehmen. Gleichmaßen wird mit diesen neuen Prozessen der stärkeren Beteiligung und Mitentscheidung auf lokaler Ebene das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern gefördert, da diese ein Interesse an der Gestaltung ihrer eigenen Zukunft haben.

Der Prozess der Dezentralisierung erhielt einen starken Schub in den 1990er Jahren, der Dekade, in der auch mit der Lokalen Agenda 21 die lokale Nachhaltigkeitsbewegung ihren Ausgangspunkt fand. Im Jahr 2007 schließlich verabschiedete die Staatengemeinschaft der Vereinten Nationen nach einer jahrzehntelang geführten Debatte die „Internationalen Richtlinien zur Dezentralisierung und Stärkung der Kommunen“.

Zu beobachten ist, dass Kommunen immer stärker auf der Bühne internationaler Verhandlungen erscheinen. Bei den derzeit diskutierten internationalen Vereinbarungen von den Rio-Konventionen zum Klimaschutz und zur Biodiversität bis hin zu den Millenniums-Entwicklungszielen kann man nicht nur ein wachsendes Verständnis von der Bedeutung der Kommunen als Umsetzungspartner erkennen, sondern umgekehrt auch ein wachsendes Interesse der Kommunen, an der Formulierung künftiger Vereinbarungen beteiligt zu werden – oft um sich für ambitioniertere Ziele oder eine höhere rechtlich Bindungskraft der Abkommen einzusetzen. Und dies durchaus mit Erfolg: Zählten die Kommunen auf der UNCED-Konferenz in Rio de Janeiro 1992 noch zu den Nichtregierungsorganisationen (!), so

waren sie zehn Jahre später beim UNCSD-Gipfel in Johannesburg bereits als 'Major Group' vertreten. Aufgrund starker Lobbyarbeit internationaler Städtenetzwerke wie z.B. ICLEI, erlangten sie ein weiteres knappes Jahrzehnt später im Rahmen der Verhandlungsrunden zum Klimaschutz (UN-FCCC) und zur Biodiversität (UN-CBD) den Status des 'Governmental Stakeholder', den sie schließlich auch für „Rio+20“ für sich reklamierten.

4.3.1.5 Schlussfolgerungen

Auf Basis der Befragung der Experten, der dargestellten Entwicklungen sowie der Fallbeispiele werden in der ICLEI –Teilstudie am Ende zentrale Schlussfolgerungen abgeleitet.

Zunächst wird grundsätzlich festgestellt, dass Kommunen weltweit in den vergangenen zwei Jahrzehnten zahlreiche Prozesse einer nachhaltigen Entwicklung vor Ort in Gang gesetzt haben und damit zum Teil fortschrittlicher als ihre nationalen Regierungen agieren. Die Nachhaltige Entwicklung ist damit vor Ort angekommen und nicht länger ein fernes, theoretisches Konzept, sondern verbunden mit konkreten Vorstellungen und kommunalpolitischen Tagesfragen.

Die nachfolgenden Schlussfolgerungen werden hier mit geringfügigen Kürzungen dargestellt:

Lokal handeln, aber global denken

Dieser Grundsatz gilt auch 20 Jahre nach der ersten Rio-Konferenz.

Die treibenden Kräfte sinnvoll verbinden

Lokale Nachhaltigkeitsprozesse sind geprägt durch die Kräfte und Akteure, die sie initiieren. Ein idealer lokaler Nachhaltigkeitsprozess verbindet die Eigenschaften der fünf oben beschriebenen Typen miteinander. Er wird daher

- kommunale Entwicklungsstrategie,
- zivilgesellschaftliche Initiative,
- konzertierte Aktion gemeinsam mit anderen Kommunen,
- Teil eines nationalen Programms und
- internationale Partnerschaft zugleich sein.

Die aus den treibenden Kräften abgeleiteten fünf Typen eignen sich als Kriterien-Set, an dem sich die Weiterentwicklung sowohl der lokalen Nachhaltigkeitsprozesse selbst als auch der Unterstützungsprogramme für solche orientieren sollte.

Multi-kommunale Bewegung als politische Innovation

Das Phänomen, dass Zehntausende von Kommunen quer über den Globus mannigfaltige lokale Aktivitäten unter das gemeinsame Wertedach 'Nachhaltigkeit' stellen und damit nationale und internationale Politik beeinflussen und Standards verändern, stellt eine gewaltige politische Innovation dar. Die Auswirkungen dieser politischen Innovation zeigen sich jedoch (noch) nicht primär, wie eigentlich ursprünglich erwartet, in messbaren, drastischen Veränderungen der physischen Gegebenheiten, Energie- und Stoffströme, sondern vor allem in sozialen Innovationen, die allerdings ihrerseits Voraussetzung dafür sind, dass die zweifellos notwendigen physischen Veränderungen gesellschaftlich verankert und mitgetragen werden. Dieses Potenzial lokaler Nachhaltigkeitsprozesse gilt es anzuerkennen und auszubauen.

Soziale Innovationen integrieren

Die Entwicklung der lokalen Nachhaltigkeitsbewegung fiel zeitlich zusammen mit der massiven Ausbreitung der Nutzung des Internets, privater Computer und mobiler Telefone

weltweit. Dies eröffnete der Zivilgesellschaft völlig neue Möglichkeiten, sich zu organisieren, Informationen zu beschaffen oder an politischen Prozessen zu beteiligen. Lokale Nachhaltigkeitsprozesse haben davon stark profitiert. Das hierin liegende Potenzial für soziale Innovationen gilt es zu erkennen und in Zukunft noch besser auszuschöpfen: Neue, oft internetbasierte Organisationsformen wie Carrot Mobs, Crowd Sourcing, Crowd Funding, Participatory GIS, Guerilla Gardening, Pledges etc. versetzen Bevölkerungsgruppen in die Lage, von Betroffenen oder Befragten zu relevanten Akteuren zu werden. Die in lokalen Nachhaltigkeitsprozessen traditionell verbreiteten, klassisch-konsultativen Beteiligungsformen hingegen haben ihre Stärken eher in der Erarbeitung gemeinsamer Ideen und Positionen. Werden beide Formen zusammengeführt, kann von lokalen Prozessen noch deutlich mehr Kraft ausgehen als bisher.

Globalisierung der Kommunen

Die kommunale Nachhaltigkeitsbewegung der vergangenen zwanzig Jahre verlief ungesteuert und explorativ, es gab nicht die eine Organisation, die weltweit die lokal ablaufenden Prozesse strukturierte, standardisierte, dokumentierte oder evaluierte. Dennoch hat sich in derselben Zeit eine ganze Reihe internationaler Organisationen und Netzwerke gebildet, die Kommunen in Sachen Nachhaltigkeit miteinander vernetzen und auf dem internationalen Parkett vertreten. Zahlreiche internationale Instrumente, die Kommunen für ihre Nachhaltigkeitsprozesse Orientierung, Anerkennung und Möglichkeiten der Evaluierung bieten, wurden von verschiedenen Seiten und mit unterschiedlichen Zielen entwickelt. Zunehmend begannen auch einzelne Kommunen, sich international zu engagieren und zu präsentieren, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sind vielfach in bisher nicht gekanntem Maß zu global agierenden Figuren geworden. Während die nachhaltige Entwicklung sich in ihrer Umsetzung also kommunalisiert hat, haben sich gleichzeitig die Kommunen 'globalisiert'.

Globalisierung der Wirtschaft - Kommunalisierung der Auswirkungen

Die Entwicklung dieser multi-kommunalen Nachhaltigkeitsbewegung fiel zeitlich zusammen mit der Globalisierung der Wirtschaft, was weltweit agierenden Unternehmen praktisch uneingeschränkten Zugriff auf natürliche und menschliche Ressourcen verschaffte. Entsprechende Regulierungen der Nationalregierung durch Umwelt- und Sozialstandards greifen hier nur bedingt. Die konkreten negativen Auswirkungen dieses Ungleichgewichtes können weltweit 'vor Ort' besichtigt werden und zeigen sich u.a. in fehlenden Zugängen zu Trinkwasser, Rodung der Wälder, Vernichtung von fruchtbarem Ackerland etc.

Sowohl für die betroffenen Menschen als auch für die internationalen Organisationen, die ihnen helfen wollen, sind die Kommunen die primären Ansprechpartner: Die lokalen Nachhaltigkeitsprozesse füllen damit ein Vakuum, das zwischen globalisierter Wirtschaft und nationaler Umwelt- und Sozialpolitik klafft.

Green Urban Economy

Die im Vorfeld der Rio+20 Konferenz sich abzeichnende Fokussierung auf eine nachhaltige Wirtschaft birgt Chancen, dieser Fehlentwicklung dort zu begegnen, wo sie ihre Ursache hat: bei den Bedingungen menschlichen Wirtschaftens. Dabei ist eine neue Kultur unternehmerischer Verantwortung für die natürlichen Grundlagen des Planeten und die Würde des Menschen ebenso notwendig wie klare, international verbindliche und durchgesetzte Regeln, innerhalb derer sich menschliches Wirtschaften zu bewegen hat.

Bei vielen global operierenden Konzernen und manchen Nationalregierungen wird mit der 'Green Economy' jedoch vor allem 'Green Growth' und ein öffentlich geförderter Boom technologischer Innovationen verbunden. Es darf hingegen angenommen werden, dass es vor allem soziale Innovationen wie etwa neue Organisationsformen, Betriebsformen,

Grundeinkommen, Gemeinwohlarbeit etc. sein werden, die aus der Green Economy einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung werden lassen.

Die 'Green Economy' wird außerdem nur dann positive Auswirkungen für die Menschen haben, wenn sie eine 'Green Urban Economy' wird: Mit dezentralen Versorgungs- und Entsorgungsstrukturen, regionalen Wertschöpfungskreisläufen und konkreten Verbesserungen der Lebensbedingungen vor Ort. Hierbei spielen die Kommunen eine entscheidende Rolle: Sie müssen beispielsweise dazu in die Lage versetzt werden, global operierenden Anbietern kommunaler Dienstleistungen und Infrastrukturlösungen wie Wasser- und Energieversorgung, öffentlichem Verkehr, Sicherheitsdiensten oder Abfallentsorgung selbstbewusst gegenüberzutreten und selbst die ökologischen und sozialen Kriterien zu definieren, unter denen solche Leistungen erbracht werden sollen.

Multi-Level Governance mit multi-sektorialem Ansatz

Kommunen können auf dem Weg zur nachhaltigen Entwicklung viel erreichen. Dennoch: Wo von staatlicher Seite aus die Besteuerung und Subventionierung nicht-nachhaltige Verhaltensweisen begünstigt, wo die Gesetzgebung nicht-nachhaltiges Verhalten begünstigt, kann der beste lokale Nachhaltigkeitsprozess nur begrenzt wirken. Die Forderung der Kommunen für „Rio+20“ an die Staats- und Regierungschefs sollte sich deshalb nicht darauf beschränken, dass diese die Nachhaltigkeitsinitiativen und -prozesse auf kommunaler Ebene anerkennen und unterstützen, sondern klar die Schaffung gesetzlicher und steuerlicher Rahmenbedingungen auf nationaler und internationaler Ebene beinhalten, die nachhaltiges Handeln fördern.

Aufgabe der Weltstaatengemeinschaft wird es sein müssen, eine globale Governance-Architektur für nachhaltige Entwicklung zu schaffen, die alle Ebenen (und höchstwahrscheinlich auch weitere, nichtstaatliche Akteure) mit ihren jeweiligen Stärken einbindet – eine Mehrebenen-Steuerung mit multisektorialem Ansatz, in der jeder Akteur im Rahmen seiner Kompetenzen und Möglichkeiten seinen jeweiligen Part übernehmen muss.

Pro-Kopf-Limits statt prozentualer Reduktionsziele

Hilfreich könnte die Abkehr vom Prinzip der Verhandlung über prozentuale Reduktionsziele für Emissionen sein. Es sollte ersetzt werden durch ein Hinwirken auf die allgemeine Akzeptanz weltweit gültiger, maximaler Pro-Kopf-Limits sowohl für die Entnahme natürlicher Ressourcen als auch für die aus dem Naturverbrauch resultierenden Emissionen. Diese Zielwerte könnten aus der Tragkapazität der globalen Ökosysteme ermittelt werden und wären universell gültig für alle Staaten. Daraus ergäben sich automatisch Reduktionsziele oder Entwicklungskorridore für alle Länder, sowohl des Südens als auch des Nordens, die überdies in Ziele für einzelne Regionen und Kommunen heruntergebrochen werden könnten. Auch ein zwischenstaatlicher Handel mit Emissions- oder Nutzungszertifikaten könnte so etabliert werden.

5 Auswertung der Rio+20-Befragung in Deutschland

5.1 Auswertung der quantitativen Umfrageergebnisse

Im Zentrum des Forschungsvorhabens stand eine breit angelegte bundesweite Befragung zu Agenda-21 und Nachhaltigkeitsaktivitäten in Städten und Gemeinden, die von April bis Juli 2011 durchgeführt und intensiv über Verbände, Kommunen und Medien beworben wurde. Für die Erhebung wurde ein Online-Fragebogen konzipiert. Dieser wurde von den meisten Akteuren genutzt. Parallel hierzu konnte der Fragebogen auch als PDF abgerufen und nach Beantwortung per Post an das IZT gesendet werden.

Die Intention der Erhebung bestand zum einen darin, einen Einblick in den Stand sowie die Ergebnisse der Agenda-21- und Nachhaltigkeitsaktivitäten zu erhalten, die seit der Rio-Konferenz 1992 auf lokaler Ebene in Deutschland angebahnt bzw. erreicht worden sind. Zum zweiten lag ein Schwerpunkt der Erhebung auf der Frage, welche sozialen und ökologischen Innovationen durch das lokale Engagement in den Städten und Gemeinden hervorgebracht wurden und welche Veränderungen in Kommunen damit erzielt werden konnten.

Die Befragung richtete sich gleichermaßen an Akteure aus Verwaltung und Politik sowie an zivilgesellschaftliche Gruppen und Verbände und war mit über 50 Fragen sehr umfangreich. Der Fragebogen enthielt eine Mischung aus geschlossenen und offenen Fragen und bot an vielen Stellen die Möglichkeit, persönliche Einschätzungen vorzunehmen, konkrete Beispiele aus der Praxis zu benennen sowie Fragen, Wünsche und Anregungen zu formulieren.

Mit dieser Studie liegen aktuelle empirische Ergebnisse, Erfahrungen und Erkenntnisse über die bisherigen kommunalen Nachhaltigkeit- und Agenda-21-Aktivitäten und deren Effekte und Perspektiven vor. Zu betonen ist jedoch, dass die Ergebnisse der bundesweiten Befragung im statistischen Sinne *nicht repräsentativ sind*. Gleichwohl war die bundesweite Befragung zu Nachhaltigkeitsaktivitäten im Vorfeld der Rio+20-Konferenz bedeutsam, da sich auf Grundlage der Ergebnisse ein wesentlicher *Eindruck* über den Stand, die Entwicklungstendenzen sowie die Herausforderungen der Nachhaltigkeitsaktivitäten auf kommunaler Ebene in Deutschland gewinnen lässt.

Die anhand von Grafiken dargestellten Ergebnisse der empirischen Erhebung in Kapitel 5.1 lassen sich im Zusammenhang mit den zahlreichen weiteren qualitativen Ergebnissen des Forschungsvorhabens nachfolgend in Kapitel 5.2 nochmals konkretisieren.

5.1.1 Beteiligung und Beschlusslage zu LA-21- und Nachhaltigkeitsaktivitäten in den Kommunen

Insgesamt gingen 530 Antworten aus allen Bundesländern ein, rund 80% der Antworten stammen von Akteuren aus kommunaler Politik und Verwaltung, 20% der Antworten von zivilgesellschaftlichen Akteuren (vgl. Abb. 1). Mehrfachantworten zu den Aktivitäten in ein und derselben Kommune durch verschiedene Akteure waren intendiert und wurden meist aus großen Kommunen mit zahlreichen Aktivitäten gegeben. Am häufigsten haben mit über 50% Akteure aus kleineren Städten und Gemeinden mit einer Einwohnerzahl bis zu 20.000 geantwortet. (vgl. Abb. 2).

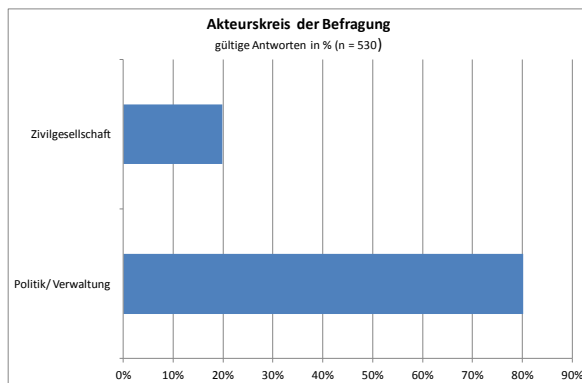


Abbildung 1: Beteiligung an der Befragung zugeordnet nach Akteurskreisen

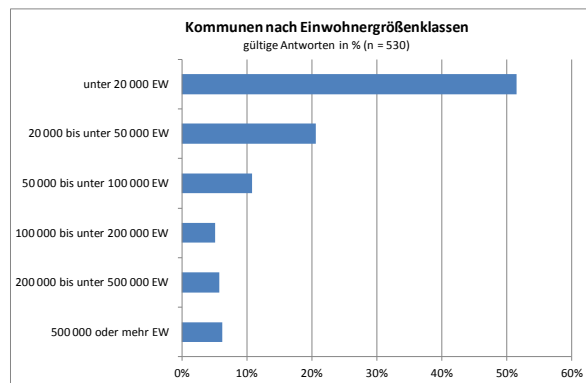


Abbildung 2: Beteiligung der Akteure an der Befragung nach Einwohnerzahl der Kommunen

Erwartungsgemäß lag die Beteiligung in NRW und Bayern am höchsten, da hier vertiefende Länderstudien durchgeführt wurden und die Kommunen durch die LAG 21 NRW e.V. sowie die Universität Bayreuth zum Teil direkt kontaktiert wurden. In Thüringen war die Beteiligung an der Befragung nur durchschnittlich intensiv, da die Kommunen so wie im übrigen Bundesgebiet über diverse Verteiler angeschrieben aber nicht zusätzlich telefonisch kontaktiert worden sind (vgl. Abb.3). Bei den Differenzen muss auch die unterschiedliche Einwohnerzahl der Bundesländer berücksichtigt werden.

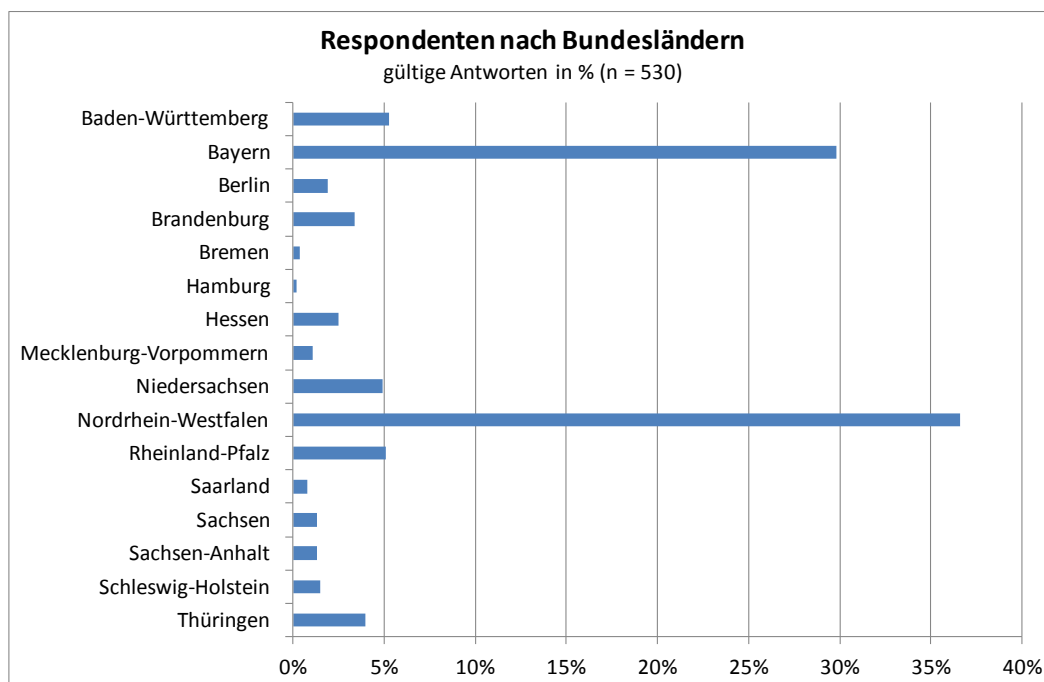


Abbildung 3: Beteiligung der Akteure an der Befragung nach Bundesländern

285 der beteiligten Akteure geben an, dass ihre Kommune über einen Beschluss zur Lokalen Agenda 21 verfügt, dies sind 53% aller Personen, die sich an der Befragung beteiligt haben. Ausgehend von der Verteilung der Antworten innerhalb der Einwohnergrößenklassen lässt sich feststellen, dass in großen Kommunen mit über 200.000 Einwohnern deutlich häufiger Beschlüsse zur LA-21 vorliegen (vgl. Abb.4). Diese Charakteristik wird auch in den Interviews bestätigt.

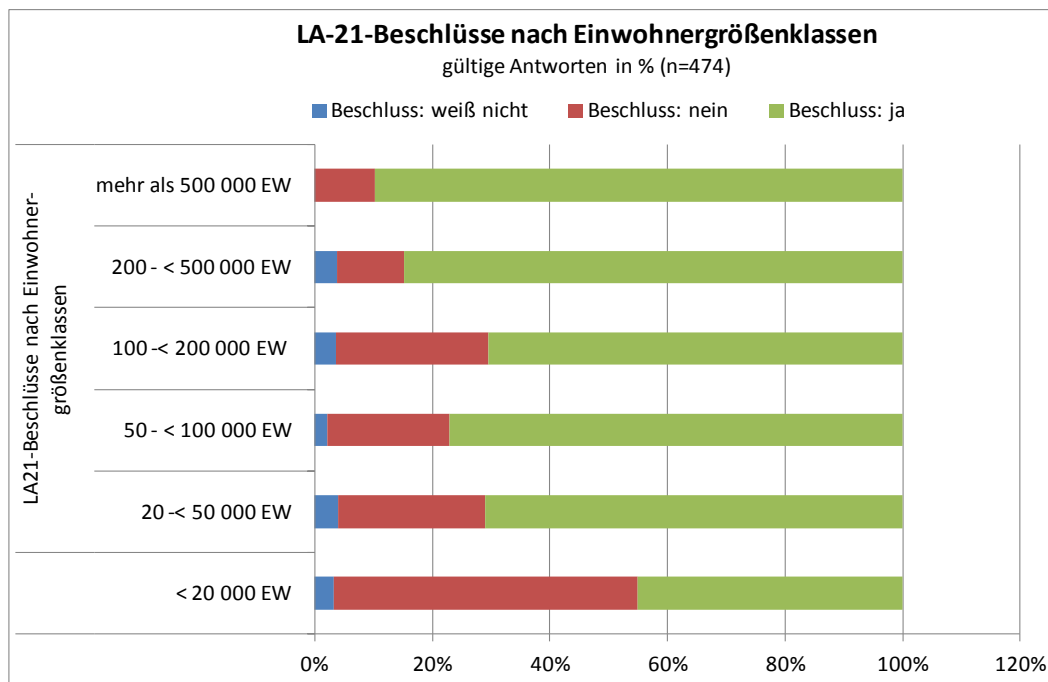


Abbildung 4: Vorliegen Lokaler Agenda-21-Beschlüsse in Kommunen nach Einwohnerzahl

Kommunen fassen in Deutschland ab Mitte der 90er Jahre Agenda-21-Beschlüsse. Der Höhepunkt liegt in den Jahren 1998 und 1999. Danach ist die Anzahl neuer Beschlüsse stark rückläufig. Diese Tatsache bestätigt frühere Erhebungen. Interessant hingegen ist, dass auch in jüngerer Zeit in einigen wenigen Kommunen noch Agenda-21-Beschlüsse gefasst werden (vgl. Abb.5).

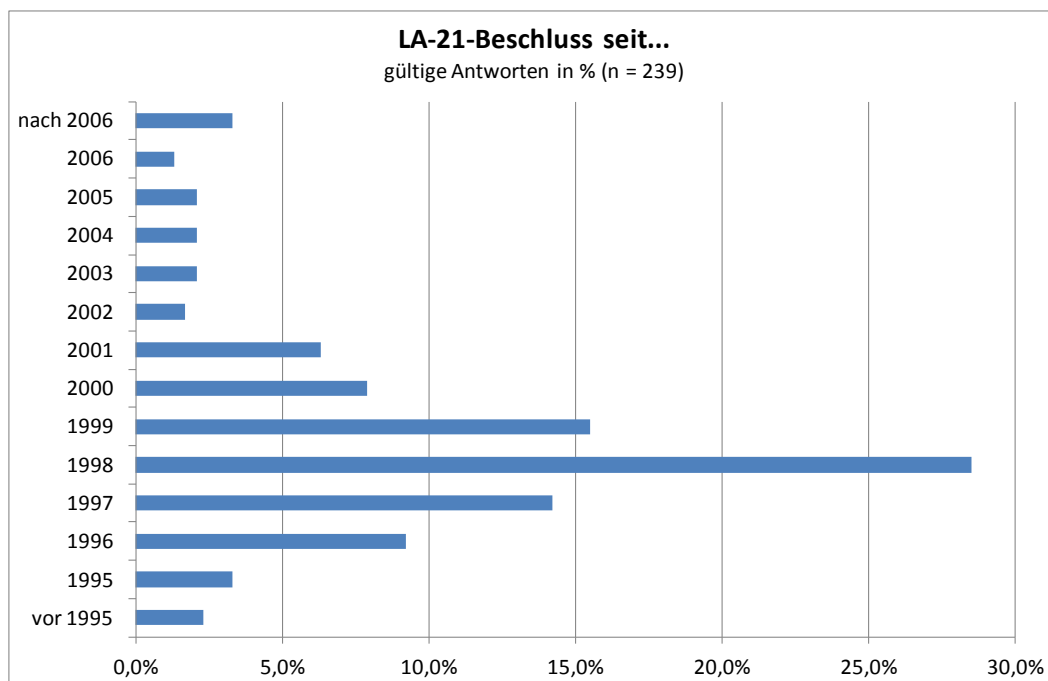


Abbildung 5: Verabschiedung von Agenda-21-Beschlüssen nach Jahren

Rund 70% aller Akteure, die an der Befragung teilgenommen haben geben an, dass ihre Kommune über einen oder mehrere Beschlüsse zu wichtigen Teilbereichen einer nachhaltigen Entwicklung verfügt. Sektorale Beschlüsse und Strategien finden sich vor allem im Energie- und Klimaschutzbereich, zunehmend auch im Flächenmanagement. Zudem

verzeichnen fast 30% der teilnehmenden Akteure, dass in ihrer Kommune ein Beschluss zur nachhaltigen Entwicklung vorliegt, der nicht unter dem Label Agenda 21 gefasst wurde.

Die Grafik verdeutlicht andererseits allerdings eine bislang eher geringe strategische kommunale Verankerung der Themen Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) und Biodiversität (vgl. Abb.6). Eine Bestätigung dieser Aussage findet sich auch in der BNE-Kurzexpertise des Institut Futur an der FU Berlin, die innerhalb des Forschungsvorhabens erarbeitet wurde. Dieser Sachverhalt ist auch vor dem Hintergrund der seit 2004 laufenden UN-Bildungsdekade relevant. Denn es zeigt sich einmal mehr, dass der Langfristorientierung für zukunftsrelevante Themen eine hohe Bedeutung zukommt.

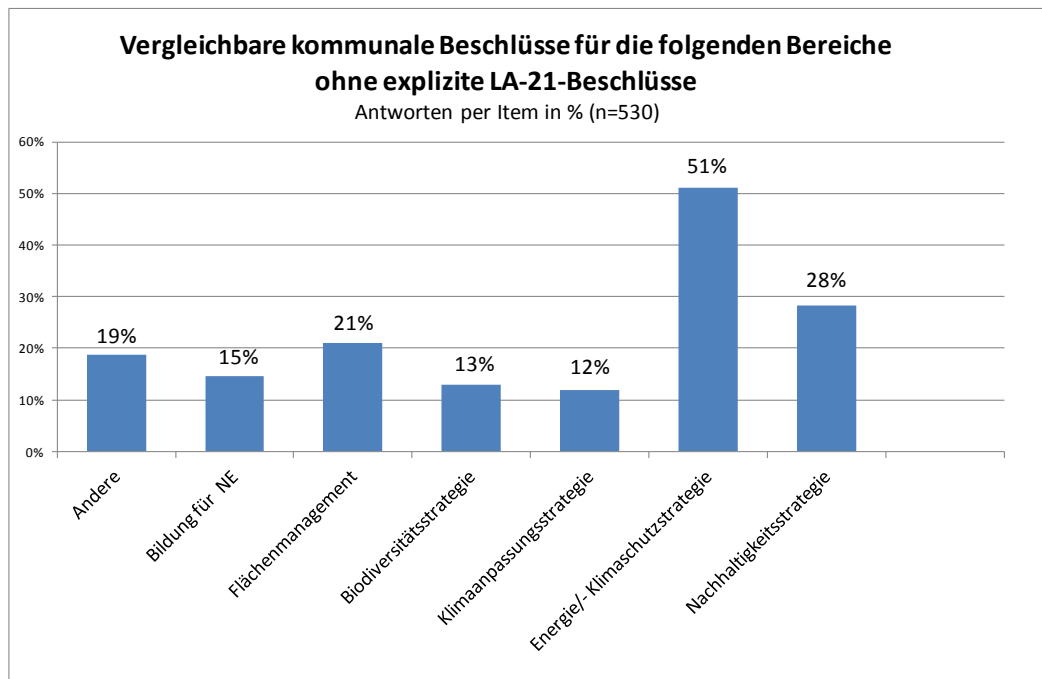


Abbildung 6: spezifische Aufschlüsselung der Antworten nach einzelnen bzw. sektoralen Beschlüssen der Kommunen

Grafik 7 zeigt, dass mit 50% der gültigen Antworten ein hoher Anteil an LA-21-Kommunen, ebenso Beschlüsse in einzelnen Teilbereichen gefasst haben. Dies weist zum einen auf den integrativen Charakter der LA21 hin und lässt sich mit gebotener Vorsicht auch dahingehend interpretieren, dass ihr eine Rolle als Wegbereiter für besonders relevante Nachhaltigkeitsthemen und -teilprozesse zu kommt. Dies betrifft neben inhaltlichen Impulsen ebenso die Art und Weise, also die Bearbeitung wichtiger Zukunftsthemen mit neuen Ansätzen, die den Prinzipien der Nachhaltigkeit entsprechen.

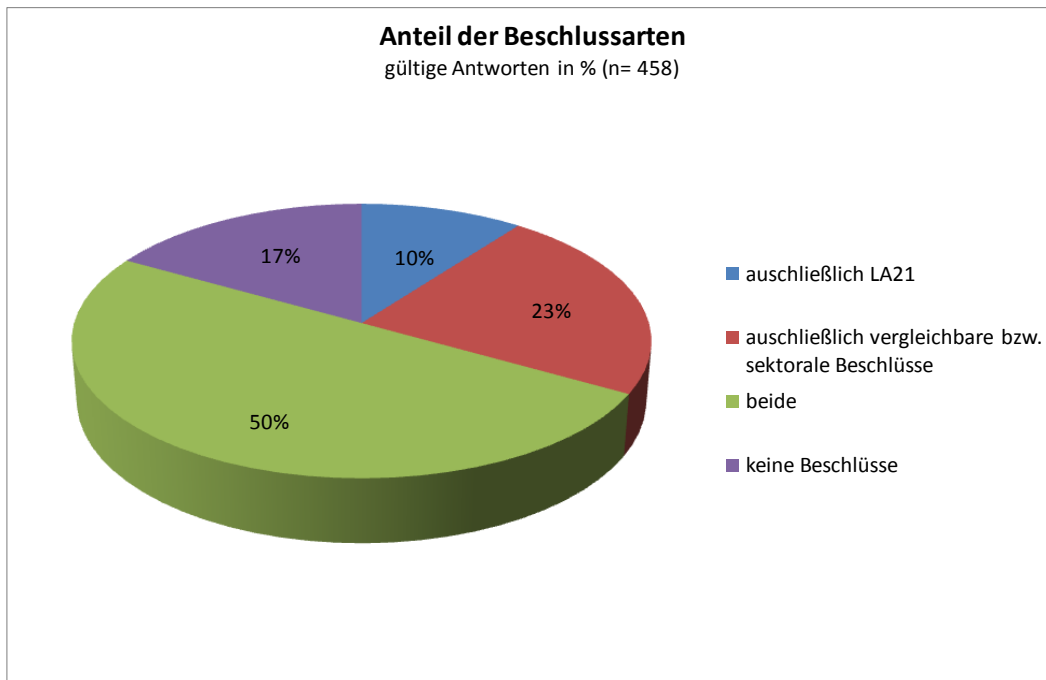


Abbildung 7: generelle Aufschlüsselung nach LA-21-Beschlüssen und sektoralen Beschlüssen der Kommunen

5.1.2 Einschätzung zu den erzielten Ergebnissen lokaler Nachhaltigkeitsaktivitäten

Bezogen auf die Gesamtbeteiligung von 530 Personen an der Umfrage haben 66% der Akteure eine allg. Bewertung des LA-21-bzw. NH-Prozesses in ihrer Kommune vorgenommen. Mehr als die Hälfte hiervon schätzen ihre Kommune als „auf dem Weg“ befindlich ein und sogar ein Viertel der Akteure, dass vor Ort „viel erreicht“ werden konnte. Demgegenüber sehen nur rund 20% eher geringe Ergebnisse (Abb.8). Ähnlich ist auch die Einschätzung zur Integration der Nachhaltigkeitsdimensionen in wesentliche Aktivitäten der Kommune (Abb.9). Mit fast 60% der gültigen Antworten wird diese als „gut“ eingeschätzt, von rund 10% der Antwortenden als „sehr gut“. Allerdings haben 37% der Akteure zu dieser Frage keine Angaben gemacht, so dass die Antworten entsprechend zu relativieren sind.

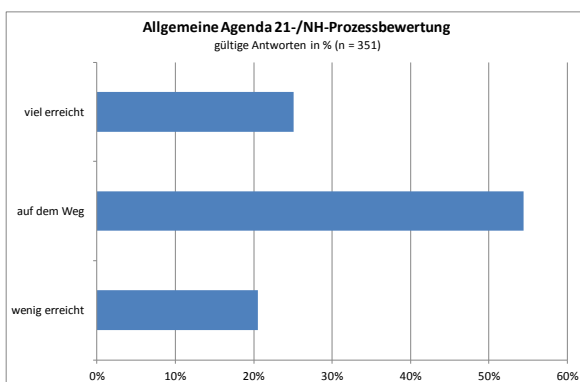


Abbildung 8: Allgemeine Bewertung des Agenda-21/-NH-Prozesses in der Kommune

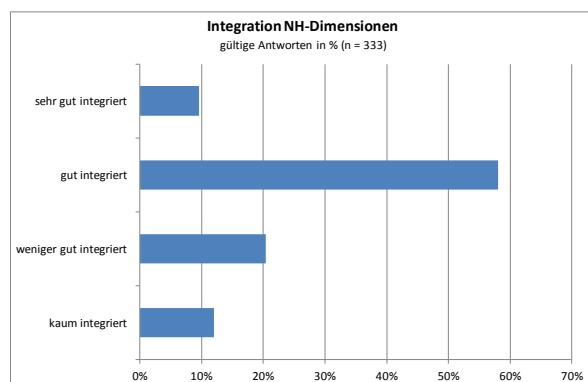


Abbildung 9: Integration der Nachhaltigkeitsdimensionen in die wesentlichen Aktivitäten der Kommune

Ein differenziertes Bild ergibt sich bei der Beantwortung der Frage nach den erzielten Effekten von Nachhaltigkeitsaktivitäten vor Ort (Abb. 10). Insbesondere werden hier Erfolge

im ökologischen Bereich konstatiert. Diese Frage wurde zudem am häufigsten beantwortet. Ebenso zeichnen sich positive soziale und kulturelle Effekte sowie mit etwas Abstand auch positive politische Effekte ab. Deutlich schwächer fallen hingegen die Einschätzungen für den ökonomischen Sektor als auch für die Querschnittsbereiche Gender und globale Gerechtigkeit aus.

Insgesamt ist erkennbar, dass Kommunen seit der Rio-Konferenz 1992 einige wichtige Effekte im Sinne einer Nachhaltigen Entwicklung erzielt zu haben scheinen²⁷ und dies durchaus auch so wahrgenommen wird. Vor dem Hintergrund internationaler und nationaler Zielvereinbarungen, wie der existentiell notwendigen Reduktion von Treibhausgasen, werden aber reale Fortschritte vor allem auf der Basis von Indikatoren zu prüfen sein. Das Thema Evaluation müsste daher auch bei den kommunalen Bemühungen eine wichtige Rolle spielen.

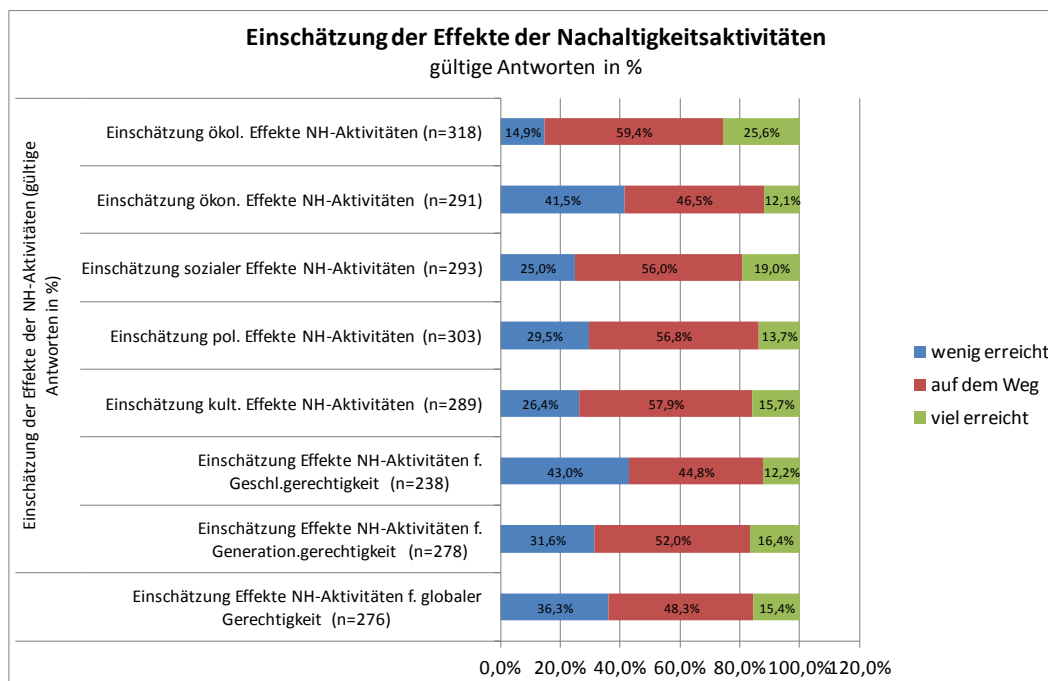


Abbildung 10: Einschätzung einzelner Effekte, die durch NH-Aktivitäten in der Kommune erreicht worden sind

Abbildung 11 verdeutlicht allerdings, dass eine Evaluierung kommunaler Nachhaltigkeitsaktivitäten bislang keineswegs systematisch und flächendeckend stattfindet. Auf die Frage der Evaluierung haben rund 50% der Teilnehmer geantwortet. Absolut gesehen geben nur 35% der Akteure an, dass in ihrer Kommune ein Indikatorenbericht erarbeitet bzw. eine umfassende Berichterstattung zu Nachhaltigkeitsaktivitäten vorgenommen wird. Es ist zu vermuten, dass in den Kommunen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die hierzu nicht geantwortet haben, tendenziell ebenfalls keine Evaluationen vorgenommen werden.

Kommunen wären daher künftig bei der Entwicklung und Etablierung von Evaluierungsmechanismen stärker durch Bund und Länder zu unterstützen. Hierbei sollten auch entsprechende Erfahrungen aus Kommunen aufbereitet und transferiert werden, die bereits eine Evaluierung Ihrer Nachhaltigkeitsaktivitäten vornehmen.

²⁷ Mit den Antworten zum Fragebogen können nur die (Selbst-)Wahrnehmungen der Akteure erfasst werden, nicht aber die objektiven und messbaren Effekte. Dies wäre äußerst wichtig und bleibt künftigen Studien vorbehalten.

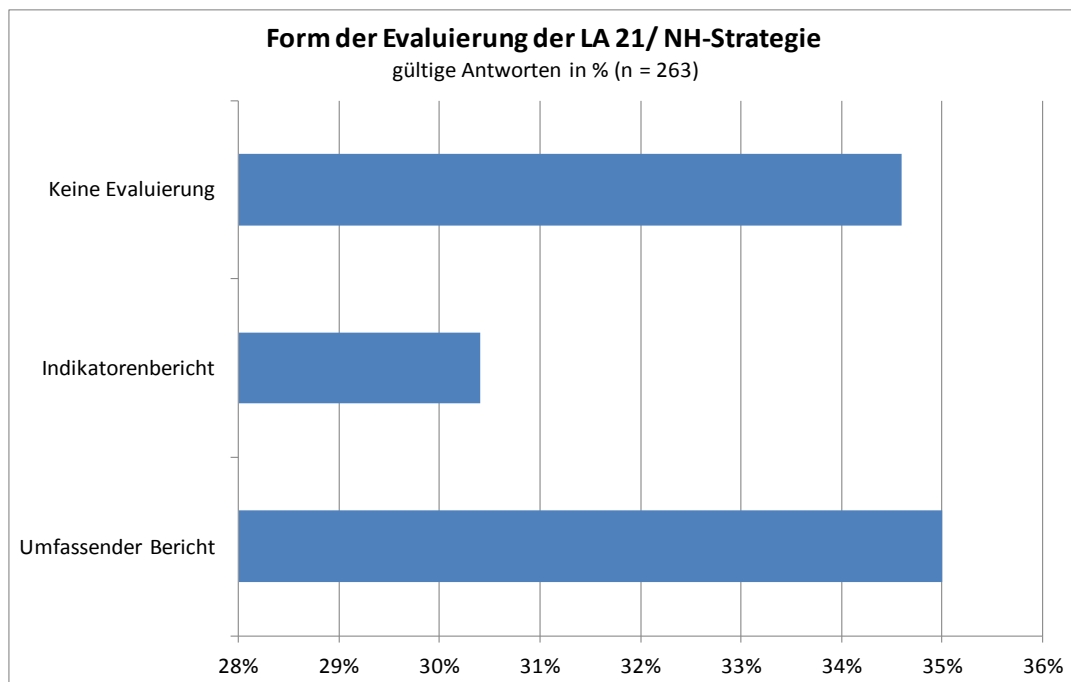


Abbildung 11: Evaluierung kommunaler LA-21-/ NH-Strategien

5.1.3 Einschätzung zur Innovationskraft lokaler Nachhaltigkeitsaktivitäten

Kommunale und zivilgesellschaftliche Nachhaltigkeitsaktivitäten entfalten in aller Regel eine gewisse Innovationskraft. Um diese genauer einschätzen zu können wurde gefragt, ob und inwiefern durch NH-Aktivitäten neue Ideen und Kooperationen in der Kommune entstanden sind (Abb. 12) und ob sich neue und kreative Lösungen für zentrale kommunale Problemlagen ergeben haben (Abb. 13). Beide Fragen erhielten positive Einschätzungen. Allerdings ist einzuschränken, dass die Beantwortung mit 41% (Frage 1) und 23% (Frage 2) der Gesamtteilnehmer eher mittel bis gering ausfällt.

Im Vergleich der Antworten zu beiden Fragen lässt sich feststellen, dass die Entwicklung neuer Ideen und Projekte auf Basis von Nachhaltigkeitsaktivitäten leichter und häufiger erfolgt als die Entwicklung konkreter Lösungsansätze für wesentliche kommunale Herausforderungen, wie u.a. demografischer Wandel, Fachkräftemangel, Finanznot, klimatische Veränderungen etc.

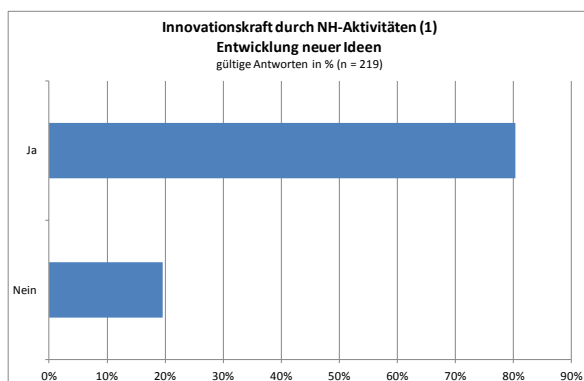


Abbildung 12: Entwicklung neuer Ideen und Kooperationen aus LA-21-/ NH-Aktivitäten in der Kommune

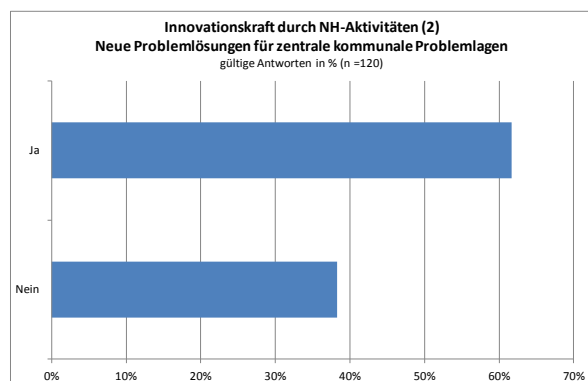


Abbildung 13: Entwicklung neuer Lösungen für zentrale kommunale Probleme aus LA-21-/ NH-Aktivitäten in der Kommune

Als ein Indiz für Innovationen im Zusammenhang mit lokalen Nachhaltigkeitsprozessen wurde nach positiven Veränderungen der kommunalen Verwaltungsstrukturen gefragt. Rund 45% der Teilnehmer haben diese Frage beantwortet. Hiervon verneinen rund 60% diese Frage. Immerhin werden jedoch von insgesamt rund 18% aller Teilnehmer (und 40% derjenigen, die auf diese Frage geantwortet haben) positive Veränderungen in den Verwaltungsstrukturen bescheinigt (Abb. 14). Einige Akteure haben hierzu konkretere inhaltliche Punkte benannt, die in der qualitativen Auswertung berücksichtigt sind.

Abbildung 15 liegt die Frage zugrunde, wie in Kommunen Bürgerbeteiligung und bürgerschaftliches Engagement für eine nachhaltige Entwicklung ermöglicht werden. Diese Frage hat mit rund 60% die Mehrheit der teilnehmenden Akteure beantwortet. Die Einschätzungen liegen dabei deutlich im mittleren, tendenziell positiven Bereich. Unter Hinzuziehung der auf diesem Gebiet als „sehr gut“ eingeschätzten Kommunen (11,5% der Antworten absolut) lässt sich schlussfolgern, dass im Zuge der Agenda-21- und Nachhaltigkeitsaktivitäten in zahlreichen Kommunen positive Veränderungen hinsichtlich einer neuen Beteiligungskultur eingeläutet bzw. etabliert worden sind. Dies deutet auf allmählich sichtbar werdende Schritte für einen kulturellen Wandel hin, die zukünftig verstärkt fortzusetzen wären.

Von besonderer Bedeutung ist, dass sich bei der Auswertung ein signifikanter Zusammenhang zwischen Kommunen, die LA-21- bzw. auch vergleichbare und sektorale Beschlüsse gefasst haben und den Beteiligungsmöglichkeiten zeigt. Konkret bieten Kommunen mit vorliegenden Beschlüssen deutlich bessere Beteiligungsmöglichkeiten als Kommunen, die nicht über entsprechende Beschlüsse verfügen. Daher wäre ein strategisch ausgerichtetes Nachhaltigkeitsmanagement in Kommunen auch hinsichtlich der Entwicklung und Etablierung einer neuen bzw. besseren Beteiligungskultur zu unterstützen.

Ebenso hervorzuheben ist der signifikante Zusammenhang der sich bei der statistischen Auswertung zeigt zwischen Kommunen, die bürgerschaftliches Engagement gezielt ermöglichen und der Häufigkeit von „kreativen Problemlösungen für zentrale kommunale Fragen“. Kommunen, die Partizipation gezielt ermöglichen, mobilisieren dadurch innovatives Potential in Form „kreativer Lösungen für zentrale kommunale Probleme“ besonders gut. So zum Beispiel beim Energie- und Klimaschutz, u.a. in Form von bürgerfinanzierten EE-Anlagen, bei der Erarbeitung von innovativen Lösungsansätzen für den Klimawandel oder der Einführung von Umweltmanagementsystemen an Schulen. Innovative Effekte zeigen sich auch bei der qualifizierten Einführung von Bürgerhaushalten.

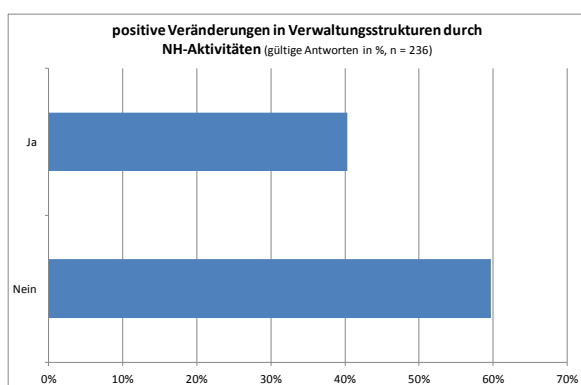


Abbildung 14: Positive Veränderungen innerhalb der kommunalen Verwaltungsstrukturen aufgrund von NH-Aktivitäten

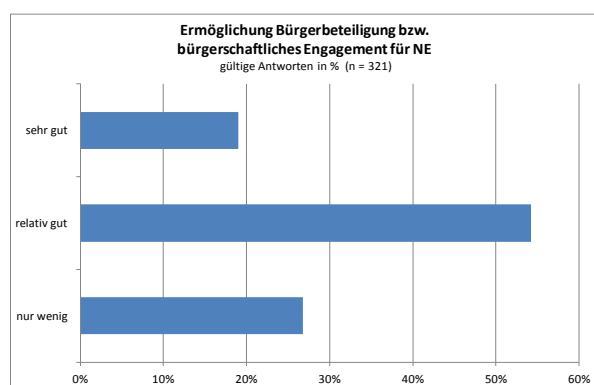


Abbildung 15: Ermöglichung von Bürgerbeteiligung und bürgerschaftlichem Engagement in der Kommune

5.1.4 Akteure, Impulse und Ressourcen lokaler Nachhaltigkeitsprozesse

Schaut man sich die proaktiven Akteure für lokale Nachhaltigkeitsprozesse an (Abb. 16), so kommen wesentliche Impulse in erster Linie aus der Zivilgesellschaft und zunehmend auch aus der Verwaltung. Die besondere Rolle der Zivilgesellschaft als Impulsgeber und früherer Initiator von LA-21-Prozessen wird auch in anderen Teilstudien, insbesondere in der internationalen Rio+20-Teilstudie von ICLEI bestätigt und für Deutschland hervorgehoben. Entsprechend dem bisherigen Trend wird die Wirtschaft hingegen nur in wenigen Fällen als ein Impulsgeber genannt. Ein Grund hierfür könnte unter anderem in der vergleichsweise geringen Verzahnung bestehender kommunaler und zivilgesellschaftlicher Nachhaltigkeitsaktivitäten mit der Wirtschaft liegen. Ebenso lässt sich dieses Ergebnis aber auch dahingehend interpretieren, dass ein Mainstreaming von Nachhaltigkeit noch nicht stattgefunden hat.

Die Auswertung zeigt, dass besonders häufig auch Impulse aus anderen Kommunen aufgegriffen und für NH-Aktivitäten in der eigenen Kommune genutzt und weiterentwickelt werden (Abb. 17). Gleichermaßen erfolgt der Transfer von eigenen Ideen in andere Kommunen und Akteurskreise hinein. Der Transfer von innovativen Nachhaltigkeitsideen wird von den Akteuren als wichtig eingeschätzt. Demnach sind Nachhaltigkeitsnetzwerke, Austauschplattformen und Publikationen von guten Beispielen etc. wichtige Instrumente für das Mainstreaming von Nachhaltigkeit.

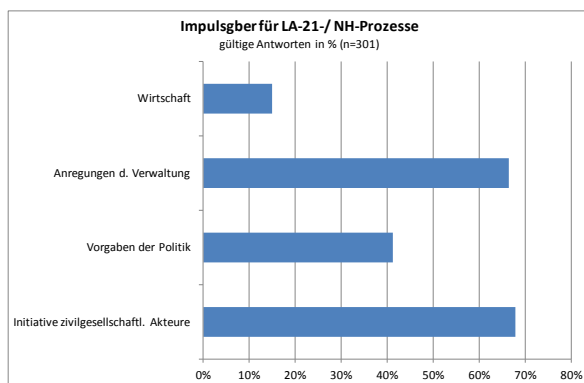


Abbildung 16: Impulsgeber für den LA-21- bzw. Nachhaltigkeitsprozess in der Kommune

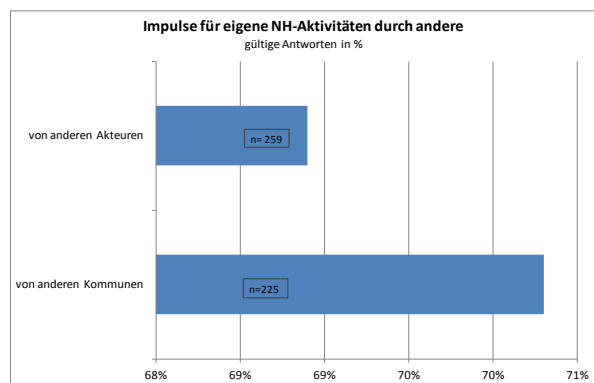


Abbildung 17: Impulse für eigene LA-21-/ NH-Aktivitäten von außen

Die Fragen nach der Bereitstellung von Personalmitteln für LA-21- und NH-Prozesse (Abb. 18) sowie von Sachmitteln (Abb. 19) haben jeweils fast 60% der an der Befragung beteiligten Akteure beantwortet. Von diesen gibt jeweils mehr als die Hälfte an, dass für den LA-21/ NH-Prozess vor Ort keine Personalmittel im kommunalen Haushalt zur Verfügung gestellt werden. Etwas besser stellt sich die Situation bei den Sachmitteln dar, die für Nachhaltigkeitsaktivitäten von kommunaler Seite bereitgestellt werden. Gefragt war auch nach Ressourcen, die von Dritten eingebracht werden. Die geringe Antwortzahl sowie die überwiegende Verneinung der Frage lassen den Schluss zu, dass Ressourcen von dritter Seite in den Prozessen vor Ort bislang nur eine marginale Rolle spielen.

Gemessen an der Notwendigkeit einer von vielen Akteuren betonten systematischen Bearbeitung und Verankerung von Nachhaltigkeit als integrierte Querschnittsaufgabe in den Kommunen ist die ungenügende Bereitstellung von Personalmitteln eine wesentliche Schwachstelle. Denn die Koordinierung von innovativen Aktivitäten, wie auch die Gewährleistung kontinuierlicher Bürgerbeteiligungsprozesse benötigen gleichermaßen erfahrene und qualifizierte Mitarbeiter sowie finanzielle Mittel für eine ernstgemeinte Umsetzung.

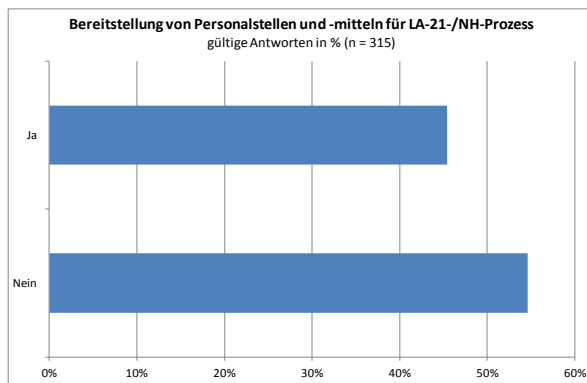


Abbildung 18: Bereitstellung von Personalmitteln für den LA-21/-NH-Prozess in der Kommune

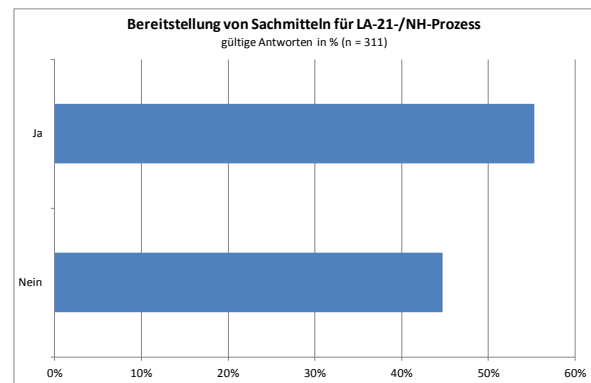


Abbildung 19: Bereitstellung von Sachmitteln für den LA-21/-NH-Prozess in der Kommune

Überwiegend positiv wird hingegen die Frage nach einer direkten und/ oder indirekten Unterstützung lokaler Nachhaltigkeitsprozesse durch anderweitige Programme, Kampagnen oder Strategien in der Kommune beantwortet (Abb. 20). Genannt werden hierzu vor allem Energie- und Klimaschutzmaßnahmen, nachhaltige Beschaffung, Bildung für nachhaltige Entwicklung und fairer Handel. Dies gibt auch einen Hinweis in Richtung sektoraler Prozesse, die von Kommunen zunehmend initiiert werden.

Abbildung 21 verdeutlicht, dass LA-21/- NH-Prozesse in Kommunen ebenso von vorhandenen strategischen NH-Aktivitäten der regionalen und Landesebene profitieren, so unter anderem in Form von spezifischen Förderprogrammen und Nachhaltigkeitsstrategien einzelner Bundesländern.

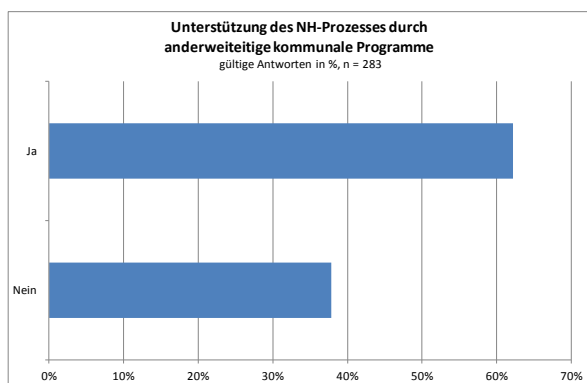


Abbildung 20: Unterstützung des LA-21/- NH-Prozesses durch andere Programme in der Kommune

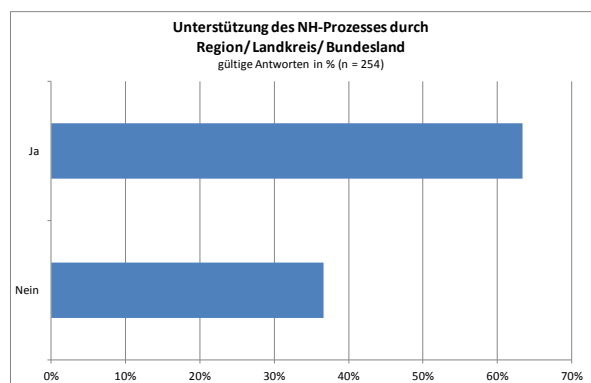


Abbildung 21: Unterstützung des LA-21/- NH-Prozesses durch die übergeordneten Ebenen

Die Frage nach der Zukunft von LA-21/ und NH-Prozessen wird nur von knapp einem Drittel der Akteure beantwortet. Diese aber artikulieren mit überaus deutlicher Mehrheit eine zumeist auch inhaltlich begründete Hoffnung, dass zukünftig eine Intensivierung stattfindet (Abb. 22). Im Gegenzug sind explizit geäußerte Befürchtungen auf einen Abbau kommunaler NH-Aktivitäten nur schwach ausgeprägt. Im Gesamtbild berücksichtigt werden muss natürlich auch hier die vergleichsweise geringe Beantwortung der Frage. (Abb. 23).

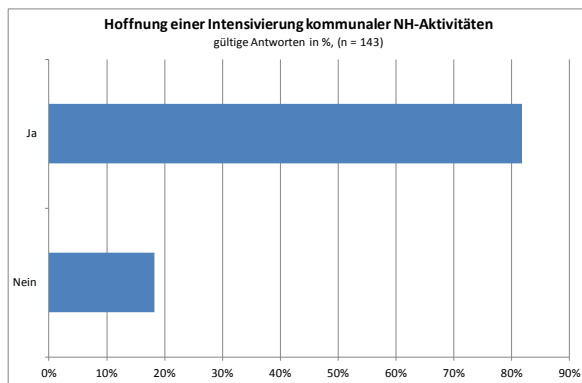


Abbildung 22: Zukunft des LA-21-/ NH-Prozesses I

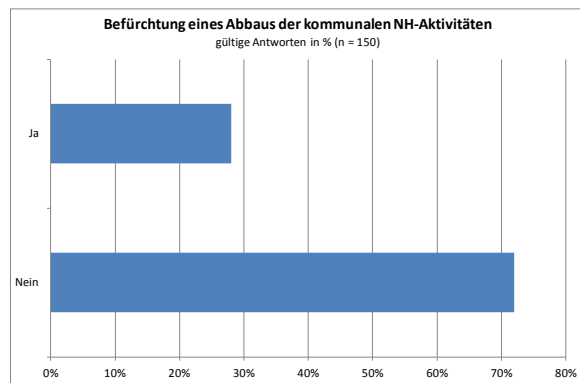


Abbildung 23: Zukunft des LA-21-/ NH-Prozesses II

5.2 Auswertung der qualitativen Ergebnisse

5.2.1 Ergebnisse der Online-Befragung

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Befragung hatten an mehreren Stellen im Online-Fragebogen die Möglichkeit, Beispiele für eine erfolgreiche nachhaltige Entwicklung in ihren Kommunen zu benennen, und damit ihre quantitativen Einschätzungen inhaltlich zu unterlegen. Gebeten wurde zudem um Statements zu Verbesserungs- und Unterstützungsbedarfen für eine zukünftige erfolgreiche Arbeit.

Aus besonders zahlreich beantworteten Fragen lassen sich thematische Cluster ableiten, die das Bild der quantitativen Ergebnisse ergänzen und die an dieser Stelle kurz vorgestellt werden.

5.2.1.1 Erfolgreiche Nachhaltigkeitsaktivitäten

Als „**Beispiele für erfolgreiche Nachhaltigkeitsprozesse**“ in Kommunen werden besonders häufig Maßnahmen zu **Energie- und Klimaschutz**, hier vor allem Energie- und Klimaschutzkonzepte sowie Erneuerbare Energien genannt, die zum Teil mit Bürgerbeteiligung realisiert werden. Übergreifende **LA-21- und Nachhaltigkeitsstrukturen**, die sich in Leitbildern, Maßnahmeplänen, und komplexen Strategien sowie in geschaffenen Gremien widerspiegeln, bilden das zweithäufigste Cluster. **Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten**, in Form von interkulturellen Gärten, Vereinen, Aktivitätenbörsen, Bürgerhaushalten u.a. stellen das dritthäufigste Cluster der aufgeführten Beispiele dar. Neben den Energie- und Klimaschutzmaßnahmen werden auch Projekte aus anderen Sektoren, wie Bildung, Biodiversität, Fairer Handel, Regionalentwicklung und Wirtschaft genannt, die aber aufgrund ihrer geringen Anzahl nicht als charakteristische Cluster für erfolgreiche Nachhaltigkeitsprozesse abgeleitet werden können.

Ein etwas weiter ausdifferenziertes Bild zeichnet sich bei den genannten Beispielen für eine „**erfolgreiche Integration der Nachhaltigkeitsdimensionen in wesentliche Aktivitäten der Kommune**“ ab. Als meistgenannte positive Beispiele stehen auch bei den Antworten zu dieser Frage **Energie- und Klimaschutzmaßnahmen** an erster Stelle, gefolgt von **LA-21-/ NH-Strukturen** und diversen **Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten**. Hinzu kommen nun des Weiteren die Themen **Bildung, Projekte im sozialen Bereich**, vor allem mit Kindern und Senioren, und **Kommunales Management/ Integrierte Stadtplanung. Wirtschaftsorientierte Aktivitäten** wie Ökoprot, regionale Wirtschaftskreisläufe oder allgemein die Zusammenarbeit mit regionalen Unternehmen bilden bei dieser Frage ein

weiteres Cluster. Interessant ist in Bezug auf die größere Themenvielfalt, dass „Eine-Welt-Aktivitäten“ in diesem Zusammenhang nur von ganz wenigen Akteuren als ein Indiz der NH-Integration genannt werden.

5.2.1.2 Soziale Integration

Auf die Frage, wie in den Kommunen **„Bürgerbeteiligung und bürgerschaftliches Engagement“** konkret ermöglicht werden, zeichnen sich drei größere Bereiche für erfolgreiche Mitgestaltungsmöglichkeiten ab. Zum einen werden häufig institutionalisierte **Partizipationsmöglichkeiten im Rahmen bestehender Agenda-21/ NH-Strukturen** wie Agendaräte, Arbeitskreise und Projektgruppen sowie Runde Tische genannt. Häufige Erwähnung finden in diesem Zusammenhang auch konkrete **temporäre Partizipationsformen** wie Bürger- bzw. Jugendkonferenzen sowie Zukunftswerkstätten, die zum Teil auf spezifische Themen und Stadtteile/ Quartiere bezogen sind. Ein zweiter Bereich lässt sich als **Beteiligung an kommunalen Planungsprozessen** im Rahmen der Stadtentwicklung zusammenfassen. Ein drittes größeres Cluster bilden **politische Beteiligungsmöglichkeiten**, so vor allem die Arbeit in Beiräten und akteursbezogenen Parlamenten (v.a. Kinder, Jugend, Frauen, Senioren, Behinderte, Migranten), und auch die Möglichkeit, seitens zivilgesellschaftlicher Akteure Beschlussvorlagen in den Stadt- bzw. Gemeinderat einzubringen. Ein Beteiligungsbereich, der zukünftig mit hoher Wahrscheinlichkeit an Bedeutung gewinnen wird, hier jedoch aufgrund einer geringen Anzahl von genannten Beispielen nur am Rande Erwähnung findet, sind **finanzielle Beteiligungsmöglichkeiten** (z.B. bei dezentralen EE-Anlagen sowie in Form von Bürgerhaushalten).

Aus den Antworten auf die Frage nach der **„Würdigungskultur des zivilgesellschaftlichen Engagements“** lässt sich schlussfolgern, dass diese im Grundsatz in den Kommunen noch immer als verbesserungswürdig bezeichnet werden kann. Die Zahl der inhaltlichen Antworten auf diese Frage bewegt sich mit rund 60 Beispielen im Mittelfeld der Antworten. Als klassische Formen der öffentlichen Wertschätzung werden der **Empfang durch den (Ober-) Bürgermeister**, ein kommunaler **Ehrenamtspass** sowie **Wettbewerbe und (Agenda-) Preise** angeführt. Einige wenige Akteure berichten auch von einer „gelebten Anerkennungskultur“ in ihrer Stadt oder Gemeinde.

5.2.1.3 Innovationskraft von Nachhaltigkeitsaktivitäten

Als einem Indikator für die **„Innovationskraft“**, die sich aus Nachhaltigkeitsaktivitäten heraus gebildet hat wurde nach Beispielen für die **Entwicklung neuer Ideen, Kooperationsformen und neuer Wege** gefragt. Hierzu gab es rund 80 inhaltliche Antworten, deren Bandbreite sehr groß ist, so dass eine Clusterbildung an dieser Stelle nicht logisch zu begründen wäre. Die einzelnen Antworten reichen von einer zunehmenden Verankerung von Nachhaltigkeitsthemen in der Verwaltung, thematischen Akteursnetzwerken über konkrete Kooperationsformen zwischen Verwaltung und ehrenamtlichen Akteuren bis hin zu zahlreichen Einzelprojekten zu den Themen Energie, Naturschutz, Bildung und soziales Miteinander und fairer Handel.

Ein weiterer Innovationsfaktor gründet sich auf konkrete **„positive Veränderungen innerhalb der kommunalen Verwaltungsstrukturen“**, die aus **LA-21-/ NH-Aktivitäten resultieren**. Hier haben rund 40 Akteure positive Beispiele angeführt. In erster Linie wird die Einrichtung ressortübergreifender Arbeitskreise in der Verwaltung genannt. Diese beziehen sich häufig auf Energie- und Klimaschutzthemen, wie z.B. den European Energy-Award, aber auch auf andere Themen. Genannt werden weiterhin die Einrichtung von LA-21/ NH-Koordinatorenstelle (z.T. als querschnittsorientierte Stabsstelle) sowie die Einrichtung von neuen Stellen zur besseren Einbindung von Bürgerinteressen. Darüber hinaus haben sich auch offizielle Netzwerke zur interkommunalen Zusammenarbeit entwickelt und etabliert, so

das Netzwerk der Ruhrgebietskommunen zum Thema nachhaltige kommunale Beschaffung/ fairer Handel.

LA-21-/ und Nachhaltigkeitsaktivitäten, haben in einigen Kommunen auch zur „**Lösung zentraler kommunaler Problemlagen**“ beigetragen. Erwartungsgemäß wurden hierzu zahlreiche Beispiele im Bereich der Strom- und Wärmeversorgung auf Basis erneuerbarer Energien genannt. Innovative Lösungen werden aber u.a. auch in den Bereichen Vermeidung eines drohenden Fachkräftemangels, Stadtplanung sowie zur Zwischennutzung und Inwertsetzung leer stehender Gebäude angeführt. Auch der Bürgerhaushalt wird in diesem Zusammenhang mehrfach erwähnt.

5.2.1.4 Ausblick kommunaler Nachhaltigkeitsaktivitäten

Ganz besonders zahlreich wurde mit rund 230 Wortmeldungen die Frage beantwortet, **was vor dem Erfahrungshintergrund der Akteure in den kommunalen Nachhaltigkeitsaktivitäten zukünftig anders gemacht werden sollte**. Verbesserungsbedarfe sehen die Akteure insbesondere in folgenden Bereichen:

- **Bürgerbeteiligung und zivilgesellschaftliches Nachhaltigkeitsengagement** sollten ernst gemeint sein und aktiv durch Politik und Verwaltung ermöglicht und unterstützt werden. Für eine breitere Partizipation gelte es in den Kommunen zukünftig die Zugänge zu erleichtern.
- In zahlreichen Beiträgen sprechen sich die Akteure dafür aus, eine **nachhaltige Entwicklung** auf kommunaler Ebene stärker als bislang **strategisch auszurichten**. Hierzu werden im Detail folgende Punkte benannt:
 - Vielfach betont wird, dass eine höhere Verbindlichkeit von bereits gefassten NH-Beschlüssen notwendig sei. Bestehende Beschlüsse sollten durch Politik und Verwaltung ernst genommen und umgesetzt werden.
 - Eine Forderung ist auch die Erarbeitung kommunaler NH-Strategien, ebenso wie die Ausrichtung kommunalen Handelns anhand von Nachhaltigkeitskriterien. In diesem Zusammenhang verweisen mehrere Akteure konkret auf die Einführung einer Nachhaltigkeitsprüfung für kommunale Beschlüsse.
 - Nachhaltige Entwicklung sollte als Querschnittsaufgabe in den Kommunen verankert werden, hierbei sei auch eine entsprechende Anpassung von Verwaltungsstrukturen, aber auch die Weiterbildung von Verwaltungsmitarbeitern notwendig.
 - Zur Überprüfung der Zielerreichung gelte es, regelmäßige Evaluationen auf der Basis von Nachhaltigkeitsindikatoren durchzuführen.
 - Mehrfach wird gefordert, Nachhaltigkeit grundsätzlich als Pflichtaufgabe in der Kommune zu verankern.
 - Als zentral für eine verbindliche Umsetzung werden NH-Strukturen, einschließlich -Stellen gesehen, die es innerhalb der Kommune zu schaffen gelte. Dies wird von einigen Akteuren jedoch gleichzeitig auf Grund defizitärer Haushalte als unwahrscheinlich eingeschätzt.
 - In diesem Zusammenhang wird auf die Notwendigkeit einer besseren Ausstattung der Kommunen mit finanziellen Mitteln durch Länder, Bund und EU verwiesen.
- An die Spitzen von Politik und Verwaltung wird die deutliche Erwartung gerichtet, in Sachen Nachhaltigkeit persönliche Verantwortung zu übernehmen, durch Vorbildwirkung Glaubwürdigkeit zu erzielen und „vom Reden zum Handeln“ zu gelangen. Kommunen und die kommunalen Spitzen, ebenso wie Bund und Länder sollten mit gutem Beispiel vorangehen. Gerade wenn zunehmend zivilgesellschaftliches Engagement gefordert werde, sei eine „stärkere Vorbildwirkung von oben“ unerlässlich.

- Neben der NH-Ausrichtung innerhalb von Kommunen wünscht sich ein Teil der Akteure einen stärkeren interkommunalen Austausch. Dieser bezieht sich zum einen auf kleinere Kommunen im ländlichen Raum, und richtete sich auf die Ebene von Landkreisen. Zum zweiten bezieht sich der Wunsch nach interkommunalem Austausch und stärkerer thematischer Vernetzung auf bereits bestehende etablierte Netzwerke und Initiativen wie ICLEI, Fair-Trade-Towns, das Klimabündnis u.a., bei denen zumeist mittlere und größere Kommunen Mitglied sind und sich zu bestimmten Themen engagieren. Insgesamt wird im Bundesgebiet eine bessere Vernetzung zwischen bestehenden lokalen und regionalen und auch thematischen Netzwerken gewünscht.
- Angemerkt wird weiterhin, dass der Netzwerk21Kongress zukünftig einen breiteren Raum für die Diskussion von Veränderungsbedarfen und ähnlich wichtigen strategischen Fragen bieten sollte.
- Ebenso wird eine bessere Verzahnung der Nachhaltigkeitsaktivitäten und -strukturen zwischen Bund, Ländern und Kommunen als wünschenswert angesehen. Im Rahmen einer solchen „vertikalen Integration“ werden Beratungsstellen auf Landesebene und ein regelmäßiger Informations- und Erfahrungsaustausch zu Nachhaltigkeitsthemen als wichtig erachtet.
- Öffentlichkeitsarbeit und mediale Vermittlung spielen für die Kommunikation der Nachhaltigkeitsthematik und einen breiten gesellschaftlichen Diskurs um Ziele und Aufgaben einer nachhaltigen Entwicklung eine gleichbleibend wichtige Rolle.

5.2.1.5 Flankierende Maßnahmen

Ebenfalls sehr zahlreich wurde mit über 230 Antworten die Frage beantwortet: „**Welche flankierenden Maßnahmen würden die Nachhaltigkeitsbemühungen in Ihrer Kommune Ihrer Einschätzung nach voranbringen?**“

Ein Großteil der Teilnehmerinnen und Teilnehmer benannte **Nachhaltigkeitsstrategien auf regionaler und auf Landesebene** sowie **regionale Nachhaltigkeitsnetzwerke** und betonte deren Bedeutung für die kommunale Ebene.

Folgende Konkretisierungen wurden als wichtige begleitende Maßnahmen angeführt:

- Im Zusammenhang mit der Erarbeitung und Umsetzung von **Landesnachhaltigkeitsstrategien** wird auf die Notwendigkeit der **Abstimmung mit und Integration von Kommunen** verwiesen, da diese NH konkret vor Ort umsetzen. In den Landesnachhaltigkeitsstrategien sollten gemeinsam **konkrete NH-Zielvorgaben** vereinbart werden. Ebenso wären weiterhin die Maßnahmeprogramme zu evaluieren und eine regelmäßige Nachhaltigkeitsberichtserstattung einzuführen.
- Eine stärkere Einbindung von Kommunen wird neben den Landesstrategien auch für die **ationale Nachhaltigkeitsstrategie** gewünscht.
- Als zentral werden **regionale Nachhaltigkeitsnetzwerke** angesehen, die der fachlichen Unterstützung der Arbeit, dem Erfahrungsaustausch sowie der Kommunikation erfolgreicher Beispiele dienen. Eine gemeinsame **bundesweite Homepage** wäre hierfür hilfreich.
- Als erforderlich wird hierfür die **Einrichtung von Koordinierungsstellen für kommunale und zivilgesellschaftliche Nachhaltigkeitsinitiativen** erachtet. NH-Initiativen sollten in ihrer Arbeit erst genommen und unterstützt werden. „Kontinuität anstelle immer neuer Aktionen“ sei hierbei ein wichtiger Faktor. Diesbezüglich wird u.a. auch angeregt, das ehemalige länderübergreifende LA-21-Netzwerk (LAND) wieder zu beleben oder ein ähnlich gelagertes interkommunales Netzwerk zu schaffen, um einen regelmäßigen Austausch auf fachlicher Ebene zu ermöglichen.

- Innerhalb von Bundesländern und Regionen spielt die **Zusammenarbeit zwischen Städten, Nachbargemeinden und Landkreisen** eine wichtige Rolle.
- Gefordert werden **Nachhaltigkeitsvorgaben auf politischer Ebene** entsprechend der Zuständigkeiten im föderalen System.
- An zahlreichen Stellen werden neben NH-Vorgaben durch Bund und Länder **bessere gesetzliche Rahmenbedingungen** für eine nachhaltige Entwicklung in verschiedenen Bereichen gefordert. In diesem Zusammenhang erfolgen auch nochmals Hinweise, Nachhaltigkeit als kommunale Pflichtaufgabe zu verankern.
- Zur Messung der NH-Zielerreichung auf kommunaler Ebene werden Indikatorensets benötigt. Hilfreich wäre hierfür ein **übergreifender Indikatorenservice für die kommunale Ebene durch Bund und Länder**.
- Angemahnt wird eine **stärkere Verantwortungsübernahme für eine nachhaltige Entwicklung durch die kommunalen Spitzenverbände** sowie auch verpflichtende **NH-Fortbildungsangebote für Entscheidungsträger**
- Wie schon bei der vorherigen Frage wird der **finanziellen Ausstattung und Unterstützung der Kommunen für eine nachhaltige Entwicklung** eine große Relevanz beigemessen. Diese weist mehrere Facetten auf. Zum einen sollten **Förderprogramme** auf EU-, Bundes-, und Landesebene deutlich stärker als bisher **auf Nachhaltigkeitskriterien ausgerichtet sein**, um so gezielt Anreize auf kommunaler Ebene setzen zu können. Zum zweiten wird eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung der Kommunen durch Bund und Länder als notwendig angesehen, so dass auch eine mittel- und langfristige Umsetzung erfolgen kann. Zukünftig wäre zudem das ehrenamtliche Engagement bei einer Förderung stärker zu berücksichtigen.

Die Akteure wurden korrespondierend zur vorherigen Frage gefragt, „**welche Art der Unterstützung durch übergeordnete Ebenen Ihnen bislang besonders geholfen**“ habe.

Von vielen Akteuren benannt werden hierzu **erfolgreich agierende Nachhaltigkeitsnetzwerke** auf Landesebene, wie die LAG 21NRW e.V., das „Netzwerk Nachhaltige Bürgerkommune“ in Bayern, das „Nachhaltigkeitszentrum Thüringen“ und das Landes-Agendabüro in Baden Württemberg.

Unterstützung wird ebenso durch zahlreiche **thematisch ausgerichtete Netzwerke bzw. Aktivitäten** erfahren, wie z.B. das Klimabündnis – Alianza del Clima e.V., ICLEI, das Gesunde Städtenetzwerk, die Initiative Fair-Trade-Towns oder auch Unterstützung auf Landesebene zum European Energy Award.

Mittel- und langfristig ausgerichtete Förderprogramme wie die „Nationale Klimaschutzinitiative“, das Programm „Soziale Stadt“ und das EU-Förderprogramm LEADER bieten für viele Akteure finanzielle Unterstützung, die an die Entwicklung konkreter lokaler Strategien und Projekte in Teilbereichen einer nachhaltigen Entwicklung gekoppelt ist.

In struktureller Hinsicht werden bereits vorhandene **Nachhaltigkeitsstrategien auf Landesebene** als unterstützend wahrgenommen wie in Rheinland Pfalz oder Baden Württemberg.

Weiterhin gibt es zahlreiche Maßnahmen, vor allem im Energie- und Klimaschutzbereich, die durch Landkreise und Länder koordiniert und unterstützt werden, wie z.B. im Zukunftskreis Steinfurt, oder in Mecklenburg-Vorpommern, wo ein Bioenergiedorf-Coaching durchgeführt wurde.

Einige wenige Akteure führen die Aktivitäten des RNE, die nationale Nachhaltigkeitsstrategie und den Netzwerk21Kongress als konkrete Unterstützung für ihre Arbeit vor Ort an.

5.2.2 Ergebnisse des bundesweiten Workshops

Zur Diskussion der Ergebnisse sowie der daraus abgeleiteten Thesen aus Online-Befragung, Interviews und Workshops in den verschiedenen Bundesländern, wurde im November 2011 ein bundesweiter Expertenworkshop in Berlin durchgeführt. Hieran nahmen 25 Akteure aus Kommunen, Vereinen, Landestransferstellen und Länderministerien teil, die sich professionell mit Agenda-21- und Nachhaltigkeitsthemen befassen. Nachfolgend werden exemplarisch wesentliche Themen und Ergebnisse der Diskussion dargestellt:

Bürgerschaftliches Engagement, Partizipation, Innovation

Für die Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung vor Ort und die Entwicklung innovativer Projekte und Aktivitäten wird bürgerschaftliches Engagement als wichtige Triebkraft gesehen. Insbesondere aus Agenda-21- aber auch aus anderen Prozessen heraus hat sich in den letzten Jahren der Wille der Zivilgesellschaft zur aktiven Mitgestaltung entwickelt und verstärkt. Diesem gelte es zukünftig noch besser gerecht zu werden. Zum einen wird angemerkt, dass Beteiligungsprozesse, so u.a. beim Bürgerhaushalt und bei Planungsverfahren seitens Politik und Verwaltung sowohl ermöglicht als auch ernst genommen werden sollten. Für die Etablierung einer Beteiligungskultur wird neben einer steigenden Anzahl an Beteiligungsmöglichkeiten künftig vor allem die Entwicklung von Qualitätsstandards für Beteiligungsprozesse als notwendig erachtet.

Bürgerschaftliches Engagement dürfe zudem weder als Alibi missbraucht noch für Aufgaben instrumentalisiert werden, die durch Politik und Verwaltung auf den verschiedenen föderalen Ebenen wahrzunehmen und zu verantworten sind.

Qualifikation und Weiterbildung, Lernprozesse für NH– lernende Verwaltung

Qualifizierungsmaßnahmen, die Wissen über eine nachhaltige Entwicklung für Akteure aus der kommunalen Politik und Verwaltung vermitteln, werden im Hinblick auf die zu leistenden Aufgaben als besonders wichtig erachtet, so u.a. über Partizipationsprozesse. Dies gelte sowohl für die Aus- als auch für die Weiterbildung. Für Qualifizierungsmaßnahmen sollte der Europäische Strukturfonds stärker genutzt werden. Zudem wäre das Thema über die Bundes- als auch die Landeszentralen für politische Bildung und die Kommunalen Spitzenverbände zu stärken und zu vertiefen.

Das Konzept „Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)“ sollte sich in den Kommunen auf Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen kommunaler Akteure aus Politik und Verwaltung richten.

Nachhaltigkeit bzw. NH-Management als kommunale Pflichtaufgabe

Die Frage, ob Nachhaltigkeit künftig als kommunale Pflichtaufgabe verankert werden sollte, wurde differenziert diskutiert. Zum einen wäre eine neue Pflichtaufgabe aufgrund der finanziellen Notlage vieler Kommunen nur schwer durchsetzbar. Auf der anderen Seite wird eben diese finanzielle Notsituation als wichtiges Argument angeführt, um in Zukunft eine nachhaltige Entwicklung umzusetzen, da Kommunen oftmals nur noch in der Lage seien, Pflichtaufgaben zu erfüllen und freiwillige Leistungen wegzulassen.

Einheitlich sprachen sich die Akteure hingegen dafür aus, „nachhaltiges Handeln seitens der Kommunen als verpflichtend“ anzuerkennen und dazu passende Instrumente zu nutzen und Konzepte zu implementieren. Empfohlen wird, einen Nachhaltigkeits-Check und ein Nachhaltigkeitsmanagement einzuführen. Beide könnten und sollten auch gesetzlich verankert werden. Die sogenannte Nachhaltigkeitsprüfung kann zum einen im Vorfeld als Gesetzes- und Maßnahmenabschätzung erfolgen („ex ante“) und zum zweiten auch im Nachgang zur Evaluation von Projekten und Maßnahmen („ex post“) herangezogen werden. Beides ist sinnvoll. So ließen sich u.a. Investitionen mit Hilfe einer Nachhaltigkeitsprüfung auf ihre Nachhaltigkeitswirkung hin beurteilen.

Betont wurde, dass bei der Etablierung von Nachhaltigkeit als strategischem Ansatz und als integrierte Managementaufgabe bei den besonders drängenden kommunalen Problemlagen begonnen werden sollte. (z.B. Demografie/ Fachkräftemangel, Flächenverbrauch, etc.)

Strukturen für eine nachhaltige Entwicklung

Einig waren sich die anwesenden Expertinnen und Experten darüber, dass für die Implementierung einer Nachhaltigen Entwicklung angemessene Ressourcen in Form von Personalstellen und Finanzen in den Kommunen notwendig sind. Innovative Prozesse und Projekte, die rein auf selbstorganisierter Ebene und ohne Mittelausstattung verbleiben, versanden nach einer gewissen Zeit.

Als äußerst sinnvoll wurden neben kommunalen Stellen auch LA-21/ bzw. NH-Koordinatorstellen auf Landesebene eingeschätzt, wenn diese professionell arbeiten und Beratungs- und Vernetzungsarbeit leisten. Erfolgreiche Modelle bestehen hier v.a. in NRW mit der LAG 21 NRW. e.V. und in Thüringen mit dem Nachhaltigkeitszentrum Thüringen. Um einen regelmäßigen fachlichen Austausch zwischen Agenda-21-/ NH-Akteuren auch zwischen den föderalen Ebenen wieder stärker als bisher zu ermöglichen, wird eine bundesweite Nachhaltigkeitstransferstelle (NHTS) als sinnvoll erachtet. Vorausgehen sollten hierzu allerdings eine Evaluierung bisheriger Ansätze sowie fundierte Überlegungen und eine Abstimmung der Nachhaltigkeitsakteure darüber, welche konkreten Funktionen und Aufgaben eine künftige länderübergreifende Nachhaltigkeitstransferstelle übernehmen sollte. Die NHTS sollte auf jeden Fall unabhängig agieren und auch aus unabhängigen Mitteln gespeist werden. In Erwägung zu ziehen wären u.a. Stiftungsmodelle.

Dialog und Vernetzung, Netzwerk21Kongress

Der jährlich und in jeweils wechselnden Städten stattfindende bundesweite **Netzwerk21Kongress** hat sich mittlerweile als wichtige Plattform für den Austausch zivilgesellschaftlicher und kommunaler Nachhaltigkeitsaktivitäten etabliert. Er sollte fortgesetzt und weiterentwickelt werden. Hinsichtlich der Finanzierung merken die Akteure an, dass die weitere Bereitstellung von Mitteln durch den Bund notwendig sei. Für die Gewinnung und Auswahl von Sponsoren aus der Wirtschaft sollten in jedem Falle transparente Kriterien erarbeitet werden, die dem Nachhaltigkeitsanspruch des Kongresses Rechnung tragen.

Der 2010 begonnene **Bürgermeisterdialog des RNE** wird begrüßt. Gleichwohl wird angemerkt, dass von ihm zwar Impulse und Anregungen ausgehen, er aber keine Strukturen für eine kontinuierliche Zusammenarbeit biete. Allerdings sei dies (bisher) auch nicht intendiert. Die daraus im Forschungsvorhaben „Rio+20 vor Ort“ abgeleitete Empfehlung, Bürgermeisterdialoge auf Landes- bzw. auf regionaler Ebene zu führen, wird als sinnvoll angesehen, wobei hierfür jeweils konkret Themen und Funktion des Erfahrungsaustauschs und Dialogs zu klären wären. Für die Anbahnung eines solchen Dialoges auf Landesebene wäre zu prüfen, inwieweit die Strukturen des Städte- und Gemeindetages genutzt werden könnten.

Förderprogramme, Kapazitäten und Ressourcen

Förderprogramme sollten bewusst als Steuerungsinstrument hin zu einer nachhaltigen Entwicklung genutzt werden. Um ein besseres Mainstreaming von Nachhaltigkeitsprozessen auf kommunaler Ebene zu erreichen, sollten Förderprogramme auf Bundes- und Länderebene stärker als bisher Nachhaltigkeitskriterien einbeziehen, u.a. in der Städtebauförderung. Als ein wichtiges Förderkriterium wäre zu verankern, ob eine qualifizierte Partizipation stattgefunden hat bzw. diese geplant sei.

Niedrigschwellige Angebote, Langfristorientierung und Kontinuität sind wichtig, gerade für Kommunen, die noch am Beginn des Weges stehen. Städte, die hinsichtlich nachhaltiger Entwicklung bereits gut aufgestellt sind, gewinnen zumeist auch Wettbewerbe – dies sei ein

bekanntes Phänomen. Der Schwerpunkt sollte daher verstärkt auf **Breitenförderung** für NH statt auf „Leuchtturmprojekte“ gelegt werden. Als besonders wichtig wird die **Ausrichtung auf Kooperation statt auf Konkurrenz** angesehen. Diese sollte sich auch auf die interkommunale Zusammenarbeit richten. Der Kooperationsgedanke könnte in verschiedenen Förderprogrammen für Kommunen verankert werden. So wäre es z.B. sinnvoll, an Wettbewerbe ein Qualifizierungsangebot zu koppeln, so dass auch Kommunen, die nicht zu den Vorreitern bzw. Gewinnern zählen, davon profitieren können.

Förderprogramme sollten zudem so ausgelegt sein, dass sie einen Experimentier- bzw. Innovationsraum ermöglichen, indem auch „Fehler gemacht und daraus Erfahrungen gesammelt werden dürfen“. Das sei heute bei vielen Programmen nicht der Fall.

Problematisch sei insbesondere für finanzschwache Kommunen die bei Förderprogrammen oftmals vorzufindende Anforderung, Eigenanteile für das beantragte Vorhaben bereitzustellen. Eine positiv eingeschätzte Lösungsoption dafür wäre ein **Kofinanzierungsfonds**, der durch das jeweilige Bundesland aufgelegt werden könnte. Hieraus würde Kommunen bei erfolgreichen Anträgen finanzielle Unterstützung zu Teil werden. Weiterhin sollte auch ehrenamtliche Arbeit als Eigenleistung anerkannt werden. Dies wird in Sachsen-Anhalt auf Landesebene bereits praktiziert.

Eine hohe Hürde stellt das Einwerben von EU-Fördermitteln dar. Hier wären leicht zugängliche und kompetente Beratungsangebote für Kommunen auf Landesebene sehr hilfreich.

Umgang mit sektoralen Strategien und Prozessen

Viele Kommunen haben sektorale Prozesse, insbesondere im Energie- und Klimaschutzbereich gestartet. Diese sollten als Chance für den Einstieg und als Ausgangspunkt für eine nachhaltige Entwicklung genutzt werden. Sektorale Ansätze werden tendenziell positiv bewertet, sie sollten jedoch mittelfristig mit weitergehenden Nachhaltigkeitsaspekten unterfüttert bzw. in eine NH-Strategie überführt und integriert werden.

Eine Nachhaltige Entwicklung als übergreifenden Ansatz zu implementieren ist vor allem dort Erfolg versprechend, wo Kommunen bereits mit zahlreichen Aktivitäten auf gutem Wege sind. Ansonsten bestehe auch die Gefahr der Überforderung. Frühere Agenda-21-Prozesse auf kommunaler und Landesebene sind zum Teil an ihren komplexen und hohen Ansprüchen und an einer diesbezüglich noch nicht ausreichenden Erfahrung gescheitert. Diese notwendige Erfahrung liegt heute vielerorts vor, sollte entsprechend aufgearbeitet und genutzt werden.

NH-Indikatorensets und Kernindikatoren

Die Akteure merken an, dass Nachhaltigkeit heute an vielen Stellen noch eine zu unbestimmte Forderung sei und diese mit konkreten Zielstellungen und Indikatoren unterlegt werden müsse. Indikatoren sind zur Messung der Veränderungen und erzielten Fortschritte, zur Evaluation und zum Nachjustieren der eingeleiteten Umsetzungsschritte und Maßnahmen äußerst wichtig. Mittlerweile gibt es eine Anzahl in der Praxis erprobter NH-Indikatorenssysteme (u.a. von FEST, ICLEI, Agenda-Transfer, LAG21 NRW). Hilfreich wäre es, diese gemeinsam auf einer bundesweiten Homepage vorzustellen, so dass Kommunen das für sich angemessene Indikatorenset auswählen und nutzen können.

Parallel hierzu sollten die Bemühungen für ein bundesweites NH-Kernindikatorenset weitergehen, so dass neben der Messung eigener Fortschritte und Defizite auch eine gewisse Vergleichbarkeit sowohl zwischen den Kommunen als auch zwischen Kommunen, Bund und Ländern ermöglicht werde.

6 Innovationen für eine nachhaltige Entwicklung – Ausführliche Fallstudien

Auf der Basis von Leitfaden gestützten Interviews wurden Praxisakteure aus Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung befragt, die an besonders innovativen Nachhaltigkeitsaktivitäten in den jeweiligen Städten und Gemeinden maßgeblich beteiligt sind bzw. diese initiiert haben. In vielen Fällen waren die Interviewpartner aktuell oder in früherer Zeit direkt im Zusammenhang der Lokalen Agenda 21 aktiv. Die Fragen richteten sich insbesondere auf die konkrete Ausgestaltung der Nachhaltigkeitsprojekte und -prozesse vor Ort, auf innovative Kooperationsformen zwischen Verwaltung/ Politik und Zivilgesellschaft sowie auf Hintergründe und Rahmenbedingungen für die erfolgreiche Umsetzung, respektive der Lösung von Problemen und Aufgaben. Auf Basis der Interviewergebnisse fand abschließend die Auswahl und Ausarbeitung von Fallbeispielen statt, die in Kurzfassung Eingang in die Broschüre „Rio+20 vor Ort – Kommunen auf dem Weg zur Nachhaltigkeit“ fanden.

Des Weiteren wurden aus diesen Kurzbeispielen heraus die im Folgenden dargestellten ausführlichen Fallstudien erarbeitet. In ihnen findet sich eine detaillierte Analyse und Darstellung von innovativen und auch erfolgreichen LA-21- und Nachhaltigkeitsprozessen und -projekten, inklusive der Herausarbeitung von Erfolgsfaktoren und Rahmenbedingungen.

6.1 Dortmund: „Eine faire Hauptstadt die handelt“

Dortmund ist als zweifache „Hauptstadt des Fairen Handels“ Impulsgeber für andere Kommunen. Mit dem langjährigen „Aktionsbündnis Fairer Handel“ werden beachtliche Innovationseffekte erzielt. So wurde 2008 die „FA!R“-Handels-Messe ins Leben gerufen, die mittlerweile überregionale Bedeutung erlangt hat. 2010 wurde mit der „Magna Charta Ruhr.2010“ Fair-Handels-Geschichte geschrieben: Im Zuge der europäischen Kulturhauptstadt 2010 verpflichteten sich alle 53 Kommunen im Ruhrgebiet, ihrer globalen Verantwortung gerecht zu werden und zukünftig im Rahmen ihrer kommunalen Beschaffung auf Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit zu verzichten. Dortmund selbst erzeugt durch seine Initiative zur fairen Beschaffung eine Nachfrage nach fairen Produkten und regt bei Produzenten die Umstellung und Erweiterung ihrer Angebote auf Produkte aus Fairem Handel an. Das Netzwerk sowie die daraus folgenden Aktionen befinden sich in ständiger Weiterentwicklung. Mittelfristig ist es das Ziel, bis Ende 2012 alle Gemeinden, Städte und Kreise des Ruhrgebiets dafür zu gewinnen, an der internationalen Kampagne „Fair-Trade-Town“ teilzunehmen.

Ausgangspunkt – Von der Auszeichnung zur Kampagne

Dortmund ist „Hauptstadt des Fairen Handels“. Vergeben wurde der Titel an die Ruhrmetropole erstmals im Jahre 2003 durch die „Servicestelle Kommunen in der Einen Welt“ sowie das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung im Rahmen eines bundesweiten Wettbewerbes. „Die Auszeichnung war ein Fanal für unsere weitere Arbeit“ sagt Christoph Struß vom Agenda-Büro der Stadt Dortmund. Langjährige Arbeit und das Zusammenwirken zahlreicher Organisationen und Initiativen im entwicklungspolitischen Bereich erhielten eine gebührende Würdigung und erreichten zugleich eine größere Öffentlichkeit, so unter anderem für den jährlich stattfindenden „Weltladentag“.

Die engagierten Akteure nutzten die Titelverleihung als Chance für die Entwicklung neuer Vorhaben und den Ausbau ihres bestehenden Fair-Handels-Netzwerkes. Mit dem Preisgeld in Höhe von 2.500 € wurde eine breit angelegte, professionelle Werbekampagne für den Fairen Handel gestartet. Noch stärker als bisher sollte das Thema in das öffentliche Bewusstsein der Dortmunder Bürgerinnen und Bürger rücken.

Die Koordination der Kampagne erfolgte durch einen Koordinierungskreis aus Vertreterinnen und Vertretern des Informationszentrums Dritte Welt, der evangelischen Jugend Dortmund und Lünen und des Dortmunder Agenda-21-Büros. Letzteres stellte zudem weitere Mittel für Werbematerialien zur Unterstützung der Kampagne zur Verfügung.

Verbunden waren die Vorbereitungen für das aktuelle Vorhaben mit einer Bestandsanalyse bereits engagierter Akteure sowie der Entwicklung von Perspektiven für zukünftige Kooperationen, einschließlich der Gewinnung neuer Kooperationspartner. Die formulierten Projektideen und Vorschläge bildeten eine richtungsweisende Ausgangsbasis für die zukünftige Zusammenarbeit der Netzwerkpartner.

Innovative Weiterentwicklung der Ideen – „Mehr Wert für Alle“

Die positiven Ereignisse rund um die Preisverleihung gaben den Anstoß, ein „Dortmunder Aktionsbündnis zum Fairen Handel“ zu gründen. Ziel des freiwilligen Netzwerkes ist es, das Thema des Fairen Handels dauerhaft in der breiten Öffentlichkeit zu verankern und kurz bis mittelfristig die Produkte des Fairen Handels aus ihrem „Nischendasein“ heraus- und über die Regale der Supermärkte in die Einkaufskörbe möglichst vieler Kundinnen und Kunden zu führen.

Diese Idee und alle damit einhergehenden Anstrengungen wurden 2005 belohnt, als das Dortmunder Aktionsbündnis mit seinen zahlreichen Projekten und Aktionen erneut den Bundeswettbewerb „Hauptstadt des fairen Handels“ für sich entscheiden konnte.

Dem Aktionsbündnis gehören mittlerweile rund 80 Partner aus Eine-Weltgruppen, Kirchen, Schulen, dem Handel, Nichtregierungsorganisationen, Bildungseinrichtungen, Vereinen und städtischen Fachbereichen an. Das Spektrum der Mitglieder reicht von „Terre des Hommes“ bis hin zu „Borussia Dortmund“. Mit an Bord sind prominente Unterstützer und „Werbeträger“ wie der Borussia Trainer Jürgen Klopp. Das Aktionsbündnis hat sich zu einer festen Größe in Dortmund entwickelt und ist über die Stadtgrenze hinaus bekannt. Projekte und Aktionen der Kooperationspartner werden in einem Jahresprogramm veröffentlicht und auch über eine gemeinsame Internetplattform der breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Die Internetplattform bietet aber viel mehr. Über einen „Hauptstadtladenfinder“ mit breiter Produktpalette lassen sich mit einem Mausklick jene Geschäfte finden, die das gesuchte Produkt aus Fairem Handel in Dortmund anbieten. Die Spannbreite reicht von Lebensmitteln über Haushaltswaren bis hin zu Sportgeräten und Textilien. Bürgerinnen und Bürger erhalten damit einen leichten Zugang zu diesen Produkten.

Der Erfolg gibt den Dortmunder Akteuren recht. Aus dem Aktionsbündnis heraus werden zahlreiche innovative Ideen rund um das Themenfeld Fairer Handel entwickelt und umgesetzt. Beachtlich ist nicht nur Vielfalt der Aktionen, sondern auch ihre strategische Verankerung in der Kommune. Dies geht einher mit der Einbindung wesentlicher Akteure und Entscheidungsträger.

2008 wurde die „FAIR“-Handelsmesse ins Leben gerufen. Sie findet seit 2010 in der Messe Westfalenhallen Dortmund statt und setzt den Fokus auf fair gehandelte Textilien und Accessoires. Begleitet wird die Messe von einer Fachtagung. Besucherzielgruppe sind all diejenigen, die sich für fair gehandelte Produkte interessieren und sich über Zukunftstrends im Fairen Handel informieren möchten; das betrifft Unternehmen, Fachpersonal wie Einkäufer für den Fach- und Einzelhandel, die Gastronomie und Institutionen ebenso wie Endverbraucher.

Mit über 100 Ausstellern und 2.500 Besuchern im Jahr 2011 erreicht die „FAIR“ deutliche öffentliche Aufmerksamkeit. Die Messe wird von einem Netzwerk von Kooperationspartnern getragen. Darin fungieren u.a. das „Eine Welt Netz NRW“ als ideeller Träger, die Landesregierung NRW als Förderer und die Stadt Dortmund in Zusammenarbeit mit dem Einzelhandelsverband Westfalen-Münsterland, der Agentur Impulse und dem „Aktionsbündnis zum Fairen Handel“ als Gastgeber und Unterstützer.

Das Fundament der Messe bildet ein breites ehrenamtliches Engagement. Ansporn für die Beteiligten mag auch die dahinterliegende Idee sein, Produkte aus Fairem Handel „vom Nischen-Dasein zum Trendprodukt“ zu entwickeln.

Mittelfristiges Ziel ist es, die „FA!R“ als bundesweite Messe und Fachtagung zum Fairen Handel mit europäischer Ausstrahlung in Dortmund zu etablieren.

Es ist kein Zufall, dass die FA!R in Dortmund entwickelt wurde. Als Doppelhauptstadt des Fairen Handels 2003 und 2005 haben die Dortmunder Akteure ihre deutschlandweit herausragende Position auf dem Gebiet des Fairen Handels genutzt und innovativ untermauert.

Der erfolgreiche Verlauf der Messe ist durch die gute Zusammenarbeit der professionellen und ehrenamtlichen Akteure des Dortmunder Aktionsbündnisses möglich geworden.

Der LA-21-Prozess – Unterstützung durch Engagement und Ressourcen

Das Dortmunder Agenda-Büro spielt eine bedeutende Rolle bei der Implementierung und Umsetzung der Fair-Handels-Strategie. Das Büro wurde nach dem Ratsbeschluss 1999 eingerichtet und ist direkt beim Amt für Angelegenheiten des Oberbürgermeisters und des Rates an der Stadtspitze angesiedelt. Zwei Personalstellen garantieren Arbeitsfähigkeit und Kontinuität.

Die Arbeitsschwerpunkte des Agenda-Büros liegen in der Koordinierung des Prozesses, der Initiierung und Durchführung konkreter Projekte, der Information und dem Wissenstransfer sowie insbesondere der Vernetzung und Unterstützung der lokalen Akteure, die sich für eine nachhaltige Entwicklung engagieren. Die Erarbeitung und Umsetzung der Lokalen Agenda 21 wird seitens der Stadt als ein stetiger Prozess begriffen, der – um Wirkungsmacht zu entfalten – auch finanziell und personell unterlegt wird. Seit 1999 sind in Dortmund im Zuge der Agenda 21 eine Vielzahl von Aktionen durchgeführt worden aus denen sich tragfähige Strukturen und Netzwerke entwickelt haben. Eine umfassende Bürgerbeteiligung ist mittlerweile in vielen Bereichen Standard, so wird auch die Einbeziehung der Jugend als „gelebter Alltag“ bezeichnet. Es hat sich eine „Kultur des Miteinanders“ etabliert, die von den Akteuren als wertvoll angesehen wird und auf deren Basis auch Konflikte sachlich ausgetragen werden können. Verkörpert wird diese Haltung in besonderem Maße durch den Oberbürgermeister Ullrich Sierau. Er ist als Oberbürgermeister u.a. auch Schirmherr, Förderer und Unterstützer der FA!R und hat das Thema Fairer Handel im Rahmen der Agenda 21 von Beginn an stark unterstützt und vorangetrieben.

Als Mitinitiator und Kooperationspartner der FA!R ist das Agenda-Büro unmittelbar in den Vorbereitungsprozess involviert. Die Fair-Handels-Aktivitäten des Agenda-Büros richten sich jedoch nicht nur nach außen, sondern auch auf Prozesse innerhalb der Stadtverwaltung. An zentraler Stelle steht die Einführung einer fairen und nachhaltigen Beschaffung im kommunalen Einkauf.

Fairer Handel und Nachhaltige Beschaffung sind eingebettet in eine Vielzahl weiterer Themen und Aktivitäten unter dem Dach der Dortmunder Agenda 21, so zum Beispiel das ÖKOPROFIT-Projekt, der European Energy Award oder die Kampagne „Zukunft der Schule“. All diese Vorhaben sind auf Langfristigkeit und Ressourcenschonung angelegt und zeichnen sich durch ihren Netzwerkcharakter aus. Flankierend gibt es klassische Agenda-21-Arbeitskreise zu den Themen Bildung, Erneuerbare Energien und Mobilität.

Symbol für die Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements für eine nachhaltige Entwicklung ist das Dortmunder Agenda-Siegel. Es wird seit 2004 regelmäßig durch die Kommune in verschiedenen Kategorien vergeben. Ermöglicht werden die Geldpreise von bisher über 50.000,- € durch zahlreiche Dortmunder Unternehmen. Die Jury setzt sich zusammen aus Vertreter/innen vom Einzelhandelsverband, der Verbraucherzentrale, der Kirche sowie der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW.

Nachhaltigkeit wird in Dortmund als Querschnittsaufgabe begriffen. Mit den integrierten Stadtbezirkentwickungskonzepten werden seit Jahren Chancen und Potenziale in den zwölf Dortmunder Stadtbezirken mit intensiver Bürgerbeteiligung vor Ort abgeklärt. Neben dieser thematisch umfassenden Planung gibt es sogenannte Masterpläne. Hier werden mit Beteiligung von Politik, Verwaltung und Bürgerschaft die gesamtstädtischen Ziele für wichtige Querschnittsthemen wie z.B. Mobilität, Einzelhandel, Migration, Wohnen usw. diskutiert und konkretisiert.

Derzeit wird mit dem „Dortmunder Nachhaltigkeitsindex“ (DOX33) ein Indikatorensystem mit 33 Indikatoren implementiert. Seine Aufgabe ist es die nachhaltigen Prozesse zu überprüfen, fortzuschreiben und damit Entwicklungen erkennbar zu machen. Durch den sogenannten „Nachhaltigkeitscheck“ wird exemplarisch ein Kontrollinstrument eingeführt, dass bei Beschlussvorlagen die Folgen für die Nachhaltige Entwicklung anzeigen soll.

Fairer Handel als strategisches kommunales Handlungsfeld für eine nachhaltige Entwicklung in Dortmund

Wie bereits kurz erwähnt, integriert die Stadt Dortmund parallel zu den vielfältigen Aktionen im Akteursnetzwerk die Thematik Fairer Handel an zentraler Stelle in ihre inneren Abläufe. Mit ihrer Richtlinie zur Fairen Beschaffung im Rahmen der Vergabeordnung setzt die Kommune bundesweit Maßstäbe. Die Änderung der Vergabeordnung legt fest, dass bei der kommunalen Beschaffung nicht nur rein ökonomische Kriterien betrachtet, sondern auch die gesellschaftlichen Auswirkungen berücksichtigt werden müssen. Die von der Stadt Dortmund verfolgte Zielsetzung liegt in einer ausgewogenen Berücksichtigung von ökonomischen, sozialen, ökologischen und innovativen Aspekten innerhalb der Vergabeverfahren. In dieser Hinsicht ist die Beschaffung in allen Warengruppen sukzessive auf nachhaltige Kriterien umzustellen.

So hat Dortmund als erste Stadt in Deutschland die Mitarbeiter ihrer Betriebskantine mit Arbeitsbekleidung ausgestattet, bei deren Produktion die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen durch die Multistakeholderinitiative (MSI) der Fairwear Foundation kontrolliert wurde. Die mit der Produktion beauftragte Firma muss gewährleisten, dass die gesamte Produktionskette von der Faser bis zum Endprodukt sozialverträglich ausgerichtet ist.

Die Palette der kommunalen Beschaffung ist breit gefächert. Gut etablierte Beispiele für eine ökologische und faire Beschaffung sind Kaffee und Tee, Büromaterialien, vor allem Papier, sowie Blumen und Fußbälle. Schwieriger wird es bei IT-Produkten, für deren Produktion u.a. seltene Metalle benötigt werden, deren Abbau in Entwicklungsländern oftmals unter menschenunwürdigen Bedingungen erfolgt. Dortmund wird auch in diesem Bereich systematisch die Umstellung auf faire und ökologische Produkte vorantreiben.

Die „FAIR“-Handelsmesse bildet hierfür eine wichtige Plattform deren Bedeutung zukünftig noch steigen dürfte. „Auf der Reise steigen die Fahrgäste zu“, schildert Christoph Struß die Entwicklung treffend.

Dortmund weist als kommunaler Großabnehmer eine Marktmacht auf, die den Markt positiv im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung beeinflussen kann. Hier ist das Beispiel des Unternehmens zu nennen, das den Zuschlag für die faire Berufsbekleidung erhalten hat und aufgrund dieser Erfahrung nun für künftige Fälle einen eigenen Mitarbeiter mit der Betreuung von ähnlichen Aufträgen betraut hat. Um die Entwicklung zu beschleunigen und weitere Partner zu gewinnen, ist jedoch ein Bündnis von vielen Kommunen notwendig.

Impulsgeber für die Region – Die Magna Charta Ruhr.2010

Die Chance, das Thema Fairer Handel noch breiter als bisher zu verankern, bot sich im Jahre 2010 in Verbindung mit der europäischen Kulturhauptstadt 2010. Hier präsentierte sich das Ruhrgebiet als Modellregion für Europa. Engagierte Akteure aus Weltläden, Agenda-

Büros, Eine-Welt-Zentren, kirchlichen Einrichtungen etc. schlossen sich zum „Netzwerk Faire Kulturhauptstadt Ruhr.2010“ zusammen, um die Eine-Welt-Thematik in die Kulturhauptstadtinitiative einzubringen. Dortmund spielte hierbei eine maßgebliche Rolle, da die Kommune als Fair-Trade-Stadt bereits 2009 Richtlinien gegen ausbeuterische Kinderarbeit für die kommunale Beschaffung verabschiedet hatte.

Im Ergebnis der Bemühungen wurde am 12. Juni 2010 im Dortmunder Rathaus ein gemeinsamer Beschluss der Kulturhauptstadt-Kommunen gegen ausbeuterische Kinderarbeit unterzeichnet – die MAGNA CHARTA RUHR.2010.

Dr. h.c. Fritz Pleitgen, leitender Geschäftsführer der RUHR.2010 GmbH, stellte in seiner Festrede unter anderem heraus, dass die Unterzeichnung der Magna Charta im Rahmen der Kulturhauptstadt 2010 ein großes Signal für das Ruhrgebiet, aber auch für andere Regionen sei. Gleichzeitig werde gezeigt, wie das Ruhrgebiet aufbauend auf seinen Stärken und Besonderheiten nicht nur sich selbst weiterentwickelt, sondern auch dazu beiträgt, dass anderen Regionen dieser Welt die Chance auf eine gerechtere Entwicklung nicht verwehrt wird.²⁸

Auch dieser Erfolg kann sich sehen lassen: mittlerweile haben die Bürgermeister aller 53 Kommunen des Ruhrgebietes sowie auch die vier betroffenen Landkreise den Beschluss unterzeichnet. Sie verpflichten sich darin, ihre kommunale „Vergabep Praxis so zu gestalten, dass keine Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit mehr gekauft werden“. Die Kommunen und Landkreise mit ihren über fünf Millionen Einwohnern können angesichts ihres enormen Auftragsvolumens so wesentlich zum Schutz von Kindern vor Ausbeutung und gesundheitlichen Gefahren beitragen und damit auch ein deutliches Zeichen für die globale Verantwortung von Kommunen in Europa setzen.

Sie wirken nun aktiv mit, um das Ruhrgebiet mittelfristig zu einer umfassenden „Fairen Metropole Ruhr“ zu entwickeln. Unter diesem Slogan wird die Magna Charta Ruhr.2010 weiterentwickelt, mit dem Ziel, dass alle Gemeinden, Städte und Kreise des Ruhrgebietes die Kriterien der Fairtrade Towns-Kampagne erfüllen und den internationalen Titel „Fair-Trade-Region“ erringen.

Dortmund ist seit 2009 die erste Fairtrade-Stadt im Ruhrgebiet und damit Teil der über 1.000 Fair-Trade-Towns weltweit – darunter London, Rom, Brüssel und San Francisco. In Deutschland wird die Kampagne von Fairtrade Deutschland e.V. getragen. Die internationale Auszeichnung ist an fünf zentrale Kriterien zum Fairen Handel gebunden, die die Kommune erfüllen muss.

Was für die Weiterentwicklung erforderlich ist

„Wenn es denn ginge, würden wir bereits heute für die Kommune alle Produkte fair und nachhaltig beschaffen“, ist Christoph Struß von Agenda-Büro überzeugt.

Aber fundierte Fortschritte in diese Richtung nehmen Zeit in Anspruch. Es muss sich ein „Markt für faire Produkte“ entwickeln, Produzenten, Händler und Einkäufer müssen auf diesem Weg mitgenommen und auch unterstützt und ermutigt werden.

Eine Herausforderung besteht in der zuverlässigen Zertifizierung fairer Produkte sowie in der Kenntnis der tatsächlichen Kriterien, mit denen die jeweiligen Zertifikate unterlegt sind. Es existieren inzwischen rund 400 Labels. Kommunale Einkäufer müssen diese erkennen und schnell und sicher anhand des Labelings entscheiden können, ob die angebotenen Produkte tatsächlich den festgesetzten Ansprüchen genügen. Unerlässlich sind daher Schulungen und Weiterbildung sowie die Verankerung der Thematik in der Ausbildung. Dortmund kommt dieser Notwendigkeit bereits nach und nimmt an Schulungen für Mitarbeiter/-innen der

²⁸ Vgl. Pressemitteilung vom 12.06.2012, Quelle: http://www.eine-welt-netz-nrw.de/seiten/fileadmin/fair/seiten/Bahnhof/Beschaffung/Pleitgen_Rede_Magna%20Charta%20Ruhr120610.pdf (Zugriff 10. Oktober 2011)

kommunalen Beschaffungsstelle teil, wie sie zum Beispiel im Rahmen der regionalen Workshops des Projektes „FA!RKAUFEN NRW“ angeboten werden.

Hilfreich wäre zukünftig die Einrichtung einer zentralen Clearingstelle, die neue Siegel überprüft, validiert und die kommunales Fachpersonal sowie die interessierte (Fach-) Öffentlichkeit berät.

Was den Erfolg ermöglicht

Die Stadt Dortmund ist als zweifache Hauptstadt des Fairen Handels sowie dem daraus folgenden weiteren Prozess innovativer Trendsetter mit einer aktiven Ausstrahlung in das Ruhrgebiet und darüber hinaus.

Gefragt nach wesentlichen Unterstützungsbedingungen für diese erfolgreiche Arbeit benennen die Mitarbeiter/-innen des Agenda-Büros in erster Linie folgende Punkte:

- Es konnte ein transparentes und tragfähiges Netzwerk von Akteuren aufgebaut werden, das Konfliktfähigkeit beweist.
- Der Oberbürgermeister Ullrich Sierau engagiert sich selbst seit vielen Jahren für die Agenda 21 und die Thematik Fairer Handel.
- Für die Umsetzung und tiefgreifende Verankerung neuer Projektideen ist die Arbeit mit „Leuchtturmprojekten“ hilfreich.
- Um das Thema in die Breite zu tragen, ist die Gewinnung von Prominenten wie dem Borussia Trainer Jürgen Klopp als beispielgebendes Vorbild von großem Wert.
- Professionalität und Wiedererkennungseffekt sind für öffentlichkeitswirksame Kampagnen eine weitere Erfolgsbedingung. Für die Kampagnen zum Fairen Handel wurde eine im Themenfeld engagierte Werbeagentur beauftragt, die ein Corporate Design entwickelte und die bis heute zu den Unterstützern gehört.
- Auf übergeordneter Ebene sind Netzwerke, Wettbewerbe und Servicestellen von Bedeutung. Die „Servicestelle Kommunen in der Einen Welt“ richtet seit 2003 alle zwei Jahre den Wettbewerb "Hauptstadt des Fairen Handels" aus, vernetzt die Bewerberkommunen, informiert über das „Bundesnetzwerk Faire Beschaffung“ und setzt damit bundesweit Impulse. Der Wettbewerb wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gefördert.
- In Nordrhein-Westfalen gab es lange Jahre durch die Landesregierung eine Förderung zur Kommunalen Entwicklungszusammenarbeit. Die Mittel wurden über die Kommunen an die Nichtregierungsorganisationen vergeben und ermöglichten und unterstützten Projekte sowie eine umfassende Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit vor Ort.
- Mit der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW (LAG 21NRW) existiert ein zentraler und professioneller Partner und zugleich ein NRW weites Forum für Austausch und Vernetzung zum Thema nachhaltige Kommunalentwicklung. Innovatives und kommunenübergreifendes Handeln erfährt durch das LAG21-Netzwerk eine starke Unterstützung und Verbreitung in NRW.
- Innerhalb der Kommune kommt dem Agenda-Büro eine ähnliche Bedeutung und Funktion zu. Es ist innerhalb der Stadt Dortmund Impulsgeber, Motor und Verstärker von Aktionen und Projekten im Sinne der Nachhaltigen Entwicklung.

Kontakt:

Stadt Dortmund, Agenda-Büro
Helga Jänsch, Christoph Struß,
agenda@dortmund.de
<http://www.lokaleagenda.dortmund.de>

Weiterführende Links

- Dortmunder Portal zum Fairen Handel
<http://www.hauptstadt-handelt.de/startseite.html>
- Magna Charta Ruhr
http://www.eine-welt-netz-nrw.de/seiten/fileadmin/ewn/seiten/Fairer_Handel/Beschaffungswesen/Magna%20Charta%20Ruhr%202010.pdf
- FAIR 2012
<http://westfalahallen.de/messen/fair/>
- Eine-Welt-Netz NRW
<http://www.eine-welt-netz-nrw.de>
- Informationszentrum 3. Welt e.V.
<http://www.iz3wdo.de/>
- Kampagne für Saubere Kleidung
<http://www.saubere-kleidung.de/>
- Kampagne Fairetrade-Town
<http://www.fairtrade-towns.de>
- Label online, Informationsportal der Verbraucherinitiative e.V.
<http://www.label-online.de/>
- Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW
<http://www.sue-nrw.de/>
- Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
<http://www.service-eine-welt.de/hauptstadt/fh/hauptstadt/fh-projektinfo.html>
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
http://www.bmz.de/de/was_wir_machen/themen/wirtschaft/fairer_handel/

6.2 Hannover wirkt integrativ – für Zukunftsfähigkeit

Hintergrund

Die Mitwirkung möglichst vieler Bevölkerungsgruppen bei den kommunalen Nachhaltigkeitsaktivitäten ist ein wesentliches Qualitätsmerkmal und wurde in Hannover von Beginn an sehr wichtig genommen. Bereits im Juni 1995 hat der Rat der Landeshauptstadt Hannover den Zielen der Agenda 21 zugestimmt und zur Umsetzung und Unterstützung das Agenda-21-Büro eingerichtet. Im Ratsbeschluss heißt es: „Jede Kommunalverwaltung soll in einen Dialog mit ihren Bürgerinnen und Bürgern eintreten und eine kommunale Agenda beschließen.“

Die Nachhaltigkeitsaktivitäten in Hannover umfassen ein breites Spektrum von Themenfeldern und Handlungsbereichen. Hierzu gehören z.B. ein Lokaler Integrationsplan, die Einbeziehung von Unternehmen durch Ökoprotit Hannover, Klimaschutzprogramm und Klimaallianz, Maßnahmen zur Biodiversität und zum Gewässerschutz, Aktivitäten der

Gleichstellungsbeauftragten (Richtlinien zur Gleichstellung), Ratsbeschlüsse zur fairen Beschaffung (FairTradeTown), ein EU-Antrag mit Partnerstädten aus Osteuropa und Afrika /Malawi zu Thema MDG und fairen Handel (www.awarefair.org) sowie die Unterzeichnung der Erklärung des Deutschen Städtetages für die Millennium Development Goals (MDG) .

Eine Bestandsaufnahme erschien unter dem Titel „Hannover auf dem Weg der Zukunftsbeständigkeit“, in der zu allen Kapiteln der Agenda21 der UN berichtet wurde (www.agenda21.de/materialien). Verbreitet wird das Leitbild Nachhaltigkeit des Weiteren durch Agenda-21-Zeitungen, Webseiten, vielfältige Veranstaltungen und durch das Agenda 21-Plenum. Zahlreiche Projekte wurden seither innerhalb und außerhalb der Verwaltung umgesetzt. Hannover ist seit langer Zeit sehr aktiv für Klimaschutz und wurde zudem 2011 als „Europäische Hauptstadt der Biodiversität“ und als „Hauptstadt des Fairen Handels“ ausgezeichnet.

Bei Nachhaltigkeitsaktivitäten wird in Hannover von Beginn an darauf geachtet, dass auch Migrantinnen und Migranten beteiligt sind und interkulturelle Aspekte berücksichtigt werden. Dazu haben z.B. Vertreter/-innen aus verschiedenen Fachbereichen eine „Interkulturelle Arbeitsgruppe für Beteiligung und Engagement“ gegründet, in der auch Migrantenorganisationen mitwirken. Mit diversen Aktivitäten werden die Beteiligung und das freiwillige Engagement von Menschen ausländischer Herkunft gefördert, so auch beim Thema Umweltschutz und Nachhaltigkeit.

Die langjährige vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen dem städtischen Agenda 21-Büro und den MigrantInnen bzw. ihren Organisationen war und ist eine feste Basis für die inhaltliche und strukturelle Arbeit. Es werden Dialoge organisiert, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit angeboten und Projekte umgesetzt. Dabei berät der Verein in kulturellen Fragen, weist auf die Interessen der Migranten hin und sensibilisiert für ihre Bedürfnisse. Umgekehrt steht das Agenda 21-Büro mit seinen Partnern dem Verein in inhaltlichen und strukturellen Fragestellungen zur Verfügung. Das städtische Büro arbeitet in verschiedenen Netzwerken und kooperiert mit zahlreichen Organisationen innerhalb und außerhalb der Stadtverwaltung. Dabei spielen die verschiedenen Einrichtungen und Ansprechpartner in den Stadtteilen eine wichtige Rolle, wie z. B. Stadtteilmanager, Gemeinwesenarbeiter, Kultur- und Stadtteileinrichtungen. Auch Radtouren durch den Stadtteil, Besichtigungen von Einrichtungen und Spaziergänge durch Erholungsgebiete fördern die Identität und das Verantwortlichkeitsgefühle der Migranten mit ihren Stadtteil.

Die operative Basis nachhaltiger Entwicklung in Hannover: Das Agenda-21-Büro

Die Realisierung, Stärkung und Weiterentwicklung der kommunalen Nachhaltigkeitsaktivitäten in Hannover erfolgt auf Basis des Ratsbeschlusses von 1995 durch das in der Stadtverwaltung geschaffene Agenda-21-Büro. Die MitarbeiterInnen des Büros begleiten und koordinieren den Prozess mit drei ineinandergreifenden Elementen: Dialog, Informations- und Bildungsarbeit, Projekte und Maßnahmen.

Die im Einzelnen durch das Agenda-21-Büro wahrzunehmenden Aufgaben sind äußerst vielfältig. Es sorgt für Prozessoffenheit und Transparenz, es greift aktuelle Themen auf und fördert den Diskussionsprozess und die Bewusstseinsbildung für die Belange einer nachhaltigen Entwicklung. So fördert das Agenda-21Büro auch den Dialog mit allen gesellschaftlichen Gruppen, mit der Politik und der Verwaltung, unterstützt ehrenamtliches Engagement und motiviert Menschen sich aktiv in Beteiligungsprozessen einzubringen. Eine tragende Säule der Arbeit bilden konkrete Projekte sowie die Zusammenarbeit mit nationalen und internationalen Netzwerken. Austausch- und Informationsfluss werden u.a. über eine eigene Agenda-Zeitung sichergestellt. .

Das Agenda-21-Plenum fungiert ergänzend als offenes Forum. Alle Mitwirkenden und Interessierten aus Projekten, Workshops und Arbeitsgruppen treffen sich hier vier bis fünf Mal pro Jahr. Es ist ein Ort des Austausches, der Vernetzung und Information.

Die engagierten Bürgerinnen und Bürger setzen sich im Rahmen des Agenda-21-Prozesses mit einem Fragekomplex auseinander: "Was ist für uns wichtig, in dieser Stadt, in der wir wohnen, arbeiten und leben für heute, morgen und übermorgen? Welche Ziele sollen erreicht werden, und welche Maßnahmen sind notwendig, damit diese Stadt eine Lebensqualität erhält, in der auch unsere Kinder und Enkelkinder gut leben können, weil sie dauerhaft sozialverträglich und umweltschonend ist, ohne zusätzliche Lasten in anderen Regionen oder Ländern zu verursachen?"

In Arbeitsgruppen, Zukunftswerkstätten und Workshops wurden Leitbilder, Ziele und Maßnahmen entwickelt und der Politik und dem Rat vorgeschlagen. Zahlreiche Projekte wurden seither innerhalb und außerhalb der Verwaltung umgesetzt. Andere sind in das Handlungsprogramm zur Stadtentwicklung eingeflossen oder haben neue Diskussionen angeregt.

Die Konferenz Aalborg + 10 im Juni 2004 hat das Agenda-21-Büro zum Anlass genommen, eine Bestandsaufnahme vorzunehmen, welche Aktivitäten die Stadt im Sinne der Agenda 21 bereits durchführt. Projekte zum Klimaschutz, Gesundheitsförderung, Änderung des Konsumverhaltens, Gewässerschutz, Beteiligung von Kindern, Frauen, Migranten, ganzheitliche Bildung und viele andere zeigen, dass sich Hannover auf dem Weg zu einer nachhaltigen Stadt befindet. Die Bestandsaufnahme ist gleichzeitig ein Grundlagenwerk für die weiterführende Arbeit im Agenda-21-Prozess. Denn die Erarbeitung einer lokalen Agenda 21 kann nur ein kontinuierlicher und dynamischer Prozess sein, der auch in Hannover ständig weiterentwickelt werden muss.

MigrantInnen in der Agenda-21-Arbeit

Besonderes Augenmerk wurde den Bevölkerungsgruppen entgegengebracht, die sich üblicherweise wenig oder gar nicht an Entscheidungsprozessen beteiligten, wie Frauen, Kinder, Jugendliche und besonders Migranten. Schließlich geht es bei Nachhaltiger Entwicklung um ein weltweites Aktionsprogramm, das sowohl der geschlechts- und generationenübergreifenden als auch der interkulturellen Mitwirkung lokal und international bedarf.

Unter dem Motto „Menschen abholen wo sie sind oder: das Ziel bestimmt die Methode“ wurden 1996 bereits vor der Auftaktveranstaltung der Agenda 21 Vertreter/-innen verschiedener Interessengruppen und Organisationen sowie von Migranteneinrichtungen eingeladen, um sie über das Vorhaben zu informieren und sich mit ihnen über die weiteren Schritte des Prozesses zu verständigen. Die nachfolgenden Anregungen sind im weiteren Agenda-21-Prozess berücksichtigt worden:

- Informations- und Diskussionsveranstaltungen mit interessierten Bürgern, gesellschaftlich relevanten Gruppen und Jugendlichen
- Arbeitsgruppen zu den Themen Wohnen, Freizeit, Konsum, Arbeit
- Workshops speziell für Migrantinnen, Frauen, Senioren und Schüler
- Open-Space-Konferenz: teilgenommen haben interessierte Einwohner und gesellschaftlich relevante Gruppen, Schülerinnen und Schüler, Migrantinnen und Migranten, Betriebe und unterschiedliche städtische und nichtstädtische Einrichtungen
- Zukunftswerkstätten: für Jugendliche und Kinder
- World-Café: Migranten und deutsche Multiplikatoren
- Anhörung der Wirtschaft
- Plenum und offene Foren für Aktive aus dem Agenda-21-Prozess, interessierte Einwohner/-innen und gesellschaftlich relevante Gruppen.

Die gezielte Auswahl sozial und fachlich kompetenter Moderatoren und Koordinatoren war jeweils der Garant für ein ergebnisorientiertes Arbeiten.

Für eine Beteiligung von MigrantInnen am gesellschaftlichen Leben gibt es allgemein mannigfaltige Hemmnisse. Offensichtlich ist zunächst die Problematik, die eigene nationale Identität bzw. Staatsbürgerschaft aufgeben zu müssen, um die deutsche erhalten und damit voll am wirtschaftlichen und politischen Leben teilnehmen zu können. Hinzu kommt, dass die mitgebrachten Lebenserfahrungen und Gewohnheiten der MigrantInnen in vielen Bereichen nicht mit denen der hier aufgewachsenen Menschen übereinstimmen. Doch nicht nur Heimweh und Unwissenheit über die Sprache grenzen die MigrantInnen aus. Es ist insbesondere auch der Verlust der gewohnten Systeme sozialer Orientierungspunkte. Der Zusammenstoß mit unzähligen unbekannten und verunsichernden Kleinigkeiten dominiert das alltägliche Leben in der Fremde.

Nur wenige MigrantInnen kommen schnell und leicht mit diesen Problemen und Herausforderungen zurecht, viele Andere brauchen hingegen lange Zeit, um die Barrieren zu überwinden. Erschwert wird dies noch zusätzlich durch die generell schlechte Lage am Arbeitsmarkt oder den Aufenthaltsstatus, die es schwierig oder unmöglich machen, durch Arbeit den Lebensunterhalt selbst zu bestreiten.

Bei den Nachhaltigkeitsaktivitäten wird in Hannover von Beginn an darauf geachtet, dass auch Migrantinnen und Migranten beteiligt sind und interkulturelle Aspekte berücksichtigt werden. Dazu haben z.B. Vertreter/-innen aus verschiedenen Fachbereichen eine „Interkulturelle Arbeitsgruppe für Beteiligung und Engagement“ gegründet, in der auch Migrantenorganisationen mitwirken. Mit diversen Aktivitäten werden die Beteiligung und das freiwillige Engagement von Menschen ausländischer Herkunft gefördert.

Der mit der Charta von Aalborg (1994) sowie den Aalborg Commitments (2004) auf europäischer Ebene von den Kommunen zugesicherte Dialog mit allen gesellschaftlichen Gruppen erweist sich als unterstützender Rahmen für die Intensivierung von Integrationsprozessen gerade auch für Migrantinnen und Migranten. Im letztgenannten Dokument heißt es: „Managing the diversity of themes and citizens in the spirit of sustainability.“

Projekt 1: Klimaschutz schützen –Gesundheit erhalten: Migranten beraten Migranten

Unter dem Titel "Klimaschutzberatung für Migranten von Migranten" wurde 2005 im Auftrag der Stadt eine Beratungskampagne für Klimaschutz, Wohnqualität und Nebenkostensenkung durchgeführt, bei der arbeitslose Migranten zu Umweltberatern qualifiziert wurden. Sie können entsprechend ihrer kulturellen Erfahrung und Lebensstile gezielter an Menschen aus ihren Herkunftsregionen herantreten, diese sensibilisieren und das Gelernte vermitteln.

In diesem Kooperationsprojekt haben als Ideengeber und Organisatoren der Verein Migranten für Agenda 21, das Agenda-21-Büro, der Wissenschaftsladen Hannover e.V. und das Büro Kommunikation und Mensch mitgewirkt. Weitere Kooperationspartner waren die Verbraucherzentrale Niedersachsen, die Stadtwerke Hannover und die Klimaschutzagentur. Die finanzielle Unterstützung erfolgte durch den ProKlima-Fonds.

Die inhaltlichen Schwerpunkte lagen auf der Verringerung des Bedarfs an Heizwärme, Warmwasser und Strom durch energiesparendes Nutzerverhalten und auf der Verwendung effizienter Geräte. Die Kommunikation erfolgte über einen Mix an Instrumenten. 200 russischsprachige, 213 türkisch-, arabisch- und kurdischsprachige und 44 persischsprachige Haushalte. Außerdem wurden insgesamt 15 Gruppenberatungen für russisch- und türkischsprachige Personen durchgeführt.

Bei den beratenen Haushalten wurde ein deutlicher Beratungsbedarf festgestellt, der teilweise im Rahmen der durchgeführten Beratungen gedeckt werden konnte, z. T. konnte eine weitergehende Beratung bei entsprechenden Stellen vermittelt werden. Die beratenen Haushalte zeigten sich in einer Nachbefragung durchweg zufrieden mit der durchgeführten Beratung und gaben an, in einigen Bereichen ihr Verhalten bereits geändert zu haben bzw. ihr Verhalten ändern zu wollen. Auch die im Rahmen des Projekts gewonnen und geschulten

Berater beurteilten das Projekt in einer abschließenden Befragung durchgehend positiv. Sie werteten den im Projekt gewählten Weg über Berater mit Migrationshintergrund als einen geeigneten Zugang zu Migranten, um diese für Umweltfragen zu sensibilisieren sowie Informationen und Verhaltenstipps zu vermitteln. Migranten fühlen sich bisher häufig von Beratungen ausgeschlossen, da diese im Allgemeinen nicht auf ihre sprachlichen und kulturellen Bedürfnisse zugeschnitten sind. Auch fehlt eine proaktive Kommunikation in ihre Richtung, die z.B. das Thema 'Klimaschutz' in alltagsrelevante Fragen, wie Gesundheit und finanzielle Einsparmöglichkeiten, herunter bricht und somit persönliche Betroffenheit schafft.

Mehrere der in diesem Vorhaben qualifizierten Personen gründeten nach Projektende den Verein „Migranten für Agenda 21 e.V.“. Der Verein widmet sich vor allem den Themen Gesundheitsförderung, Umweltschutz im Haushalt sowie einem verantwortungsbewussten Konsumverhalten in Form von Beratungen, Vorlesungen, Veranstaltungen sowie Festen für Kinder und Erwachsene. Um Menschen zu gewinnen, leistet der Verein in Kooperation mit dem Agenda-21-Büro und anderen Organisationen auch bei alltäglichen Problemen Hilfestellung.

Die Projekte des Vereins orientieren sich am wirtschaftlichen Gewinn für die Migranten (Wasser-, Stromgeld, allgemein Geld sparen), ökologischen Vorteilen (Umweltbelastung reduzieren) und sozialen Nutzen. Der Verein beobachtet die Interessen und die Bedürfnisse der Migranten beständig. Er macht Umfragen in der Bevölkerung, um die aktuellen Probleme zu bestimmen.

Die Vereinsmitglieder verstehen ihre Arbeit nicht nur als eine Hilfe für MigrantInnen, sondern auch als eine Unterstützung für „ihre Stadt“, in der sie leben. Sie setzen sich ein für mehr Lebensqualität, Umweltschutz und Integration. Die Vereinsmitglieder sind aufgrund ihrer Herkunft, ihrer damit verbundenen Kenntnisse und Erfahrungen, insbesondere ihrer Mehrsprachigkeit eher in der Lage, den Adressatengruppen die in der neuen Heimat geltenden Normen, Werte und Lebensweisen zu vermitteln. Hinzu kommt, dass der Verein für das Agenda-21-Büro zu einem wichtigen Kooperationspartner für Projekte und zahlreiche Veranstaltungen geworden ist. Die gemeinsamen Erfahrungen haben Mitglieder des Vereins auch dazu motiviert, für den Migrationsausschuss zu kandidieren: Mit Erfolg, sie haben einen Sitz erhalten.

Projekt 2: Vom WerteWandel zu WandelWerten

WandelWerte ist ein Kooperations-Projekt, das sich den Zielen der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung verpflichtet hat. Kooperationspartner sind neben dem Agenda 21 – Büro das Büro „mensch und region“ sowie das „Recyclart t3 Institut“ aus Brasilien. Es ist ein Beteiligungs- und Bildungsprojekt, das neben Ressourcenschutz und Abfallvermeidung auch Existenzgründungen anregen will und die Entwicklung nachhaltiger Produkte und Marketing anstrebt. Es geht um kreatives Gestalten mit – im herkömmlichen Sinne „Unbrauchbarem und Wertlosem“.

WandelWerte richtet sich gezielt an Migrantinnen, Sozialhilfeempfänger, Studenten und junge Menschen, die sich bisher nicht an städtischen Prozessen beteiligt haben. In fünf verschiedenen Stadtteilen wurde das Projekt mit Unterstützung der Freizeit- und Kultureinrichtungen, mit Jugendzentren, aber auch mit der Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagern umgesetzt.

Multiplikatoren aus dem Umfeld der Zielgruppen wurden in einem ersten Schritt geschult. Auch hier spielte der Verein für Migranten für Agenda 21 eine aktive Rolle, indem er gezielt Migranten ansprach und die Umsetzung des Projektes "WandelWerte" unterstützte.

Das Vorhaben wurde 2005 als Projekt der UNESCO zur Dekade der Bildung für eine Nachhaltige Entwicklung ausgezeichnet.

Erfahrungen und Erkenntnisse

Bei allen Aktivitäten der Agenda-Arbeit wird in Hannover darauf geachtet, dass auch MigrantInnen beteiligt sind. So wurde z.B. bei dem Erarbeiten der Grundlagen für eine lokale Agenda in Arbeitsgruppen zu den Themenfeldern Arbeit, Freizeit, Wohnen und Konsum immer auch interkulturell diskutiert. Ziel war es, die Rolle von Frauen, Kindern und Jugendlichen im Dialog zu stärken, auch um die Vorurteile der häufig patriarchalen Migrantenkulturen zu thematisieren und dazu beizutragen, sie zu überwinden. Deshalb ist eine breite Beteiligung für eine nachhaltige Entwicklung sowie für das Verständnis und die Akzeptanz von Veränderungen notwendig.

Konstruktive Zusammenarbeit braucht Anerkennung, Geduld und Zuhören: Die MigrantInnen müssen angemessen in Planung und Umsetzung einbezogen werden. Bei Kooperationen und Netzwerkarbeit müssen alle Beteiligten die Bereitschaft aufbringen, voneinander zu lernen. Dies kann nur gelingen, wenn interne Konkurrenzen soweit wie möglich abgebaut werden, so dass ein offener und ausgewogener Dialog des Gebens und Nehmens im Netzwerk besteht. Ziel muss es sein, dass Kooperationen und Netzwerke weitgehend aus sich heraus weiter entwickelt werden, denn gegenseitiger Nutzen motiviert.

Interkulturelle Zusammenarbeit sollte auch intergenerative Zusammenarbeit beinhalten, um damit das voneinander Lernen zu intensivieren. Durch die Wahrnehmung der Unterschiedlichkeit mit der Möglichkeit zur gemeinsamen Reflexion werden neue Annäherungen für die Alten und die Jungen in den beteiligten Gruppen angestoßen.

Nicht selten ist die fehlende Beteiligung von MigrantInnen durch fehlende Kenntnisse über Zusammenhänge, Institutionen und Fördermöglichkeiten begründet. Deshalb ist es wichtig, Informationen über Funktionen des kommunalen Gemeinwesens und die verschiedenen Verhaltensweisen vermitteln. Um hier zu helfen, haben Vertreter/-innen aus verschiedenen Fachbereichen in Hannover eine „Interkulturelle Arbeitsgruppe für Beteiligung und Engagement“ gegründet. Auch Migrantenorganisationen gehören dieser Arbeitsgruppe an. Gemeinsam haben sie das Ziel, die Beteiligung und das freiwillige Engagement von MigrantInnen in Hannover zu fördern und aufzuwerten. Informationen und Transparenz sollen diese dabei unterstützen, Hemmungen abzubauen und die Bereitschaft zur Beteiligung zu stärken. Die Arbeitsgruppe möchte insbesondere die Kooperation zwischen unterschiedlichen Organisationen verbessern und zur Beteiligung an der Weiterentwicklung langfristiger Visionen für ein zukunftsfähiges Hannover (z. B. durch die lokale Agenda 21) ermutigen. Gemeinsam wird geplant, entschieden und umgesetzt.

Informationen für das alltägliche Handeln – schaffen erste Kontakte: Schriftliche Informationen z.B. über Mülltrennung, hiesige Heiztechniken, Energiesparen oder gesunde Ernährung sind wichtige Informationen zu Umweltschutz, Gesundheitsförderung und Geldsparen. Ein erster wichtiger Schritt ist, diese Informationen in den verschiedenen Sprachen zu veröffentlichen. Doch leider erreichen diese Informationen trotz inhaltstreuer Übersetzung nicht alle MigrantInnen, denn die kulturellen Unterschiede und andere Erfahrungen aus dem Heimatland stehen der Umsetzung häufig im Wege. Erfolgreicher ist es daher, interessierte MigrantInnen zu UmweltberaterInnen zu qualifizieren. Sie informieren gezielter, sensibilisieren und geben entsprechend ihrer kulturellen Erfahrung und Lebensstile das Gelernte an Menschen aus ihrem Herkunftsland weiter – und zudem in persönlicher Weise. Sie stellen Kontakte zu den Einrichtungen der Stadt her und schaffen gleichzeitig Vertrauen für weitere Fragen, die die Menschen bewegen.

Orte für Kulturen: Für erfolgreiche Integration kann nicht erwartet werden, dass MigrantInnen zu den „deutschen“ Treffpunkten kommen, vielmehr müssen die Treffpunkte der verschiedenen Kulturen aufgesucht werden, um dort das Gespräch zu suchen. Die Organisation „Weltreligionen für den Frieden“ beispielsweise ist dafür ein wichtiger Partner, denn ihre Mitglieder suchen gezielt die vorhandenen Strukturen und Einrichtungen der verschiedenen ethnischen Gruppen auf.

Die Vielfalt der Kulturen, Sprachen und Lebenserfahrungen ist ein Reichtum, den eine lokale Gesellschaft nutzen sollte und nicht verlieren darf. Die Potenziale der MigrantInnen sollten daher stärker in das Blickfeld der Diskurse über Innovationsfähigkeit rücken. Mehrsprachigkeit und Kenntnisse über andere Kulturen und Mentalitäten sind nicht nur für MigrantInnen, sondern für uns alle hilfreich beim Zugang zu neuen Aktivitäten, individuellen Lebensweisen und sozialen Innovationen.

Praxisbeispiele wie die in Hannover zeigen: um das ehrenamtliche Engagement von MigrantInnen zu fördern, ist eine professionelle Begleitung notwendig. Netzwerke müssen aufgebaut und koordiniert werden. Für Öffentlichkeitsarbeit ist eine finanzielle Unterstützung erforderlich, um erfolgreiche Beispiele und Projekte mit ehrenamtlichem Engagement von MigrantInnen bekannt zu machen. So wird gesellschaftliche Anerkennung vermittelt und können zugleich neue aktive Mitglieder gewonnen werden, um mehr für eine bessere Lebensqualität und ein besseres Miteinander vor Ort im Interesse aller zu erreichen.

Was den Erfolg ermöglicht

Die Landeshauptstadt Hannover hat im Bereich des Empowerment und der Integration von Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund langjährige Erfahrungen und im Zusammenhang mit Nachhaltigkeit gezielt daran weiter gearbeitet. Insgesamt ist dieses Handlungsfeld in Deutschland noch immer unzureichend entwickelt, wie jüngste Analysen zeigen.²⁹ Umso wichtiger sind die Erfahrungen und Erfolge Hannovers, damit künftig in mehr Kommunen etwas erreicht wird.

Zu den wesentlichen Erfolgsfaktoren in Hannover gehören die folgenden Punkte:

- Notwendige Bedingung erfolgreicher Mitwirkung von Migrantinnen und Migranten in Nachhaltigkeitsprozessen sind sensibilisierte, fähige und befähigte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Verwaltungen und in wichtigen Institutionen („Einstellung und Haltung“ machen den Unterschied).
- Wichtig ist die Einrichtung eines angemessenen Teams wie der „Interkulturellen Arbeitsgruppe für Beteiligung und Engagement“, in der neben Vertreterinnen und Vertretern aus verschiedenen Fachverwaltungen auch Migrantenorganisationen mitwirken.
- Die Aufgeschlossenheit und Transparenz der Verwaltung ist wesentlich, wie die unter dem Motto „Menschen abholen wo sie sind oder: das Ziel bestimmt die Methode“ durchgeführte Auftaktveranstaltung der Agenda 21 und allen anderen Veranstaltungen, zu der gezielt und nachdrücklich Vertreter/-innen verschiedener Migranteneinrichtungen eingeladen sind.
- Daraus wiederum ergab sich eine langjährige und vertrauensvolle Zusammenarbeit, die Ausgangsbasis für weitere und weitergehende Kooperationen darstellt und entsprechend genutzt werden kann
- Um die Migrantinnen und Migranten der sehr heterogenen und vielgestaltigen Gemeinschaften einzubeziehen und zum Mitmachen zu motivieren, wurden zahlreiche und ganz unterschiedliche Aktivitäten und Projekte initiiert – und somit unterschiedliche Zielgruppen angesprochen und angeregt.
- Vernetzung mit anderen Akteuren und Sektoren der städtischen Gesellschaft sowie bundesweiter Vereinigungen ist ein weiterer Faktor, denn damit werden Erfahrungsaustausch und Kontinuität unterstützt.

²⁹ Siehe die aktuelle Studie „Stand der kommunalen Integrationspolitik in Deutschland“ von Frank Gesemann, Roland Roth, Jutta Aumüller (erstellt für das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration), Berlin, April 2012.

- Und schließlich spielt es eine Rolle, dass die Aktivitäten und Erfolge in den öffentlichen Raum kommuniziert werden. Und auch diesbezüglich ist Hannover gut aufgestellt – sowohl mit eigenen Publikationsmöglichkeiten als auch mittels der Kontakte zu den Medien.

Kontakt

Landeshauptstadt Hannover
 Agenda-21-Büro
 Silvia Hesse
agenda21@hannover-stadt.de
www.agenda21.de

Migranten für Agenda 21
 Nadja Dorokhova
nadja.dorokhova@t-online.de

Ognjana Heuer
ogiheuer@t-online.de

Weiterführende Links

Netzwerk Bürgermitwirkung – Freiwillig in Hannover
www.freiwillig-in-hannover.de

6.3 Innovation in Volksvertretungen: Nachhaltigkeitsprüfung von Ratsvorlagen

Heidelberg hat sich frühzeitig mit Nachhaltigkeit befasst. Dieses Leitbild ist schnell zur Chefsache avanciert und hat im Laufe der Zeit in immer mehr Verwaltungsbereichen Wurzeln geschlagen. Zivilgesellschaftliche Akteure werden von Beginn an einbezogen, es bestehen Netzwerke in verschiedenen Handlungsbereichen und nicht zuletzt wegen der expliziten Ausrichtung des Stadtentwicklungsplans 2015 (STEP 2015) auf Nachhaltigkeit hat das Leitbild eine hohe Akzeptanz erreicht. Mehrere Auszeichnungen bestätigen die Erfolge Heidelbergs und spornen die Akteure zu weitergehenden Aktivitäten an. Eine immer weiter ausstrahlendes Modellinstrument wurde 2005 durch Gemeinderatsbeschluss etabliert: die Nachhaltigkeitsprüfung von Ratsvorlagen. Damit werden Informations- und Beschlussvorlagen vor der Beratung und Entscheidung im Gemeinderat anhand der 91 kurz gefassten Ziele des STEP durch die Verwaltung auf Nachhaltigkeit geprüft und beurteilt. Die Umsetzung ist durch eine Dienstanweisung des Oberbürgermeisters geregelt und alle zwei Jahre wird ein Bericht erstellt, der bisher eine recht große Akzeptanz in der Verwaltung offenbart. Die Durchführung von Nachhaltigkeitsprüfungen von Ratsvorlagen trägt dazu bei, die Entwicklung einer Kommune nachhaltiger zu gestalten und insbesondere komplexe und auch nachteilige Auswirkungen von Planungen und Entscheidungen einer Kommune transparenter zu machen. Planungsprozesse können durch solcherart ergänzte Entscheidungsvorlagen qualifiziert und "abgesichert" werden. Beflügelt wird dieses neue kommunalpolitische Instrument einer Nachhaltigkeitsprüfung durch den Trend, dass sowohl auf Ebene des Bundeslandes Baden- Württemberg als auch in der Bundesregierung und im Bundestag im Rahmen von Gesetzesfolgenabschätzungen Nachhaltigkeitsprüfungen durchgeführt werden, und immer mehr Kommunen Interesse an diesem Konzept äußern. Aufgrund der Bedeutung von Monitoring und Evaluation für eine effektive Umsteuerung in Richtung Nachhaltigkeit wird derartigen Nachhaltigkeitsprüfungen künftig eine noch größere Bedeutung zukommen.

Hintergrund

In einem Beitrag in der britischen Tageszeitung Guardian schrieb der frühere US-Vizepräsident, Umweltexperte und Nobelpreisträger Al Gore: "It's important to change lightbulbs, but more important to change policies and laws."³⁰ Die Umsteuerung in Richtung Nachhaltigkeit führte in einigen politisch-administrativen Bereichen inzwischen zu institutionellen Innovationen, die weit über einzelne Projekte und Maßnahmen hinausgehen und den Politikformulierungs-, Entscheidungs- und Umsetzungsprozess betreffen – vor allem auf nationaler Ebene.

Das Karlsruher Forschungszentrum ITAS meint hierzu: "Zentraler Ort der Steuerung und Weiterentwicklung moderner Gesellschaften ist das politische und gesetzgeberische Handeln. Wenn es um die Herausforderung des Leitbildes der nachhaltigen Entwicklung geht, stellt sich daher die Frage, ob und in welcher Weise dieses Handeln auf den Gedanken der Nachhaltigkeit verpflichtet werden kann. Im Unterschied zur fallweisen Ausrichtung einzelner politischer Maßnahmen an diesem Leitbild bietet eine systematische Nachhaltigkeitsprüfung die Möglichkeit, die Gesamtheit politischen und gesetzgeberischen Handelns an diesem Leitbild auszurichten."³¹

Auf Bundesebene werden inzwischen Gesetzesvorlagen einer Nachhaltigkeitsprüfung unterzogen. Dies erfolgt durch den 2004 im Bundestag eingesetzten *Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung (PBNE)*.³² Der Beirat begleitet die nationale Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung (Stellungnahmen, Empfehlungen etc.).³³ Und durch Änderung der „Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien (GGO)“ wurde die übliche Gesetzesfolgenabschätzung um eine Nachhaltigkeitsprüfung ergänzt. Seit Anfang 2010 sind die Bundesministerien verpflichtet darzustellen, „ob die Wirkungen des Vorhabens (Gesetzesinitiativen und Verordnungen) einer nachhaltigen Entwicklung entsprechen, insbesondere welche langfristigen Wirkungen das Vorhaben hat“ (GGO §44(1)). Der PBNE kam in seiner Evaluation über die Nachhaltigkeitsprüfung im Juli 2011 zu dem Schluss, dass dies ein gutes Instrument darstelle, um eine stärkere Berücksichtigung von Nachhaltigkeit zu erzielen, und dass es weiter zu optimieren sei.³⁴ Auch auf Ebene der EU finden Nachhaltigkeitsprüfungen statt: Die Europäische Kommission führt bei wichtigen Initiativen umfangreiche Gesetzesfolgenabschätzungen (Impact Assessments) durch, an denen auch das Europäische Parlament sowie der Rat beteiligt sind, und in denen Nachhaltigkeit berücksichtigt wird.³⁵

Auf kommunaler Ebene kann die Durchführung von Nachhaltigkeitsprüfungen von Ratsvorlagen dazu genutzt werden, die Entwicklung einer Kommune nachhaltiger zu gestalten und insbesondere komplexe und unintendierte Auswirkungen von Planungen, Entscheidungen und längerfristigen Entwicklungen einer Kommune transparenter zu machen. Planungsprozesse können durch solcherart ergänzte Entscheidungsvorlagen qualifiziert, und die politischen und öffentlichen Diskussionen noch sachbezogener geführt

30 <http://www.guardian.co.uk/world/2009/nov/07/al-gore-interview-climate-change>, (7. November 2009)

31 <http://www.itas.fzk.de/deu/lit/2007/grko07a.pdf> (Stand 14.08.2011)

32 http://www.econsense.de/_CSR_INFO_POOL/_POLITIK/_NATIONAL/images/Bericht_Parlamentarischer_Beirat.pdf (Stand 31.08.2011)

33 Vgl. Webseite des PBNE, <http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/gremien/nachhaltigkeit/index.jsp> (Stand: 20.07.2011)

34 Deutscher Bundestag (2011): Unterrichtung durch den Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung: Bericht des Parlamentarischen Beirats über die Nachhaltigkeitsprüfung in der Gesetzesfolgenabschätzung und die Optimierung des Verfahrens. Drucksache 17/6680. Online verfügbar unter <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/066/1706680.pdf>. (Stand 23.09.2011)

35 Siehe dazu: Meuwese, Anne Claartje Margreet (2010): Impact assessment in the European Union: the continuation of politics by other means? In Raggamby, A. von and F. Rubik (eds.), Sustainable Development, Evaluation and Policy-making, Cheltenham: Edward Elgar. European Commission (2009): Impact Assessment Guidelines. Zugriff unter http://ec.europa.eu/governance/impact/commission_guidelines/docs/iag_2009_en.pdf (04.10.2011)

werden.³⁶

Das Bundesland Baden-Württemberg verfügt seit 2002 über einen Nachhaltigkeitsbeirat (NBBW), in dem 12 Wissenschaftler engagiert sind. 2007 ist für das Bundesland eine Nachhaltigkeitsstrategie beschlossen worden (BLAG KliNa 2009, S. 3ff.). Sie formuliert 80 Ziele und hat zur Umsetzung von 35 Projekten geführt. Eine beim Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg angesiedelte Geschäftsstelle ist für die Organisation innerhalb des Ministeriums zuständig. Auf Anregung der Nachhaltigkeitskonferenz 2009 hat Baden-Württemberg seit Beginn des Jahres 2011 als erstes Bundesland eine Nachhaltigkeitsprüfung für alle neu beschlossenen Regelungen (Gesetze, Verordnungen etc.) eingeführt. Um die Umsetzung vorzubereiten beauftragte das Landeskabinett das Innenministerium am 29.04.2009, gemeinsam mit dem Umweltministerium, dem Justizministerium, dem Staatsministerium und dem Präsidenten des Städtetages einen Vorschlag zu erarbeiten, „wie sich Nachhaltigkeitsfolgen des Regierungs- und Verwaltungshandelns möglichst kompakt beschreiben lassen.“³⁷

Lokale Agenda 21 in Heidelberg

Heidelberg gehört zu den Kommunen in Deutschland, die sich bereits frühzeitig und intensiv dem Leitbild Nachhaltige Entwicklung gewidmet haben und es vor Ort umsetzen. Der Gemeinderat der Stadt Heidelberg hat im Februar 1997 den Stadtentwicklungsplan (STEP) Heidelberg 2010 verabschiedet, der als Heidelbergs Lokale Agenda angesehen wird.³⁸ Dieser bildet den Handlungsrahmen für die Politik des Gemeinderates und der Stadtverwaltung. „Mit dem Stadtentwicklungsplan bekennt sich Heidelberg zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung, die gleichermaßen sozial verantwortlich, umweltverträglich und wirtschaftlich erfolgreich ist. Im Jahr 1999 wurde das Agenda-Büro eingerichtet, um die Aktivitäten der Stadt in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung zu unterstützen.“³⁹ Im Laufe der Jahre wurden vielfältige Aktivitäten, Projekte und Programme gestartet und durchgeführt. Die schrittweise Entwicklung eines kommunalen Nachhaltigkeitsmanagements, insbesondere für den Bereich „Faires Beschaffungswesen“ ist hier besonders hervorzuheben.⁴⁰ Heidelberg ist seit Juli 2010 „Fairtrade-Town“ und wurde bereits 2006 und erneut 2009 von der deutschen UNESCO-Kommission als „Stadt der UN-Weltdekade Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ausgezeichnet.

Als Teil des Nachhaltigkeitsmanagements wurde auch eine Nachhaltigkeitsprüfung eingeführt. Alle Informations- und Beschlussvorlagen werden daher vor der Beratung und Entscheidung im Gemeinderat anhand der Ziele des Stadtentwicklungsplanes geprüft und beurteilt. Dadurch wird den Mitgliedern des Gemeinderates die Möglichkeit gegeben, das Ergebnis dieser Prüfung der Nachhaltigkeit in ihre Entscheidung einzubeziehen. In diesem Sinne sind die Ämter dazu verpflichtet, seit dem Jahr 2005 alle wichtigen Beschluss- und Informationsvorlagen daraufhin zu überprüfen, ob sie in Einklang oder im Widerspruch mit Zielen des Stadtentwicklungsplans, Heidelbergs Lokaler Agenda, stehen.“⁴¹

36 <http://www.leipzigeragenda21.de/papers/nhp-verfahren.pdf> (Stand 14.08.2011)

37 Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 14/4533, (20.05.2009)

38 Im August 2006 beschloss der Heidelberger Gemeinderat einstimmig die Fortschreibung des STEP Heidelberg 2015.
http://www.heidelberg.de/servlet/PB/show/1160795/12_pdf_STEP_2015_mit_Lesezeichen_s.pdf (Stand 15.08.2011)

39 http://www.heidelberg.de/servlet/PB/show/1210368/31_pdf_T%E4tigkeitsber%202010%20web.pdf (Stand 15.08.2011)

40 Siehe „Tätigkeitsbericht Agenda-Büro 2010“, S.9 ff.

http://www.heidelberg.de/servlet/PB/show/1210368/31_pdf_T%E4tigkeitsber%202010%20web.pdf (Stand 19.10.2011)

41 <http://www.heidelberg.de/servlet/PB/menu/1175083/index.html> (Stand 14.08.2011)

Nachhaltigkeits-Prüfung von Ratsvorlagen in Heidelberg

Der Heidelberger STEP bildet das Grundgerüst für die Nachhaltigkeitsprüfung von Ratsvorlagen. Nach einer erfolgreich verlaufenen Probephase werden inzwischen Informations- und Beschlussvorlagen vor der Beratung und Entscheidung im Gemeinderat anhand der kurzgefassten 91 Ziele des STEP durch die Verwaltung geprüft und beurteilt. Die Umsetzung ist durch eine Dienstanweisung des Oberbürgermeisters geregelt. Alle zwei Jahre wird ein Erfahrungsbericht erstellt, der bisher eine sehr große Akzeptanz in der Verwaltung zeigt.

Im aktuellen Tätigkeitsbericht 2010 des Heidelberger Agenda-Büros wird das Instrument der Nachhaltigkeitsprüfung positiv bewertet. Im bereits erwähnten Tätigkeitsbericht heißt es hierzu: "Um die Arbeit und die Entscheidungen in Verwaltung und Politik erkennbar an den Zielen des Stadtentwicklungsplanes zu orientieren, wurde ein Verfahren zur Prüfung der Nachhaltigkeit von Gemeinderatsvorlagen entwickelt. Die obligatorische Prüfung setzt eine thematische Auseinandersetzung mit den STEP-Zielen voraus und erfolgt durch das Vorlage erstellende Amt. Die Kontrolle ist Aufgabe der Dezernenten. Dabei werden die wichtigsten Zielaussagen, die mit der Maßnahme berührt werden, aufgeführt und begründet. Wenn es Zielkonflikte gibt, soll hierzu eine kritische Abwägung erfolgen. Neben der quantitativen Erfassung der betroffenen Ziele wurden die Vorlagen auch in den Jahren 2008 und 2009 dahingehend geprüft, ob Art und Umfang der Prüfung im Hinblick auf das Thema der Vorlage angemessen und ausreichend erschienen. Diese Prüfung ergab, dass bei mindestens 97 Prozent der beurteilten Vorlagen die Nachhaltigkeitsprüfung ordnungsgemäß durchgeführt wurde. (...) Das Thema Nachhaltigkeit und die Ziele des STEP sind im alltäglichen Handeln von Stadtverwaltung und Gemeinderat präsent. (...) Die Erläuterungen im Rahmen der Nachhaltigkeitsprüfung erhöhen die Transparenz und ermöglichen das Reflektieren von Maßnahmen auf der Zielebene. (...) Um das Verfahren weiter zu optimieren und den Zeitaufwand bei den vorlagenerstellenden Ämtern sowie den Gemeinderäten/-innen zu verringern, wurden im Jahr 2010 mehrere Maßnahmen zur Vereinfachung des Verfahrens angeregt." ⁴²

Die Nachhaltigkeitsprüfungen der einzelnen Informations- und Beschlussvorlagen an den Gemeinderat werden von den für eine Vorlage jeweils zuständigen Ämtern vorgenommen und vom Dezernenten kontrolliert. Den jeweiligen Vorlagen wird ein Abschnitt „Prüfung der Nachhaltigkeit“ eingefügt (max. eine halbe Seite Umfang) und ein entsprechender Begründungstext.

Als Ziele der Nachhaltigkeitsprüfung werden im Tätigkeitsbericht an erster Stelle die Bewusstseinsbildung genannt. Diese erfolgt sowohl bei Ratsmitgliedern als auch bei den Angestellten der Verwaltungen, wenn diese sich explizit mit den langfristigen Auswirkungen von Gemeinderatsinitiativen auseinandersetzen müssen und bspw. durch punktuelle Rückkopplung mit dem Agenda-Büro hilfreiche Hinweise für die angemessene Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten entwickeln können. Entscheider/-innen auf der einen und die Ausführenden auf der anderen Seite müssen sich durch die Nachhaltigkeitsprüfung mit Zielen des STEP auseinandersetzen und diese für ihren Tätigkeitsbereich konkretisieren und handhabbar machen. Damit erfolgt im Zuge der Nachhaltigkeitsprüfung ein Lernprozess hinsichtlich fachübergreifender Sichtweise. An diesem Lernprozess sind neben dem Gemeinderat alle vorlagenerstellenden Ämter beteiligt. Im Großen und Ganzen hat sich bei den meisten VerwaltungsmitarbeiterInnen im Laufe der Zeit im Umgang mit dem Instrument Nachhaltigkeitsprüfung eine Offenheit und Aufgeschlossenheit entwickelt.

Administrativ ist das Heidelberger Agenda-Büro im Amt für Umweltschutz, Gewerbeaufsicht und Energie sowohl Initiator des Verfahrens als auch federführend bei der Weiterentwicklung der NH-Prüfung. Die quantitative Erfassung der von einer Ratsvorlage voraussichtlich

42 http://www.heidelberg.de/servlet/PB/show/1210368/31_pdf_T%E4tigkeitsber%202010%20web.pdf (Stand 15.08.2011)

tangierten Nachhaltigkeitsziele des STEP obliegt dem Amt für Stadtentwicklung und Statistik.

Messung der Veränderungen und Zielerreichung mit Indikatoren

Die Prüfung der Erreichung der im STEP aufgeführten Ziele wird durch die alle drei Jahre veröffentlichten Nachhaltigkeitsberichte ermöglicht, die anhand eines Indikatorensets überprüfen, wo Fortschritte erzielt wurden und wo weiterer dringender Handlungsbedarf besteht. Der aktuellste Nachhaltigkeitsbericht ist im Dezember 2011 erschienen⁴³. Im Nachhaltigkeitsbericht werden für alle im STEP formulierten Zielbereiche Aussagen getroffen. Dies geschieht auf der Basis von Indikatoren mit denen Veränderungen gegenüber den Vorjahren gemessen werden, die den Fortschritt bei der Umsetzung des Ziels zeigen sollen. "Bei der Methode dienen die für die Prüfung der Nachhaltigkeit von Gemeinderatsvorlagen bereits zusammengestellten Kurzziele als Grundlage. Nicht jedes Ziel konnte mit einem Indikator hinterlegt werden, da eine Reihe von Zielen kaum quantifizierbar ist, der Erhebungsaufwand unverhältnismäßig hoch wäre oder eine Messzahl nur eine geringe Aussagekraft hätte. (...) Ausgewählt wurden solche Indikatoren, die für die Zielüberprüfung wichtig sind, die aussagekräftig, verständlich, allgemeingültig und von geringer Komplexität sind sowie nachvollziehbar und wiederholt gemessen werden können. (Auch) wurde darauf geachtet, dass die Indikatoren soweit als möglich kommunal beeinflussbare Tatbestände wiedergeben"⁴⁴

Das Heidelberger Indikatorenmodell umfasst in etwa 80 Indikatoren und weitere Unterbewertungen. Im Nachhaltigkeitsbericht von 2011 wird die Entwicklung der Indikatoren zwischen 2006 und 2010 bewertet. Um auch Trends mit zu erfassen wird zusätzlich der entsprechende Wert aus dem Jahr 2000 und 2003 ausgewiesen. Bewertet wird nach fünf Stufen (-- / - / 0 / + / ++). Die Einordnung und Darstellung der Indikatoren im Nachhaltigkeitsbericht orientiert sich an einer Ampel in grün (Fortschritt), gelb (keine Veränderung) und rot (Rückschritt) und ist somit leicht verständlich und kommunizierbar. Die einzelnen Ziele, Indikatoren und deren Bewertung werden in übersichtlicher Tabellenform wiedergegeben. Eine kurze zusammenfassende Bewertung ergänzt die Darstellung der einzelnen Indikatoren innerhalb der jeweiligen Zielbereiche.

Während in den Nachhaltigkeitsberichten der Erfolg der Summe aller Maßnahmen im Hinblick auf die Umsetzung eines Zieles gemessen wird, beschreibt die Nachhaltigkeitsprüfung vorlagenweise welche Ziele man mit der beabsichtigten Maßnahme erreichen will. Sie prüft die Intention, dient der laufenden Selbsteinschätzung und der Entscheidungsfindung des Gemeinderates.

Die Nachhaltigkeitsberichte werden für das strategische Controlling von Gemeinderat und Verwaltungsspitze benötigt und sind mit der indikatorengestützten Erfolgskontrolle wichtig für die Fördermittelakquisition.

Heidelberg gibt und erhält Impulse – Nachhaltigkeits-Prüfung in Baden-Württemberg

Hervorzuheben ist, dass es für die Durchführung der Nachhaltigkeitsprüfung in Heidelberg als sehr förderlich angesehen wird, dass – wie oben bemerkt – nun auch im Bundesland Baden-Württemberg selbst eine Nachhaltigkeitsprüfung eingeführt wurde. Kommunale Verfahren erhalten nach Auffassung von Beteiligten dadurch eine höhere Akzeptanz und Relevanz. Die per Kabinettsbeschluss seit Beginn des Jahres 2011 geltende Nachhaltigkeitsprüfung bezieht sich auf alle Kabinettsvorlagen und Regelungen hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die nachhaltige Entwicklung.

Die Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg nannte in ihren Materialien Heidelberg als ein Beispiel zur gelungenen Einführung eines

43 http://www.heidelberg.de/servlet/PB/show/1220785/12_pdf_Nachhaltigkeitsbericht2011.pdf (Stand 15.08.2011)

44 http://www.heidelberg.de/servlet/PB/show/1192730/12_pdf_Nachhaltigkeitsbericht-2007.pdf (Stand 15.08.2011)

Nachhaltigkeitschecks von Gemeinderatsvorlagen. Weitere Beispielkommunen sind noch Ludwigsburg und Friedrichshafen. Von Seiten anderer Kommunen gibt es deutliches Interesse an diesem Nachhaltigkeitsinstrument und zwecks Erfahrungsaustausch fand im November 2011 ein landesweiter Workshop statt, organisiert vom Landes-Agendabüro und dem Landesumweltministerium.

Was den Erfolg ermöglicht

Die Herausforderung, die komplexen und ambitionierten Qualitätsmerkmale von Nachhaltiger Entwicklung in das Handeln kommunaler Akteure, vor allem der Entscheidungsträger in Politik und Verwaltung zu integrieren, ist ein höchst voraussetzungsvolles und schwieriges Unterfangen. Am Beispiel der Stadt Heidelberg können auf Basis der Recherchen und der Interviews folgende Faktoren und Aspekte als Erfolgsbedingungen benannt werden:

- Der Stadtentwicklungsplan STEP 2015 wird als die "Lokale Agenda 21" Heidelbergs definiert. Der STEP dient für alle Politikbereiche und Verwaltungsstellen als Entscheidungsgrundlage .
- Durch frühzeitige Implementierung des Konzeptes Nachhaltige Entwicklung in die städtische Politik konnten umfangreiche Erfahrungen gesammelt, Fähigkeiten entwickelt und Lernprozesse vorangetrieben werden.
- Zahlreiche Akteure aus der Zivilgesellschaft wurden immer wieder in die Nachhaltigkeitsaktivitäten einbezogen. Vernetzung gehört zu den Wesensmerkmalen von Nachhaltigkeitspolitik in Heidelberg (Beispiel "Bildung für Nachhaltige Entwicklung").
- Nachhaltigkeitspolitik war und ist in Heidelberg "Chefsache", d.h. von der Oberbürgermeisterin bzw. dem Oberbürgermeister getragen und gefördert. Dies wirkt deutlich in die Verwaltung und in die Öffentlichkeit hinein. Nachhaltigkeit erhält zusätzliche Autorität.
- In der Verwaltung wurde mit dem Agenda-Büro ein "Motor" für die Thematik Nachhaltigkeit geschaffen, mit welchem Anstöße gegeben, Verknüpfungen angeregt, Kommunikation und Austausch organisiert und allgemeine Unterstützungsleistungen für Nachhaltigkeit gegeben werden.
- Die Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung unterliegt einer regelmäßigen Erfolgskontrolle, die in den Nachhaltigkeitsberichten veröffentlicht wird.
- Im Zuge des vom Bauministerium unterstützten Projektes „Städte der Zukunft“, in dem Heidelberg Modellstadt war, wurden erste Indikatoren zur nachhaltigen Stadtentwicklung erarbeitet. Im Rahmen eines von ICLEI begleiteten Vorhabens entwickelte sich das Nachhaltigkeitsmanagement in Heidelberg zu einem wichtigen Thema und wird inzwischen schrittweise umgesetzt (z.B. Faire Beschaffung).
- Die Aktivitäten Heidelbergs erhielten bundesweit Aufmerksamkeit und erhalten durch Auszeichnungen eine öffentlichkeitswirksame Anerkennung und Wertschätzung.
- Zahlreiche zivilgesellschaftliche Akteure und Organisationen engagieren sich zum Teil seit vielen Jahren in unterschiedlichen Bereichen und Handlungsfeldern und stellen dadurch ein umfangreiches Potenzial und Reservoir für innovatives Handeln dar. Der in der Stadt ausgelobte Umweltpreis unterstützt dieses Engagement nachdrücklich.
- Durch die seit Beginn 2011 in Kraft gesetzte Nachhaltigkeitsprüfung des Landes Baden-Württemberg erhält das in Heidelberg angewandte Instrument eine zusätzliche und bedeutsame Stärkung und Aufwertung. Zudem ist davon auszugehen, dass auch die im Deutschen Bundestag mit diesem Konzept gemachten Erfahrungen indirekt hilfreich sind.

- Die Stadt Heidelberg unterstützt die Landesregierung bei der Verbreitung des Instruments "Nachhaltigkeitsprüfung".

Kontakt

Heidelberg
 Agenda Büro
 Sabine Lachenicht
Agenda-Buero@Heidelberg.de
www.heidelberg.de/lokale-agenda

Weiterführende Links

- Nachhaltigkeitsbericht Heidelberg 2011
www.heidelberg.de/servlet/PB/show/1220785/12_pdf_Nachhaltigkeitsbericht2011.pdf
- Stadtentwicklungsplan Heidelberg 2015
 Stadtentwicklungsplan Heidelberg 2015".
http://www.heidelberg.de/servlet/PB/show/1160795/12_pdf_STEP_2015_mit_Lesezeichen_s.pdf
- Nachhaltigkeitsbeirat Baden-Württemberg
www.nachhaltigkeitsbeirat-bw.de
- Nachhaltigkeitsstrategie Baden-Württemberg
www.nachhaltigkeitsstrategie.de
- Nachhaltigkeitsprüfung in Baden-Württemberg
www2.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/51694/Zusammenstellung_Regelungen_Nachhaltigkeitspruefung.pdf?command=downloadContent&filename=Zusammenstellung_Regelungen_Nachhaltigkeitspruefung.pdf

6.4 Jena: „Ein transparenter Bürgerhaushalt“

Das Modell Bürgerhaushalt

Bürgerhaushalte bieten eine Möglichkeit, Bürger/-innen aktiv über einige finanzielle Belange der eigenen Gemeinde mitbestimmen zu lassen. Das Verfahren "Bürgerhaushalt" gibt es seit etwa 25 Jahren. Erste Erfahrungen mit einem Bürgerhaushalt werden seit der Einführung in der brasilianischen Stadt Porto Alegre im Jahr 1989 gesammelt. In Deutschland wurden in den Jahren 1999/ 2000 die ersten Bürgerhaushalte eingeführt. Generell sind bei der Durchführung eines Bürgerhaushalts nur die von der Kommune selbst unmittelbar steuerbaren Ausgaben bzw. ein mehr oder weniger großer Teil von ihnen beeinflussbar. Dies sind zumeist, jedoch nicht ausschließlich, die freiwilligen Leistungen und nicht gesetzlich gebunden Aufgabenbereiche. Zu den Grundbedingungen eines Bürgerhaushalts gehören eine aktive Partizipation der Bürger/-innen bei finanziellen Entscheidungen der Gemeinde und die Verstärkung dieser Form der Partizipationsmöglichkeit.

Mit dem Modell "Bürgerhaushalt" wird ein qualitativ neuer Weg der kommunalen Haushaltspolitik beschritten, der zu einem Wandel der lokalen demokratischen Strukturen in Kommunen beiträgt. Bürgerschaft, Politik und Verwaltung sind gleichermaßen an diesem Wandel beteiligt. Mit der Verstärkung dieser Form der partizipativen Teilhabe sind bestimmte politische Ziele verbunden: die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung, die Entwicklung einer neuen Partnerschaft zwischen Bürger/-innen und der lokalen/ regionalen Politik und ihrer Verwaltung, mit der Absicht, gemeinsam an der Lösung von Problemen im öffentlichen Raum zu arbeiten sowie eine stärkere Teilhabe und Mitverantwortung der

Zivilgesellschaft mit entsprechendem Qualifizierungsbedarf bei Bürger/-innen, Politiker/-innen und Mitarbeiter/-innen der Verwaltung.⁴⁵

Nach dem 5. Statusbericht Bürgerhaushalte in Deutschland⁴⁶ wurden bis März 2012 insgesamt 237 Kommunen in die Karte der Bürgerhaushalte in Deutschland aufgenommen. Zu den aktiven Kommunen, die ihre Bürger/-innen über den Haushalt informieren, einen Bürgerhaushalt einführen oder fortführen oder einen Beschluss zur Einführung gefasst haben, zählen insgesamt 100 Kommunen. Darunter sind 70 Kommunen, die einen Bürgerhaushalt einführen und 21 Kommunen, die ihren Bürgerhaushalt seit mehreren Jahren fortführen. In weiteren 98 Kommunen wird derzeit über die Einführung eines Bürgerhaushalts diskutiert.

Der Bürgerhaushalt in Jena

Mit dem Bürgerhaushalt werden in der thüringischen Stadt Jena seit 2008 Bürgerinnen und Bürger an der Entscheidungsfindung zum kommunalen Haushalt beteiligt.

Eingeführt wurde der Bürgerhaushalt zu einem Zeitpunkt als Jena einen Haushaltsüberschuss verzeichnen konnte und dadurch ein Spielraum entstand, auf partizipative Weise über die Verwendung dieser Mittel zu entscheiden. Mit der Möglichkeit, auch über Investitionen mitzuentcheiden, bezieht sich der Jenaer Bürgerhaushalt nicht ausschließlich auf die freiwilligen Leistungen der Kommune.

Ein wichtiges Anliegen ist es, die Ausgaben der Stadt Jena für die Bevölkerung transparent und nachvollziehbar zu gestalten und den Einwohner/-innen Gelegenheit zu geben, in gewisser Weise an der Entscheidungsfindung mitzuwirken. Die Vorschläge aus dem Verfahren "Bürgerhaushalt" fungieren als Orientierung für den Stadtrat, der auch weiterhin die Entscheidungshoheit inne hat. Beteiligen können sich alle in Jena registrierten wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger

Der Bürgerhaushalt Jena wird maßgeblich von einer Arbeitsgruppe Bürgerhaushalt, bestehend aus ehrenamtlich engagierten Bürger/-innen vorangetrieben und inhaltlich betreut. Die fachliche Unterstützung und die Koordination übernimmt das Dezernat Finanzen der Stadt. Für den Jenaer Bürgerhaushalt ist jedes Jahr ein festes Budget vorgesehen, mit dem das Beteiligungsverfahren durchgeführt werden kann. Eine umfangreiche und übersichtliche Broschüre informiert die Einwohner jedes Jahr über die Beteiligungsformen, den städtischen Haushalt sowie die Ergebnisse der Befragung. Jena kann mit der Durchführung des Bürgerhaushalts als ein gutes Beispiel für andere Kommunen gelten. Das Verfahren ist auf größtmögliche Transparenz ausgelegt. Es werden alle Wege der Informationsvermittlung genutzt. Die Zusammenarbeit zwischen der Zivilgesellschaft und Verwaltung wird von beiden Seiten forciert.

Ausgangspunkt: Von der Idee zur Umsetzung

Für die Initiierung des Jenaer Bürgerhaushalts sind maßgeblich die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und die Partei Die Linke aus dem Jenaer Stadtrat verantwortlich. Am 11. Oktober 2006 wurde der Stadtratsbeschluss zur Einführung eines Bürgerhaushalts getroffen. Erste Schritte waren die Entwicklung eines Konzepts zur schrittweisen Einführung eines Jenaer Bürgerhaushalts. Mit der Verteilung der ersten Haushaltsbroschüre 2007 wurden die Bürger/-innen über die aktuelle Haushaltslage und die Einführung des Bürgerhaushalts

45 Rüttgers, Martin (2008): Bürgerhaushalt: Information, Partizipation, Rechenschaftslegung. Friedrich-Ebert-Stiftung, Arbeitskreis Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat, <http://library.fes.de/pdf-files/kug/05593.pdf> (Stand 23.11.2011)

46 Bundeszentrale für politische Bildung, Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (Hrsg.) (2012): Bürgerhaushalte in Deutschland, Statusbericht, Stand März 2012 <http://www.buergerhaushalt.org/wp-content/uploads/2012/03/Statusbericht0312-Finale-1.pdf> (Stand 27. August 2012)

informiert. Prozessbegleitend wurde das Onlineangebot auf der Website der Stadt Jena zum Beteiligungsverfahren „Bürgerhaushalt – In Jena entscheiden Sie mit“ sukzessive erweitert.

Die Informationsphase diente vor allem der Erhebung eines Meinungsbildes, welche Themen den Jenaer Bürger/-innen wichtig sind und im folgenden Jahr in den ersten Bürgerhaushalt einfließen sollen. Während der Einführungsphase wurden im Herbst 2007 drei Bürgerversammlungen durchgeführt, die vor allem der Information über das Verfahren und über den Haushalt dienten. Darüber hinaus konnte auf diesen Veranstaltungen aber auch über thematische Schwerpunktsetzungen wie Verschuldung und Schuldenabbau, Familienpolitik, Kinder- und Jugendarbeit sowie Stadtentwicklung mit den jeweiligen Dezernenten diskutiert werden. Im Jahr 2008 hatten die Bürger/-innen dann erstmals die Möglichkeit, an haushaltspolitischen Entscheidungen der Stadt teilzuhaben.

Eine umfangreiche und übersichtliche Broschüre informiert die Bürger/-innen seit 2007 jedes Jahr über den Jenaer Haushalt und mögliche Beteiligungsformen.⁴⁷

Die Initiierung des Bürgerhaushalts fand in einer Zeit statt, als die Stadt Jena über Mehreinnahmen verfügte und dadurch der Spielraum entstand, eine solche Form der Beteiligung zu verwirklichen. Aufgrund der Mehreinnahmen hat sich die Chance ergeben, die Bürger zu fragen, welche Investitionen mit den zur Verfügung stehenden Finanzmitteln getätigt werden sollen. Auslöser war also ein positiver Anreiz und nicht der Umstand, dass die Stadt mittels Partizipation Einsparpotentiale finden und legitimieren wollte. „Das hat sicher auch zu einer positiven Wahrnehmung des Verfahrens beigetragen“ meint Dörthe Knips, Sprecherin der Arbeitsgruppe Bürgerhaushalt Jena.

Seit 2007 wird der Jenaer Bürgerhaushalt kontinuierlich jedes Jahr durchgeführt. Aktuell läuft das Verfahren zum Bürgerhaushalt 2012. Die weitere Entwicklung hängt von den Entscheidungen des Stadtrates ab, der jeweils für 5 Jahre gewählt wird.

Verfahren und Akteure

Der Jenaer Bürgerhaushalt beschäftigt sich in den letzten Jahren mit dem Verwaltungshaushalt, hier insbesondere mit den freiwilligen Leistungen. Mit Hilfe dieses Verfahrens wird der Haushalt der Stadt transparent gemacht und der Bevölkerung die Gelegenheit zur Meinungsbildung und in begrenzter Form auch zur Mitentscheidung darüber gegeben, wofür in Jena Geld ausgegeben wird und was im Rahmen der freiwilligen Leistungen finanziert werden soll. Beteiligen können sich alle in Jena registrierten wahlberechtigten Bürger/-innen.

Die Vorbereitung und Umsetzung wird maßgeblich von der Arbeitsgruppe Bürgerhaushalt, bestehend aus ehrenamtlich engagierten Bürger/innen vorangetrieben und inhaltlich betreut. Je nach thematischem Schwerpunkt werden fachlich kompetente Personen aus der Verwaltung in den Beratungsprozess einbezogen. Alle Sitzungen der AG sind öffentlich, werden protokolliert und veröffentlicht.⁴⁸ Jeder kann sich hier eine Meinung bilden und sich an der Diskussion beteiligen, eigene Vorschläge unterbreiten und auch schon eingebrachte Vorschläge bewerten. „Die Transparenz der Arbeitsgruppe ist nicht mehr zu steigern“, merkt Ralf Reinhardt, Koordinator des Jenaer Bürgerhaushalts, an. Durch diese Transparenz konnten viele Bürger für das Verfahren gewonnen und das generelle Verständnis für eine fiskalisch nachhaltige Haushaltspolitik verbessert werden.

47 Stadt Jena:

http://www.jena.de/de/stadt_verwaltung/stadtverwaltung/dezernat2/buergerhaushalt/haushaltsbroschueren_rueckblick/285521 (Stand 27.08.12)

48 Stadt Jena:

http://www.jena.de/de/stadt_verwaltung/stadtverwaltung/dezernat2/buergerhaushalt/sitzungsprotokolle_ag_buergerhaushalt/285667 (Stand 27.08.12)

Die fachliche Unterstützung und die Koordination des Bürgerhaushalts übernimmt das Dezernat Finanzen der Stadt Jena. Damit verbunden ist auch ein festes Budget, das für das jährliche Beteiligungsverfahren zur Verfügung steht. Zentral für die erfolgreiche Durchführung ist die enge Zusammenarbeit zwischen der Stadtverwaltung und der zivilgesellschaftlichen Arbeitsgruppe. Der Bürgerhaushalt Jena wird maßgeblich durch die zivilgesellschaftlichen Akteure gestaltet und durch die Verwaltung unterstützt. Innerhalb der Stadtverwaltung gibt es eine Stelle, die sich ganz dem Bürgerhaushalt widmet.

Zu jedem Bürgerhaushalt wird durch die ehrenamtliche Arbeitsgruppe eine Broschüre erarbeitet. Diese informiert übersichtlich und gut strukturiert über das Verfahren, seine Grenzen, die thematischen Schwerpunkte im jeweiligen Jahr und die Ergebnisse des letzten Bürgerhaushalts. So wird z.B. in der Broschüre zum Bürgerhaushalt 2011 sehr übersichtlich dargelegt, welche Kosten die diversen Formen des Kulturbetriebs in Jena mit sich bringen, wie die Finanzierung geregelt ist und wie hoch die Subventionierung von Seiten der Stadt für die verschiedenen kulturellen Angebote ist. Die Bürger/-innen können ohne großes haushaltsrechtliches Vorwissen genau sehen, was wieviel kostet und wohin Teile ihrer Steuergelder fließen. Die Meinung der Bürger/-innen, ob es zu einer Erhöhung der Förderung von Seiten der Stadt kommen sollte, die Zuschüsse beibehalten oder aber gekürzt werden sollten, wird dann in der nachfolgenden Befragung ermittelt.

Einige Entscheidungen des Stadtrates und auch der Verwaltung werden durch die Empfehlungen, die durch den Bürgerhaushalt ausgesprochen werden in ihrer Legitimität unterstützt und gestärkt. Letztlich entscheidet jedoch weiterhin der Stadtrat, denn die Vorschläge aus dem Verfahren "Bürgerhaushalt" haben empfehlenden Charakter und sind nicht bindend.

Das Verfahren wird von den Beteiligten insgesamt sehr positiv bewertet: Nachdem im April 2009 ein richtungsweisender Stadtratsbeschluss gefasst wurde, war ab dem 2. Halbjahr 2009 ein deutlicher Aufschwung des Jenaer Bürgerhaushalts zu verzeichnen. Diese Tendenz fand in den darauffolgenden Jahren ihre Fortsetzung.

Die Haushaltsbefragung zum Bürgerhaushalt 2010

In Jena können sich die Bürger/-innen auf verschiedenen Wegen beim Bürgerhaushalt beteiligen. Jährlich werden 15.000 Fragebögen an zufällig ausgewählte wahlberechtigte Bürger/-innen verschickt. Zudem finden mehrere Bürgerversammlungen zur Information und Meinungsbildung statt. Schließlich können die Bürgerinnen und Bürger auch online ihr Votum abgeben. Mit 2350 ausgefüllten gültigen Fragebögen entsprach der Rücklauf in 2010 einer Beteiligungsquote von ca. 16%.⁴⁹ Weitere 156 Stimmen wurden über die Onlineplattform und ein entsprechendes digitales Dokument generiert.

Auffällig ist die unterschiedliche Rücklaufquote bei jungen und älteren Befragten. In der Altersgruppe der 18-29 Jährigen liegt die Rücklaufquote bei etwa 10 Prozent – in der Altersgruppe der 70-85 Jährigen bei etwa 21 Prozent. Das Verhältnis von Frauen und Männern ist in etwa ausgeglichen (ca. 52% Männer und ca. 47% Frauen). Der überwiegende Teil der Bürger/-innen, die sich an der Befragung 2010 beteiligten ist zwischen 30 und 69 Jahre alt.⁵⁰ Die Rücklaufquoten bei den bisher durchgeführten Beteiligungsverfahren waren sehr gut und liegen im Schnitt je nach behandeltem Themengebiet zwischen 16 und 28 Prozent.

49 Stadt Jena: http://www.jena.de/fm/41/110809_Endfassung_Webversion_Einzelseiten_Muster.pdf (Stand 19.10.11)

50 Fachhochschule Jena: http://www.jena.de/fm/41/EndberichtFHJ_BBV2010.pdf (Stand 19.10.11)

Qualitätssicherung durch wissenschaftliche Begleitung des Verfahrens

Begleitet und ausgewertet wird der Jenaer Bürgerhaushalt durch wissenschaftliche Mitarbeiter der Fachhochschule Jena. Eine kurze aber prägnante Evaluation des methodischen Ablaufs und der entsprechenden Kennzahlen der jährlichen Befragungen wird jedes Jahr allen Interessierten zur Verfügung gestellt.⁵¹ Dieses Vorgehen stärkt die Transparenz und das Vertrauen bei den Bürger/-innen, sichert die Qualität des Prozesses und stellt auch die Grundlage für die Weiterentwicklung des Verfahrens dar. Es liegt nahe zu vermuten, dass die hohe Qualität und auch die Zufriedenheit der Bürger/-innen mit dem Verfahren nicht erreicht worden wäre, wenn die wissenschaftliche Unterstützung des Prozesses nicht gewährleistet wäre. Informationen über den Haushalt, die Beteiligungsmöglichkeiten und auch über den Auswertungsprozess sind nicht zuletzt auch durch die wissenschaftliche Begleitung und Evaluierung des Prozesses stets transparent und auch für Personengruppen leicht verständlich, die sich nicht tagtäglich mit der städtischen Haushaltspolitik auseinandersetzen.

Insgesamt kann festgestellt werden, dass es sich hier um ein sehr niedrigschwelliges Angebot zur Mitbestimmung in Haushaltsfragen handelt. Die Kombination aus einem von der Stadt gewollten, vom Oberbürgermeister unterstützten, die Verwaltung integrierenden, die Zivilgesellschaft ernst nehmenden und eines durch wissenschaftliche Expertise abgesicherten Verfahrens hat in Jena maßgeblich dazu beigetragen, dass der Bürgerhaushalt weiterhin aktiv von allen Akteuren getragen und fortentwickelt wird.

Erste Erfolge: Generationengerechtigkeit wird ernst genommen

Die ersten drei Verfahren haben sich entsprechend der guten fiskalischen Haushaltslage mit Investitionen beschäftigt, wobei bei zwei Verfahren ganz klar die Forderung nach einer Entschuldung der Stadt in den Mittelpunkt rückte. Das Programm zur Entschuldung der Stadt wurde nicht zuletzt auch durch die Einführung des Bürgerhaushalts initiiert. Dies ist auch heute noch ein wichtiges Argument, wenn versucht wird, dieses Programm in Frage zu stellen. Der Bürgerhaushalt ist hier ein Garant für eine generationengerechte und damit nachhaltige Finanzpolitik der Stadt Jena. „Dass es heute ein Entschuldungskonzept für die Stadt Jena gibt, ist auch ein großer Erfolg des Bürgerhaushalts“, gibt Dörthe Knips zu bedenken. Hier hat sich eine Form der Generationengerechtigkeit durch die Beteiligung der Bürger/-innen durchgesetzt.

Jena ist jetzt auf dem Weg, die städtischen Schulden bis zum Jahr 2025 abzubauen. Für eine nachhaltige Entwicklung ist der Schuldenabbau höchst bedeutsam. Werden den kommenden Generationen keine Schulden hinterlassen, ist man dem Ziel, eine nachhaltige Entwicklung für die Kommune zu erreichen, ein großes Stück näher gekommen. „Hier ist Jena schon auf einem guten Weg und hat in den letzten Jahren eine konsequente Haushaltskonsolidierung vorangetrieben, so dass die Schulden bis jetzt schon etwa halbiert werden konnten“ erklärt Ralf Reinhardt, der den Bürgerhaushalt seitens der Stadt betreut. Eine Aufnahme neuer Schulden ist heute in Jena nicht mehr zulässig.

Bürgerbeteiligung ernst nehmen: Verfahren und Strukturen unterstützen

„Verbesserungswürdig ist die Art, wie Politik gemacht wird und welche Entscheidungen getroffen werden“, meint Dörthe Knips. Werden Entscheidungen entgegen den Ergebnissen und entsprechenden Empfehlungen aus dem Bürgerhaushalt getroffen, sollte das von Seiten des Stadtrates zumindest ausführlich und argumentativ haltbar dargelegt werden. Sonst fühlen sich die Bürger/-innen nicht ernst genommen.

51 Fachhochschule Jena: http://www.jena.de/fm/41/EndberichtFHJ_BBV2010.pdf (Stand 19.10.11)

Dass die Ergebnisse aus den Beteiligungsverfahren nicht bindend sind, ist auch den zivilgesellschaftlichen Akteuren bewusst. Momentan gibt es noch keine „Argumentationspflicht“ von Seiten des Stadtrates – hier besteht noch ein deutlicher Verbesserungsbedarf. Ob die Entwicklung auf eine Argumentationspflicht hinauslaufen kann, ist offen. Zielführend wäre es, wenn sich so etwas wie ein ungeschriebenes Gesetz im Sinne einer Good Governance etablieren ließe, damit abgelehnte Vorschläge des Bürgerhaushalts begründet in die nächste Runde der öffentlichen Diskussion einfließen können.

Weiterentwicklung und Fortführung

Jena gilt schon heute weit über die Thüringer Landesgrenzen hinaus als nachahmenswertes Beispiel und ist bundesweit ein sehr gefragter Ansprechpartner für interessierte Kommunen, die einen Bürgerhaushalt planen oder bereits durchführen. „Wir bekommen Anfragen aus ganz unterschiedlichen Kommunen. Das geht bei ganz kleinen Kommunen los und endet bei großen Städten wie z.B. Stuttgart“ sagt Dörthe Knips.

Für die Weiterentwicklung des eigenen Bürgerhaushalts in Jena wird angestrebt, die Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft, Stadtrat und Verwaltung weiter zu verbessern und die Umsetzungszahl der Vorschläge der Bürgerschaft, die aufgrund der Teilhabemöglichkeit ermittelt werden, zu erhöhen. Dazu gehört zukünftig auch, dass dem Stadtrat zu seinen letztlich getroffenen Entscheidungen eine Rechenschaftspflicht auferlegt ist, die zu Beginn des Jahres 2012 mit dem neuen Regelwerk beschlossen wurde⁵².

Für die Zukunft wünschen sich die Akteure auch eine stärkere Unterstützung seitens des Landes. Partizipative Ansätze wie der Bürgerhaushalt führen zu mehr demokratischer Mitbestimmung und Transparenz. Dies ist auch seitens der Landes- und Bundespolitik gewünscht und sollte daher insbesondere ideell unterstützt werden. Vor allem die Würdigung dessen, was in Kommunen wie Jena bereits erreicht wurde, wäre ein wichtiges Signal.

Um Bürgerhaushalte in zahlreichen weiteren Thüringer Kommunen zu realisieren und hierfür die Netzwerkarbeit zu intensivieren, wäre auch eine finanzielle Unterstützung seitens des Landes äußerst sinnvoll. Ansätze zur landesweiten Vernetzung gibt es bereits. Im November 2011 fand in Weimar die Tagung "Kommunale Bürgerhaushalte" statt. Im Anschluss wurde das Thüringer "Netzwerk Bürgerhaushalt" gegründet. Hiermit sollen weitere Vernetzungen zu anderen Kommunen entstehen, die sich kurz-, mittel oder auch langfristig für die Einführung eines Bürgerhaushalts entscheiden.

Was den Erfolg ermöglicht

- Der Bürgerhaushalt wird von allen Fraktionen und durch den Oberbürgermeister unterstützt.
- Aufgrund von unerwarteten städtischen Mehreinnahmen wurde die Chance genutzt, eine neue Form der direkten Beteiligung erfolgreich zu erproben und einzuführen.
- Der Bürgerhaushalt wird durch das Dezernat Finanzen der Stadt fachlich unterstützt und koordiniert.
- Eine aktive „Arbeitsgruppe Bürgerhaushalt“ koordiniert den Prozess und sichert die zivilgesellschaftliche Teilhabemöglichkeit an den jeweiligen Themensetzungen ab. Die Arbeitsgruppe arbeitet offen und transparent.
- Eine gute und enge Zusammenarbeit zivilgesellschaftlicher Akteure und Gremien mit der Stadtverwaltung ermöglicht die erfolgreiche Durchführung des Bürgerhaushalts.

52 Stadt Jena.: http://www.jena.de/fm/1727/regelwerk_bhh_jena.pdf (Stand 24. September 2012)

- Es steht ein festes Budget für die jährliche Durchführung des Bürgerhaushalts zur Verfügung.
- Seitens des Landes wurden für einen Zeitraum von drei Jahren Fördermittel bereitgestellt, um das Verfahren bekannt zu machen und die Bürger/-innen zur Teilnahme und Mitbestimmung zu gewinnen.
- Es werden vielfältige Kommunikationswege genutzt, um über die Beteiligungsform zu informieren und die Mitwirkung der Zivilgesellschaft zu ermöglichen.
- Eine schrittweise Einführung des Verfahrens mit Beteiligung der Bürger/-innen an der Qualitätssicherung hat das Verfahren weiterqualifiziert.
- Für jeden Bürgerhaushalt wird eine übersichtliche Informationsbroschüre erarbeitet, die es ermöglicht, komplexe finanzielle Zusammenhänge schnell zu überblicken und sich eine Meinung zu bilden. Es erfolgte eine zeitnahe Weiterentwicklung von Informationsmaterialien auf Grundlage der Bewertung durch die Bürger/-innen.
- Bei der Auswertung und transparenten Darstellung der jeweiligen Ergebnisse arbeitet die Stadt eng mit der Fachhochschule Jena zusammen, was die Qualität des Verfahrens sichert und erhöht.
- Eine jeweils transparente Veröffentlichung der Ergebnisse des Bürgerbeteiligungsverfahrens macht den Prozess für alle Beteiligten attraktiv.

Kontakt

Stadt Jena

Koordinator Bürgerhaushalt

Herr Reinhardt

buergerhaushalt@jena.de

www.jena.de/de/stadt_verwaltung/stadtverwaltung/dezernat2/buergerhaushalt/285389

Weiterführende Informationen

- Studie Bürgerhaushalte in Ostdeutschland
[http://boell-th.boell-net.de/downloads/buergerhaushalte_ostdeutschland_hbs_studie\(1\).pdf](http://boell-th.boell-net.de/downloads/buergerhaushalte_ostdeutschland_hbs_studie(1).pdf)
- Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen e.V., Schwerpunktthema Bürgerhaushalte
<http://boell-th.boell-net.de/web/396.html>
- Mehr Demokratie Thüringen e.V., Thema Bürgerhaushalte
<http://thueringen.mehr-demokratie.de/8097.html>
- Nachhaltigkeitszentrum Thüringen
<http://www.stadtoekologie-arnstadt.de>

Bürgerhaushalte in weiteren Thüringer Kommunen:

- Erfurt: <http://www.erfurt.de/ef/de/engagiert/bbhaushalt/>
- Weimar: <http://stadt.weimar.de/stadtverwaltung/buergerhaushalt/>
- Gera: http://www.gera.de/sixcms/detail.php?id=127991& nav_id1=10246& nav_id2=128011& lang=de
- Ilmenau: <http://www.ilmenau.de/670-0-Kaemmerei.html>
- Großbreitenbach: <http://www.da-rede-ich-mit.de/>

Links zum Thema Bürgerhaushalt bundesweit

- Umfassende Website zum Bürgerhaushalt mit Definition, Diskussion und Beispielen, ein Projekt der Bundeszentrale für politische Bildung und der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt: <http://www.buergerhaushalt.org/>
- 5. Statusbericht Bürgerhaushalt, März 2012
<http://www.buergerhaushalt.org/wp-content/uploads/2012/03/Statusbericht0312-Finale-1.pdf>
- Infos zum Bürgerhaushalt von der Stiftung Mitarbeit
<http://www.buergergesellschaft.de/>
- Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Bürgerhaushalt:
<http://library.fes.de/pdf-files/kug/05593.pdf>
- Literaturliste zum Bürgerhaushalt in der Kommunalpolitischen Infothek der Böll-Stiftung: <http://www.kommunale-info.de/index.html?asp/ThemenpaketAnzeige.asp?ThemenpaketId=1003600>

6.5 Berlin geht neue Wege – partizipative Stadtentwicklung auf dem Flughafen Tempelhof

Vom Flughafen zum Kreativort

Berlin ist als kulturell facettenreiche und grüne Metropole fortwährend im Umbruch begriffen und daher auch ein attraktiver Ort für experimentelle Ansätze im Sinne eines „Stadt-Raum-Labors“. Dieser Aspekt wird auch bei der Nachnutzung des 2009 stillgelegten innerstädtischen Flughafens Berlin-Tempelhof berücksichtigt. Die Gestaltung des rund 390 Hektar großen Geländes stellt eine der großen Zukunftsaufgaben der Hauptstadt dar. Kreativität und innovative Ideen der Berliner Einwohnerinnen und Einwohner sind gefragt. Dabei beschreitet die Stadt selbst neue Wege und stellt mit dem Tempelhofer Feld eine große Fläche für Pionier- und Zwischennutzungen bereit. Nachhaltigkeitsorientierten und innovativen Projekten wird die Möglichkeit gegeben, attraktive Angebote für Erholung und Freizeit zu schaffen und neue unternehmerische, soziale und kulturelle Konzepte umzusetzen. Zwischennutzungen auf Brach- und Sanierungsflächen gibt es bereits an vielen Orten der Stadt. Aber auf dem ehemaligen Flughafengelände wird erstmalig das Experiment unternommen, stufenweise Pioniernutzungen gezielt in einen kommunalen Planungsprozess zu integrieren und gemeinsam mit den Akteuren zukunftsfähige Nutzungsmöglichkeiten des Geländes auszuloten.

Um das Areal im Auftrag der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung ganzheitlich und nachhaltig zu entwickeln, hat das Berliner Abgeordnetenhaus 2010 die Gründung der landeseigenen Gesellschaft „Tempelhof Projekt GmbH“ beschlossen⁵³. Gemeinsam mit der „Grün Berlin GmbH“⁵⁴ koordinieren die beiden landeseigenen Gesellschaften die Zwischen- und Pioniernutzungen auf dem ehemaligen Flughafengelände, der „Tempelhofer Freiheit“.⁵⁵

53 <http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/tempelhof/de/projektbeteiligte/senstadt.shtml> (Stand 14.11.11)

54 <http://www.gruen-berlin.de/parks-gaerten/tempelhofer-freiheit/parkplanung/tempelhofer-freiheit/> (Stand 14.11.11)

55 <http://www.tempelhoferfreiheit.de/ueber-die-tempelhofer-freiheit/projektbeteiligte> (Stand 14.11.11)

„Lernende Verwaltung“ ermöglicht frühzeitige Partizipation bei der Planung und Entwicklung

Für die Planung und zukünftige Entwicklung des gesamten ehemaligen Flughafengeländes wurden frühzeitig partizipative Elemente berücksichtigt. So wurde im Dialog mit relevanten gesellschaftlichen Akteuren, wie politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträgern, Anwohnern sowie zahlreichen weiteren Berliner Bürger/-innen ein Leitbild mit sechs Schwerpunktthemen ausgearbeitet, das die Grundlage der weiteren Planung und prozessualen Entwicklung darstellt. Das Leitbild setzt sich aus folgenden Schwerpunktthemen zusammen:

- Bühne des neuen
- Saubere Zukunftstechnologien
- Wissen und Lernen
- Sport und Gesundheit
- Dialog der Religionen
- Integration der Quartiere

Der städtebauliche Grundgedanke für das Gesamtareal besteht darin, die zentrale Flughafenfläche als grüne Freifläche zu erhalten und zu einer multifunktionalen Parklandschaft zu entwickeln. An den Rändern sind neue Stadtquartiere mit thematischen Schwerpunkten wie Bildung, Integration, Zukunftstechnologien, Gesundheit und urbanes Wohnen geplant. Das ehemalige, denkmalgeschützte Flughafengebäude soll als Veranstaltungsort entwickelt werden und als "Bühne des Neuen" als eine Art Plattform für innovative Produkte und zukunftsorientierte Ideen fungieren. Ziel ist es, die Bürgerinnen und Bürger in die Entwicklung des Geländes einzubeziehen, ohne dabei die gesamtstädtische Perspektive des Areals aus den Augen zu verlieren.⁵⁶

Partizipationsmöglichkeiten für zivilgesellschaftliche Akteure bestehen vor allem bei der Nutzung und zukünftigen Weiterentwicklung der Parklandschaft. Bürgerinnen und Bürger werden anhand von Diskussionsveranstaltungen, Pilotprojekten, Umfragen und eines Besucher-Monitorings in die Planung einbezogen. So haben im Mai und Juni 2012 öffentliche Bürgergespräche zur Parkplanung stattgefunden, deren Ergebnisse im Internet zugänglich sind.⁵⁷

Dass niedrigschwellige Beteiligungsangebote wie z.B. in Form von Interkulturellen Gemeinschaftsgärten einer innovativen und nachhaltigen Entwicklung des Stadtraumes Vorschub leistet, wird mittlerweile auch in der Berliner Verwaltung wahrgenommen. Als eine Antwort auf diese Entwicklungstendenz der „Einmischung durch Projekte und Initiativen von unten“ wurde 2011 ein umfangreiches „Handbuch zur Partizipation“⁵⁸ erarbeitet. Das Handbuch soll eine Orientierung und Unterstützung für die Verwaltung bei der Gestaltung von Partizipationsprozessen liefern. Aufgrund der großen Nachfrage ist das Handbuch, das ursprünglich nur für die Berliner Verwaltung gedacht war, nun auch öffentlich zugänglich. Im Mittelpunkt stehen Fallbeispiele von Partizipationsprozessen aus der Berliner Verwaltungspraxis, die anschaulich darlegen, dass es lohnt, Partizipationsprozesse im Rahmen der Stadtplanung und -entwicklung zu ermöglichen, um zu transparenten und erfolgreichen Lösungsansätzen zu gelangen.⁵⁹ „Der Berliner Verwaltung ist jetzt die Aufgabe gestellt sich zu qualifizieren, damit sie mit Initiativen wie der unsrigen auch umzugehen weiß.“

56 <http://www.tempelhoferfreiheit.de/ueber-die-tempelhofer-freiheit/planung/planungsstand> (Stand 17.09.12)

57 http://www.tempelhoferfreiheit.de/fileadmin/user_upload/Ueber_die_Tempelhofer_Freiheit/Planung/Parklandschaft/Buergergespraeche_2012/2012-Tempelhofer_Freiheit_Dokumentation_Buergergespraeche.pdf (Stand 17.9.12.)

58 http://www.stadtentwicklung.berlin.de/soziale_stadt/partizipation/download/Handbuch_Partizipation.pdf (Stand 17.11.11)

59 http://www.stadtentwicklung.berlin.de/aktuell/pressebox/archiv_volltext.shtml?arch_1106/nachricht4386.html (Stand 19.11.11)

In den letzten Jahren sind Partizipationsprozesse in Berlin nicht optimal verlaufen“, sagt Kerstin Stelmacher vom Allmende-Kontor Berlin. Bürgerschaftliches Engagement kann hier einen Etappensieg verzeichnen. Engagement „von unten“ ist in Berlin zu einer Größe geworden, die von Politik und Verwaltung nicht mehr ignoriert werden kann und wichtige Impulse für eine nachhaltige Stadtentwicklung gibt, die von den Entscheidern und Verwaltern der Stadt aufgegriffen werden.

Die Pionierprojekte – Ein Labor für Zwischennutzung

Auf dem Gelände der „Tempelhofer Freiheit“, so die Bezeichnung des Gesamtareals, wurden durch die Stadt drei Bereiche als sogenannte „Pionierfelder“ für eine Zwischennutzung ausgewiesen. Hierauf können sich Initiativen und Personen direkt mit innovativen Ideen bewerben und bei Zuweisung der Fläche ihre Ideen auf experimentelle Weise auch umsetzen. Zivilgesellschaftliche Akteure können so unmittelbar an der Gestaltung des Geländes mitwirken. Aktuell gibt es rund 20 „Pionierprojekte“, die realisiert werden. Diese Vorhaben müssen zentralen Nachhaltigkeitskriterien entsprechen und sich in eines oder mehrere der sechs Leitbildthemen einfügen. Aufgenommen werden Projekte, die die Entwicklung der Tempelhofer Freiheit fördern, attraktive Angebote für Erholung- und Freizeitsuchende schaffen oder neue unternehmerische, soziale und kulturelle Ideen umsetzen. Die innovativen Pilotvorhaben sollen zudem innerhalb der zeitlichen Fristen, also bis 2014 bzw. 2016 Erfolg versprechend realisierbar sein.

Die Pioniere werden als Wegbereiter für zukünftige Nutzungsformen verstanden und bewusst als Bestandteil in die Gesamtentwicklung der Tempelhofer Freiheit integriert. Die Pionierprojekte sollen ökonomisch selbsttragend sein, mit den bestehenden lokalen Ressourcen agieren und an der Aufwertung und Qualifizierung des Standortes mitarbeiten. Pioniere sind dabei keine Großinvestoren. Sie treiben ihre Initiativen und Projekte meist mit geringen Mitteln und hohem persönlichen Engagement voran. Sie beleben den Raum und machen ihn auch für andere attraktiv – dies reicht von kurzfristigen Initiativen bis hin zu Projekten, die nachhaltig wachsen, sich professionalisieren und dauerhaft verstetigen können. Im günstigsten Fall läuft die Entwicklung der Pionierprojekte mit der des Standortes parallel und verbindet sich zu einer spezifischen und einzigartigen Qualität. In anderen Fällen werden die Pioniere geplanten späteren Nutzungen weichen müssen.⁶⁰

Die spontane, ungeplante Nutzung freier Flächen ist charakteristisch für Berlin. Bislang wurden die informellen Zwischen- und Pioniernutzungen jedoch kaum aktiv und konsequent in den formalen Planungsprozess einbezogen. Das Land Berlin will dies ändern und betritt mit dem Pionierverfahren neue Wege. Dies ist ein offener Prozess. Wenn er erfolgreich ist, kann die Tempelhofer Freiheit zu einem Modellort der partizipativen Stadtentwicklung werden.

Das Pionierprojekt „Allmende-Kontor-Gemeinschaftsgarten“

Eines dieser zivilgesellschaftlichen Pionierprojekte ist das „Allmende-Kontor“. Entstanden aus einem breiten Netzwerk von Aktivistinnen und Aktivisten aus den mehr als 20 Berliner Gemeinschaftsgärten und aus diversen Projekten der urbanen Landwirtschaft, verbindet die Initiative über 1.000 Akteure unterschiedlicher Nationalitäten und sozialer Schichten. Ziel des „Allmende-Kontors“ ist es, sich als Lernort mit einer Vernetzungs- und Beratungsstelle für die zahlreichen gemeinschaftlich organisierten interkulturellen Garteninitiativen in Berlin zu etablieren und partizipatives Engagement für Klimaschutz, Stadtökologie und sozialen Zusammenhalt zu leben und zu unterstützen. Die Initiatorinnen möchten mit ihrem Engagement ebenso darauf hinwirken, die städtischen Rahmenbedingungen für Berliner Gemeinschaftsgartenprojekte zu verbessern, Schwierigkeiten bei der Gründung von Gemeinschaftsgärten überwinden zu helfen und mit Politik und Verwaltung in einen Dialog auf

⁶⁰ <http://www.tempelhoferfreiheit.de/mitgestalten> (Stand 17. 09. 2012)

Augenhöhe treten, um Partizipationsprozesse zu qualifizieren und als ein wesentliches Element zukünftiger Stadtentwicklung zu etablieren.

Umgesetzt wird die Idee des „Allmende-Kontors“ auf vielfältige Weise, eine zentrale Anlaufstelle bildet der neu angelegte interkulturelle Gemeinschaftsgarten auf dem Tempelhofer Feld. Die Initiative hatte sich für eine der ausgewiesenen Pilotflächen beworben und diese 2010 auch erhalten. Als Träger des Projekts „Allmende-Kontor“ fungiert der Verein „Workstation Ideenwerkstatt Berlin“.

Der 5000 m² große Interkulturelle Gemeinschaftsgarten wird zunächst als Zwischennutzungsprojekt auf der Tempelhofer Freiheit realisiert. Seit Beginn der praktischen Arbeit im April 2011 sind dort über 280 Hochbeete entstanden, die selbst organisiert von den urbanen Stadtgärtnern gepflegt werden. Mittelfristig soll dort auch ein in ökologischer Bauweise entwickeltes Büro entstehen, ein Gerätepool sowie eine ökologische Saatgutbank.

„Wichtig ist uns, Möglichkeiten zu schaffen – auch über den Horizont des Gärtnerns hinaus –, dass sich Menschen vernetzen und sich für eine nachhaltige Entwicklung stark machen und qualifizieren können“, so Kerstin Stelmacher, Mitinitiatorin des Allmende-Kontors. Der neue Gemeinschaftsgarten auf dem ehemaligen Flughafen ist für das Anliegen der Vernetzung von Berliner Gartenaktivisten außerordentlich wichtig. Hierin kommt eine Vielzahl von Besuchern, die Interesse am urbanen Gärtnern haben oder dafür sensibilisiert werden können. Auch werden Kontakte zu bestehenden urbanen Garteninitiativen in den Berliner Bezirken vermittelt. So steht auf der Fläche des Allmende-Kontors nicht nur das Gärtnern im Vordergrund, sondern vor allem auch der Austausch und die Vernetzung zwischen Menschen unterschiedlicher kultureller Herkunft, sozialer Milieus und aus unterschiedlichen Berliner Stadtbezirken. Der interkulturelle Gemeinschaftsgarten fördert gleichermaßen auch den Austausch zwischen den Bewohnern der an die Tempelhofer Freiheit angrenzenden Wohnquartiere, die durch einen hohen Anteil an Migrantinnen und Migranten geprägt sind. Durch die gemeinschaftliche Nutzung und Gestaltung der Fläche als Gemeinschaftsgarten wird öffentlicher Raum als Gemeinschaftsgut – Allmende – ins Bewusstsein gebracht und erlebbar gemacht.

Die Inhalte, Visionen und einzelnen Projektvorhaben des Allmende-Kontors sind ohne eine zeitliche Begrenzung und auch räumlich flexibel angelegt. Neben der öffentlichen Anlauf- und Vernetzungsstelle auf der Tempelhofer Freiheit präsentiert sich das Allmende-Kontor in der ganzen Stadt und darüber hinaus vor allem per Internet, über Vorträge und eigene Veranstaltungen.

Die Idee einer innovativen und lösungsorientierten Vernetzungsstelle

Hintergrund der Idee des Allmende-Kontors ist der in den letzten Jahren gewachsene Bedarf an Vernetzung und Unterstützung urbaner Gemeinschaftsgärten. Das öffentliche Interesse an Nutzungsformen dieser Art ist stetig gewachsen und mit ihm die Initiativen in diesem Bereich. Berlin ist heute mit seinen insgesamt 24 Interkulturellen Gemeinschaftsgärten die Hauptstadt der Interkulturellen Gärten in Deutschland. Weitere 11 Gemeinschaftsgärten sind in Planung.⁶¹ Die Initiativen widmen sich beispielhaft zentralen Fragen der urbanen Gesellschaft und adressieren Themen der partizipativen öko-sozialen Stadtgestaltung.⁶²

Ausgehend von der Arbeitsgemeinschaft Kleinstlandwirtschaft, ist seit 1997 ein lockeres Netzwerk der Berliner Gemeinschaftsgärten gewachsen. 2010 fand das erste vom Netzwerk „urbanacker.net“⁶³ organisierte Berliner Gartenaktivisten-Treffen statt. In diesem Netzwerk sind neben den vielen Garteninitiativen auch der Verein zur Erhaltung und Rekultivierung von Nutzpflanzen in Brandenburg (VERN e.V.), die Stiftung Interkultur, Berlin 21 e.V. sowie

61 <http://www.stiftung-interkultur.de/gaerten-in-planung> (Stand 17.09.12)

62 http://www.berlin21.net/fileadmin/pdf/Veranstaltungen/stadtpflanzen_doku.pdf (Stand 15.11.11)

63 <http://www.urbanacker.net>

Wissenschaftler/-innen engagiert. Darüber hinaus gibt es fruchtbare Kontakte zu internationalen Initiativen und Bewegungen, z.B. zu Green Thumb in New York.

Auf der ersten gemeinschaftlichen Veranstaltung der Aktivisten der Gartenszene unter dem Titel „Stadt-Pflanzen“ im Jahr 2010, wurden die Grundlagen für die Initiierung des Allmende-Kontors geschaffen.⁶⁴ „Das Allmende-Kontor ist entstanden, da sich ein Bedarf nach Vernetzung und Erfahrungsaustausch entwickelt hat, da war an den Gemeinschaftsgarten in Tempelhof noch gar nicht zu denken“, so Kerstin Stelmacher, eine der Organisatorinnen.

Der Prozess der Entwicklung des Allmende-Kontors läuft stufenweise ab. Schritt für Schritt wird auf der Grundlage ehrenamtlichen Engagements die Struktur aufgebaut, ohne dabei aufgrund des Erfolges in Aktionismus zu verfallen. Seinem Selbstverständnis nach ist das Allmende-Kontor ein Netzwerk, das prozess- und lösungsorientiert arbeitet und den Dialog mit Verwaltung, Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft sucht, um urbanes Gärtnern und die damit verfolgten Themen bekannt zu machen und die Rahmenbedingungen für interkulturelle Gartenprojekte in Berlin zu verbessern. Berliner Gartenprojekte haben in der Regel mit sehr ähnlichen Problemen zu kämpfen, diese hängen vor allem mit den Verwaltungsstrukturen und mit der Vergabe und Bewirtschaftung der Flächen zusammen, auf denen die Gartenprojekte sich niederlassen. Hier entwickelte sich der Bedarf nach Vernetzung und Austausch und auch nach einer gemeinsamen Außenwahrnehmung und -darstellung gegenüber dem Berliner Senat und den Bezirksämtern. „Um auf der Entscheidungsebene von Politik und Verwaltung ernst genommen zu werden, ist eine gemeinsame Stimme von großem Vorteil“, so Kerstin Stelmacher.

Profitieren sollen von der Arbeit des Allmende-Kontors vor allem die Garteninitiativen, die zuständigen Akteure aus der Verwaltung aber auch Forscher/-innen und Wissenschaftler/-innen. So wird in Kooperation mit dem Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung (ZALF e.V.) im Rahmen eines bundesweiten Projekts zur „Bedeutung urbaner Landwirtschaft als Innovation für nachhaltige Entwicklung“ eine digitale Wissenssammlung und eine öffentliche Wissensplattform erarbeitet.⁶⁵

Unterstützung erhält das Akteursnetzwerk u.a. durch die Stiftung Interkultur, die Deutsche Bundesstiftung Umwelt, aber auch durch Berlin21 e.V. und die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung. „Das, was uns in unserer Arbeit Mut und Zuversicht gibt, ist, dass diese Akteure eher auf uns zugekommen sind, was auch eine Anerkennung unserer schon geleisteten Arbeit ist“, so Kerstin Stelmacher. Hier zeigt sich die gute Vernetzung der beteiligten Akteure innerhalb des Allmende-Kontors, das schon heute eine Verstärkungsstruktur implementiert und Impulsgeber für neue Initiativen ist. Die Unterstützung durch die Stiftung Interkultur und die positive Wahrnehmung des Projekts durch die Berliner Verwaltung und die Presse hängt ganz entscheidend von den aktiven Akteuren des Allmende-Kontors ab. Dabei ist jeder Einzelne wichtig, da er oder sie sich mit jeweils spezifischen Kompetenzen und Vernetzungen einbringt.

Weiterentwicklung der interkulturellen Gartenbewegung in Berlin

Für den Gemeinschaftsgarten des Allmende-Kontors auf der Tempelhofer Freiheit ist eine Fortführung über den bislang zugesicherten Zeitraum der Zwischennutzung von 2013 hinaus geplant, da sich das Pionierprojekt durchaus in die weitere Entwicklung des Tempelhofer Freiheit einpasst. Allerdings sind hierfür nicht nur Kraft, Zeit und Engagement der Akteure, sondern auch die zukünftige Bereitschaft der Berliner Politik und Verwaltung notwendig. Die stärkere Vernetzung mit Gartenaktivisten aus dem angrenzenden Bundesland Brandenburg ist eine weitere Zukunftsperspektive.

64 http://www.berlin21.net/fileadmin/pdf/Veranstaltungen/stadtpflanzen_doku.pdf (Stand 15.11.11)

65 <http://www.zalf.de/de/forschung/projekte/Seiten/detail.aspx?fpid=1467&tpid=749>

http://www.zalf.de/home_zalf/aktuelles/aktuelles/pressemitteilungen/artikel/press177.pdf (Stand 17.11.11)

Für den weiteren Ausbau von Interkulturellen Gemeinschaftsgärten und Projekten urbaner Landwirtschaft als Zwischen- und Pioniernutzungen aber auch als auf Dauer angelegte Projekte und Initiativen, ist es entscheidend, dass die Akteure frühzeitig in die formalen Planungsprozesse von Verwaltung und Politik einbezogen werden. Hier müssen Räume der Beteiligung geschaffen werden, die eine wirkliche und nachvollziehbare Teilhabe an Verwaltungsentscheidungen ermöglichen. Ohne ein kooperatives Verständnis wird dies nicht zu erreichen sein. Politik und Verwaltung müssen im Sinne einer Good Governance agieren, den Bürger/-innen etwas zutrauen, Beteiligungsmöglichkeiten schaffen und die Ergebnisse ernst nehmen. Eine auf Nachhaltigkeit ausgerichtete innovative Stadtentwicklung kann nur funktionieren, wenn Initiativen und Projekte „von unten“ mit den Nachhaltigkeitsplanungen von Verwaltung und Politik „von oben“ verknüpft werden und beide Seiten an der entsprechenden Schnittstelle kooperativ zusammenarbeiten, um ein gemeinsames Ziel zu erreichen. In Bezug auf den Allmende-Kontor-Gemeinschaftsgarten bedeutet dies, dass die bisherige Zusammenarbeit mit der landeseigenen Grün Berlin GmbH in ein kooperatives Verhältnis für die Entwicklung der Tempelhofer Freiheit überführt werden sollte. Bislang konnte für den Gemeinschaftsgarten auf der Tempelhofer Freiheit nur ein Nutzungsvertrag realisieren werden.

Als wichtig für den weiteren Aufbau von Gemeinschaftsgärten wird seitens der Gartenaktivisten auch die Einrichtung eines Flächenpools durch die Verwaltung angesehen. Potentielle Gemeinschaftsgartengründer/-innen könnten so leicht erfahren, wo Möglichkeiten bestehen, neue Gärten einzurichten und hierfür Flächen zu erhalten.

Für die Unterstützung von ehrenamtlichem Engagement sollten zudem eine weitere Förderung erfolgen, damit mehr Menschen aktiv werden können, ohne eigene finanzielle Ressourcen für ihr Engagement mobilisieren zu müssen. Die Ressourcen müssten auch über längere Zeiträume zur Verfügung gestellt werden, so dass neben guten Ideen die auch Prozesse vorangebracht und verstetigt werden können. Dazu wäre auch eine Änderung der Förderpolitik notwendig. „Meistens sind die Förderungen viel zu kurz, als dass sie nachhaltige Wirkungen zeitigen können und permanente Strukturen in ihrem Aufbau unterstützen und stärken“ so Kerstin Stelmacher.

Ein Hemmnis bei der Entwicklung in Richtung Nachhaltigkeit in Berlin ist der hohe Investitionsdruck und die damit verbundene kapitalorientierte Vermarktung öffentlicher Flächen. Mit seiner Liegenschaftspolitik sollte der Berliner Senat zukünftig deutlich stärker als bislang dafür Sorge tragen, dass kommunale Flächen von lokalen Initiativen für gemeinwohlorientierte Zwecke genutzt werden können und damit zur sozialen Stabilisierung von Quartieren und Stadtteilen beitragen.

Mit dem Ansatz der partizipativen Planung und Gestaltung der Tempelhofer Freiheit ist ein vielversprechender Anfang gemacht, der große Chancen für Berlin bietet. Der weitere Erfolg wird nicht zuletzt davon abhängen, inwieweit die Stadt Berlin sich bereit zeigt, mit ihren zivilgesellschaftlichen Akteuren ernsthaft und auf Augenhöhe zu kooperieren.

Was den Erfolg ermöglicht

- Es ist ein Bedarf vorhanden: Es bestehen bereits zahlreiche Interkulturelle Gärten in Berlin. Eine wachsende Anzahl an Neugründungen Interkultureller Gärten und urbaner Landwirtschaftsprojekte und die hohe Anzahl an Zwischen- und Pioniernutzungen in Berlin macht eine Anlauf- und Vernetzungsstelle notwendig.
- Es gibt ein hohes öffentliches Interesse am Thema urbane Landwirtschaft und Interkulturelle Gärten in Berlin. Die inhaltliche und praktische Schaffung resilienter Versorgungsstrukturen und regionaler Wirtschaftskreisläufe rückt in den öffentlichen Diskursraum.
- Von Seiten der Berliner Verwaltung werden neue experimentelle Zwischen- und Pioniernutzungen innerhalb bestimmter Grenzen gewünscht und ermöglicht.

- Die sich ergebende Chance, einen Interkulturellen Garten als Zwischen- und Pioniernutzung auf einem attraktiven Standort zu realisieren, wurde durch zivilgesellschaftliche Akteure genutzt.
- Der Interkulturelle Allmende-Kontor-Gemeinschaftsgarten ist aufgrund der praktischen Erfahrbarkeit der Vision einer urbanen ökologischen Garten- und Landwirtschaft attraktiv und hat durch die beteiligten Akteure eine hohe Eigendynamik entwickelt.
- Es besteht eine hohe Motivation der Organisatoren und Akteure, trotz geringer finanzieller Ressourcen. Hindernisse, so u.a. der jährlich zu erbringende Eigenfinanzierungsanteil in Höhe von 5000 € Pacht, werden versucht, durch gemeinschaftliche Aktionen und Mitteleinwerbungen und zu überwinden.
- Durch den niedrighschwelligen und partizipativen Ansatz konnten innerhalb weniger Monate Akteure und Interessierte aus ganz unterschiedlichen kulturellen Zusammenhängen und sozialen Milieus gewonnen und aktives Netzwerk aufgebaut werden. Das Projekt erfährt aufgrund seines Erfolges einen hohen Zulauf.
- Das Netzwerk verfügt über eine hohe Problemlösungskompetenz, da das kreative Potenzial der in ihm vereinigen Akteure bewusst zur Entfaltung gebracht und genutzt wird.
- Der Ansatz des Allmende-Kontors ist ein lösungsorientierter und auf Kooperation hin ausgerichteter Prozess, der auf Langfristigkeit, Vertrauen und Teilhabe gerichtet ist.-
- Die Entwicklung des Allmende-Kontors wird stufenweise, behutsam und als partizipativer Prozess vorangetrieben, um für möglichst viele diverse Gemeinschaftsgärten und Initiativen urbaner Landwirtschaft attraktiv zu sein.
- Eine überaus positive und inhaltlich ausgewogene Medienberichterstattung über das Projekt hat das Allmende-Kontor schnell ins öffentliche Bewusstsein gebracht.
- Eine weltweit wachsende Bewegung von Urban Gardening- und Transition Town-Initiativen, bettet das Netzwerk in einen größeren Zusammenhang ein.

Kontakt

Allmende-Kontor, c/o workstation Ideenwerksatt Berlin e.V.

Christin Radix, Kerstin Stelmacher

info@allmende-kontor.de

www.allmende-kontor.de

Weiterführende Links

- Allmende-Kontor
<http://www.tempelhoferfreiheit.de/mitgestalten/pionierprojekte/allmende-kontor/>
- Urbanacker: <http://www.urbanacker.net>
- Tempelhofer Freiheit: <http://www.tempelhoferfreiheit.de/>
- Grün Berlin GmbH: <http://www.gruen-berlin.de/>
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung
http://www.stadtentwicklung.berlin.de/umwelt/stadtgruen/iga_berlin_2017/index.shtml
- Berlin summt!: <http://berlin-summt.de/>
- Berliner Agenda 21, Berlin 21 e.V.
<http://www.berlin21.net/>
- Stiftung Interkultur: <http://www.stiftung-interkultur.de/>

- Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung (ZALF) e. V.: <http://www.zalf.de/>
- Stiftungsgemeinschaft anstiftung & ertomis: <http://www.anstiftung-ertomis.de>
- Deutsche Bundesstiftung Umwelt: <http://www.dbu.de/>
- GreenThumb: <http://www.greenthumbnyc.org/>

Publikationen und Dokumente

- Broschüre Zwischen- und Pioniernutzer der Tempelhofer Freiheit (2010)
http://www.tempelhoferfreiheit.de/fileadmin/user_upload/Mitgestalten/Pioniere_der_Tempelhofer_Freiheit_Broschuere_Stand_Dezember_2010.pdf
- Dokumentation Bürgergespräche zur Gestaltung der Parklandschaft „Tempelhofer Freiheit“ (2012): http://www.tempelhoferfreiheit.de/fileadmin/user_upload/Ueber_die_Tempelhofer_Freiheit/Planung/Parklandschaft/Buergergespraeche_2012/2012-Tempelhofer_Freiheit_Dokumentation_Buergergespraeche.pdf
- Handbuch Partizipation (2011), Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt
http://www.stadtentwicklung.berlin.de/soziale_stadt/partizipation/download/Handbuch_Partizipation.pdf
- Dokumentation der Fachtagung „stadt-pflanzen“ (2010) :
http://www.berlin21.net/fileadmin/pdf/Veranstaltungen/stadtpflanzen_doku.pdf
- Interkulturelle Gärten in Berlin. Informationsbroschüre (2007)
http://www.berlin.de/imperia/md/content/lb-integration-migration/publikationen/religion/interkulturelle_gaerten.pdf

7 Fazit

Das Forschungsvorhaben „Rio+20 vor Ort – Bestandsaufnahme und Zukunftsperspektiven lokaler Nachhaltigkeitsprozesse in Deutschland“ wurde durchgeführt, um vor dem Hintergrund der „Rio+20 – United Nations Conference on Sustainable Development“ im Juni 2012 einen Blick auf die Landkarte lokaler Nachhaltigkeitsaktivitäten in Deutschland zu werfen. Dabei sollten Wege ausfindig gemacht werden darüber, wie und wohin sich die in Folge der ersten Rio-Konferenz für Umwelt und Entwicklung im Jahr 1992 gestarteten Aktivitäten und Prozesse der Lokalen Agenda 21 seit ihrem Beginn weiterwickelt bzw. gewandelt haben. Ein besonderes Augenmerk lag dabei auch auf sozial-ökologischen Innovationen, die im Zuge dieser Aktivitäten entstanden sind und die den Transformationsprozess hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft aktiv befördern helfen.

Selbstredend stehen die Akteure im Mittelpunkt der vorliegenden Analyse, denn sie sind es, die als Initiatoren, Ideengeber, Macher, Unterstützer, Kooperationspartner und Förderer in mannigfacher Weise aktiv sind und die Nachhaltigkeits-Landkarte mit ihrem oftmals langjährigen Engagement deutlich prägen und gestalten.

Das Forschungsvorhaben „Rio+20 vor Ort“ zeichnet sich durch eine große Bandbreite an Untersuchungsfeldern, inhaltlichen Themen und methodischen Zugängen aus sowie vor allem auch durch eine intensive Beteiligung zahlreicher Akteure und eine enge Zusammenarbeit der beteiligten Forschungs- und Kooperationspartner. Neben den im Vorhaben involvierten wissenschaftlichen Kooperationspartnern beteiligten sich im Zuge der Online-Befragung sowie zahlreicher Interviews und Workshops insgesamt mehrere hundert Akteure aus Städten, Gemeinden, Landkreisen, Regionen und Bundesländern. Auf dieser

Basis wurden sowohl die Bandbreite als auch die Tiefe der gewonnenen Erkenntnisse ermöglicht.

Mit dieser Studie liegen nun aktuelle empirische Ergebnisse, Erfahrungen und Erkenntnisse über die bisherigen kommunalen Nachhaltigkeit- und Agenda-21-Aktivitäten und deren Effekte und Perspektiven vor. Auf Grundlage der Ergebnisse kann ein wesentlicher und substanzieller *Eindruck* über den Stand, die Entwicklungstendenzen sowie die Herausforderungen der Nachhaltigkeitsaktivitäten auf kommunaler Ebene in Deutschland gewonnen werden. Gleichwohl ist zu beachten, dass die Ergebnisse der bundesweiten Befragung zu Nachhaltigkeitsaktivitäten im statistischen Sinne *nicht repräsentativ sein können und dies auch nicht sind*.

Die Ergebnisse des Forschungsvorhabens und der einzelnen Teilstudien zeigen eine immense Vielfalt von zivilgesellschaftlichen und politikgetriebenen Aktivitäten für eine nachhaltige Entwicklung in Städten und Gemeinden. Diesbezüglich lassen sich viele ermutigende Beispiele vor Augen führen, wie sie beispielhaft auch in der Broschüre „Rio+20 vor Ort – Kommunen auf dem Weg zur Nachhaltigkeit“ vorgestellt werden – einer Publikation im Rahmen dieses Vorhabens. Einige Beispiele zeigen, dass Kommunen bei entsprechendem politischen Willen trotz vielfältiger – vor allem zunehmend finanzieller – Beschränkungen in der Lage sind, neben zahlreichen themenspezifischen Projekten und Einzelmaßnahmen auch eine strategische Orientierung zur Ausgestaltung einer nachhaltigen Entwicklung vor Ort vorzunehmen und dafür ihre Ressourcen und Potenziale zu nutzen und zu entwickeln. Dies ist bedeutsam, denn Kommunen nehmen in den letzten Jahren auch auf der internationalen politischen Bühne eine zunehmend beachtete Vorreiterrolle in Sachen Nachhaltiger Entwicklung ein.

Gleichwohl: Die integrierte Fokussierung auf Klimaschutz, Ressourceneinsparung, Bildung, Partizipation, Entschuldung kommunaler Haushalte, neue Lebensstile, regionale Wirtschaftskreisläufe, Erhalt der Biodiversität etc., kurz: die Verankerung einer nachhaltigen Entwicklung als Querschnittsaufgabe, ist auch heute, 20 Jahre nach der ersten Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992, noch kein Mainstream in der kommunalen Landschaft in Deutschland. Hier bleibt in den nächsten Jahren viel zu tun, um von einer zunehmenden Anzahl an „Leuchttürmen“ hin zu einer „breiten Beleuchtung in der Fläche“ zu gelangen.

Unter diesem Blickwinkel werden im Folgenden in zusammengefasster Form Entwicklungstendenzen sowie wie Perspektiven und Handlungsempfehlungen dargestellt, die sich aus dem gesamten „Rio+20-vor Ort“-Forschungsvorhaben ableiten lassen.

7.1 Entwicklungstendenzen des LA-21- und Nachhaltigkeitsengagements

Zivilgesellschaft als Motor für LA-21-Prozesse

LA-21-Prozesse wurden in Deutschland von Beginn an stark zivilgesellschaftlich geprägt und initiiert. Dies ist auch im internationalen Vergleich eine Besonderheit, wie die Ergebnisse der ICLEI-Teilstudie zeigen. Das zivilgesellschaftliche Engagement wirkte vielfach als Motor für das Aufgreifen einer nachhaltigen Entwicklung seitens der kommunalen Politik und Verwaltung. Dies geschah ab Mitte der 90er Jahre. Der zeitliche Höhepunkt der Beschlussfassung von Lokalen Agenden durch die Kommunalpolitik lag in Deutschland in den Jahren 1998/ 99. Danach ist Anzahl neuer Beschlüsse rückläufig. Nur vereinzelt beginnen Kommunen nach 2004/ 05 noch Nachhaltigkeitsprozesse unter dem Label „Agenda 21“. Insbesondere große Kommunen verfügen bundesweit über entsprechende LA-21-Beschlüsse. Kommunen ihrerseits wirkten dann mit ihren LA-21-Aktivitäten häufig als Vorreiter für die Länder- und Bundesebene. Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie wurde erst im Jahre 2002 beschlossen, 10 Jahre nach der Konferenz für Umwelt & Entwicklung in

Rio de Janeiro. Zu diesem Zeitpunkt wurden bereits zahlreiche Aktivitäten auf kommunaler Ebene umgesetzt.

Wandel von LA-21-Prozessen

In der letzten Dekade hat ein sichtbarer Wandel von LA-21-Prozessen stattgefunden.

In einigen Kommunen hat sich die Agenda 21 als erfolgreicher Ansatz für eine nachhaltige Entwicklung etabliert. Der kommunale Nachhaltigkeitsprozess wird dort unmittelbar unter dem Begriff „Agenda 21“ weiter verfolgt und weiterentwickelt. Innovative Projekte mit Beteiligung unterschiedlicher Stakeholder sind Bestandteil eines solchen Agenda-21-Prozesses (u.a. Dortmund, Heidelberg, Augsburg).

Agenda-21-Prozesse, die in Kommunen erfolgreich integriert sind und sich zu einem positiven Label entwickelt haben, weisen dabei zumeist folgende Qualitätsmerkmale auf:

- Der LA-21-Prozess wird von der politischen Spitze getragen und ist institutionell verankert.
- Der LA-21-Prozess wird als anspruchsvoller Prozess für eine nachhaltige Entwicklung offen durch Politik und Verwaltung kommuniziert und unterstützt.
- Es gibt eine Agenda-21-Koordinierungsstelle in der Verwaltung sowie eine entsprechende personelle und finanzielle Ausstattung der Projekte und Aktivitäten (in unterschiedliche Größenordnung).
- Die Lokale Agenda 21 wird entweder selbst als eine Art kommunale Nachhaltigkeitsstrategie verstanden (u.a. auch in Form von Stadtentwicklungskonzepten) und als Querschnittsaufgabe in das kommunale Handeln integriert. Oder die Lokale Agenda 21 wird in einzelnen Handlungsfeldern als ein wichtiger Bestandteil der kommunalen (Nachhaltigkeits-) Politik angesehen.
- Es erfolgt eine mehr oder weniger kontinuierliche Evaluation der Ergebnisse sowie eine Weiterentwicklung der Zielsetzungen, Konzepte und Instrumente.
- Bürgerbeteiligung wird als wichtiger Ansatz einer zukunftsfähigen Stadt- und Gemeindeentwicklung (Bereicherung, Potenziale, Ressourcen) anerkannt und in das kommunale Handeln integriert. Im Idealfall werden Bürger frühzeitig und aktiv sowie nicht nur informell, an nachhaltigen Stadtentwicklungsprozessen beteiligt.
- Unter dem Dach der Agenda 21 bzw. Nachhaltigkeit werden meist mehrere Themenbereiche bearbeitet. Auffällig ist allerdings, dass in erfolgreichen Kommunen zumeist ein gut sichtbarer thematischer Fokus gesetzt und die Agenda 21 an ein zentrales und zukunftsweisendes Thema gekoppelt wird, ohne das Gesamtanliegen zu vernachlässigen. (So z.B. Kreis Steinfurt in NRW mit einem 100% EE-Ausbauziel unter dem Dach des Agenda-Büros, oder auch Dortmund im Bereich im Bereich Fairer Handel).
- In erfolgreichen Agenda-21-Kommunen gelingt es, wichtige Stakeholder, wie Wirtschaftsakteure und Verbände sowie auch eine breitere Öffentlichkeit für die formulierten Zielstellungen zu erreichen und zu mobilisieren.

In zahlreichen Kommunen ist der Agenda-21-Prozess allerdings mehrere Jahre nach weitgehend erfolgversprechenden Anfängen zum Erliegen gekommen bzw. wurde in andere Formen überführt. Die Schwierigkeiten bestanden u.a. darin, den zivilgesellschaftlich angestoßenen Prozess ohne gravierende Reibungsverluste in die politische Praxis zu integrieren und gemeinsam mit verschiedenen Akteurskreisen weiterzuentwickeln. Dort wo Agenda-21-Aktivitäten als eine Art Parallelprozess zum politischen Alltag entwickelt haben, ist in der Regel eine abnehmende Bedeutung zu verzeichnen. Akteure, die Agenda-21-Prozesse in ihren Kommunen fast ausschließlich durch ihr zivilgesellschaftliches Engagement bewerkstelligen, sehen sich nicht selten mit Ignoranz oder gar Widerständen

durch Politik und Verwaltung konfrontiert. Personelle und finanzielle Ressourcen werden nur geringfügig bereitgestellt, stehen meist jährlich zur Disposition und müssen durch die zivilgesellschaftlichen Akteure jeweils mit unterschiedlichen Erfolgsaussichten neu verhandelt werden.

Eine wesentliche weitere Erkenntnis ist aber, dass sich Agenda-21-Prozesse zum Teil in veränderter Form fortsetzen. So werden sie unter anderen Bezeichnungen weitergeführt bzw. finden häufig auch Eingang in sektorale Prozesse und erfahren dort auch eine Institutionalisierung.

Erfahrungen aus früheren Agenda-21-Prozessen werden hierbei direkt oder indirekt implementiert. Dies betrifft neben inhaltlichen Impulsen vor allem die zunehmend partizipative Herangehensweise bei der Bearbeitung wichtiger Zukunftsthemen.

Viele Sektorale Prozesse und Strategien

Erkennbar ist derzeit in vielen Kommunen ein Trend hin zu sektoralen Strategien, allen voran Energie- und Klimaschutzstrategien (zunehmend auch Klimaanpassungsstrategien) als wichtige Teilbereiche einer nachhaltigen Entwicklung.

Dies scheint zum einen begründet in übergreifenden Problemlagen wie einer zukunftsfähigen Energieversorgung oder der Bewältigung des Klimawandels, die konkrete Lösungen auf kommunaler Ebene erfordern, medial begleitet und außerdem flankiert werden von entsprechenden Förderprogrammen auf Bundes- und EU-Ebene. Energie- und Klimaschutzstrategien finden sich daher oftmals als konkrete Ansätze eines kommunalen Nachhaltigen Entwicklungspfades.

Die Fokussierung auf sektorale Strategien, wie Energie- und Klimaschutzkonzepte oder Strategien zur Klimaanpassung stellen einen pragmatischen Ansatz dar, um die Nachhaltigkeitsprinzipien in einem ausgewählten Bereich zu konkretisieren und umzusetzen. Hierzu gehören auch überschaubare und teilweise bereits eingespielte Akteurskonstellationen. Zudem lassen sich einzelne Themen einfacher vermitteln und Erfolge besser prüfen und kommunizieren. Mittel und langfristig aber reichen sektorale Prozesse zur Bewältigung der Transformation nicht aus. Sinnvoll ist es daher, funktionierende sektorale Prozesse als Ansatzpunkte zu verstehen auf denen sich systematisch ein integrierter Nachhaltigkeitsansatz aufbauen und weiter entwickeln lässt.

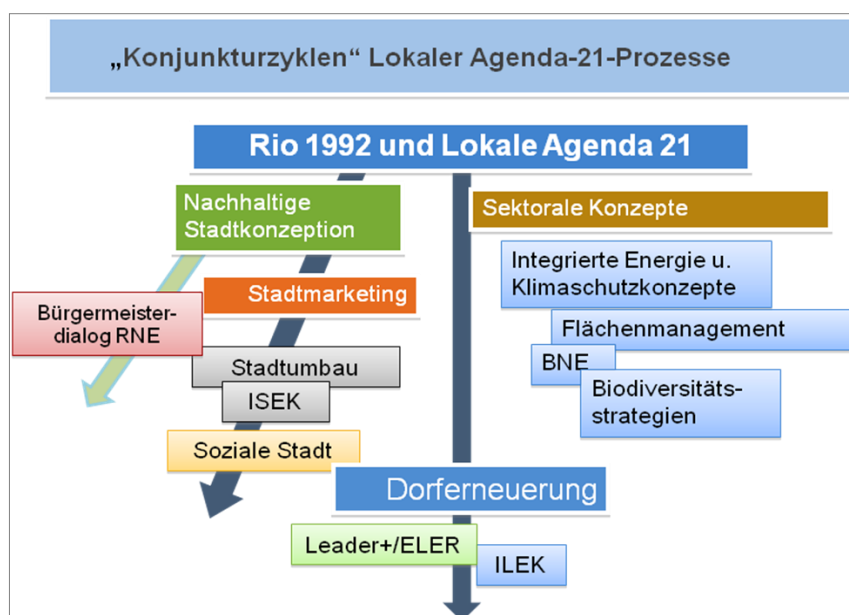


Abbildung 24: „Konjunkturzyklen“ Lokaler Agenda-21-Prozesse (Miosga, Nolting)

Die obige Grafik bildet den Übergang von Agenda-21-Prozessen in weitere nachhaltigkeitsorientierte Prozesse ab

Neue Kommunale Nachhaltigkeitsprozesse

Einige Kommunen fokussieren mittlerweile bereits auf eine kommunale Nachhaltigkeitsstrategie bzw. auf ein Konzept der nachhaltigen Stadtentwicklung. Auf die Bezeichnung „Lokale Agenda 21“ wird dabei zum Teil bewusst verzichtet. Im Unterschied zu früheren Agenda-21-Prozessen werden heutige NH-Prozesse oftmals direkt von kommunalpolitischer Ebene initiiert und gesteuert. Bezeichnend ist allerdings, dass eine systematische Evaluierung der definierten Zielstellungen anhand eines abgestimmten NH-Indikatorensystems nur in vergleichsweise wenigen Kommunen stattfindet. Hier liegt in den nächsten Jahren deutlicher Handlungsbedarf. In den Selbsteinschätzungen der Online-Befragung werden durch die Akteure in erster Linie ökologische und politische Ergebnisse benannt, die mit Hilfe von LA-21/ NH-Aktivitäten erzielt werden konnten. Hier gilt es einerseits mit Hilfe von Indikatoren zukünftig den tatsächlichen Erfolg zu messen. Auf der anderen Seite können so Bereiche, in denen derzeit eher geringe Effekte werden, wie in den Bereichen Gender und globale Gerechtigkeit, zukünftig stärker in den Blick gerückt werden.

Es gibt inzwischen Versuche auf verschiedenen Ebenen, einer strategischen NH-Ausrichtung in Kommunen mehr Stoßkraft zu verleihen. Ein Beispiel ist der 2009 initiierte Bürgermeisterdialog des RNE, an dem sich bislang die Oberbürgermeister aus 20 großen Kommunen beteiligen.

Das 2011 im Rahmen des Bürgermeisterdialoges vorgelegte Strategiepapier des RNE „Städte für ein nachhaltiges Deutschland“⁶⁶ soll entsprechende Anregungen für weitere Kommunen geben. Es zeigt sich, dass die beteiligten Kommunen eine gemeinsame Zielrichtung verfolgen, aber unterschiedliche Ansätze und Wege in Richtung Nachhaltige Entwicklung gehen. Fazit: „Es gibt nicht den Königsweg“. Jedoch gibt es ein gemeinsames Verständnis über die Implementierung folgender Grundsätze, die im Kern den Grundsätzen und Erfolgskriterien der Agenda 21 entsprechen:

- Nachhaltigkeit als Querschnittsaufgabe und politische Leitlinie in kommunalen Handeln zu verankern
- Partizipation als Voraussetzung einer nachhaltigen Stadtentwicklung zu begreifen und diese auch kontinuierlich zu ermöglichen
- Kommunale Finanzen auf nachhaltige Weise zu sichern
- Eine gemeinsame Leitvision und Qualitätsziele zu entwickeln und regelmäßiges Monitoring der kommunalen Nachhaltigkeitsaktivitäten zu betreiben
- Für die Verbesserung von finanziellen und rechtlichen Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Entwicklung auf EU-, Bundes- und Länderebene einzutreten
- Sich für einen neuen Dialogprozess auf Augenhöhe sowie eine verbesserte Abstimmung zwischen Kommunen, Ländern und Bundesregierung zur Bewältigung der anstehenden Herausforderungen zu engagieren.

Partizipation fördert Innovation

Partizipationsprozesse haben in Deutschland durch die Lokale Agenda 21 einen deutlichen Schub erfahren. Hinter die Aufforderung aus Kapitel 28 des Rio-Dokumentes, dass jede Kommune in den Dialog mit ihren Bürgerinnen und Bürgern, örtlichen Organisationen und

Rat für Nachhaltige Entwicklung (Hrsg.) (2011): Städte für ein nachhaltiges Deutschland. Gemeinsam mit Bund und Ländern für eine zukunftsfähige Entwicklung. Erarbeitet vom Deutschen Institut für Urbanistik auf Veranlassung der OberbürgermeisterInnen des Dialogs „Nachhaltige Stadt“

der Privatwirtschaft treten solle, um das vor Ort vorhandene Wissen zu nutzen und auf konsensuale Weise in eine lokale Agenda 21 münden zu lassen⁶⁷, kann heute keine Kommune mehr mit gutem Gewissen zurücktreten. Wenngleich wie bereits angemerkt, umfassende Nachhaltigkeitsprozesse auf kommunaler Ebene noch kein Mainstream sind, so haben sich mittlerweile Beteiligungsansätze und -formen herausgebildet, die im Zuge der Stadt- und Regionalentwicklung zunehmend auch von den Bürgerinnen und Bürgern eingefordert werden. Besonders offensichtlich wird dies beim derzeitigen Umbau der Energieversorgung sowie bei weiteren großen Infrastrukturvorhaben. Gestützt wird das neue partizipationsorientierte Selbstverständnis auch durch die seitens der Politik geforderte stärkere Mitverantwortung zivilgesellschaftlicher Akteure für ihre Städte und Gemeinden. Dies darf jedoch keine Einbahnstraße sein. Mitverantwortung erfordert nicht nur umfassende Information, sondern zukünftig bis zu einem gewissen Grad auch Mitsprache bei kommunalpolitischen Entscheidungen.

Die Ergebnisse der Online-Befragung zeigen einen signifikanten Zusammenhang zwischen Kommunen, die LA-21- bzw. auch vergleichbare und sektorale Beschlüsse gefasst haben und den Beteiligungsmöglichkeiten. Konkret bieten Kommunen mit vorliegenden Beschlüssen deutlich bessere Beteiligungsmöglichkeiten als Kommunen, die nicht über entsprechende Beschlüsse verfügen.

Ein weiterer signifikanter Zusammenhang zeigt sich zwischen Kommunen, die bürgerschaftliches Engagement gezielt ermöglichen und der Häufigkeit von Innovationen. Kommunen, die Partizipation gezielt ermöglichen, mobilisieren dadurch innovatives Potential in Form „kreativer Lösungen für zentrale kommunale Probleme“ besonders gut. Beispiele hierfür gibt es beim Energie- und Klimaschutz, u.a. in Form von bürgerfinanzierten EE-Anlagen, bei der Erarbeitung von innovativen Lösungsansätzen für den Klimawandel oder der Einführung von Umweltmanagementsystemen an Schulen. Innovative Effekte zeigen sich auch bei der qualifizierten Einführung von Bürgerhaushalten.

Typologisierung des kommunalen Nachhaltigkeitsengagements

Um konkrete und kommunalspezifische Handlungsempfehlungen abzuleiten und daraus spezifische (Weiter-) Bildungsangebote zu entwickeln, empfiehlt sich eine Typologisierung der Kommunen und eine Bestimmung des Status Quo der Nachhaltigkeitsaktivitäten vor Ort. Dies zeigt sich sowohl in den Länderstudien als auch in Expertise „Bildung für nachhaltige Entwicklung“. Sowohl in der Länderstudie für NRW als auch in der Bildungsexpertise wurden hierfür konkrete Stufenmodelle für das Nachhaltigkeitsengagement in Kommunen abgeleitet:

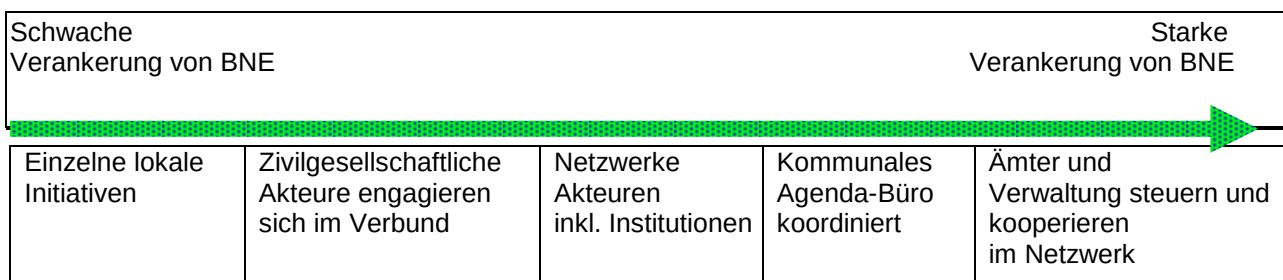


Abbildung 25: Stufenmodell der Initiativen zu BNE auf kommunaler Ebene (G.de Hahn, Institut futur)

⁶⁷ Vgl. Nachhaltigkeitslexikon, Agenda 21, Kap. 28 : <http://www.agenda21-treffpunkt.de/archiv/ag21dok/kap28.htm> (Stand: Juni 2012)

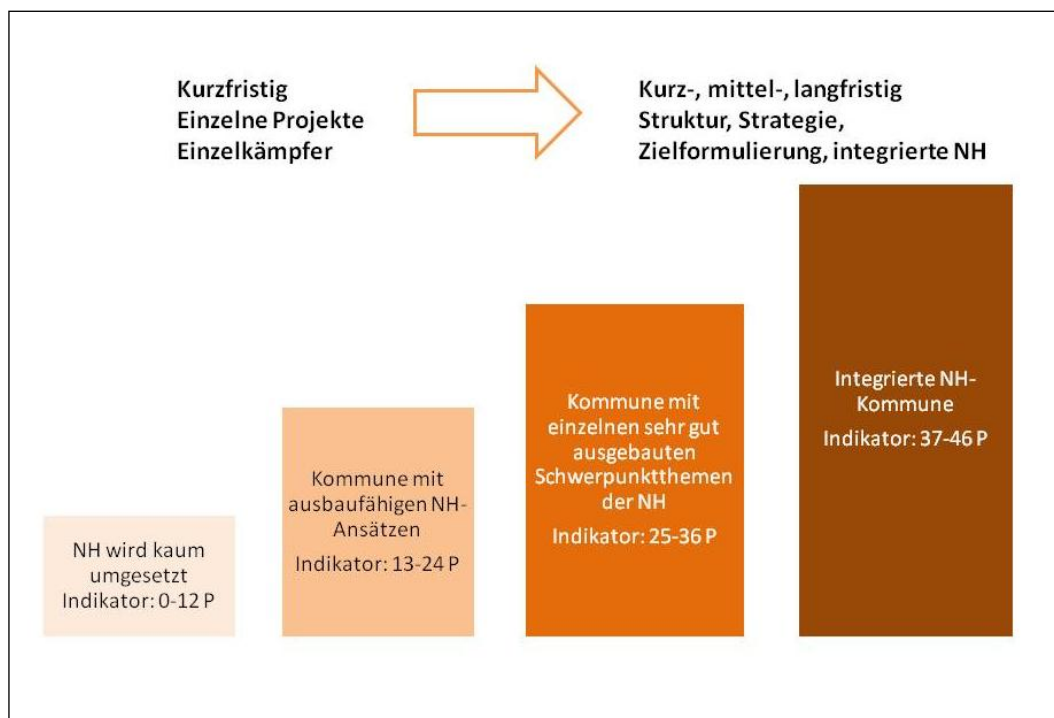


Abbildung 26: Typologisierung des Nachhaltigkeitsengagements in Kommunen (LAG 21 NRW e.V.)

In der Länderstudie NRW werden Thesen, Leitfragen und Handlungsempfehlungen für den strukturellen Rahmen für erfolgreiche Nachhaltigkeits-Prozesse formuliert. Dabei werden die Handlungsempfehlungen so formuliert, dass die Kommunen und Kreise durch eigenes Handeln ihren „Nachhaltigkeitszustand“ weiterentwickeln können: Um eine starke Nachhaltigkeit zu verankern, gilt es, Projekte zu prinzipiellem Handeln werden zu lassen. Projekte müssen hierbei in kurz-, mittel- und langfristige Strategien integriert werden, die einer klaren Zielformulierung unterliegen. „Kümmerer“ und Einzelkämpfer sollten zu integrierten und querschnittsorientiert denkenden und handelnden Steuerungsgruppen weiterentwickelt werden, die Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft integrieren und ein produktives Akteursnetzwerk ausbilden. Ferner sollte das kommunale Berichtswesen konsequent auf eine Nachhaltigkeitsberichterstattung umgestellt werden, das kontinuierlich und transparent gesteuert und überprüft werden kann.

Diese Typologisierung sowie die damit verbundenen Handlungsempfehlungen sind mit Blick auf die Auswertung der Einzelstudien und Ergebnisse für das Gesamtforschungsvorhaben „Rio+20 vor Ort“ relevant.

Die Typologisierungen können daher als Orientierung für Kommunen und Kreise dienen. Gemäß dem Prinzip des Kaskadenlernens können Kommunen und Kreise schrittweise vorgehen, um sich einer starken Nachhaltigkeit anzunähern und ihr eigenes Niveau der Nachhaltigkeit zu verbessern. Die LAG 21 NRW. hat als landesweite Transferstelle im Ergebnis der NRW-Länderstudie ein Bildungspaket mit verschiedenen Modulen entwickelt, das sie zur Unterstützung des Nachhaltigkeitslernens für Kommunen anbietet. Ein aufgreifen in anderen Bundesländern wäre wünschenswert.

7.2 Perspektiven und Handlungsempfehlungen

Nachhaltige Entwicklung systematisch und über Legislaturperioden in den Kommunen verankern und Agenda-21-Beschlüsse einbinden

- Nachhaltige Entwicklung ist eine Querschnittsaufgabe die langfristig gelöst, jedoch kurz- und mittelfristig angegangen und in der kommunalen Politik und Verwaltung verankert werden muss. Die Entwicklung und Implementierung einer umfassenden kommunalen Nachhaltigkeitsstrategie bzw. Agenda 21 mit den zentralen Bestandteilen von Leitvision, Zielstellungen Handlungsprogramm und regelmäßigem Monitoring ist notwendig, um den Transformationsprozess gesamtgesellschaftlich und über Einzelinteressen sowie Legislaturperioden hinweg erfolgreich gestalten zu können.
- Seit Mitte der 90er Jahre haben in Deutschland zahlreiche Kommunen Agenda-21-Beschlüsse gefasst und teilweise auch weiterentwickelt. Dies war bzw. ist mit umfangreichen Partizipationsprozessen verbunden, anhand derer das Wissen zahlreicher Akteure der Stadtgesellschaft in die verfassten Dokumente und Strategien einfließen konnte. Der Begriff „Agenda 21“ wird heute aus unterschiedlichen Gründen nicht mehr überall gebraucht. Die Inhalte und Zielstellungen der Agenda 21 behalten jedoch ihre Gültigkeit und gewinnen vor dem Hintergrund der notwendigen Transformation hin zu einer nachhaltigen Entwicklung zunehmend an Bedeutung. Kommunen sind zukünftig noch stärker angehalten, ihre zukunftsfähige Entwicklung anhand einer Strategie zu steuern und zu überprüfen. Im Zuge der (Weiter-) Entwicklung einer solchen Strategie empfiehlt es sich daher, frühere Agenda-21-Dokumente und Beschlüsse zu überprüfen, deren zentrale Inhalte zu aktualisieren und in eine neue zeitgemäße Strategie zu überführen. Bei einer Überarbeitung empfiehlt es sich auch, die kommunalen Zielstellungen mit denen der Landesebene und einer ggf. vorliegenden Landesnachhaltigkeitsstrategie abzustimmen.

Nachhaltiges Handeln in der Kommune als Verpflichtung erklären

- Nachhaltigkeit ist vom Gesetzgeber derzeit nicht als Pflichtaufgabe für Kommunen festgelegt und ist daher auch seitens der föderalen Ebenen nicht mit entsprechenden Ressourcen ausgestattet. Hierüber dürfte sich die Debatte allerdings in den nächsten Jahren intensivieren. Kommunen können und sollten jedoch bereits jetzt „nachhaltiges Handeln für sich als verpflichtend“ anerkennen und ein integriertes Nachhaltigkeitsmanagement implementieren. Hierzu können verschiedene Modelle genutzt werden (u.a. das von ICLEI entwickelte zyklische Nachhaltigkeitsmanagement). In diesem Zusammenhang empfiehlt sich auch die Einführung eines Nachhaltigkeits-Checks bzw. einer Nachhaltigkeitsprüfung, die sich in angemessener Form auch gesetzlich verankern lassen. Kommunen wie Heidelberg führen diese bereits seit längerer Zeit erfolgreich durch. Die sogenannte Nachhaltigkeitsprüfung kann zum einen im Vorfeld als Gesetzes- und Maßnahmenabschätzung erfolgen („ex ante“) und zum zweiten auch im Nachgang zur Evaluation von Projekten und Maßnahmen („ex post“) herangezogen werden. Beides ist sinnvoll, da sich aus der integrierten Betrachtungsweise von Handlungserfordernissen und Ergebnissen ein Mehrwert für Kommunen ergibt. Mit Hilfe einer Nachhaltigkeitsprüfung lässt sich anhand von relevanten Fragen der Blick für Problemlagen und mögliche Lösungsansätze weiten, u.a. können auch Investitionen mit Hilfe einer Nachhaltigkeitsprüfung auf ihre Nachhaltigkeitswirkung hin beurteilt und somit (gerade in Zeiten begrenzter Ressourcen) deren Effektivität festgestellt werden.

Sektorale Ansätze nutzen und an drängenden Problemlagen ansetzen

- Sektorale Ansätze können bewusst als eine sinnvolle Option genutzt werden, um Nachhaltigkeit sukzessive als Querschnittsaufgabe zu verankern. Je nach Größe und politischer Verfasstheit sind nicht alle Kommunen sofort in der Lage, einen umfassenden Nachhaltigkeitsprozess zu starten und zu implementieren. Aktuelle und drängende Themen wie der Energie- und Klimaschutz, die Energiewende oder die Gestaltung des demografischen Wandels bieten aber die Möglichkeit für einen Einstieg. So lässt sich beispielsweise die Entwicklung einer Energie- und Klimaschutzstrategie oder eines integrierten Demografiekonzeptes als Prozess sowohl partizipativ ausrichten als auch bewusst mit Fragen zu Bildung, Fachkräfteentwicklung, sozialer und globaler Gerechtigkeit, Ressourcenschonung u.a. Nachhaltigkeitsthemen verbinden.

Die Zielerreichung mit einem abgestimmten Indikatorenset evaluieren

- Für eine fundierte und realistische Einschätzung der gesetzten Nachhaltigkeitsziele vor Ort ist die Arbeit mit einem entsprechenden Indikatorenset notwendig. In den vergangenen Jahren sind mehrere diesbezügliche Indikatorensets entwickelt, abgestimmt und bereitgestellt worden. (so durch FEST, LUBW, DUH, Agenda-Transfer, LAG 21 NRW, ICLEI). Diese eignen sich gut für die Anwendung und Ausgestaltung auf kommunaler Ebene. Mittlerweile gibt es auch einige Bundesländer, die im Rahmen ihrer Landesnachhaltigkeitsstrategie ein Indikatorenset entwickelt haben oder entwickeln (z.B. Thüringen). Für Kommunen der betreffenden Bundesländer empfiehlt es sich, darauf zurückzugreifen, um eine gewisse Vergleichbarkeit sowohl auf kommunaler als auch auf vertikaler Ebene zu ermöglichen. Im Idealfall werden die Landesregierungen ihre Nachhaltigkeitsstrategien sowie auch das Indikatorenset mit ihren Kommunen gemeinsam entwickeln.
- Parallel hierzu sollten die Bemühungen für ein bundesweites NH-Kernindikatorenset weitergehen, so dass neben der Messung eigener Fortschritte und Defizite auch eine gewisse Vergleichbarkeit sowohl zwischen den Kommunen als auch zwischen Kommunen, Bund und Ländern ermöglicht wird.
- Es wird empfohlen, bewährte Indikatorensets zusammenzutragen und gemeinsam auf einer bundesweiten Homepage bereitzustellen, so dass Kommunen das für sich angemessene Indikatorenset auswählen und nutzen können. Angesiedelt werden könnte dies beim z.B. auf der stark frequentierten Homepage des Rates für Nachhaltige Entwicklung, beim Deutschen Institut für Urbanistik und parallel auch auf der Homepage des Netzwerk21Kongresses sowie bei UBA und BMU.

Partizipation ermöglichen, Innovationen fördern

- Zivilgesellschaftliches Engagement ist ein elementarer Bestandteil und eine wichtige Triebkraft bei der Gestaltung zukunftsfähiger Städte und Gemeinden. Die Bandbreite ist groß und reicht von der Initiierung kreativer Projekte bis hin zur konkreten Einflussnahme auf politische Entscheidungen. Dem Willen zur Mitgestaltung seitens der Bevölkerung sollten Kommunen durch angemessene Beteiligungsmöglichkeiten und gut organisierte Beteiligungsprozesse entgegenkommen. Als eine exemplarische Form der Beteiligung gewinnen Bürgerhaushalte zunehmend an Bedeutung. Mit einer im Stadtrat getroffenen Entscheidung zur Einführung eines Bürgerhaushaltes kann die Kommunalpolitik an zentraler Stelle gegenüber ihren Bürgerinnen und Bürgern verdeutlichen, dass ihr die Entwicklung einer Beteiligungskultur ein ernstgemeintes Anliegen ist. Für die Ausgestaltung des Beteiligungsprozesses gilt es in erster Linie

personelle Kapazitäten innerhalb der Verwaltung bereitzustellen und den Prozess langfristig anzulegen und auszugestalten. (Vgl. Fallbeispiel Jena). Die Stadt Bonn hat sich beispielsweise zum Ziel gesetzt „Vom Bürgerhaushalt zur Bürgerbeteiligung“ zu gelangen und hierfür eine Stabsstelle mit mehreren Mitarbeitern sowie eine Querschnitts-AG in der Verwaltung eingerichtet.

- Um zivilgesellschaftliche Beteiligungsprozesse zum Erfolg zu führen, ist die Definition von Qualitätsstandards notwendig. Kommunen müssen dies nicht allein leisten, sondern können hierzu auf Veranstaltungen und Publikationen verschiedener Netzwerke und Servicestellen zurückgreifen (u.a. Servicestelle Kommunen in der ersten Welt und Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement)
- Zu betonen ist an dieser Stelle nochmals, dass Bürgerschaftliches Engagement nicht als Alibi missbraucht und für Aufgaben instrumentalisiert werden darf, die durch Politik und Verwaltung auf den verschiedenen föderalen Ebenen wahrzunehmen und zu verantworten sind. Der Deutsche Städte und Gemeindebund hat hierzu im Dezember 2011 unter dem Titel „Bürgerbeteiligung modernisieren“ ein maßgebliches Positionspapier herausgegeben.⁶⁸
- Kommunen können weiterhin gezielt Zugänge für zivilgesellschaftliches Engagement und daraus resultierende Innovationen schaffen. Eines der wesentlichen Handlungsfelder ist die Liegenschaftspolitik. Beispiele aus zahlreichen Städten zeigen, dass auf ungenutzte Stadtbrachen innovative Gemeinschaftsgärten entstehen können, die der Integration dienen und einer Vielzahl an gemeinwohlorientierten Bedürfnissen entsprechen. Mit Erfolg werden vielerorts auch Zwischennutzungen leer stehender Gebäude durch kreative Projekte ermöglicht. Kommunen können hier mit ihrer Liegenschaftspolitik gezielt Kooperationen gestalten und damit einen deutlichen und dauerhaften Mehrwert gegenüber der rein kurzfristig gewinnorientierten Vermarktung ihrer Flächen und Häuser erzielen.

Lernprozesse in Politik und Verwaltung forcieren

- Zur erfolgreichen Implementierung einer nachhaltigen Entwicklung, respektive der Durchführung von Beteiligungsprozessen, sind regelmäßige Qualifizierungsmaßnahmen für Akteure aus Politik und Verwaltung notwendig. Die Vermittlung entsprechender Inhalte und Methoden sollte gleichermaßen schon in der Ausbildung verankert werden. Diese Aufgabe erfordert zukünftig ein breites Aktionsbündnis, bei dem beispielsweise die Kommunalen Spitzenverbände, mit Bildungseinrichtungen wie Verwaltungsakademien und den Landeszentralen für politische Bildung zusammenwirken können. Denn die Entwicklung hin zu Lernenden Organisationen ist bislang nur marginal und ansatzweise in deutschen Kommunalverwaltungen sichtbar, ebenso sind aktive Bürgerbeteiligungsprozesse bei wichtigen kommunalen Planungen bislang keine Selbstverständlichkeit.
- Kommunale Akteure können selbst Vorreiter sein, indem sie das Konzept „Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)“ vor Ort umsetzen, dabei ihre Bemühungen auch nach außen hin sichtbar machen und eine Auszeichnung als BNE-Kommune anstreben. Dabei empfiehlt es sich explizit, in das BNE-Programm der Kommune konkrete Maßnahmen mit dem Fokus auf eine „Lernende Verwaltung“ aufzunehmen.

⁶⁸ Deutscher Städte- und Gemeindebund (2011): Bürgerbeteiligung modernisieren. Positionspapier

<http://www.dstgb.de/dstgb/Positionspapiere/B%C3%BCrgerbeteiligung%20modernisieren%20-%20Planungsverfahren%20beschleunigen%20-%20Abstimmungsdemokratie%20vermeiden/B%C3%BCrgerbeteiligung%20modernisieren%2015%2012%202011.pdf> (Stand August 2012)

Zivilgesellschaftliche Akteure durch Vorbildwirkung der öffentlichen Hand motivieren

- Kommunen können über ihre eigenen Organisations- und Wirtschaftseinheiten wie kommunale Liegenschaften, Flächen und kommunale Unternehmen selbst Prinzipien einer nachhaltigen Entwicklung umsetzen und damit eine aktive Vorbildwirkung auf die Menschen vor Ort ausüben. Eines der wichtigsten Handlungsfelder ist die Einführung einer fairen und nachhaltigen öffentlichen Beschaffung. Diese weist eine große Bandbreite auf und reicht von Papier und Kaffee über Baumaterialien bis hin zu Erneuerbaren Energien. Ernsthaftes kommunales Engagement, das natürlich auch kommuniziert werden muss, wirkt hier um ein Vielfaches stärker als es alleinige Kampagnen zum Lebensstilwandel vermögen.
- Über eine Richtlinie zum fairen und nachhaltigen öffentlichen Einkauf können gleichzeitig auch regionale Unternehmen angesprochen und eingebunden werden. Das Fallbeispiel Dortmund sowie die Magna Charta Ruhr zeigen, dass sich bei entsprechender Nachfrage Unternehmen durchaus auch bereit erklären, ihre Produktion entsprechend umzustellen.

Personelle Ressourcen bereitstellen

- **In Kommunen:** Wiederholt zeigte sich durch die Online-Befragung sowie auch die drei Bundesländerstudien, dass für die Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung in Kommunen personelle und finanzielle Ressourcen bereitgestellt werden müssen. Die Koordinierung von innovativen Aktivitäten sowie die Gewährleistung kontinuierlicher Bürgerbeteiligungsprozesse benötigen neben finanziellen Mitteln erfahrene und qualifizierte Mitarbeiter in den Verwaltungen, die Nachhaltigkeitsnetzwerke knüpfen und am Leben erhalten. Die **Ausstattung mit Agenda-21 bzw. Nachhaltigkeitskoordinatorenstellen** sollte nicht als Zugeständnis, sondern als vordringliche Aufgabe zur Mobilisierung vorhandener Potenziale verstanden werden.
- **In Bundesländern:** Die drei Bundesländerstudien kommen einhellig zu dem Ergebnis, dass neben kommunalen Stellen auch professionelle LA-21/ bzw. NH-Koordinatorenstellen auf Landesebene für Austausch, Vernetzung und insbesondere auch die Weiterbildung von Kommunen äußerst sinnvoll sind. Dies geht auch aus den Erfolgsbedingungen sowie den Verbesserungsbedarfen hervor, die die Akteure im Online-Fragebogen benannt haben.
- **Auf Bundesebene:** Um einen regelmäßigen fachlichen Austausch von Agenda-21-/ NH-Akteuren auch zwischen den föderalen Ebenen wieder stärker als bisher zu ermöglichen, empfiehlt sich neben dem einmal jährlich stattfinden Netzwerk21Kongress die erneute Einrichtung einer bundesweiten Nachhaltigkeitstransferstelle (NHTS). Vorausgehen sollte hier eine Evaluierung bisheriger Ansätze sowie fundierte Überlegungen und eine Abstimmung der Nachhaltigkeitsakteure darüber, welche konkreten Funktionen und Aufgaben eine künftige länderübergreifende Nachhaltigkeitstransferstelle übernehmen und welche Angebote sie unterbreiten sollte. Die NHTS sollte auf jeden Fall unabhängig agieren und auch aus unabhängigen Mitteln gespeist werden. In Erwägung zu ziehen wären u.a. Stiftungsmodelle.

Finanzielle Ressourcen bereitstellen und optimieren

- **Förderprogramme sollten bewusst als Steuerungsinstrument hin zu einer nachhaltigen Entwicklung genutzt werden.** Um ein besseres Mainstreaming von Nachhaltigkeitsprozessen auf kommunaler Ebene zu erreichen, sollten

Förderprogramme auf Bundes- und Länderebene stärker als bisher Nachhaltigkeitskriterien einbeziehen, u.a. in der Städtebauförderung. Als ein wichtiges Förderkriterium wäre zu verankern, ob eine qualifizierte Partizipation stattgefunden hat bzw. ob und wie diese geplant ist.

- **Niedrigschwellige Angebote, Langfristorientierung und Kontinuität** sind wichtig, gerade für Kommunen, die noch am Beginn des Weges zur Nachhaltigkeit stehen. Der Schwerpunkt sollte daher verstärkt auf **Breitenförderung** für eine nachhaltige Entwicklung und nicht nur auf Best-Practice und „Leuchtturmprojekte“ gelegt werden.
- Die Förderprogramme sollten so ausgestaltet sein, dass **Kooperationen zwischen den Kommunen und nicht Konkurrenz unterstützt werden**. Es wird empfohlen, bei der Ausschreibung von Wettbewerben seitens der Fördermittelgeber Qualifizierungsangebote bereitzustellen, um Nachhaltigkeitslernen zu ermöglichen. Zudem können leistungsstarke Kommunen, die sich oft an vorderer Stelle positionieren, mit Hilfe entsprechender Wettbewerbskriterien zum fachlichen Austausch mit „Newcomer-Kommunen“ angeregt und damit ein interkommunales Nachhaltigkeitslernen befördert werden.
- Weiterhin sollte ein Teil der bisherigen Förderprogramme so ausgerichtet werden, dass sie einen **Experimentier- bzw. Innovationsraum ermöglichen**, in dem auch „Fehler gemacht und daraus Erfahrungen gesammelt werden dürfen“.
- Problematisch insbesondere für finanzschwache Kommunen ist die bei Förderprogrammen oftmals vorzufindende Anforderung, Eigenanteile für das beantragte Vorhaben bereitzustellen. Um entsprechende EU- bzw. Bundesmittel akquirieren zu können, sollten **Bundesländer** daher prüfen, einen **Kofinanzierungsfonds** für ihre Kommunen einzurichten. Hierbei könnte auch ehrenamtliche Arbeit als Eigenleistung anerkannt werden.
- Finanzielle Unterstützung ist wohl eine notwendige aber keinesfalls hinreichende Bedingung für die Stärkung nachhaltiger Aktivitäten und Prozesse auf lokaler Ebene. Es zeigt sich, dass gerade kleine Kommunen fachliche Unterstützung für die Antragstellung benötigen. Hierfür sind kompetente Beratungsangebote auf regionaler und Landesebene sehr hilfreich, die über die jeweiligen Nachhaltigkeitszentren bereitgestellt werden könnten.
- **Förderprogramme auf Bundesebene** können einflussreiche Instrumente sein. Mit ihnen können richtungsweisende Anreize für zur Bewältigung drängender Problemlagen gesetzt werden. So hat das Energie-Einspeise-Gesetz (EEG) einen Boom bei der Nutzung Erneuerbarer Energien auch auf kommunaler Ebene ausgelöst und zu innovativen Vorhaben geführt. Groß angelegte Wettbewerbe wie die „Klimaschutzinitiative“ (BMU) oder die „Energieeffiziente Stadt“ (BMBF) befördern kommunale Anstrengungen in wichtigen Bereichen wie der zukunftsverträglichen Energieversorgung. Zukünftig wünschenswert wären Förderwettbewerbe, die auf eine komplexe nachhaltige Entwicklung ausgerichtet sind und einen Querschnitt an Themen adressieren. Ein vielversprechender Ansatz ist die Initiative „ZukunftsWerkStadt“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, in deren Rahmen 2012 insgesamt 16 Kommunen ausgezeichnet worden sind. Diese Städte können durch die Mittelzuwendung umfassende Stakeholderdialoge durchführen und konkrete nachhaltige Entwicklungsvorhaben umsetzen. Ein Ausbau ähnlicher Ansätze von Bundeseite oder auch der EU ist wünschenswert.

Austausch, Dialog und Vernetzung befördern

- Dialogprozesse innerhalb und zwischen verschiedenen Ebenen stellen ein wichtiges Instrument für Erfahrungsaustausch und für den Transfer von Anregungen, notwendigen Praxisschritten und beispielgebenden Projekten dar. Dialog und Vernetzung könnten auf folgenden Ebenen weiterentwickelt werden:

Bürgermeisterdialoge als Form des gegenseitigen Lernens initiieren

- Der begonnene Bürgermeisterdialog des RNE könnte in der Diskussion um eine nachhaltige kommunale Entwicklung und somit auch um die Kernziele der Agenda 21 neue Impulse setzen. Er könnte dazu beitragen, die Anforderungen und Errungenschaften der Agenda 21 sowie zentrale Inhalte im Format der „Nachhaltigen Stadt- bzw. Gemeindeentwicklung“ weiter zu entwickeln.
- Der Bürgermeisterdialog des RNE könnte fortgesetzt und als aktives Beteiligungsgremium für engagierte große und mittlere Kommunen weiterentwickelt werden. Mit einer zunehmenden Anzahl an Beteiligungen ließe sich der Nachhaltigkeitsbewegung auf kommunaler Ebene damit ein größeres Gewicht verleihen.
- Parallel hierzu ist die Initiierung von Bürgermeisterdialogen auf Länderebene sowie auf regionaler Ebene sinnvoll, um gegenseitiges Nachhaltigkeitslernen besser auf die spezifischen lokalen und regionalen Bedürfnisse und Rahmenbedingungen hin anzupassen (inkl. politische Kultur, Verwaltungskultur).

Netzwerk21Kongress – als bundesweite Austausch- und Vernetzungsplattform zwischen kommunalen und zivilgesellschaftlichen Akteuren fortführen

- Der Netzwerk21Kongress hat sich seit 2007 als wichtige bundesweite Austausch- und Vernetzungsplattform für kommunale und zivilgesellschaftliche Nachhaltigkeitsaktivitäten etabliert. Insbesondere seit dem Wegfall der bundesweiten LA-21-Servicestelle übernimmt der Kongress mehrere Funktionen gleichzeitig. Er sollte daher unbedingt fortgesetzt und in seinem Serviceangebot weiterentwickelt werden. Im Hinblick auf die Notwendigkeit einer zukünftig deutlich verbesserten vertikalen Integration Nachhaltiger Entwicklung in Deutschland sollte der Kongress auch künftig ideelle und finanzielle Unterstützung durch die Bundesebene erfahren.
- Hinsichtlich der Mitteleinwerbung für den Kongress über Sponsoren wird empfohlen, in gemeinsamer Beratung zwischen Beirat und bisher beteiligten Kommunen ethisch-ökologische Kriterien festzulegen nach denen Sponsoren gewonnen und ausgewählt werden. Die Kriterien sollten auf der Homepage des Netzwerk21Kongresses transparent gemacht werden, Auf diese Weise würde der Nachhaltigkeitsanspruch des Kongresses noch stärker verdeutlicht.

8 Anhang

8.1 Primärstudien im Forschungsvorhaben „Rio+20 vor Ort“

- Nolting, Katrin/ Göll, Edgar (IZT – Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung, Berlin), (2012): „Rio+20 vor Ort“ Kommunen auf dem Weg zur Nachhaltigkeit. Beispiele aus Deutschland
- Nolting, Katrin/ Göll, Edgar (IZT – Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung, Berlin), (2012): „Rio+20 vor Ort“ Bestandsaufnahme und Zukunftsperspektiven lokaler Nachhaltigkeitsprozesse in Deutschland. Abschlussbericht

Internationale Teilstudie

- Kuhn, Stefan/ Rok, Anja (ICLEI Europe), (2011): Rio+20 vor Ort – Überblick über die Ausprägungen lokaler Nachhaltigkeitsprozesse weltweit.

Bundesländerstudien

- Mann, Matthias/ Jentsch, Elisa (ThINK – Thüringer Institut für Nachhaltigkeit und Klimaschutz), (2012): Rio+20 vor Ort – Bestandsaufnahme und Zukunftsperspektiven Lokaler Nachhaltigkeitsprozesse in Deutschland. Länderstudie Thüringen
- Miosga, Manfred/ Wildemann, Ingrid (Universität Bayreuth, Abteilung für Stadt und Regionalentwicklung), (2012): Rio+20 vor Ort in Bayern und Oberfranken
- Reuter, Klaus/ Kistemaker, Louisa/ Neumann, Christin (Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V. (LAG 21 NRW), (2012): Rio+20 NRW. Länderstudie zur Lokalen Agenda21 und zu Nachhaltigkeitsprozessen in Nordrhein-Westfalen

Expertisen

- Bormann, Inka/ John, René/ Rückert-John, Jana (ISInova Berlin / Universität Marburg), (2011): Innovationskraft lokalen Nachhaltigkeitsengagements in Bildung, Kultur und Wirtschaft
- de Haan, Gerhard/ Consentius, Heidi (Institut futur der Freien Universität Berlin), (2011): Bildung für nachhaltige Entwicklung
- Diefenbacher, Hans/ Behring, Andrea/ Egger, Dominic (FEST - Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft), (2011): Lokales Nachhaltigkeitsengagement von Kirchen
- Illge, Lydia/ Müller Frank (IZT – Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung, Berlin), (2011): Lokales Nachhaltigkeitsengagement der Wirtschaft in Deutschland

8.2 Literaturliste

Anmerkung: Die im Folgenden aufgeführte Literatur bezieht auf den vorliegenden Abschlussbericht. Die zur Erarbeitung der Expertisen, Länderstudien und Fallbeispiele verwendete Literatur ist in den Anhängen der jeweiligen Studien aufgeführt und wird hier nicht nochmals wiedergegeben.

- Abgeordnetenhaus von Berlin (2006): Berlin zukunftsfähig gestalten. Lokale Agenda 21. Berlin
- Bayrisches Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (2004): Befragung zur Kommunalen Agenda 21. Ergebnisse, Standpunkte und Schlussfolgerungen aus der Evaluierung 2002/2003 (Materialien Umwelt & Entwicklung Bayern Bd. 180)
- Blömker, Mareike (2010): Local Governance in internationaler Perspektive. Akteure, Strukturen, Prozesse im deutsch-niederländischen Vergleich. Münster et al.: Waxmann Verlag
- Brand, Karl-Werner (2011): Umweltsoziologie und der praxistheoretische Zugang. In: Matthias Groß (Hrsg.): Handbuch Umweltsoziologie. Wiesbaden: VS Verlag
- Brand, Karl-Werner/ Christ, E./ Heimerl, A./ Rau, Andreas, Warsewa, Günter (2001): „Bedingungen institutioneller Stabilisierung lokaler Agenda-Prozesse. Modellhafte Stabilisierungspfade“; Bericht (Münchner Projektgruppe für Sozialforschung e.V.; Universität Bremen – ZWE Arbeit und Region; B.A.U.M. Consult GmbH) München/ Bremen.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2010): Nationale Strategie zur gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen. Aktionsplan CSR der Bundesregierung
- Bundesministerium für Familie Frauen und Jugend (2012): Erster Engagementbericht 2012. Für eine Kultur der Mitverantwortung
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (2012): 100% Klimaschutz. Die Nationale Klimaschutzinitiative. (Faltblatt Stand Juni 2012)
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit/ Umweltbundesamt (2010): Umweltbewusstsein in Deutschland 2010. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage.
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit/ Bundesamt für Naturschutz (2012): Naturbewusstsein 2011. Bevölkerungsumfrage zu Natur und biologischer Vielfalt.
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (2009): Dem Klimawandel begegnen. Die Deutsche Anpassungsstrategie
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (2007): Nationale Strategie zur Biologischen Vielfalt
- Bundesregierung (2012): Nationale Nachhaltigkeitsstrategie Fortschrittsbericht 2012
- Bundesregierung (2010): Nationale Engagementstrategie der Bundesregierung
- Charta von Aalborg (1994): Charta der Europäischen Städte und Gemeinden auf dem Weg zur Zukunftsbeständigkeit. Verabschiedet auf der Europäischen Konferenz Zukunftsbeständiger Städte und Gemeinden (24.-27. Mai 1994 in Aalborg).
- Crouch, Colin (2008): Postdemokratie. Frankfurt/M.: Edition Suhrkamp
- Deutscher Städte- und Gemeindebund (2011): Bürgerbeteiligung modernisieren. Positionspapier (Autor: Dr. Gerd Landsberg)
- Diefenbacher, Hans (2005): Kirchen und Lokale Agenda 21 – Der Beitrag von Kirchengemeinden für eine nachhaltige Entwicklung, Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg, Arbeitsmateriale 40.

- Dror, Yehezkel (1995): Ist die Erde noch regierbar? Ein Bericht an den Club of Rome. München: C. Bertelsmann Verlag
- Dyer, Gwynne (2010): Climate Wars. The fight for survival as the world overheats. Oxford: Oneworld Publications
- Elias, Norbert (1992): Veränderungen europäischer Verhaltensstandards im 20. Jahrhundert, in: Ders.: Studien über die Deutschen. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S.33-60.
- Engartner, Tim (2010): Das Comeback der Kommunen; in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Februar, Heft 2/2010, S. 13-16
- Europäische Union (2007): Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt
- Fachhochschule Erfurt (2001): Prozessindikatoren für die Lokale Agenda 21. Arbeitshilfe für die Strukturierung und Planung der Lokalen Agenda 21 (Matthias Gather und Jörn Habe nicht)
- Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen (2005): Local Power. Mehr Bürgerengagement durch Governance? Heft 3, September 2005
- Frings, Ellen et al. (2002): „Lokale Agenda 21 im Kontext der Steuerungsinstrumente auf kommunaler Ebene“, Umweltbundesamt, Forschungsbericht 200 16 108 UBA-FB 000336, Texte 34/02
- Gehrlein, Ulrich (2004): Nachhaltigkeitsindikatoren zur Steuerung kommunaler Entwicklung. Wiesbaden: Verlag der Sozialwissenschaften
- Gehrs, Heinrich (2006): Defizite des politischen Systems und Alternativen auf dem Weg zur Nachhaltigen Entwicklung am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland. Dissertation. Universität Osnabrück, Fachbereich Sozialwissenschaften
- Geißel, Brigitte (2006): „Langer Weg zum Wandel. Lokale Agenda 21: Impulsgeber, aber kein Allheilmittel“, in: WZB-Mitteilungen Heft 114 Dezember 2006, S. 46-48
- Giddens, Anthony (2009): Politics of Climate Change. Oxford
- Göll, Edgar (2011): „Governance-Modelle der Zukunft? Kritische Bestandsaufnahme von Utopien gesellschaftlicher Steuerung“ (2011), Reihe „S:Z:D Arbeitspapiere Praxis“ der Robert-Jungk-Stiftung, Salzburg/Österreich
- Göll, Edgar / Thio, Sie Liong (2011): „Einblick in die Jugendkultur. Das Thema Nachhaltigkeit bei der jungen Generation anschlussfähig machen“, (Reihe Texte 11/2011) Hrsg. Umweltbundesamt und Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Dessau-Roßlau und Berlin
- Göll, Edgar / Thio, Sie Liong (2008): „Institutions for a sustainable development—experiences from EU-countries“, in: Environment, Development and Sustainability (Springer Netherlands) Volume 10, Number 1 / February 2008, pp. 69-88
- Göll, Edgar / Henseling, Christine (2007): „Mobilisierung von Umweltengagement. Wie Unterstützungsmöglichkeiten für Umwelt und Naturschutz erschlossen werden können.“ Frankfurt am Main u.a.: Peter Lang Verlag
- Göll, Edgar / Kampfenkel, Nadja / Mohrbach, Elke / Nolting, Katrin (2007): „Lokale Agenda 21-Projekte und ihre Relevanzen. Evaluation und Einschätzungen“ (IZT-Werkstattbericht Nr. 81, Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung, Berlin)
- Göll, Edgar (2005): „Die halbierte Demokratie: Partizipation und Zukunftsfähigkeit“ (2005). In: Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft - SPW, Heft 142, März/April 2005, S.40-42
- Göll, Edgar (2004): „Nachhaltigkeit als Herausforderung für Parlamente“. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl, Wiesbaden), Heft 1/2004, S.68-80
- Goux-Baudiment, Fabienne (2006): Beyond dreaming of democracy... How do we face the reality of democracy? In: Mannerman / Dator / Tiihonen (Eds.): Democracy and Futures (Committee for the Future, Parliament of Finland), Helsinki. S. 77-88
- Grin, John, Rotmans, Jan und Schot, Johan (2010): Transitions to Sustainable Development. New Directions in the Study of Long Term Transformative Change. London: Routledge

- Grober, Ulrich (2010): Die Entdeckung der Nachhaltigkeit. Kulturgeschichte eines Begriffs, Kunstmann-Verlag, München
- Grober, Ulrich (2010): Nachhaltigkeit ist kein Rezeptbuch ... (Interview), in: umwelt & bildung, Heft 4/2010, S. 9-11
- Haas, Peter M. (2010): The global spreading of ideas. Social learning and the evolution of multilateral environmental governance; in: WZB-Mitteilungen (Berlin) Heft 127 März 2010, S. 40-42
- Hamilton, Clive (2010): Requiem for a Species: Why We Resist the Truth about Climate Change. London: Earthscan
- Hans-Hermann Hirschelmann (2011): Zur Berliner Nachhaltigkeitsstrategie – strukturelle Überforderung und Wege, sie zu überwinden (unveröffentlichte Diplomarbeit, Soziologie), Berlin
- Häusermann, H. / Läßle, D. / Siebel, W. (2008): Stadtpolitik. FfM, Edition Suhrkamp
- Heinrich-Böll-Stiftung (2011), (Hrsg.): Urban Futures 2050. Szenarien und Lösungen für das Jahrhundert der Städte. Schriften zur Ökologie Band 18
- Jonuschat, Helga/ Nolting Katrin/ Reuter, Klaus (2009): Wege zum Erfolg. Wie der Transfer von Nachhaltigkeitsprojekten gelingt. Dessau. Umweltbundesamt
- Kanatschnig, Dietmar; Schmutz, Petra (2004): Institutionelle Innovationsstrategien - 60 Ideen zur Initiierung und Umsetzung eines nachhaltigen Strukturwandels. Unter Mitarbeit von Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie. Österreichisches Institut für Nachhaltige Entwicklung. (Berichte aus Energie- und Umweltforschung, 26).
- Kopatz, Michael (Hrsg.) (2003): Reformziel Nachhaltigkeit. Kommunen als Mitgestalter einer nachhaltigen Entwicklung. Berlin: edition sigma
- Kreibich, Rolf (2008): Zukunftsforschung für die gesellschaftliche Praxis. IZT-Werkstattbericht Nr. 29/2008. Berlin
- Kristof, Kori (2010): Models of Change. Einführung und Verbreitung sozialer Innovationen und gesellschaftlicher Veränderungen in transdisziplinärer Perspektive. Zürich: Vdf Hochschulverlag
- Leggewie, Claus; Welzer, Harald (2010): Das Ende der Welt wie wir sie kennen.
- Lipietz, Alain (2000): Transformation im 21. Jahrhundert. Münster: Westfälisches Dampfboot
- Mack, Wolfgang (2010): Lokale Verantwortung für Bildung – Begründungen und Konturen des Konzepts Bildungslandschaften. In: Wernstedt, Rolf / John-Ohnesorg, Marei (Hrsg.) (2010): Beginnt die Bildungsrepublik vor Ort? Die Stärken lokaler Bildungsnetzwerke (Friedrich-Ebert-Stiftung, Schriftenreihe des Netzwerk Bildung), Berlin, S. 18-22
- Mannermaa, Mika / Dator, Jim / Tiihonen, Paula (Eds.) (2006): Democracy and Futures (Committee for the Future, Parliament of Finland), Helsinki
- Mannino, Clelia Anna / Snyder, Mark / Omoto, Allen M. (2011): Why Do People Get Involved? Motivations For Volunteerism and Other Forms of Social Action. In: David Dunning (Ed.): Social Motivation (New York/NY: Psychology Press), pp. 127-146
- Millennium Project (2010): 2010 State of the Future Report. Washington, D.C.
- Morris, Ian (2011): „Wer regiert die Welt? Warum Zivilisationen herrschen oder beherrscht werden.“ Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag
- Mouffe, Chantal (2011): „Postdemokratie“ und die zunehmende Entpolitisierung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament (Hg. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn), Heft 1–2/2011 „Postdemokratie?“, S. 3-5
- Mumford, Lewis (1961/1979): Die Stadt. Geschichte und Ausblick. München: dtv Wissenschaft

- Niessen, Frank (2007): Nachhaltigkeit, Kapitalismus und Demokratie. Über die politischen und ökonomischen Realisierungsbedingungen einer nachhaltigen Entwicklung. Dissertationsschrift. RWTH Aachen
- Nolting, Katrin (2011): "Green Economy vor Ort – Grüne Wirtschaft in Kommunen". In: Green Economy. Neue Impulse durch den Rio-Gipfel?. Rundbrief Forum Umwelt und Entwicklung 3/2011
- Nolting, Katrin/ Rupp Johannes (2011): Erneuerbare Energien durch finanzielle Teilhabe fördern. Ansätze, Akteure, Aufgaben. Begleitpapier zum Foliensatz. (Erstellt im Rahmen des BMU-Forschungsvorhabens Akzeptanz und Teilhabe – Akzeptanz erneuerbarer Energien durch Beteiligung steigern.)
- Nolting, Katrin; Schäfer, Martina (2008): Kooperieren - aber wie? Ein Leitfaden zum Aufbau von Kooperationsbeziehungen zwischen Lokalen-Agenda-21-Initiativen und Akteuren aus Wirtschaft und Wissenschaft. Dessau: Umweltbundesamt.
- Oelsner, Gerd (2006): „Neubelebung und Weiterführung der Lokalen Agenda 21: Beispiele“ („Aktionsbörse Spezial“ des Agenda-Büros der LUBW, Stuttgart)
- Pötter, Bernhard (2010): Ausweg Ökodiktatur? Wie unsere Demokratie an der Umweltkrise scheitert. München: oekom Verlag
- Radermacher, Franz Josef (2004): Global Marshall Plan. Ein Planetary Contract. Für eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft. Wien: Ökosoziales Forum Europa
- Raskin, Paul D. / Christ Electricis / Richard A. Rosen (2010): The Century Ahead: Searching for Sustainability. In: Sustainability 2010, 2, 2626-2651
- Rat für Nachhaltige Entwicklung (Hrsg.) (2010) Strategische Eckpunkte für eine nachhaltige Entwicklung in Kommunen. Erarbeitet im Rahmen des Dialogs „Nachhaltige Stadt“ von den beteiligten OberbürgermeisterInnen
- Rat für Nachhaltige Entwicklung (Hrsg.) (2011): Städte für ein nachhaltiges Deutschland. Gemeinsam mit Bund und Ländern für eine zukunftsfähige Entwicklung. Erarbeitet vom Deutschen Institut für Urbanistik auf Veranlassung der OberbürgermeisterInnen des Dialogs „Nachhaltige Stadt“
- Rosen, Richard A. / Electricis, Christ / Raskin, Paul D. (2010): Global Scenarios for the Century Ahead: Searching for Sustainability (Boston/USA: Tellus Institute)
- Schneeweiß, Antje (2010): Finanzierung nachhaltiger Entwicklung. Ein Überblick über die Situation nachhaltiger Geldanlagen in Deutschland. Schriften zu Wirtschaft und Soziales Band 6. Hrsg. Heinrich-Böll-Stiftung
- Selle, Klaus (2010), Gemeinschaftswerk? Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an der Stadtentwicklung. Begriffe, Entwicklungen, Wirklichkeiten, Folgerungen, Kurzgutachten für das Nationale Forum für Engagement und Partizipation, Aachen
- Shiva, Vandana (2006): Erd-Demokratie. Alternativen zur neoliberalen Globalisierung. Zürich: Rotpunktverlag
- Simonis, Georg (2009): Governanceprobleme der Zukunftsforschung. In: Reinhold Popp und Elmar Schüll: Zukunftsforschung und Zukunftsgestaltung. Springer-Verlag, S. 605-617.
- Statistisches Bundesamt (2012): Nachhaltige Entwicklung in Deutschland. Indikatorenbericht 2012. Wiesbaden
- Statistisches Bundesamt (2010): Nachhaltige Entwicklung in Deutschland. Indikatorenbericht 2010. Wiesbaden
- Statz, Alber/ Wohlfahrt, Charlotte (2010): Kommunale Partnerschaften und Netzwerke. Ein Beitrag zur transnationalen Politik der Nachhaltigkeit. Schriften zur Demokratie Band 20, Hrsg. Heinrich-Böll-Stiftung
- Steurer, Reinhard / Trattnigg, Rita (2010): Nachhaltigkeit regieren. Eine Bilanz zu Governance-Prinzipien und -Praktiken. München: oekom Verlag

- Wallerstein, Immanuel (2007): Utopistik. Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts. Promedia, Wien
- Warburton, Diane / Wilson, Richard / Rainbow, Elspeth (2006): Making a Difference: A Guide to evaluating public participation in central government. Involve, London
- Wehnert, Timon/ Nolting, Katrin et.al (2008): Erneuerbare Energien in Kommunen optimal nutzen. Denkanstöße für die Praxis
- Welzer Harald (2011): Mentale Infrastrukturen. Wie das Wachstum in die Welt und in die Seelen kam. Schriften zur Ökologie Band 14. Hrsg. Heinrich-Böll-Stiftung
- Welzer, Harald; Soeffner, H.-G.; Giesecke, D. (Hrsg.) (2010): KlimaKulturen. Soziale Wirklichkeiten im Klimawandel. Frankfurt am Main;
- Welzer, Harald; Wiegandt, K. (Hrsg.) (2011): Perspektiven einer nachhaltigen Entwicklung: Wie sieht die Welt im Jahr 2050 aus? Frankfurt am Main
- Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen – WBGU (2011): Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Zusammenfassung für Entscheidungsträger. (Zusammenfassung des Hauptgutachtens des WBGU „Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“). Berlin: WBGU
- Wollmann, Hellmut (2011): Local government reforms in European countries - between convergence or divergence. To be published: in Local Government Studies, 2011 (forthcoming)
- Wollmann, Hellmut (2009): Die subnationalen Ebenen in Deutschland, Frankreich, UK/England, Italien und Schweden im Vergleich: zwischen institutioneller Beharrung und Dynamik. In: Dahme, Heinz-Jürgen / Wohlfahrt, Norbert (Hrsg.): Systemanalyse als politische Reformstrategie, Festschrift zum 65. Geburtstag von Dieter Grunow, VS Verlag Wiesbaden
- Wollmann, Hellmut / Thurmaier, Kurt (2010): Reforming Local Government Institutions and the New Public Management in Europe and the US. In: Susan Clarke, Peter John, Karen Mossberger (eds.) 2010, Oxford Handbook on Local Politics, Oxford University Press
- Wollmann, Hellmut / Kuhlmann, Sabine (2010): Evaluierung von Verwaltungsmodernisierung. In: Blanke, Bernhard u.a. (Hrsg.): Handbuch zur Verwaltungsreform, 4. Auflage, VS Verlag
- World Business Council for Sustainable Development – WBCSD (2010): Vision 2050. Exploring the Role of Business through Vision 2050
- Zimmer, Annette / Backhaus-Maul, Holger (2012): Engagementförderung vor Ort – Was gilt es in den Blick zu nehmen? Eine Arbeitshilfe für lokale Entscheidungsträger (Herausgeber: Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Institut für Politikwissenschaft), Münster